# Informations-Dienst
## zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH
einzelverkaufspreis: 1.50 dm incl. 6% mwst

NR. 223 1. APRIL 1978

ID

D 1870 CX



Zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik
Frankfurt. 25.3.–4.4.'78

Russell-Tribunal

INHALT:

## WOZU DER TÄGLICHE ID?

Während des Russell-Tribunals wird der Informationsdienst täglich erscheinen.
Warum wir uns dazu entschlossen haben, ergibt sich aus einer kurzen Übersicht der Punkte, die Bestandteil der Berichterstattung in den nächsten neun Nummern sein sollen.

1. Wir wollen über Inhalte und Verlauf des Tribunals informieren. Dazu gehören Berichte über die Entstehungsgeschichte, Versuche der Regierung und der Gewerkschaften, das Tribunal zu verhindern bzw. es zu denunzieren.
   Wir wollen über die Zusammensetzung der Jury informieren, durch Interviews und Berichte zeigen, aufgrund welcher persönlichen Einstellung sie zu ihrem Urteil kommt.
   Die offiziellen Dokumente, die dem Tribunal vorliegen, werden in ihren wesentlichen Punkten dokumentiert, wichtige Ausführungen der Jury werden zitiert sowie Aussagen der Zeugen und ggf. Einlassungen offizieller Stellen.

2. Zwei wesentliche Bereiche des Tribunals werden erst im September behandelt. Wir werden nicht abwarten, bis diese Bereiche "dran" sind, sondern schon jetzt darüber schreiben: Über Zensur in den Medien und über die Verschärfung vieler Gesetze (vorläufiger Höhepunkt: das Kontaktsperregesetz).

3. In die Entstehungsgeschichte des Russell-Tribunals geht die Situation der Linken – nicht nur deren organisierte Erscheinung – massiv ein.
   Das wird deutlich an den unterschiedlichen Haltungen zum Tribunal, deren extremste Varianten von Ablehnung über Desinteresse ("Ist nichts zu erwarten") bis zu starker Identifizierung reichen.
   Beiträge dazu ("Russell-Tribunal und die Linke") kommen von einzelnen, von Gruppen. Dazu werden Veranstaltungen stattfinden.

4. Die Jury des Tribunals bestreitet nicht, daß der Untersuchungsgegenstand einer Einschränkung unterliegt, daß nicht die "Totalität von Repression" in der Bundesrepublik verhandelt wird. Über Ausweitungen des Untersuchungsgegenstandes hat es massive Auseinandersetzungen gegeben. Beispiel ist die Nichtbehandlung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Gewerkschaften.
   In unserer Berichterstattung werden wir versuchen, Repression über die Grenzen des Tribunals hinaus darzustellen: Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Gewerkschaften / alltägliche Gewalt gegen Ausländer (insbesondere repressive Asylpolitik)/ Gewalt gegen Frauen, gegen Homosexuelle beider Geschlechter / repressive Kulturpolitik / Demontage im Sozialbereich u.v.a.m.

5. In unserer Republik haben sich über 500 Gruppen gebildet, die sich als "Russell-Gruppen" im weitesten Sinne verstehen, um Dokumentationen zusammenzustellen, Veranstaltungen zu machen, neue Bündnisse zu schließen, getragen von der Hoffnung, Zerfall aufzuhalten, lebensfähige Zumenhänge zu entwickeln. Das alles soll mit dem Ende des Tribunals nicht zu Ende sein. Wir werden versuchen, über das Selbstverständnis und die Perspektive einiger Gruppen zu berichten.

6. Im kulturellen "Rahmenprogramm", daß in Frankfurt während des Tribunals gewachsen ist, drückt sich auch die Beschränktheit des Tribunals selbst aus. Viele Gruppen, die sich mit ihren Interessen nicht beim Tribunal vertreten sehen, haben eigene Veranstaltungen organisiert. Darüber werden wir berichten.

7. Die Bundesregierung und die Medien (Fernsehen, Funk und Presse) reiten auf dem müden Gaul des Abwiegelns (Bölling: "Die Bundesregierung sieht dem Tribunal gelassen entgegen." usw.)
   Die Rechte im Tagungsort Frankfurt/Harheim sieht den weißen Sonntag ('heiligster Tag im Leben der Kinder') gefährdet.
   Wir werden eine Übersicht über die Berichterstatttung der in- und ausländischen Presse zusammenstellen.

8. Während des Tribunals wollen wir nicht auf Nachrichten verzichten, die sonst im ID gestanden hätten. Es werden sich viele aktuelle Bezüge zum Tribunals aufzeigen lassen und verdeutlichen, daß die der Jury vorliegenden Materialien keineswegs tote Dokumente ("manipuliert" – Bölling/Börner etc.) sind.

### ZU UNSERER ORGANISATION

Bisher wird der tägliche ID in ca. 60 Städte geliefert.

Wir sind technisch und finanziell nicht in der Lage eine hohe Auflage herzustellen, täglich können nur ca. 10.000 Stück produziert werden. 5.000 werden sofort, die anderen jeweils wöchentlich zusammengeheftet an die Abonennten geschickt. Mit den täglich zur Verfügung stehenden Exemplaren sollte möglichst effektiv gearbeitet werden, d.h. so, daß viele Menschen ein Exemplar lesen können, daß sie nicht in Ordner, Aktenkoffern oder Ladentheken verschwinden (horten).
Das gleiche gilt für die Auflage des täglichen Plakats von 2.000 Stück. *Neubestellungen* oder *Änderungen der Bestellmenge* sollten jeweils *bis 10 Uhr morgens* durchtelefoniert werden, damit wir uns darauf einrichten können.

Der Versand erfolgt mit Schnellpäckchen, sollte also jeweils auch morgens an Ort und Stelle sein. Wenn nicht, reklamiert erst bei eurem örtlichen Postamt, wenn das keinen Erfolg hat, informiert uns bitte darüber.

### PREISE SPENDEN.

Der tägliche ID kostet 50 Pfennige. Das Plakat ist kostenlos. Wir wollen ein möglichst geringes Defizit erreichen. Spenden über die 50 Pfennig hinaus können da schon helfen.
Da wir das ganze Projekt im Voraus finanzieren ist für uns wichtig, innerhalb einer Woche nach Ende des Tribunals abzurechnen, d.h. wir werden dann eine Rechnung schicken.
Klärt bitte eure Verantwortlichkeiten, wir wissen, daß das in großen Städten oft nicht einfach ist, die Empfänger der Lieferungen sollen am Schluß nicht die Verantwortlichen für alles sein.

An die ID-Abonennten:

Die nächsten beiden Ausgaben des ID werden umfangreich sein. Die nächste Nummer wird aus 4 Ausgaben des Tages-ID bestehen, mit jeweils 16 Seiten, zusammen also 64 Seiten. Die darauf folgende besteht aus fünf Nummern Tages-ID, zusammen 80 Seiten.
Leider verfügen wir nicht über die Möglichkeiten, auch den ID täglich an die Abonennten zu schicken. (Schwierigkeiten sind: kurzfristige Änderung des Vertrags mit der Post, der auf wöchentliche Erscheinungsweise lautet, ist nicht möglich; das bedeutet Versand zu Briefpreisen, bedeutet den Ruin. Die andere Schwierigkeit wäre die Parallelarbeit. Wir hätten zwei Versandformen innerhalb eines Tages zu bewältigen, das übersteigt unsere Möglichkeiten).

Zwei Gründe haben uns zu dieser Entscheidung bewogen:

a) Daß es eine gute Gelegenheit ist, sich an die zu richten, die in der Regel die schlechter Informierten sind.
b) Die Zusammenarbeit mit vielen Gruppen und Initiativen zu suchen und den Informationsaustausch aller an diesem Versuch Beteiligten zu festigen, bis zur zweiten Sitzungsperiode im September und darüber hinaus.

Kritik an unserer Vorgehensweise, Änderungsvorschläge sind durch diese Darstellung nicht überflüssig geworden.

## WAS DAS TRIBUNAL UNTERSUCHT

FRANKFURT
25. März 78

*Über den Untersu chungsgegenstand des Russell-Tribunals gab Sebastian Cobler, Mitglied des Sekretariats, Auskunft:*

Die Mitglieder des Tribunals haben erklärt, daß Untersuchungsgegenstand des Tribunals vor allem die drei folgenden Fragen-Bereiche sein sollen:
- Wird Bürgern der Bundesrepublik aufgrund ihrer politischen Überzeugung das Recht verwehrt, ihren Beruf auszuüben?
- Wird durch straf–, zivilrechtliche Bestimmungen und durch außerrechtliche Maßnahmen Zensur ausgeübt?
- Werden Grund– und Menschenrechte im Zusammenhang von Strafverfahren ausgehöhlt oder eliminiert?

Wir sehen in allen drei Fragebereichen einen diese drei Komplexe zusammenhaltenden und durchziehenden roten Faden, nämlich das Problem der Verrechtlichung der Entrechtung hier in der Bundesrepublik, daß also die politische Repression justizförmig praktiziert wird, was ja gerade einen Unterschied darstellt zu den anderen Staaten, die Gegenstand der Untersuchung vorausgegangener Russell-Tribunale waren. Zweitens kann man hier feststellen eine Vorverlagerung der politischen Verfolgung bereits in den Bereich von Äußerung, Ansichten, Absichten, Gesinnung und drittens, daß zunehmen eine Verpflichtung politischer Äußerungen und Handlungen auf die bestehende Staatsform gefordert wird, also Bekenntnisse erwartet werden und eine bestimmte Sprachregelung, was feststellbar ist, sowohl bei den Berufsverboten als auch im Zensurbereich, bei der Anwaltsverfolgung etc. Uns geht es jetzt darum, in den drei Fragenbereichen Menschenrechtsverstöße und deren politischen Hintergrund aufzuzeigen, die durch diese Besonderheit, auf die ich gerade hinwies, gekennzeichnet sind, dazu das Ausmaß, den Anlaß und die Techniken solcher Maßnahmen.

Was den ersten Bereich betrifft, die Verhinderung der Berufsausübung, da geht es sowohl um Berufsverbote im öffentlichen Dienst als auch in sogenannten nichtöffentlichen Bereichen, also in freien Berufen und auch um Berufsverbote.

Im Bereich der Zensur sollen, wie ich bereits sagte, sowohl Maßnahmen strafrechtlicher Natur als auch deren Anlässe untersucht werden. Um ein Beispiel zu nennen: es sollen nicht nur Verfahren untersucht werden, die Leuten gemacht worden sind unter Berufung auf diesen § 90 a des Strafgesetzbuches (Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole), weil sie Todesschüsse von Polizeibeamten als Mord bezeichnet haben (Beispiel: Ohnesorg, Georg von Rauch und andere); es soll damit gleichzeitig der Anlaß solcher Zensurmaßnahmen gezeigt werden, also welche Äußerungen strafrechtlich verfolgt werden und warum.

Der Unterschied der Bundesrepublik zu anderen Staaten liegt, um bei dem Beispiel zu bleiben, doch nicht darin, daß hier von der Polizei Menschen erschossen werden, das gibt es auch in anderen Staaten; der Unterschied besteht auch nicht darin, daß die Polizeischützen in der Regel straflos ausgehen. Der Unterschied besteht soweit ich sehe darin, daß anschliessend auch noch die öffentliche Kritik an dieser Polizei- und Justizpraxis verfolgt und damit unterdrückt wird.

Was schließlich den Prozeßbereich betrifft, die Einschränkung bzw. die Eliminierung von Menschen- und Grundrechten im Zusammenhang mit Strafprozessen, so wird es darum gehen, sowohl die straf- und ehrengerichtliche Verfolgung von Rechtsanwälten aufgrund ihrer Verteidigung in politischen Strafprozessen zu untersuchen, also insbesondere die Behandlung der politischen Verteidigung als ein ungeschriebenes aber verfolgtes Delikt. Dann die Einschränkung der Verteidigung selbst als eine Einschränkung der Rechte von Verteidigten, also der Beschuldigten und Angeklagten im Strafprozeß.

Mein Vorschlag ist, dies an dem seit 1975 vollzogenen, im Zusammenhang mit dem Stammheimer Prozeß betriebenen Gesetzesänderungen und in Bezug auf die Haftbedingungen zu untersuchen, damit natürlich auch die Problematik des Kontaktsperrengesetzes, mit dem erstmals ja die – wie der Bundesgerichtshof es nennt – „isolierenden Haftbedingungen", also die Isolationshaft, legalisiert worden und über das bislang bekannte Maß ausgedehnt worden ist. Hier wären sowohl zu untersuchen die juristischen Konsequenzen, das heißt die Vereinbarkeit dieses sogenannten Kontaktsperrengesetzes oder richtiger wohl Isolationshaftgesetzes mit den Garantien aus der Menschenrechtskonvention, der Verfassung und dem einfachen Recht, und es müßten Sachverständige befragt werden zu den medizinischen Folgen dieser Haftform, das heißt zur Vereinbarkeit eben dieser Haftform mit dem Mißhandlungs- und Folterverbot, wie sie in den genannten Vereinbarungen und Gesetzen festgelegt sind.

## ZUM VERLAUF DER ERSTEN SITZUNGSPERIODE

Auf der ersten Sitzungsperiode des Russell-Tribunals in Frankfurt-Harheim wird die Frage untersucht werden, ob Bürgern der Bundesrepublik aufgrund ihrer politischen Überzeugung das Recht verwehrt wird, ihrern Beruf auszuüben.

Die öffentlichen Sitzungen des Tribunals sind vom 29. März bis zum 2. April jeweils von 9 bis 12 Uhr und von 15 bis 18 Uhr. Das Bürgerhaus Harheim, das im Norden von Frankfurt liegt, bietet Platz für 600 bis 800 Leute; größere Räume waren im Rhein-Main-Gebiet für das Russell-Tribunal nicht zu haben. Man wird sich jetzt so behelfen, daß neben dem Bürgerhaus ein Zelt (3000 bis 4000 Plätze) aufgebaut und gut beheizt wird, in das über exzellente Lautsprecher der Verlauf des Tribunals übertragen wird (eine Fernsehübertragung ins Zelt scheiterte an technischen Problemen und an zu hohen Kosten). Am Wochenende (1. und 2. April) findet das Tribunal direkt im Zelt statt.

Das Tribunal wird sich auf dieser Sitzungsperiode mit 12 **bis 15 exemplarischen Berufsverbotsfälle aus verschiedenen** Berufsbereichen (Lehrer, Sozialarbeiter, Juristen etc.) befassen. Zu jedem Fall wird ein Berichterstatter die politische und juristische Bedeutung aufzeigen und Zusammenhänge darund herstellen. Die Betroffenen und Zeugen (deren Anwälte etc.) werden gehört und von der Jury befragt werden.

Auf die einzelnen Tage verteilt werden Gutachten verlesen und diskutiert werden zu übergreifenden Themen wie zur historischen und aktuellen Entwicklung der BRD, zur Geschichte der Gesinnungsverfolgung, insbesondere der Berufsverbote in Deutschland, zur rechtspolitischen Bedeutung der Berufsverbotsverfahren und zu den sozialpsychologischen Bedingungen und Auswirkungen der Feinderklärungen. Gutachter werden u. a. sein: Peter Brückner, Ulrich K. Preuß und Peter Schneider.

Überall im ganzen Land wird es Rahmenveranstaltungen zum Tribunal geben (nur wenn ihr sie macht!).

Die Jury wird die Beurteilung der Berufsverbotsproblematik vorraussichtlich am 4. April auf einer Pressekonferenz bekanntgeben. Über die Bereiche Zensur und Prozeß wird in einer zweiten Sitzungsperiode im Herbst verhandelt werden.

## IN HARHEIM IST DIE WELT NOCH IN ORDNUNG

*Ein Spaziergang am Karfreitag,*
*geleckt und gefegt,*
*ein Dörfchen am Niddastrand,*
*lange leere Straßen,*
*trotz Frühlingswetter nur*
*vereinzelte Spaziergänger,*
*dann tröpfelt, strömt es*
*in Festtagskleidung —*
*der Gottesdienst ist vorbei*

"Russell? —"
"Hhmmm — wann soll denn das sein? Hier die Ostern?"
" ... Ist das von der SPD aus? "
" ...Da hab ich nämlich in der Zeitung mal was gelesen, ich weiß aber nicht, wann das ist, ist das im April oder ist das im Mai? "
" ... 4000 Leute? So viel kommt hier nichtzusammen, das ist ausgeschlossen ... die müssen schon von auswärts kommen."
(Mögliche Konflikte? ) " ... Och, wir sind ja friedliche Bürger"

Unser Unbehagen — Harheim, CDU-regierter Ort an einer einzigen Durchgangsstraße, 75 % der Fläche sind Äcker und Wiesen. Am Bürgerhaus hängt zwischen zwei Plakaten für den Ostertanz auch ein Russellplakat, vor dem Bürgerhaus steht eine Telefonzelle, der Platz für das Zelt 150 x 50 m, und wo sollen die Autos parken, wo essen, scheißen die Leute?

Später in der Kneipe, nach ein paar Schöppchen hört sich das alles schon anders an.

" ... ich hab ja nichts gesagt ... bei der Betty (Kiosk in Alt-Harheim) ... so der Bauernklüngel ... also am weißen Sonntag, das ist doch der heiligste Tag im Leben der Kinder ... naja, die Neuzugezogenen in den Reihenhäuschen am Rand, aber die Leute aus Harheim, die kennen sich, die machen auch was zusammen, letztes Jahr 1300 Unterschriften fürs Nachtfahrverbot, das weiß doch jeder, was läuft ... und die überlegen sich schon was ... so die Strassen mit Traktoren sperren und Jauche ins Zelt ... überhaupt das Zelt, der Wirt hat ja ganz schön Mut, wenn da was passiert, da haftet der fürs Zelt ... also die ... hatten bei ihm ja auch für die Kommunion reserviert, haben sie zurückgezogen ... die CDU hat auch einen Antrag auf eine Demo gestellt ... klar, die SPD, die hält sich da raus, sowieso, wer hat denn die Eingemeindung betrieben? Vorher hatten wir keine Schulden und jetzt die Grundsteuer und die Bürgersteige, die müssen wir trotzdem selber kehren und wenn jemand hinfällt ... und dann der

**das tribunal tagt im bürgerhaus, örtliche funktionäre versuchen, bürger gegen das tribunal zu organisieren**

Dreck am Weißen Sonntag, den können wir dann auch selber wegmachen ...na, wir Harheimer haben ja schon Erfahrung mit Großveranstaltungen, wie der Dregger da war, da haben sie die ganze Straße gesperrt, aber ich habe ihnen meinen Ausweis von der freiwilligen Feuerwehr gezeigt und ...und der Soares — erst wollten sie die Kegelbahn ganz sperren (im Keller des Bürgerhauses), aber dann haben sie alle genau durchsucht, als ob ... also am Samstag bei der Demo ..."

Einer zieht den Lokal-Anzeiger aus der Tasche ...

**der alte dorfkern, im mittelpunkt die kirche, ist fast aufgelöst, wegsaniert, von neubauten durchsetzt**

## "DIE VORSITZENDEN DER HARHEIMER CDU UND SPD IM GESPRÄCH ÜBER DAS RUSSELL-TRIBUNAL"

Der CDU-Vorsitzende Rüdiger Mörsch: "Wir als CDU sind nicht stolz darauf, daß Harheim die traurige Berühmtheit erlangt, Gastgeber für ehr- und würdelose linke Intellektuelle zu sein ... Bedauerlicherweise wird das Tribunal auch am Weißen Sonntag durchgeführt und es ist deshalb möglich, daß es durch die linken Gruppierungen zu Verunglimpfungen der Kommunionzeremonie kommen könnte. ... Die CDU Harheim ist nicht bereit, all dies stillschweigend zu akzeptieren. Wir rufen die Bevölkerung deshalb zu einem Demonstrationszug am Samstag, dem 1. April 1978, um 10.00 Uhr auf, um für unseren Staat und gegen das Russell-Tribunal Stellung zu beziehen. Die Demonstration ... wird beweisen, daß wir vor linken Extremisten nicht zurückschrecken, sondern ihnen Paroli bieten!"

Der SPD-Vorsitzende Albrecht Müller-Helms: "... hält den Grundgedanken des Russell-Tribunals ... für absurd ... dem jetzigen Tribunal in Harheim über die Bundesrepublik mißt die SPD jedoch keine große Bedeutung bei, sieht ihm mit Gelassenheit entgegen und erwartet keinerlei Beeinflussung oder gar Störung gen für diesen Stadtteil ... Zusammenfassend kommt der SPD-Vorsitzende zu dem Schluß: 'Das Russell-Tribunal ist in Harheim richtig, es liegt am Rande.' "

Und warum ausgerechnet Harheim?

Weil in Frankfurt angeblich anscheinend keine Halle frei ist, die Messehalle wird — wieder einmal — renoviert, und ... Auch die Genehmigung des Zeltes dauerte ungewöhnlich lange, konnte nicht von der zuständigen Ordnungsbehörde entschieden werden. Die Stadt verlangte 3.000,-- DM Kaution für die Reinigung des Platzes — auch ein neuer Einfall — und noch ist das Zelt nicht nicht abgenommen, das geschieht erst am Mittwochmorgen.

Und warum ausgerechnet Harheim?

Das haben wir auch zu hören bekommen:

"Russell — die sollen doch gehen, wohin sie wollen! — Klar, hier gibt es keine Parkplätze, keinen Platz und dann könnt ihr im Ausland im Fernsehen zeigen, wie die deutsche Polizei prügelt."

„Meine vielen Verehrer finden mich unwiderstehlich"

Milka

Ihre Alpenmilchschokolade

SPD - Ortsverein Harheim

## EINE CHRONOLOGIE MISSGLÜCKTER VERSUCHE, DAS TRIBUNAL ZU VERHINDERN

FRANKFURT
25. März 78

*Stellt man eine Chronologie über die Entstehungsgeschichte des Tribunals zusammen, so ergibt sich daraus automatisch die Geschichte einer Serie von Versuchen amtlicher und halbamtlicher Stellen, das Tribunal zu verhindern. Dazu steht die Gelassenheit, mit der die Bundesregierung laut Pressesprecher Bölling dem Tribunal jetzt entgegensieht, krass im Widerspruch. Vielleicht hat es damit etwas zu tun, daß es jetzt nichts mehr zu verhindern gibt. Die Chronologie füllt ganze sieben ID-Seiten. Wir wollen auf die Dokumentation der mißglückten Versuche, das Tribunal zu verhindern, nicht verzichten, sie aber auch nicht auf einen Schlag bringen. So verteilen wir sie auf mehrere Ausgaben.*

**September 77: Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU stellt eine kleine Anfrage an die Bundesregierung:**

„Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Eyrich, Spranger, Erhard (Bad Schwalbach), Schwarz, Wohlrabe, Dr. Müller, Dr. Wittmann, Dr. Jentsch (Wiesbaden), Gerster (Mainz) und der Fraktion der CDU/CSU

betr.: „Russell-Tribunal über die Repression in der Bundesrepublik Deutschland"

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Sind der Bundesregierung die Vorbereitungen für ein sogn. Russell-Tribunal über die Repression in der Bundesrepublik Deutschland bekannt?
2. Wie beurteilt sie
   a) die von den verschiedenen Vorbereitungsgruppen angegebenen „Tatsachen" über Menschenrechtsverletzungen in der Bundesrepublik Deutschland, die als Anlaß des Tribunals genannt werden,
   b) die politische Zielsetzung der wichtigsten Personen und Gruppen, die sich für das „Tribunal" einsetzen?
3. Ist es richtig, daß zu den vorbereitenden oder die Vorbereitung unterstützenden Personen, Gruppen und Organisationen unter anderem
   - Sympathisanten anarchistischer Gewalttäter wie der „Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten" und Mitglieder des ihn stützenden Beirats wie die Schriftsteller Y. Karsunke, J. Roth, G. Zwerenz und der Theologe Prof. Gollwitzer,
   - Gruppen der Neuen Linken, wie der „Kommunistische Bund" oder „GIM",
   - Organisationen aus dem Bereich der orthodoxen Kommunisten wie die Berliner „Arbeitsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten" und die kommunistisch beeinflußte Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner,
   - unabhängige Sozialisten wie das „Sozialistische Büro", Offenbach, sowie
   - Mandatsträger, sonstige Mitglieder oder politisch Verbunden demokratischer Parteien wie Stadtverordnete von SPD und FDP, die Deutschen Jungdemokraten, der Liberale Hochschulverband Hannover und Göttingen, die Jungsozialisten UB Hannover, die Juso Hochschulgruppen Hannover und Bielefeld gehören?
4. Gilt die Auffassung der Bundesregierung, „daß eine Zusammenarbeit mit Kommunisten erfahrensgemäß deren revolutionäre Ansätze fördert, die eigene politische Position jedoch schwächt", mindestens sinngemäß auch für die Zusammenarbeit bei der Vorbereitung des „Russell-Tribunals"?
5. Was hat die Bundesregierung bisher, öffentlich oder nicht öffentlich, unternommen, um die sich nicht zum Bereich des Linksextremismus zählenden Personen und Gruppen welche sich an der Vorbereitung des „Russell-Tribunals" beteiligen, über den politischen Charakter dieses Unternehmens und der übrigen sich beteiligenden Gruppen aufzuklären und auf sie mit dem Ziel ihrer Distanzierung von dem Unternehmen einzuwirken? Was wird sie zum gleichen Zweck noch tun?
6. Hat eine etwaige Tätigkeit der Bundesregierung im Sinne der Frage 5 bisher irgendwelche greifbaren Erfolge gehabt? Wenn ja, in welchen Fällen? "

**13. Oktober 77: Der SPD-Parteivorstand faßt einen einstimmigen Beschluß:**

### EINSTIMMIGER BESCHLUSS DES SPD–PARTEIVORSTANDES VOM 13.10.1977

Der Parteivorsitzende hat sich über die Vorbereitung für ein sog. Russell-Tribunal über die und in der Bundesrepublik geäußert. Er sagte u.a.: "Ich lasse es mir nicht gefallen, daß die Bundesrepublik Deutschland in eine Propagandaaktion hineingezogen wird, und daß dabei der Name des ehrwürdigen Bertrand Russell zu Lasten der Bundesrepublik mißbraucht wird. Ich werde den Initiatoren in London sagen, sie sind uns zu diesem Anlaß in der Bundesrepublik und Berlin nicht willkommen."
Brandt kündigte an, er wolle erforderlichenfalls zusammen mit namhaften Persönlichkeiten des In- und Auslandes dafür sorgen, daß die durchsichtigen propagandistischen und verleumderischen Absichten des geplanten Tribunals aufgezeigt und vereitelt werden. Er bezeichnete es als eine Zumutung für Sozialdemokraten, die führend am Auf- und Ausbau des Rechtsstaates mitgewirkt haben, wenn die Bundesrepublik mit Vietnam und Chile auf eine Stufe gestellt wird.

Der Vorstand hat einmütig diese Erklärung des Vorsitzenden gebilligt. Der SPD-Vorstand fordert alle Sozialdemokraten auf sich nicht an den Aktivitäten des sog. Russell-Tribunals zu beteiligen und es nicht zu unterstützen, keine Unterschriften zu geben oder geleistete Unterschriften zurückzuziehen und das auch bekannt zu geben.
Die Mitglieder der SPD sind insbesondere aufgefordert, nicht als Zeugen vor dem Russell-Tribunal zu erscheinen.

**Mitte Oktober 77: Die Witwe Bertrand Russell's, Lady Edith Russell, antwortet Willy Brandt:**

### STELLUNGNAHME VON LADY EDITH RUSSELL,FRAU DES VERSTORBENEN BERTRAND RUSSELL

"Das Russell Tribunal,das zur Zeit vorbereitet wird,soll Beweismaterialien über mögliche Menschenrechtsverletzungen wie die Berufsverbote und ähnliche Maßnahmen untersuchen.
Da bekannte Personen in der Bundesrepublik,die mit meinem Mann allerdings nie zu tun hatten,behauptet haben,daß Bertrand Russell selbst,wäre er noch am Leben,diese geplante Untersuchung vielleicht nicht gutgeheißen hätte,möchte ich folgendes feststellen: Während seiner letzten Jahre hat er sich bis zur Grenze seiner Kräfte für die Verteidigung der Menschenrechte im Osten, im Westen und in neutralen Ländern eingesetzt. Seine scharfe Kritik am Mc Carthyismus in den USA ist hinreichend bekannt. Seine kritische Haltung hierzu war so ausgeprägt, daß er sie sogar in seiner Rede anläßlich der Entgegennahme des Nobel-Preises zum Ausdruck brachte.

Die Frage, ob in der Bundesrepublik heute ähnliche Praktiken wie im damilgen Amerika festzustellen sind, ist ein Untersuchungsgegenstand des Tribunals. Daß Bertrand Russell eine solche Untersuchung gewünscht hätte, eine Untersuchung, so fair und gründlich wie irgend möglich, wird von niemandem angezweifelt, der ihn kannte.

**Mitte Oktober 77: Die Vorwürfe von Willy Brandt und dem SPD-Parteivorstand werden in Stellungnahmen von den Philosophen Günther Anders (Wien) und Ulrich Sonnemann (München), den Mitgliedern des deutschen Beirats des Tribunals, Ingeborg Drewitz und Professor Gollwitzer, zurückgewiesen:**

OFFENER BRIEF VOM 17.10.77 VON ANDERS UND SONNEMANN:

„Sehr geehrter Herr Brandt,

Erstaunt erfahren wir aus der Zeitung, Sie hätten das bevorstehende 3. Russell Tribunal der Absicht geziehen, „den Namen des verehrungswürdigen Bertrand Russell" für eine Propagandaaktion gegen die Bundesrepublik Deutschland zu mißbrauchen. Die Absichten des Tribunals - vor dem Sie Ihre Parteifreunde warnen - seien „durchsichtige propagandistische und verleumderische".

Wir halten es für denkbar, daß Ihnen unsere Namen als die von Philosophen bekannt sind, die sich zu keiner Zeit irgendeinem Meinungszwang beugten. In dieser Haltung werden wir auch in Zukunft verharren. Wie natürlich auch Sie wissen, haben kritische Stimmen, die auf Menschenrechtsverletzungen in der Bundesrepublik aufmerksam machen, sich in den letzten Jahren so beständig im westlichen Ausland vermehrt, daß eine gefährliche Entfremdung zwischen diesen Öffentlichkeiten und der Bundesrepublik droht, die im Interesse niemandes liegen kann. Da das Russell-Tribunal diese Vorwürfe auf ihre Wahrheit hin prüfen soll, sind wir bisher für es eingetreten - dem ersten Tribunal hat einer von uns, Günther Anders, als Jurymitglied jahrelang angehört. Wir wären Ihnen daher dankbar, wenn Sie uns die Unterlagen für Ihre so außerordentlich ernsten Anklagen zukommen lassen könnten, damit wir unsere Haltung an stichhaltigem Material überprüfen können. Die beiden ersten Tribunale sind ohne Vorurteile und ohne Vorverurteilungen an ihre Arbeit gegangen, und wir sehen bis zu diesem Moment keine Ursache, vom dritten Tribunal irgendetwas anderes zu vermuten.

Es schmerzt uns als ehemalige Emigranten, die wir während der Exilzeit und später für den demokratischen Verfassungsstaat eintraten, in die Nähe eines angeblichen Versuches gerückt zu werden, „die Bundesrepublik auf eine Stufe mit Chile und Vietnam zu stellen". Womit hätte ein Gremium, das sich nachprüfbar untersuchend und begründend verhält, diesen Vorwurf verdient? Ihre in der Presse zitierte Rede macht die Befürworter des Russell Tribunals zu Outcasts. Da eine solche Stigmatisierung ein Klima ebenso voraussetzt wie fördern kann, das selbst zu den Themen des Tribunals gehören soll, fällt es uns schwer zu glauben, daß dieses Wort in der Sache Ihr letztes gewesen sein sollte.

Daß - wie Sie als gesichert voraussetzen - das Tribunal Bertrand Russell's Namen mißbrauche, steht zu einer nüchternen Erklärung seiner Witwe, Lady Russell, auf die wir verweisen dürfen, in Widerspruch.

Wir beabsichtigen, unsere weiteren Entscheidungen in dieser Angelegenheit, die wir im Interesse einer westeuropäischen Öffentlichkeitsbildung bisher unterstützt haben, nach den erbetenen Unterlagen zu richten, und verbleiben mit vorzüglicher Hochachtung."

OFFENER BRIEF VON INGEBORG DREWITZ

Es fällt schwer, unter dem heutigen Datum ohne Emotion auf Ihre und die Warnung des SPD-Vorstandes vom 13.10.77 an die Mitglieder der SPD vor der Unterstützung des Dritten Russell-Tribunals zu reagieren. Die Disqualifizierung, die hier ein internationales Gremium trifft, in dem hochangesehene Persönlichkeiten Europas vertreten sind, muß mit aller Nüchternheit zurückgewiesen werden. Es geht den von demokratischen Organisationen gewählten Sprechern des Tribunals nicht um die Beschimpfung der Bundesrepublik, wie es Ihre Äußerungen mutmaßen lassen, sondern um die Überprüfung der Funktionsfähigkeit der Demokratie und ihrer Selbstreinigungsprozeduren. Die Handhabung des Ministerpräsidenten-Erlasses (Berufsverbote) und die 14. Strafrechtsreform mit ihrer Einführung von zur Zensur tauglichen Paragraphen haben international einen Grad von Beunruhigung erreicht, der die Vorbereitung des Tribunals erklärlich macht....

Ich ersuche Sie und den SPD-Vorstand, die öffentliche Disqualifizierung des Tribunals, die offensichtlich auf Fehlinformation beruht, zurückzunehmen.

Ingeborg Drewitz — Berlin-West
16.10.1977 (aus: Extra-Dienst)

**16. Oktober 77: Die Jungdmokraten begrüßen die Durchführung des Russell-Tribunals und ziehen ihre Unterstützung zurück, da die bestehende politische Repression die Existenz des Verbandes in elementarer Weise gefährdet. Sie machen sich damit praktisch zum Fall des Tribunals:**

BESCHLUSS DES HAUPTAUSSCHUSSES DER DJD VOM 14.–16.10.77

Die DJD begrüßen grundsätzlich die Durchführung des Russell-Tribunals auf Grundlage des Aufrufs der Betrand-Russell-Peace-Foundation vom 1.2.77. Die konsequente Verwirklichung der Grund- und Menschenrechte, die Durchsetzung der Prinzipien der allgemeinen Menschenrechte, stellt ein zentrales Essential liberaler Politik dar. Die Entwicklung der BRD in den letzten Jahren wird diesen Ansprüchen und Forderungen immer weniger gerecht. Die Praxis der Berufsverbote - verbunden mit Gesinnungsschnüffelei, Denunziantentum, verfassungswidrigen Aktivitäten der Verfassungsschutzes - haben in der Bundesrepublik Deutschland ein unerträgliches Klima geschaffen, hat zu Duckmäusertum, Einschüchterung und politischer Abstinenz unter Schülern, Studenten, Lehrern, Auszubildenden und abhängig Beschäftigten geführt. Dieses politische Klima behindert die demokratische Meinungs- und Willensbildung in der BRD in einschneidender Weise. Gemeinsam mit der Aufnahme ständig neuer repressiver Bestimmungen im Strafgesetzbuch (§§ 88a, 130a), der Verschärfung der Strafprozeßordnung, insb. der Verteidigerüberwachung, des Ordnungsrechts im Hochschulrahmengesetz, der Erweiterung der Befugnisse des Verfassungsschutzes sowie dem Entwurf für ein bundeseinheitliches Polizeigesetz verunmöglichen diese Maßnahmen zusammen mit den Berufsverboten und ihren Konsequenzen die von den Jungdemokraten seit langem geforderte grundlegende Demokratisierung von Staat und Gesellschaft.

Die Auseinandersetzung und öffentliche Diskussion mit diesen Erscheinungsformen der Repression in der BRD kann über ein Russell-Tribunal einen wichtigen Beitrag zur Sensibilisierung und Bewußtwerdung der Bevölkerung leisten, kann bei breiter Unterstützung durch die Bevölkerung die Bewegung zur Verwirklichung der Grund- und Menschenrechte in allen Bereichen und im Interesse aller entscheidend stärken.

Ein Russell-Tribunal über Verletzungen der Grund- und Menschenrechte in der Bundesrepublik und West-Berlin ist ein

wichtiger Beitrag zur Verstärkung dieser Bewegung. Hierzu müssen breite Kreise und Gruppen der Bevölkerung in diese Arbeit einbezogen werden, muß die persönliche Betroffenheit jedes Einzelnen aufgezeigt und vermittelt werden. Diese Tätigkeit der Unterstützung für das Russell-Tribunal ist für die Jungdemokraten undurchführbar, da die bestehende politische Repression die Existenz des Verbandes in elementarer Weise gefährdet; deshalb ziehen die DJD ihre Unterschrift unter den Aufruf der Betrand-Russell-Peace-Foundation vom 1.2.77 und damit ihre Unterstützung der Durchführung des Russell-Tribunals zurück.

Denn der Sachverhalt ist eindeutig: politische Jugendarbeit ist in der Bundesrepublik aktuell schwersten Belastungen und Disziplinierungsmaßnahmen unterworfen. Kritischen Jugendorganisationen wie dem VDS, dem SHB oder der Naturfreundejugend wird durch den Entzug, der Vertagung, der Kürzung oder deren konkreter Androhung finanzieller Förderung ein lebenswichtiger Nerv ihrer Tätigkeit abgeklemmt. Dies geht bis zu der Ungeheuerlichkeit, genannte oder andere Verbände durch explizite Erwähnung im Verfassungsschutzbericht des Bundesministeriums zu bezeichnen. Die Jungdemokraten sind durch diese Maßnahmen der politischen Disziplinierung direkt betroffen, was sich u.a. darin dokumentiert, daß die "staatstragenden" Politiker sie ungerügt als "terroristische Antidemokraten" bezeichnen, sie damit nahtlos in die terroristische Sympathisantenszene einordnen dürfen.

Für Jungdemokraten ist offensichtlich, daß die Wirkungslosigkeit engagierter Liberaler auf Grund der jüngsten terroristischen Gewalttaten und des in diesem Umfeld bewirkten politischen Klimas enormen Zwängen ausgesetzt ist. Völlig unabhängig davon, daß die DJD terroristische Gewalttaten prinzipiell ablehnen und für verabscheuungswürdig halten, darf dies doch kein Anlaß sein, eine Einschränkung unserer Grund- und Freiheitsrechte vorzunehmen. Die Verteidigung und Durchsetzung der Grundrechte ist eine prinzipielle Frage und darf nicht zur Disposition aktueller Tagespolitik stehen.

Die Jungdemokraten werden in diesem Zusammenhang vor der Öffentlichkeit klarstellen, daß kritische Jugendarbeit aufgrund der aktuellen Entwicklung letztendlich extremen Belastungen und Repressionen ausgesetzt ist. Gerade vor dem Hintergrund bestätigt sich der Zweck und die Notwendigkeit des Russell-Tribunals.

Die Jungdemokraten werden einen Schwerpunkt ihrer Arbeit darin sehen, eine umfassende Aufklärungs- und Mobilisierungsaktion über Formen und Hintergründe der aktuellen politischen Repression in der Bundesrepublik durchzuführen, hierzu die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Gruppen zu suchen und auf diese Weise in offensiver Form die Initiative für eine konsequente Durchsetzung der Grund- und Freiheitsrechte zu stärken.

**18. November 77: Innenminister Maihofer antwortet auf die Anfrage der CDU/CSU:**

Die Kleine Anfrage beantworte ich wie folgt:

Vorbemerkung:

In der Bundesrepublik Deutschland gilt die freiheitlichste Verfassung der deutschen Geschichte. Sie verpflichtet alle staatliche Gewalt auf die Achtung und den Schutz der Menschenwürde, gewährleistet jedem das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und verbürgt ihm die ins Grundgesetz aufgenommenen Menschenrecht. Diese Verfassung bestimmt die rechtsstaatliche Wirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland, in der jedem Bürger ein Höchstmaß auch an gerichtlichem Schutz gewährt wird.

Die Bundesregierung sieht zwar keinen Anlaß, die mit dem Tribunal offenkundig angestrebte Diffamierung der Bundesrepublik Deutschland überzubewerten, sie hält jedoch die Veranstaltung eines solchen Scheinverfahrens gegen unser Land, ausgerechnet durch Kräfte, die seine Grundordnung ablehnen, für eine Verhöhnung unseres freiheitlichen Rechtsstaates und des politischen Willens der ganz überwältigenden Mehrheit unserer Bevölkerung, wie er in Wahlen immer wieder zum Ausdruck kommt.

Das gestörte Verhältnis der das Tribunal tragenden Personen zur politischen Wirklichkeit zeigt sich schon in dem eklatanten Widerspruch, daß hier einerseits die angebliche politische Unterdrückung und Unfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland angeprangert, andererseits aber die in unserem Land bestehende Freiheit selbst für extremistische Aktivitäten genutzt wird, ein solches Tribunal hier durchzuführen.

(...)

Die zur Begründung angeblicher Menschenrechtsverletzungen und der vorgeschlagenen Themen zirkulierenden Unterlagen sind zum Teil mit Kampfschriften und Parolen aus dem Bereich von Unterstützern des Terrorismus identisch (z.Bsp. die von zwölf Russell-Initiativ-Gruppen herausgegebene Schrift "Klassenkrieg in der BRD - Interview aus Stammheim")

Wie sich überhaupt zeigt, daß terroristische Gewalttäter und sie unterstützende Gruppen das Tribunal nutzen, um ihre kriminellen Ziele zu fördern. Auch andere das Tribunal unterstützende Gruppen, die sich zumindest verbal von terroristischen Gewaltakten distanzieren, tragen durch ihre verzerrte, die Wirklichkeit grob entstellende Darstellung der Verhältnisse in unserem Land dazu bei, ein geistig-politisches Klima zu schaffen, das terroristischen Gewalttaten Vorschub leistet.

(...)

Die Bundesregierung hat wiederholt auf die verfassungsfeindliche Zielsetzung der das Tribunal initiierenden Gruppen der "Neuen Linken", auf ihre Agitation mit den immer wiederkehrenden, nunmehr auch zur Behandlung durch das Tribunal vorgesehenen Themen sowie auf die Strategie der Aktionseinheit und die damit für die Demokratie grundsätzlich verbundenen Gefährdungen u.a. in den jährlich vorgelegenen Verfassungsschutzberichten hingewiesen. Sie hat darüber hinaus in dem vom Bundesminister des Innern herausgegebenen Informationsdienst Innere Sicherheit die Öffentlichkeit bereits am 8. August 1977 mit einem ersten Bericht über die Planungen für ein drittes Russell-Tribunal sowie seine Hintergründe informiert.

Die Bundesregierung nimmt auch die ihr durch diese Anfrage gegebene Gelegenheit wahr, öffentlich darauf hinzuweisen,

welche Ziele die das Tribunal vorbereitenden linksextremistischen Gruppen verfolgen.

Ihr weiteres Vorgehen im einzelnen macht die Bundesregierung von der künftigen Entwicklung abhängig.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß nicht zuletzt dank ihrer Aufklärungsarbeit das Tribunal von der Bevölkerung als ein von mangelnder Tatsachenkenntnis oder von bewußter Falschdarstellung getragener Versuch durchschaut wird, die Bundesrepublik Deutschland herabzusetzen."

**Dezember 77: In Heidelberg unterschreiben vier Mitglieder des Gemeinderates der Stadt einen Aufruf der Initiativgruppe zur Unterstützung des Russell-Tribunals. Im Zuge der folgenden Diffamierungskampagne tritt das FDP-Mitglied B. Armbruster aus dem Gemeinderat aus. Die anderen drei Mitunterzeichner, allesamt SPD-Mitglieder, haben ihre Unterschriften zurückgezogen. Nicht, weil sie gegen das Tribunal seien, sondern weil sie sich von kommunistischen Gruppen vor den Karren gespannt fühlen.**

# Informations-Dienst
## zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ZWEITE AUSGABE DES TÄGLICHEN ID
PREIS: 0.50 DM/STÜCK

28. März 1978


Zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik
Frankfurt 25.3.–4.4.'78

III. Russell-Tribunal

**SONDER–ID**
**Tribunal**
**Nr. 2**

*professoren beim plakatieren fürs tribunal erwischt/ BILD–kampagne/ IMPF– ein serum gegen zensur/ übung in journalistischer sorgfaltspflicht/ zensur: das projekt tageszeitung/ zensur bei „direkt"/ woran orientiert sich das Russell–Tribunal? / geheimpapier des innenministeriums – reaktionen im ausland/ berufsverbot: gespräch mit betroffenen/ bunte liste/ wirbel um ein lebendiges schwein/ treffen der schwulen auf dem lande/ jugensliche setzen sich zur wehr/ veranstaltungskalender.*

## PROFESSOREN BEIM PLAKATIEREN FÜRS TRIBUNAL ERWISCHT

FRANKFURT, 28. März 78 *In der Nacht von Donnerstag auf Karfreitag wurden vier Vertreter der Menschenrechte, unter ihnen die Professoren Raimund Rütten und Gerhard Schneider, beim Plakatieren fürs Russell-Tribunal von einer aufmerksamen Bürgerin denunziert und daraufhin von der Polizei verhaftet. Den Hergang und die Folgen der Verhaftung schildern die vier in einer Presseerklärung:*

Um die im österlichen Frieden Ruhe suchenden Frankfurter Bürger darüber zu informieren, daß in ihrer Stadt vom 29.3. bis 4.4. das III. Internationale Russell-Tribunal zur Frage der Verletzun g von Menschenrechten in der Bundesrepublik stattfinden wird, plakatierten wir – Prof. Dr. Raimund Rütten und Prof. Dr. Gerhard Schneider, Hochschullehrer an der Universität Frankfurt – in der Nacht vom Gründonnerstag zum Karfreitag das Veranstaltungsprogramm dieser bevorstehenden, ereignisvollen Woche. In unserer Begleitung befanden sich zwei weibliche Personen.

Dergestalt mit dem Herstellen von Öffentlichkeit an einem Bauzaun in der Leipziger Straße beschäftigt, sahen wir uns kurz danach unversehens mit den Trägern staatlicher Gewalt konfrontiert: zwei Polizisten in Zivil forderten uns auf stehenzubleiben und die Plakate vorzuzeigen. Wir kamen dieser Aufforderung unverzüglich nach und wurden von den im selben Augenblick mit drei Polizeifahrzeugen eintreffenden uniformierten Beamten festgenommen. Man brachte uns auf das 13. Polizeirevier in der Schloßstraße, wo unsere Personalien festgestellt wurden.
Hier müßte, der freiheitlich demokratischen Grundordnung wegen, die Geschichte ihr Ende haben; doch sie geht weiter: auf Anordnung von Oberstaatsanwalt Brinkmann sollten wir erkennungsdienstlich behandelt werden.

Unser Begehren, unverzüglich Rücksprache mit einem Rechtsanwalt nehmen zu können, wurde abgelehnt; auf unseren Einspruch hin gegen die erkennungsdienstliche Behandlung wurde uns gedroht, wenn wir nicht vernünftig seien, würden 'andere Mittel' angewendet; schließlich wurden wir in einen Zellentrakt eingesperrt und eine Stunde später, Männer und Frauen getrennt, zum Kriminaldauerdienst im Polizeipräsidium transportiert, wo wir erkennungsdienstlich behandelt wurden. Auf dem Weg zum Polizeipräsidium wurden unsere weiblichen Begleiter noch einer besonderen Erniedrigung und Entwürdigung unterworfen: sie wurden in das Untersuchungsgefängnis in der Heiligkreuzgasse gefahren und dort einer Leibesvisitation ausgesetzt.

Unser im Verlauf dieser Behandlungen mehrmals erhobener Einspruch gegen diese Freiheitsberaubung, gegen die Verweigerung eines Rechtsbeistandes sowie gegen die erkennungsdienstliche Behandlung war erfolglos und wurde von den Beamten nicht zu Protokoll genommen. In der Tat waren wir seit der Festnahme ohne jedweden Rechtsschutz

seit der Festnahme ohne jedweden rechtlichen Schutz gegen Maßnahmen, die dem Gutdünken der Beamten, bzw. des Oberstaatsanwaltes entsprangen. In stundenlanger Prozedur wurden persönliche "Daten" erfaßt, Messungen vorgenommen, Kriminalfotos im Profil und enface gemacht, Fingerabdrücke abgenommen. Gegen 4 Uhr morgens wurden wir schließlich entlassen.

Diese insgesamt etwa 4 Stunden dauernde Sistierung und kriminalistische Behandlung aufgrund eines mutmaßlichen 'Antragsdelikts' ist ein weiterer Beweis der Willkür der Frankfurter Polizei. Sie ist ein Beleg für die Notwendigkeit des Russell-Tribunals, nach der Wahrung der Menschenrechte in der Bundesrepublik zu fragen; zugleich spricht vieles dafür, daß hier eine als Strafverfolgung verbrämte Zensur gegen das Russell-Tribunal ausgeübt wird.

Wir werden gegen den verantwortlichen Oberstaatsanwalt Brinkmann und die ausführenden Polizeibeamten Anzeige wegen Freiheitsberaubung stellen und die Vernichtung der Unterlagen der erkennungsdienstlichen Behandlung fordern.

(i.A. Rütten)

*In der Frankfurter Rundschau vom 28. März kommt der für die erkennungsdienstliche Behandlung zuständige Staatsanwalt zu Wort.*

"Der Oberstaatsanwalt, der die erkennungsdienstliche Behandlung "gewissermaßen angeordnet, jedenfalls genehmigt" hat, beruft sich im nachhinein darauf, "gar nicht genau gewußt" zu haben, was da eigentlich vorgefallen war. Der Strafverfolger vom Dienst: "Ich habe gedacht, das sind KBW-Leute, die da was angestellt haben. Daß da zwei Hochschulprofessoren dabei waren, höre ich zum erstenmal". Außerdem hätten sich die Beteiligten geweigert, ihre Personalien anzugeben – soviel man gesagt habe.
Ob es angemessen war, Plakate-Kleber so zu behandeln, ließ der Staatsanwalt dahingestellt: Die können ja Beschwerde einlegen, wenn sie sich schlecht behandelt fühlen. Die Polizei ist zu solchen Maßnahmen nunmal grundsätzlich berechtigt."

## BOYKOTT GEGEN SPRINGER

KÖLN 19. Dezember Zur Neubelebung der Kampagne gegen den Verleger Axel-Cäsar Springer zwei Informationen, Zum einen: die Plakette mit dem Aufdruck "Enteignet Springer" ist wieder zu haben. Erkundigt euch im linken Buchhandel oder beim Kommunistischen Bund (Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50). Zum anderen: ein Aufruf an Gewerkschafter und Kollegen ist verfaßt worden, in dem zum Boykott gegen die BILD-Zeitung aufgerufen wird. Der Text des Aufrufs lautet:

1. Ich unterstütze den Antrag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherung von 1972, in dem zum Boykott der Springer-Zeitungen aufgefordert wird.
2. Ich bin dagegen, daß Gewerkschafter mit Springer-Zeitungen in irgendeiner Form zusammenarbeiten (z.Bsp. Informationen geben oder sich für Interviews zur Verfügung stellen)
3. Ich selbst werde BILD und andere Springer-Zeitungen nicht mehr kaufen und meine Kollegen auch dazu auffordern deshalb setze ich mich auch aktiv für die Beseitigung der BILD-Zeitungskästen vor den Betrieben ein.
4. Ich unterstütze die gewerkschaftliche Forderung zur Demokratisierung der Presse, weil der Artikel 5 des GG nicht besagt, daß Pressefreiheit das Privileg von ein paar Dutzend kapitalkräftigen Unternehmern ist, ihre Meinung an den Mann bringen zu lassen.

**Diese Initiative wird getragen von Gewerkschaftern, Betriebsräten, Druckern, Journalisten und Schriftstellern. Kontakt: Jörg Gfrörer und Günther Wallraf, c/o Betrieb, Merkenicherstr. 99, 5 Köln60. Dort können Unterschriftenlisten ngefordert werden.**

## EINE WANDERAUSSTELLUNG GEGEN DIE BILD-ZEITUNG

BERLIN 25. Januar *In Zusammenarbeit mit Günter Wallraf beabsichtigt die Galerie 70 in Berlin in der Zeit vom 5. April bis 10. Juni 1978 eine Ausstellung gegen die Bild-Zeitung durchzuführen.*

**Kontakt:**
**Galerie 70, Schillerstraße 70, 1000 Berlin 12**

## SERUM GEGEN ZENSUR: IMPF

*FRANKFURT 26. März* *Im Herbst wird sich das Russell-Tribunal während der zweiten Sitzungsperiode auch mit der Frage befassen, ob durch straf- und zivilrechtliche Bestimmungen und durch außerrechtliche Maßnahmen Zensur ausgeübt wird. Wegen der Einschränkungen in diesem, dem Medienbereich, hat sich im Februar 78 im Rhein-Main-Gebiet eine Initiative gebildet: die Initiative Meinungs- und Pressefreiheit (IMPF) ist ein Zusammenschluß, dem bis Ostern 87 Medienarbeiter angehörten. Wie die Initiative entstanden ist und worin sie ihre Aufgabe sieht, darüber gab einer der Initiatoren, Wolf Lindner, in einem Gespräch Auskunft:*

Wir saßen zu viert, vier Leute von der Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU) beim Hessischen Rundfunk an einer Art Broschüre, die wir machen wollten - auch zu Zensur. Aber jetzt eben nicht nur die Darstellung von erfolgreicher Gegenwehr, von Möglichkeiten sich zu wehren. Möglichkeiten, auf die die Kollegen vielleicht nicht kommen oder die sie längst vergessen haben. Aber wir vier waren die Einzigen; alle anderen, die wir ansprachen, sagten: „Ja, ja finden wir gut, haben aber jetzt keine Zeit, vielleicht mal in vier Wochen." Viele waren auch nicht ansprechbar, andere bezweifelten, daß es was bringt.

In diesen Monaten gingen dann die Breitseiten über die Rundfunk- und Fernsehanstalten: Wallraff-Film nicht gesendet, BRUNDIERS entlassen, Böll-Interview erst nach einer Woche gesendet und mit einem Kommentar des Programmdirektors versehen. Im Theaterbereich passierten auch alle möglichen Knöppe. Da haben wir gemerkt, daß wir auf einem völlig falschen Dampfer sitzen, wenn wir in aller Stille so ein Papierchen machen. Wir haben gemerkt, daß man eine Organisation, oder besser eine Nicht-Organisaiton haben muß, um schnell zu reagieren. So entstand die Idee dieser Initiative.

Es ist - wie sichs jetzt entwickelt hat - nicht nur ein Zusammenschluß um sich schnell wehren zu können, so wie jetzt mit diesem abgesetzten "direkt"-Beitrag, sondern auch um sich einander besser kennenzulernen. Das ist ein starkes Motiv gewesen — wir hatten ja vor vierzehn Tagen ein erstes Treffen der Interessenten und merkten, wir kennen uns ja kaum, sitzen auf engstem Raum zusammen und machen päd. extra oder Fernsehen, machen irgendeine Initiativ- oder Alternativzeitung, die Frankfurter Rundschau: wir kennen uns eigentlich gar nicht. Dann kann man sich über solch einen Verteiler auch besser informieren, über bestimmte Nachrichten, die nicht gedruckt oder gesendet werden, die man sonst allenfalls im Rundspruchverfahren weitergeben kann, findet so vielleicht auch Kollegen in anderen Medien, die diese Sachen noch veröffentlichen können. Dann eben der Aspekt der konkreten Gegenwehr wie jetzt bei "direkt".

Dann gibt es den Vorschlag, im Herbst ein ganzes Aktionswochenende gegen Zensur, Pressekonzentration und Privatisierung des Rundfunks zu machen. Dieses Wochenende muß vom DGB und allen Mediengewerkschaften getragen und veranstaltet werden. Daran organisatorisch und inhaltlich mitzuarbeiten will sich die IMPF zur Aufgabe machen.

Wichtig bei der Initiative ist von anfang an die Erkenntnis gewesen, keine Organisation machen zu wollen, IN DER dann irgendeiner zuständig sein muß, ein Vorstand da sein muß, die ganzen Geschichten, die dazu notwendig sind, die SACHE aber völlig verkrusten lassen. Die Initiative kann nur leben in dem Maße, wie die Einzelnen, die daran beteiligt sind, selber aktiv und einfallsreich sind. Die Initiative ist eine Chance. Sie besteht aus einer Liste von Leuten die erklärt haben: "Ich bin aktiver als der Schnitt, ich bin ein bißchen mehr bereit, mich zu wehren." Das ist es eigentlich schon. Aber mit dieser Liste kann man unheimlich viel machen, nur liegt es an den Leuten, dies zu tun. Zum Beispiel dieses Info zur Zensur bei "direkt". Was macht jetzt einer? Legt er es auf den Schreibtisch und sagt: „Scheiße! Schweinerei!" und erzählt es vielleicht abends am Stammtisch weiter oder gibt er das einem, der vielleicht etwas damit anfangen kann, einem, der eine Schülerzeitung macht, beispielsweise. Man muß ein bißchen Phantasie dabei entwikkeln.



Es geht auch nicht, daß alles immer nur an einem, immer nur bei einer ganz kleinen Gruppe hängenbleibt. Dann ist die Initiative auch nach einem Jahr hinüber. Dann warten mal alle wieder, ob von denen, den Machern, was kommt. Es müssen die anderen auch die Chance sehen, selber was zu machen — auch Initiativen, die Alternativprojekte machen. Zum Beispiel arbeiten in der IMPF auch die Kollegen vom Gießener Elephantenklo und von der Wetzlarer Stadtzeitung mit. Die planen sogar eine örtliche Initiative, um mehr Gegenöffentlichkeit zu schaffen.

Die Gewerkschaften waren zunächst sehr skeptisch, als sie von der Initiative gehört haben. Sie sagten: „ was brauchts denn noch eine neue Organisation?". Nur - das soll die IMPF ja nicht sein. In dem Moment, in dem die RFFU oder die DJU sagt - und bleiben wir mal beim Beispiel "direkt" - wir wehren uns ganz entschieden und fordern den Intendanten auf, das zu senden, in dem Moment ist die Sache für uns gelaufen.

Inzwischen ist die Skepsis der Gewerkschaften, zumindest der RFFU und der DJU (Deutsche Journalisten Union in der IG Druck und Papier) kleiner geworden. Der Landesvorsitzende der DJU ist selbst Mitglied der IMPF geworden, desgleichen vier Vorstandsmitglieder der RFFU, Verband Hessen.

Von uns ist im Grunde fast jeder in einer Organisation, in der RFFU, in der DJU, es sind auch Kollegen vom Journalistenverband zumindest interessiert, auch Kollegen vom Schriftstellerverband gehören potentiell dazu. Die Organisationen sind ja da, auch die Redakteursausschüsse zumindest beim Hessischen Rundfunk und beim Zweiten Deutschen Fernsehen. Nur diese Organisationen sind recht schwerfällig. Da muß eben alles seine Ordnung haben, da muß eben bei gravierenden Dingen der Vorstand zustimmen und der muß zumindest erst mal zusammentreten. Oder es müssen Rücksichten genommen werden: Redakteursausschüsse haben ihre Statuten. Beim Hessischen Rundfunk beispielsweise besteht im Statut verankert die Pflicht zur gegenseitigen Aussprache. Das heißt, wir müssen zunächst mal letztendlich dem Intendanten vortragen, was uns nicht paßt und erst wenn dann nichts geschieht und die Kooperation zu keinem Ergebnis führt, erst dann dürfen wir rein formal an die Öffentlichkeit gehen.

Der Redakteursausschuß beim ZDF hätte — ganz abgesehen davon, daß er jetzt vor Ostern ohnehin nicht mehr mit einer entscheidungsfähigen Besetzung zusammenrufbar gewesen wäre — ganz bestimmt nicht mehr vor der Sendung reagieren können. Und die Gelegenheit hatten wir von der Initiative: es war kein großer Aufwand, das Info zu machen, das hat einen Nachmittag gedauert, da haben drei Leute mitgearbeitet.

**Kontakt: „Initiative Meinungs— und Pressefreiheit", c/o Wolf Lindner, Textorstr. 75, 6000 Frankfurt 70**

**Siehe auch: „Ist das ZDF noch zu retten".**

## ZENSUR – UND DAS PROJEKT TAGESZEITUNG

Das Projekt Tageszeitung basiert unmittelbar auf dem Erfahrungszusammenhang, den wir in unterschiedlichster Weise mit der staatlichen und nichtstaatlichen Zensur, mit dem bürgerlichen Medienapparat, mit dem herrschenden Journalismus, der Nachrichtensperre und der staatlich gesteuerten Sympathisantenhetze gemacht haben. Politische Arbeit ist darauf angewiesen, eigenständige Medien aufzubauen, will sie sich nicht dem uns vorgegebenen Medienmonopol ausliefern.

Diese Erfahrung, gesammelt in unterschiedlichen Praxisbereichen wie Häuserkampf, Stadtteilarbeit, aber auch im Lager des professionellen Journalismus, kulminierte im Sommer 1973 in der Idee, sich ein eigenes Medium zu schaffen. Der „Frankfurter Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten", ursprünglich gedacht als Baustein einer sozialistischen Nachrichtenagentur mit dem Anspruch, die Betroffenen zu Wort kommen zu lassen, entstand.

Eines der zahlreichen Beine, auf denen das Projekt Tageszeitung steht.

Hatte noch im Frühjahr 1977 das ID-Kollektiv auf einem Wochenendseminar die Gründung einer linken Tageszeitung abgelehnt mit der Begründung, der dezentralen Bewegung in Deutschland (Beispiel: Ökologie- und Anti-AKW-Bewegung) sei eine zentralistische Zeitung wie die Liberation in Paris eher aufgesetzt, so beseitigte der „deutsche Herbst" 1977 alle Bedenken.

Was große und kleine Krisenstäbe im Herbst 77 als Medienlage praktizierten, hat eine veränderte Situation produziert. Selbst in Bonn akkreditierte Journalisten beklagen sich inzwischen über die seit Mogadischu erkennbare Medienpolitik des Bundespresseamtes, Nachrichten noch spärlicher und kontrollierter anzupreisen. Dem setzt das Projekt Tageszeitung sein Selbstverständnis gegenüber:

*"Ereignisse werden in den Massenmedien nach oftmals banalen Mechanismen zu Meldungen verarbeitet: je nach politischer Interessenlage, der jeweiligen gesellschaftlichen Orientierung, kommerziellen Gesichtspunkten, redaktioneller Routine, usw. Mit dem dies verschleiernden Nimbus von "Sorgfaltspflicht" und "Objektivität" ist zumeist nicht viel mehr gemeint als das kritiklose Übernehmen vorgefertigter dpa-Nachrichten, deren Objektivität eine zumindest zweifelhafte ist. Die „ objektive Nachricht" als solche gibt es ohnehin nicht, da in jede Berichterstattung immer auch das subjektive Interesse des Berichtenden mit eingeht.*

*Der Fetisch Objektivität muß meist gerade dann herhalten, wenn politisch unangenehme Ansichten und Informationen totgeschlagen werden sollen. Wir verstehen journalistische Sorgfaltspflicht in der Weise, daß alle – auch subjektiv verfälschte – Nachrichten und sogar bewußt in die Welt gesetzte Gerüchte einen Wahrheitsgehalt mit sich tragen; der aber nur dann zur Geltung kommen kann, wenn dem Leser die genaue Quelle und die Ecke, aus der die Nachricht kommt, nicht vorenthalten wird, damit er nicht zwischen den Zeilen lesen muß, um sich seinen Reim zu machen.*

*Nachdem die meisten westdeutschen Zeitungen selbst vor einem kritisch-liberalen Journalismus immer mehr zurückschrecken, sehen wir journalistische Recherchen, Infragestellung offizieller Wahrheiten als eine wichtige Aufgabe an. Wir werden allen kritischen Journalisten die Möglichkeit geben, das in ihren Redaktionen Zensierte (auch anonym) zu veröffentlichen.*

*Eine der Aufgaben der Zeitung sehen wir darin, Kontroversen und Debatten nicht nur zu führen, sondern auch selbst einzuleiten. Provokative Stellungnahmen, harte Kritik, sowie aufdekkende Recherchen (Enthüllungsjournalismus) werden Brisanz und Lebendigkeit der Tageszeitung ausmachen.*

*Mit der Tageszeitung wollen wir aus der Ecke der Alternativ- und Scenepresse heraustreten und offensiv kritische Auffassungen und Informationen in eine breite öffentliche Diskussion bringen. Die Zeitung soll ein Teil der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik und Westberlin werden. In der DDR werden wir sie auch vertreiben.*

*Kennzeichnend für die Neue Linke ist auch das Bemühen, mit neuen Lebenszusammenhängen Erfahrungen zu sammeln. Politik macht in unserem Verständnis nicht halt vor dem Alltag, vor den Beziehungen, die wir untereinander herstellen, vor unseren Verhaltensweisen, Ängsten und Wünschen. Das Spektrum der üblichen Zeitungen verschieben heißt auch, die alltägliche Realität von diesem Standpunkt und Interesse her zu betrachten.*

*Die Zeitung wird eine Collage werden. Sie stellt täglich verschiedene Aspekte nebeneinander. Sie will nicht nur mit Worten, sondern auch mit Bildern, mit Comics und Karikaturen, mit der Gestaltung sich ausdrücken. Wir wollen eine Zeitung, die Spaß macht beim Lesen. Experimentieren bedeutet auch, Erfahrungen zu machen, sich Fehler zu leisten: eine neue Art von Tageszeitung fertigzustellen wird erst in einem allmählichen Prozeß gelingen." –*

**Über den Stand der Diskussion, wie sie im Projekt Tageszeitung seit einem halben Jahr geführt wird, gibt ein PROSPEKT Auskunft. Zu kaufen in allen linken Buchläden und bei sämtlichen Veranstaltungen des Russell-Tribunals.**

## BEISPIEL EINER JOURNALISTISCHEN SORGFALTSPFLICHT(ÜBUNG)

FRANKFURT
14. März 78

Am 14.3.78 erschien in der "Frankfurter Neuen Presse" ein Artikel unter der Überschrift "Linksextremisten planen 'Explosion der Irren' ".

Am 8.3.78 erschien in Bonn die 42. Nummer der Information des Bundesministers des Innern zum Thema "Innere Sicherheit".

Neue Presse:

*Eine "Explosion mitten im deutschen Sonntagsfrieden" hekken zur Zeit die "europäischen Linksextremisten" aus. In einem Appell an die "Irren Europas" ruft die von dem Alt-Revoluzzer Cohn-Bendit verantwortete Zeitung "Pflasterstrand" zu einem für Juni geplanten Kongreß nach Frankfurt. Die Veranstaltung soll der programmatischen Vielfalt und der organisatorischen Zersplitterung der "undogmatischen Linken" Einhalt gebieten. Die "undogmatische neue Linke" verfolgt neben der Abschaffung der bestehenden sozialen Ordnung auch die Revolutionierung der persönlichen Lebensform.*

Innenministerium

*Die Gruppen der "undogmatischen 'Neuen Linken' " verbinden ihr Ziel der revolutionären Abschaffung der bestehenden sozialen und politischen Ordnung mit dem Willen auch zur Revolutionierung persönlicher Lebensformen ...*
*In dieser Situation hat die Zeitung "Pflasterstrand" in Frankfurt (verantwortlich Daniel Cohn-Bendit) unter der Überschrift "Wir rufen die Irren Europas" die europäischen Linksextremisten zu einem Treffen für Juni 1978 in Frankfurt aufgerufen.*

*Sie hält diesen Kongreß "für bitter notwendig", weil "die autonome Linke sehr schwach ist und die Auseinandersetzung untereinander dringend" benötige, um sich entwickeln zu können. In dem Aufruf heißt es, das Treffen solle "mitten im deutschen Sonntagsfrieden eine Explosion der Irren (es folgt ein Pflasterstrand-Zitat, das die Neue Presse ebenfalls bringt mit der Einleitung: "Die Bandbreite der Teilnehmer an der geplanten Explosion ist beeindruckend.")*

Der Bericht des Innenministeriums fährt dann fort:
*"Inzwischen fand vom 27. bis 29. Januar in Berlin (West) bereits ein "Nationaler Widerstandskongreß" der undogmatischen "Neuen Linken" unter dem Motto "Reise nach Tunix" statt."*
Auch die "Neue Presse" geht jetzt zu Tunix über, legt aber gleich einen ganzen Zahn zu:
*"Wer das geplante Treffen als vergnüglichen Schabernack verirrter Undogmatiker abtun will, sei an den "nationalen Widerstandskongreß" derselben Gruppe erinnert, der Ende Januar in Berlin unter dem Motto "Reise nach Tunix" 6000 Anhänger auf die Beine brachte ..."*
Auch das Innenministerium spricht von 6000 Leuten:
Die Neue Presse rafft im folgenden die ausführlichere Darstellung des Innenministeriums über Tunix, hat aber die gleichen Vorkommnisse zu beklage wie dieses:
*"Verteilung von Bomben-Bastel-Anleitungen" (Neue Presse);*
*"...darunter auch Schriften mit Anleitungen zum Basteln von Bomben." (Innenministerium)*
*"Einsprühen von PKWs und Häuserwänden" (Neue Presse)*
*"einige besprühten Häuserwände und PKWs" (Innenministerium);*
*"die Demolierung des Amerika-Hauses sowie eine muntere Steinschlacht mit der Polizei, bei der 30 Ordnungshüter verletzt auf der Strecke blieben" (Neue Presse)*
*"Vor dem Amerika-Haus und auf dem Kurfürstendamm kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Steine werfenden Demonstranten und Polizei; dabei wurden 30 Polizisten verletzt" (Innenministerium)*
Dann bezieht sich die Neue Presse ganz direkt auf das Innenministerium:
*"Das Bundesinnenministerium beobachtet derzeit neben der Vielzahl von Gruppen und Grüppchen bei der "undogmatischen Linken" auch die Tendenz zu überregionalen Zusammenschlüssen. So betreibt ein Berliner Arbeitskollektiv die Wiederbelebung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), der als Vorstufe einer sozialistischen Partei dienen soll." (Neue Presse)*
Innenministerium
*"Neben der verwirrenden Vielzahl von "undogmatischen" Gruppen und Grüppchen lokal begrenztem Wirkungskreis lassen sich seit einiger Zeit auch einige überregionale Zusammenschlüsse feststellen. In Berlin betreibt ein "Arbeitskollektiv" die Wiedergründung des "Sozialistischen Deutschen Studentenbundes" (SDS). Der neue SDS solle ....die Gründung einer sozialistischen Partei fördern."*
*Was das Innenministerium detailliert darstellt - „Marxistische Gruppen geben Marxistische Arbeiterzeitung (MAZ)" heraus, Gruppe Rheinische Zeitung Bonn vertreibt mit Gruppen in... ihre Publikationen „Rheinische Zeitung Bonn" und „Sozialistische Hochschulpolitik", Selbsthilfegruppen geben Zeitung „Wir wollens anders" heraus, weitere Zusammenschlüsse sind Verband des linken Buchhandels, Arbeitsgemeinschaft alternativer Verlage und Autoren und Alternativ-Zeitungsbewegung - heißt bei der Neuen Presse kurz: „Andere Gruppen haben sich zur Herausgabe von Informationsblättern zusammengefunden." Und schließlich: „Seit einigen Monaten planen einige Gruppen die Gründung einer überregionalen Tageszeitung, (Frankfurter Neue Presse); „Seit Ende vorigen Jahres erörtern Gruppen in Berlin und Frankfurt die Herausgabe einer überregionalen alternativen Tageszeitung" (Innenministerium).*

Regierungsinformationen als journalistische Meldungen — ein bei uns gerade auch nach dem 77er Herbst längst gewohntes Bild. Das muß noch nicht einmal Zensur sein. Wenn die Presse die Stimme ihres Herrn so gläubig wiedergibt, was sollte dann noch zensiert werden?

## VIDEO–TAGESSCHAU WÄHREND DES RUSSELL-TRIBUNALS

Drei Video-Projekte, die Video-Werkstatt bornheim, Panik-TV und die Marburger KFZ-Video-Gruppe haben sich zu einer Kooperative während des Tribunals entschlossen.

Die Verhandlungen in Harheim, Abendveranstaltungen, Ereignisse am Rande, Streifzüge durch die Alternativscene werden gemeinsam organisiert und arbeitsteilig durchgeführt. Aus dem täglich gefilmten Material wird eine Tagesschau von 15 - 30 Minuten geschnitten, die im Kommunikationszentrum in der Universität oder bei Veranstaltungen gezeigt werden. Für Dienstag steht schon 19.45 Uhr im KOZ fest. Sollten andere Video-Gruppen nach Frankfurt kommen, wäre es schön, wenn sie sich mit der Kooperative in Verbindung setzen.

Über einen Mangel muß noch informiert werden. Es fehlt an Bändern!! Wenn die Tagesschau der Nachwelt erhalten bleiben soll, müssen dringend zusätzliche Bänder organisiert werden. Wer Material, Kontakte oder Geld anbieten kann, soll die Zeit nutzen!

**Kontakt: Video-Werkstatt, Germaniastr. 89, 6 Frankfurt, Telefon 45 82 25**

DIE SEITENZAHLEN
Wir nummerieren die Seiten nach zwei Systemen. Einmal für die Sammelausgabe des ID zum Ende der Woche. Für diese Ausgabe sind die Seitenzahlen am oberen Seitenrand gedacht. Die Seitenzahlen am unteren Seitenrand sind gedacht für die täglichen 16-seitigen Ausgaben und sollen ein besseres Sich-zurechtfinden ermöglichen.

ZENSUR BEI „direkt"

## IST DAS ZDF NOCH ZU RETTEN ?

FRANKFURT 25. März *Die Bestrebungen des Zweiten Deutschen Fernsehens, die Programm-Einfalt zu gewährleisten, führte Ende November des Vorjahres zu „Veränderungen bei 'direkt' ". Konkret hieß dies: Die Redakteure Jutta Szostak und Joachim Gerloff wurden versetzt. Dazu erklärte der Redakteursausschuß im ZDF am 1.12.77:*

ERKLÄRUNG DES REDAKTEURSAUSSCHUSSES IM ZDF

"Die Redakteure Jutta Szostak und Joachim Gerloff dürfen das Jugendmagazin "direkt" nicht weitermachen. Damit ist die einzige ZDF-Sendung, in der Zuschauer selbst Programm machen können, im Kern getroffen. Denn Entwicklung und Gesicht von "direkt" sind untrennbar mit dem Engagement der beiden versetzten Redakteure verbunden.

Der Redakteursausschuß im ZDF fordert die Öffentlichkeit und die Kolleginnen und Kollegen auf, sich nicht mit der Pressemeldung des ZDF vom 25.11.77 ("Veränderung bei direkt") zufriedenzugeben. Das ZDF muß gefragt werden:

1. was wird hinter der offiziellen Formulierung "Meinungsverschiedenheiten über Programmbeiträge" verborgen?
2. was wird hinter dem Satz versteckt, "daß die Grundlage einer vertrauensvollen und konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Redaktion und Redaktionsleiter/Hauptredaktionsleiter für die Zukunft nicht mehr gegeben ist"?
3. Warum werden wieder einmal die Programmacher ausgewechselt und nicht die Vorgesetzten?
4. Da den "direkt"-Machern keine Pflichtverletzung vorgeworfen werden: müssen sie aus politischen Gründen gehen?

Was das ZDF verharmlosend "Veränderungen bei direkt" nennt, ist ein Schlag gegen eine Sendung, die unbequem war, weil sie die Interessen ihrer Zuschauer vertrat. Diese und andere "Veränderungen" in allen Sendern schränken die Programmvielfalt ein. Zuschauer und Programmacher können das nicht hinnehmen, weil jede Sendung die nächste sein kann, bei der es "Veränderungen" gibt.

Mainz/Wiesbaden, 1.12.1977'"

*Aber damit nicht genug: Am Ostersamstag sollte in „direkt" der Film „Friedensdienst statt Kriegsdienst" laufen. Doch Hauptabteilungsleiter Karl Schnelting setzte ihn kurzerhand ab. Über diesen neuerlichen Fall von Zensur im öffentlich-rechtlichen Fernsehen und von Entmündigung des Zuschauers informierte in einem Info die Initiative Meinungs- und Pressefreiheit (IMPF), ein noch junger Zusammenschluß von Medienarbeitern im Rhein-Main-Gebiet:*

## HAUPTABTEILUNGSLEITER SETZT FILM ÜBER DEUTSCHE FRIEDENSGESELLSCHAFT AB

FRANKFURT 25. März Die neuen Redakteure von „direkt", Wolfgang Lorcher und Karin Emde, hatten den Film „FRIEDENSDIENST STATT KRIEGSDIENST" bereits abgenommen, Abteilungsleiter Josef Göhlen signalisierte ein paar Einwände, Autor Jens Hagen deutete die Bereitschaft an, Kleinigkeiten zu ändern. Nicht diskussionsbereit war Karl Schnelting, Hauptabteilungsleiter Kultur. Er tat den gesamten Film als Agitation ab und verließ den Raum. Später teilte Josef Göhlen den staunenden Autoren die „einmütige Ablehnung" des Beitrags mit. Einige Splitter von Gründen: ... Angriff auf die Bundeswehr; Vermischung von Begrifflichkeiten, die nichts mit der Thematik zu tun haben; Demokratie wird mit Begrifflichkeiten bedacht ... in einer Massierung, ... Film nicht reparabel.

Gegenüber neugierigen Journalisten äußerte Karl Schnelting, die Sendung sei qualitativ so schlecht, daß sie nicht sendbar sei. Wenn aber doch die Redakteure die Sendung abgenommen haben und der Abteilungsleiter kompromißbereit war ....

### VERSUCHE, DAS LOCH ZU STOPFEN ...

Nun war auf einmal in der „direkt"-Sendung vom Ostersamstag ein Loch von 10 Minuten. Und da „direkt" sich mit dem Oberthema Zivildienst und Kriegsdienstverweigerung befaßt, konnte man auch nicht einfach irgendein Archivstück einsetzen. Welch Glück, daß das ZDF ein so großer Sender ist!

So wurde herausgefunden, daß vor kurzem ein 40-Minuten-Bericht mit dem Titel „Strafbataillon an der Sozialfront? Streit um den Zivildienst" gesendet worden war. Davon wollte man nun einen 10-Minuten-Ausschnitt in „direkt" übernehmen, um vor den Zuschauern zu vertuschen, was hinter den Kulissen geschehen war.



Allerdings war dieser Bericht unter der Verantwortung des Ressorts „Innenpolitik" entstanden, und da hat Karl Schnelting nichts zu sagen. Die Kollegen von der Innenpolitik haben den Braten offenbar gerochen. Sie haben „direkt" die Verwendung eines Ausschnittes nur unter der Bedingung gestattet, daß Roß und Reiter genannt werden: „Ausschnitte" aus einem Beitrag von ... der bereits einmal gesendet wurde am ... und hergestellt wurde von ... (so oder ähnlich).

Für „direkt" hätte das bedeutet, öffentlich zuzugeben, daß es einen eigenen Beitrag zu dieser Thematik wohl nicht zustandebringt. Aber wer blamiert sich gern so deutlich?

Die Meinung von Kollegen:

Über Qualität kann man immer reden, wenn man konkrete Einwände formuliert – welcher Autor wird sich Verbesserungen seines Beitrags widersetzen? Wo unterschiedliche Ansichten bestehen, gibt es den Weg tragbarer Kompromisse – kaum ein Rundfunk- oder Fernsehbeitrag geht ganz ohne vorausgegangene Kompromisse über den Äther.

Wenn zwei Redakteure einen Film abgenommen haben, kann er einfach nicht so schlecht sein, daß er unsendbar ist.

Wenn ein Hauptabteilungsleiter ohne jede Diskussion einen Beitrag absetzt, dann paßt ihm die ganze Richtung nicht, dann ist das ein politischer Eingriff, für den unser Sprachschatz den Begriff ZENSUR vorsieht. Und ebendiese Zensur findet – wenn es nach dem Grundgesetz ginge – nicht statt.

Noch eins: Unerträglich wird die zunehmende Entmündigung des Fernsehzuschauers. Es häufen sich die Fälle, in denen irgendein Hierarch selbstherrlich entscheidet, was Millionen souveräner Bürger nicht sehen und hören dürfen. Dieser Tendenz, die mit der Absetzung des „direkt" – Beitrags verstärkt und fortgesetzt wurde, müssen wir uns als Journalisten ebenso wie als Zuschauer und Zuhörer entschieden widersetzen.

Die IMPF fordert alle Kollegen in anderen Rundfunkanstalten, in Zeitungen, Illustrierten und sonstwo auf, ihr Publikum über den Zensurakt des Zweiten Deutschen Fernsehens zu informieren und nach Möglichkeit den Wortlaut des abgesetzten Films ganz oder ausschnittweise zu publizieren!

Die IMPF protestiert gegen den Zensurakt beim ZDF und bittet die Redakteursausschüsse, die Rundfunk-Fernseh-Film-Union, den Deutschen Journalistenverband, die Deutsche Journalisten-Union und den DGB, diesen Protest mit dem nötigen gewerkschaftlichen Nachdruck an die Verantwortlichen im ZDF zu richten und klarzustellen, daß die Kollegen beim ZDF nicht alleinstehen, sondern mit der Unterstützung mindestens aller gewerkschaftlich organisierten Medienarbeiter rechnen können.

**Kontakt: „Initiative Meinungs- und Pressefreiheit", c/o Wolf Lindner, Textorstr. 75, 6000 Ffm. 70**

### FRIEDENSDIENST STATT KRIEGSDIENST

**Ein Film von Christel Fromm / Jens Hagen / Dieter Oeckel, der im Jugendmagazin DIREKT des Zweiten Deutschen Fernsehens nicht gezeigt werden darf. Das Manuskript (kursiv gesetzt ist die Bildfolge):**

*Fotos aus Werbebroschüren der Bundeswehr*

Die Militärs in der Bundesrepublik und die meisten Politiker der großen Parteien vertreten die Ansicht, die Bundeswehr sei eine „Friedensarmee". Deshalb verstoße die 1956 per Grundgesetzänderung beschlossene Remilitarisierung auch nicht gegen die Präambel der Verfassung, die dem Staat den Auftrag gibt, „dem Frieden der Welt zu dienen".

*Historische Fotos, Fotos aus Werbebroschüren der Bundeswehr*

Durch Einsatzbereitschaft solle die Armee „abschrecken" und damit der „Friedenserhaltung" und einer „sicheren Zukunft dienen". So kann man es in einem Prospekt der Bundeswehr lesen – und abschreckend wirken manche Bilder der Werbebroschüren in der Tat.

*Historische Fotos*

Schon in den 50er Jahren protestierten viele Bundesbürger gegen Wiederaufrüstung, Wehrpflicht und Atombomben. Aus der Erfahrung der beiden Weltkriege hatten sie gelernt, daß Rüstung und Abschreckung noch nie dem Frieden gedient haben. Zu ihnen gehörte übbrigens auch Hans Iven, der heute als Bundesbeauftragter den Zivildienst zu einer „lästigen Alternative" machen will. Viele seiner alten Freunde treten jedoch weiter für Abrüstung ein. Und immer mehr junge Leute verweigern heute den Kriegsdienst. Sie wollen Zivil- und Friedensdienst leisten.

*Todesanzeige*

Einer von ihnen war Hermann Brinkmann, der am 20. Januar 1974 Selbstmord beging, nachdem er — trotz eines bereits laufenden Verfahrens auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer zum Dienst mit der Waffe gezwungen worden war. In einer in der FAZ veröffentlichten Todesanzeige schrieben seine Eltern; „Wir fragen uns, warum Hermann diesen Weg gehen mußte . . . "

*Grundgesetz*

Vieles spricht dafür, daß sein Tod hätte vermieden werden können. Durch eine konsequente Anerkennung des Grundrechts auf Kriegsdienstverweigerung, denn Artikel 4 Abs. 3 des Grundgesetzes sagt klar und eindeutig: „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden."

*Zeitungsartikel*

Aber dieses Grundrecht wurde im Laufe der Jahre eingeschränkt. Das heißt, eine freie Gewissensentscheidung wurde nicht einfach akzeptiert, sondern jeder Kriegsdienstverweigerer mußte und muß sich einem oft zermürbenden sogenannten Gewissensprüfungsverfahren unterziehen. Um diese Verfahren durchzustehen, kommen immer mehr junge Leute zu den bestehenden Friedensorganisationen, um sich dort beraten zu lassen.

Mit über 20.000 Mitgliedern ist die „Deutsche Friedensgesellschaft — Vereinigte Kriegsdienstgegner" die größte Kriegsdienstverweigerungsorganisation Europas. Sie besteht aus 185 örtlichen Gruppen und außerdem etwa 50 Arbeitskreisen. Von fast allen diesen Gruppen werden auch Beratungen durchgeführt. Etwa die Hälfte der Mitglieder sind Lehrlinge, Arbeiter und Angestellte, die andere Hälfte Schüler und Studenten. 9 % der Mitglieder sind übrigens Frauen.

*Büro der DFG-VK*

Die Zentrale der DFG-VK ist in Essen. Eine der beiden Bundesvorsitzenden der Organisation ist Klaus Mannhardt.

*Klaus Mannhardt:*

„Jedes Mitglied der DFG-VK unterschreibt eine Grundsatzerklärung, in der es heißt, daß wir den Krieg als Verbrechen an der Menschheit betrachten und an der Beseitigung des Krieges und dessen Ursachen mitarbeiten. Diese Arbeit, die die DFG durchführt, wird auf einem Programm, was ein pazifistisches Programm ist, geleistet und dieses Programm sieht vor, daß alle unsere Aktivitäten mit gewaltlosen Mitteln mit dem Prinzip der Gewaltlosigkeit durchgeführt werden sollen."

*Historische Fotos*

Friedensarbeit hat in unserem Lande eine lange Tradition. Die „Deutsche Friedensgesellschaft" wurde schon 1802 gegründet. Und zwar von einer Frau, der Friedensnobelpreisträgerin Berta von Suttner. Später wurden auch die „Internationale der Kriegsdienstgegner" und der „Verband der Kriegsdienstverweigerer" gegründet. 1974 schlossen sich die 3 Verbände zusammen zur „Deutschen Friedensgesellschaft — Vereinigte Kriegsdienstgegner".

Schon zu Kaisers Zeiten galten Friedensfreunde als Staatsfeinde. Auch heute sind sie den Militärs, der Rüstungsindustrie und vielen Politikern ein Dorn im Auge. So wurden z.B. aufgrund eines 1935 erlassenen Gesetzes 1974 Büros und Wohnungen von Kriegsdienstgegnern durchsucht und Anzeigen erstattet, weil sie Beratungen durchführten.

*Klaus Mannhardt:*

„Wir sind der Meinung, daß man gegen diese Antidemokratische Entwicklung sich wehren muß, und das machen wir durch politische Veranstaltungen, in denen wir darstellen, was die DFG-VK will, welche Tradition sie hat, und daß es schon einmal so gewesen ist, daß die größte Friedensorganisation in diesem Land verboten wurde. Dies war 1933, als die Nationalsozialisten den Faschismus in Deutschland installierten."

*Zeitungsartikel*

Nach langem Hin und Her wurde im Mai vergangenen Jahres im Bundestag gegen die Stimmen der Opposition die Abschaffung der Gewissensprüfung beschlossen. Am 1. August trat das neue Gesetz in Kraft. Aber 215 Abgeordnete der CDU/CSU und drei Bundesländer legten Verfassungsbeschwerde ein. Daraufhin bestimmte das Bundesverfassungsgericht die vorläufige Wiedereinführung der Gewissensprüfung. Am 13. April soll nun voraussichtlich das endgültige Urteil verkündet werden.

*Klaus Mannhardt:*

„Gerade die aktuelle Situation hat dazu geführt, daß bei vielen Wehrpflichtigen und Kriegsdienstverweigerern eine große Rechtsunsicherheit ist, und um dieser Rechtsunsicherheit entgegenzuwirken, hat die DFG-VK ihre Beratungs- und Informationstätigkeit über das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung und wie man es in Anspruch nehmen kann, verstärkt. Es sind viele Jugendliche, die eben aufgrund dieser ganzen Situation, wie sie im letzten Jahr entstanden ist, sich jetzt auf einmal über das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung informieren und auch wissen wollen, wie sie verweigern können.

Was machen sie dann?

Sie gehen am besten, und das empfehlen wir ihnen, in eine Beratung der DFG-VK."

*Beratungsgespräch, Originalton*

Beratungsgespräch im Essener Büro der DFG-VK mit der Vorsitzenden, Renate Jansen.

Ein weitverbreitetes Vorurteil heißt, Kriegsdienstverweigerer seien Drückeberger. Die Praxis widerlegt dieses Urteil. Die meisten Zivildienstler arbeiten härter und auf jeden Fall länger als Soldaten. Sie sind auch keine Drückeberger, wenn es um ihre Rechte geht.

*Demonstrationszug im Originalton: „Weg mit der Gewissensprüfung"*

Notfalls kämpfen sie für ihre friedliche Alternative — gegen Aufrüstungsboom und Waffendienst. Sie kämpfen gewaltlos, aber gut organisiert. Zum Beispiel bei dieser Demonstration in Bonn.

*Klaus Mannhardt im Originalton bei der Kundgebung in Bonn:*

„Die Kriegsdienstverweigerer sollen dem Staatswillen unterworfen werden, der da lautet: Jeder hat Wehrdienst zu leisten. Die Jugend hat wehrbereit zu sein. Und die Aufrüstung in diesem Land darf nicht in Frage gestellt werden. Und wer dies dennoch tut, wird kurzerhand als Verfassungsfeind abgestempelt. Wenn dies in Bayern bereits praktiziert wird, und Berufsverbot gegen DFG-VK-Mitglieder ausgesprochen werden, dann sind dies Elemente ein und derselben Politik. Einer Politik der Zerstörung und Beseitigung der demokratischen Grundrechte in diesem Land. Freunde, Kriegsdienstverweigerer passen den Militärs nicht, das wissen wir. Sie passen denjenigen nicht, die in diesem Land Aufrüstung betreiben wollen. Sie passen nämlich nicht in ihr Konzept einer wehrbereiten Gesellschaft. Deshalb bekämpfen sie uns. Deshalb versuchen sie Kriegsdienstverweigerung wo immer, zu verhindern. Wir antworten diesen Herren und das sollten sich die Herren einmal merken, unser Gewissen ist stärker! Und unsere Überzeugung, daß Abrüstung und Gewaltverzicht dem Frieden wirklich dienen, ist größer als alle Versuche, uns unser Grundrecht abzusprechen, es uns zu verhindern. Wehren wir uns! Kämpfen wir für die ersatzlose Abschaffung des Prüfungsverfahrens! Amnestie für alle Verfolgten der Kriegsdienstverweigerung! Kein Ausbau des Zivildienstes in Arbeitsdienst! Schützt das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung! Verteidigt die demokratischen Grundrechte in diesem Land!"

## WORAN ORIENTIERT SICH DAS TRIBUNAL?

*Das Russell Tribunal orientiert sich an den Menschenrechtskonventionen, wobei es die Besonderheiten der Bundesrepublik Deutschland berücksichtigt. Sebastian Cobler hat dazu folgende Erläuterungen gemacht (Auszugsweise):*

"Das Tribunal hat die Aufgabe, die Besonderheiten der politischen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik zu untersuchen, die besonderen Formen, in denen hier mit den Menschenrechten, den Menschen umgegangen wird und die möglichen Auswirkungen, die dies für die anderen Staaten Westeuropas haben kann.

Mit diesen beiden Kriterien: „Menschenrechtsverletzungen"/ „Besonderheit der Bundesrepublik Deutschland" hat die Russell-Stiftung den Rahmen vorgegeben, innerhalb dessen die Materialien für das Tribunal zusammengestellt und die Gutachten erstellt werden sollen.

Bei der Beurteilung der ihr zur Kenntnis gebrachten Fakten wird sich die Jury wie bei den bisherigen Russell-Tribunalen ausschließlich an allgemein anerkannten und nachprüfbaren Verfahrensregeln orientieren."

Die Tribunal-Mitglieder sind ausschließlich den Maßstäben verpflichtet, die durch die Menschenrechte gesetzt sind, mit denen die vorgelegten Fakten zu konfrontieren sind.

Im folgenden soll skizziert werden, was unter den beiden Untersuchungskritierien („Menschenrechtsverletzungen" und „Besonderheit der Bundesrepublik Deutschland") zu verstehen ist.

(. . .)

MENSCHENRECHTE / MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN

1. Die Grund- und Menschenrechte, wie sie in zahlreichen internationalen Vereinbarungen auch von der Bundesrepublik anerkannt werden (s.u.) bzw. in der Verfassung, dem Grundgesetz verbrieft sind, garantieren Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit eines jeden unabhängig von Geschlecht, Abstammung, Nationalität, Rasse, Religion und politischer Anschauung. Hierbei handelt es sich um unverletzliche und unveräußerliche Rechte, deren Bestehen nicht von einer staatlichen Anschauung abhängt. Wie bereits die bisherigen Russell-Tribunale betonten, dürfen die Menschenrechte nicht juristisch verengt gesehen und interpretiert werden, sondern vor dem Hintergrund ihrer Entstehungsgeschichte, also der historisch-sozialen Situation, in der sie formuliert worden sind.
   Waren die ersten grundlegenden Erklärungen zu den Grund- und Menschenrechten von der „Petition of Rights" (1627) über die „Habeas Corpus" (1679), die „Bill of Rights" (1689) und die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten (1776) bis zur französischen Deklaration von 1789 Ausdruck der Emanzipation des Bürgertums von den feudalen Privilegien und Fesseln, so spiegeln sich in den neueren Menschenrechtserklärungen dieses Jahrhunderts die Absagen an Krieg und Barbarei wieder.
   (. . .)
2. So wie die historischen Umstände, also die Geschichte der Menschenrechtsdeklarationen selbst den Schlüssel für ihr Verständnis liefert, so wie diese Deklarationen nicht losgelöst von ihrem Entstehungszusammenhang interpretiert werden können, so sind diese Rechte auch unter- bzw. gegeneinander nicht isolierbar. Ihren Sinn ergeben sie nur in ihrer Gesamtheit.
   Eine Untersuchung der Situation der Menschenrechte in einem Land muß folglich die Totalität dieser Rechte ebenso im Auge behalten wie das gesamte Ausmaß ihrer möglichen Verletzung.
3. Die Bundesrepublik Deutschland bekennt sich in ihrer nationalen Verfassung, dem Grundgesetz, und in zahlreichen internationalen Verträgen und Vereinbarungen zu den Grund- und Menschenrechten als unmittelbarem Recht, das die Gesetzgebung, die Rechtsprechung und die vollziehende Gewalt bindet.
   Neben dem Grundgesetz sind vor allem zu nennen
   – die „Charta der Vereinten Nationen"
   – die „Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte"
   – die Verträge vom 16.12.1966: „Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte"; „Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte"
   – die Schlußakte der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)"
4. Im Grundgesetz in seiner Fassung von 1949 finden sich jene politischen Willenserklärungen wieder, welche auch die genannten internationalen Deklarationen bestimmt haben; das Grundgesetz wurde nicht in einem „politischen Vakuum" formuliert.
   Schon das bewußt gewählte Datum der Verkündung des Grundgesetzes - der 8. Mai 1949, der vierte Jahrestag der Kapitulation - symbolisiert den Wunsch nach einem Bruch mit der politischen Vergangenheit.
   Sicherlich: die Bestimmungen des Grundgesetzes verweisen auf die politischen Kräfteverhältnisse der Nachkriegszeit; die am Gesetzgebungsverfahren Beteiligten repräsentierten unterschiedliche, zum Teil gegensätzliche und ungleichgewichtige politische Interessen und Kräfte. Die Absage an die politischen Verhältnisse der Zeit von 1945 jedenfalls war allen gemeinsam. (Dies wird noch deutlicher aus den damaligen Programmen der am Gesetzgebungsverfahren beteiligten Parteien und an einigen der bereits vor Inkrafttreten des Grundgesetzes verabschiedeten Länderverfassung).
   (. . .)
5. Wie kompromißbeladen das Grundgesetz in seiner Fassung vom 8. Mai 1949 - die Westalliierten genehmigten es am 12.5.1949 - auch war, es trug diesen Forderungen der Siegermächte und der UN-Charta in weitem Umfang Rechnung - als Bilanz der Politik des „Dritten Reches" und zugleich als programmatische Erklärung künftiger Politik.
   Es ist nun die Aufgabe der Gutachter und des Tribunals selbst, zu prüfen ob und in welchen Formen diese Grundsätze in der Bundesrepublik Deutschland unterlaufen oder gebrochen werden.
6. Grundlage für die Gutachten und die Arbeit des Tribunals sollen insbesondere die folgenden Bestimmungen des Grundgesetzes und jener internationalen Vereinbarungen sein, die für die Bundesrepublik bindend sind.

GRUNDGESETZ

– Art. 1 (Menschenwürde; Grundrechtsbindung der öffentlichen Gewalt)
– Art. 2 (Freie Entfaltung der Persönlichkeit; Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit; Freiheit der Person)
– Art. 3 (Gleichheitsgrundsatz; Gleichberechtigung von Mann und Frau; Willkürverbot)
– Art. 4 (Glaubens-, Gewissens-, Bekenntnisfreiheit; Kriegsdienstweigerungsrecht)
– Art. 5 (Meinungsfreiheit; Pressefreiheit; Freiheit von Wissenschaft und Kunst)
– Art. 8 (Versammlungsfreiheit)
– Art. 9 (Vereinigungsfreiheit; Koalitionsfreiheit)
– Art. 10 (Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis)
– Art. 12 (Berufsfreiheit)
– Art. 13 (Unverletzlichkeit der Wohnung)
– Art. 16 (Asylrecht)
– Art. 18 (Verwirkung von Grundrechten nur durch das Bundesverfassungsgericht)
– Art. 19 (Wesensgehaltgarantie der Grundrechte; Rechtswegsgarantie)

# Informations-Dienst ID

## zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

DRITTE AUSGABE DES TÄGLICHEN ID , 29. MÄRZ 1978, PREIS: 0,50 DM/ STÜCK

Zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Frankfurt. 25.3.–4.4.'78

SONDER – ID ZUM RUSSELL–TRIBUNAL NR. 3

eindrücke vom ersten tag in harheim/ flugblätter für die harheimer bevölkerung/ bemerkungen zur veranstaltung „ein deutscher herbst"/ carvalho wurde ausreise verweigert/ einleitender beitrag von dedijer/ vorstellung dreier jury–mitglieder/ gewerkschaftsausschlüsse vor das russell–tribunal – eine veranstaltung/ chronologie der versuche, das tribunal zu verhindern/ ausschlussverfahren für eine russell–tribunal–unterstützerin/ johan galtung zur eröffnung/ hausbesetzung in hannover/ spanisches zentrum geschlossen/ kirchenbesetzung in harheim

## EINDRÜCKE VOM ERSTEN TAG IN HARHEIM

HARHEIM, 29. März 78 Telefonbericht von Mittwochvormittag: Keiner wußte wie man genau hinkommt. Viermal mußten wir fragen, "ja, beim Friseur, an der Ecke links!".

Hinter Bad Vilbel dann das erste Schild "Harheim". Unglaublich, daß das hier alles noch Frankfurt ist: Obstbäume, Felder, ein Gutshof, krumme Straßen quer durch die Dörfer. An der Brücke auch der erste Hinweis auf Russell: Ein CDU-Plakat, handgemalt, ein Aufruf zur Demonstration, gegen das Tribunal. Ostblockvertreter sollen dort über Menschenrechtsverletzungen berichten. Alles direkt vor dem Bürgerhaus. Das wird ein Chaos geben.

Wieder eine kleine Brücke über den Bach und dann rechts das Zelt, erst halb aufgebaut. Auf dem Parkplatz zwischen den Bäumen schon drei Wagen, einer davon aus den Niederlanden. Ein Mädchen mit einer AKW-Plakette und ein stämmiger Zeltaufbauer, sonst nix. Direkt vor dem Bürgerhaus noch ein CDU-Plakat. Mit Presseausweisen gabs schon vor neun Uhr Einlaß.

Da ich zwar einen Kassettenrecorder aber keine Batterien mithatte, mußte ich noch einmal ins Dorf. Im Kaufmannsladen fragte ich nach was zu trinken. Die Frau war freundlich und erklärte, wo die anderen Geschäfte liegen. An der Straße der Kiosk. Eine Frau in den Fünfziger hinter der Theke. Drei Harheimer Männer beim Bier. "Die Frankfurter Rundschau ham mer net mehr", schon seit ner halben Stunde nicht". Da wars jetzt erst neun! Ob ich in den anderen Zeitungen mal blättern dürfte"? fragte ich. Ja, sie erlaubt es mir und dann: "In der Frankfurter Rundschau, da hat was drin gestanden". Sie wußte wohl gleich wonach ich suchte. In der Frankfurter Neuen Presse gabs einen Leitartikel. Dann ich, woher ich Gläser bekäme, für unsere Brause. "Ach, lassen sie das. Hier habe ich ein paar Pappbecher. Die können sie so haben. Von der Frankfurter Rundschau werde ich morgen ein paar mehr bestellen müssen; aber wer konnte das denn schon wissen."

Zurück zum Bürgerhaus, inzwischen dreiviertel voll. An den Pressetischen gabs für den ID vier Stühle. Das interne Verteilen der orangen Einlaßkarten hat vielleicht bewirkt, daß sich fast nur junge Leute im Raum befinden. Auf der Rampe stehen Tische mit Plakaten des Portraits von Bertrand Russell. Auf den Tischen handgeschriebene Tischkarten: Gollwitzer, Narr — beide mit der Vorsilbe "Prof."

Knapp zehn Kamerateams, sehr viele Holländer und Skandinavier. Silvy sprach mit Bourdet: erstaunlich, kein einziger französischer Journalist hat sich bis jetzt hier blicken lassen. Weder Le Monde, noch Liberation, noch Politique Hebdo. Nachfrage im Presseraum: kein Franzose bis jetzt.

von Fotographen und Journalistenfrager. Zu den Jurymitgliedern, die nicht kommen konnten, werden Erklärungen verlesen, aus Dubrovnik eine Resolution eines internationalen philosophischen Seminars, unterschrieben von Professoren und Studenten, darunter auch etliche Deutsche. Grundtenor: totale Unterstützung des Tribunals.

Bernhardt, der Fotograf, der für ID Bilder macht, hält es nach einer Dreiviertelstunde schon auf und neben der Bühne nicht mehr aus. Sieben riesige Scheinwerfer machen es ganz schön heiß. Wer von den Jurymitgliedern gerade spricht, dem rinnt der Schweiß übers Gesicht.

Niemöller als Alterspräsident des Tribunals spricht frei. Er zieht alle in seinen Bann. Er redet von sich, von erlebter deutscher Geschichte. Dedijer dankt ihm, tauscht Bruderkuss aus.
10.08 Uhr: Dedijer eröffnet die Verfahren des Tribunals.

## FLUGBLÄTTER FÜR DIE BEVÖLKERUNG VON HARHEIM

Frankfurt/Harheim, 29.3.

*Die örtliche CDU macht Front gegen das Tribunal, das im Harheimer Bürgerhaus stattfindet: die Veranstaltung — ein Treff von "Intellektuellen, die sich von der Realtität entfernt haben" — verfolge den Zweck, "die Bundesrepublik als einen repressiven Staat zu denunzieren und auf die Stufe von Diktaturen zu stellen".*
*Die CDU plant einen Gegenveranstaltung am Samstag. Dort sollen auch Opfer des Stalinismus und ehemalige DDR-Häftlinge reden. Bezirksgruppenvorsitzender Mörsch: "Das sind Leute, die sich zu diesem Staat bekennen."*

*Der Harheimer "Verein für Bürgerrecht" hat in einem Brief an den Frankfurter Polizeipräsidenten Angst vor "radikalen Elementen, die bei solchen Veranstaltungen auftauchen, um ihr Unwesen zu treiben", geäußert und um Schutz gebeten; der Verein ist "um die Sicherheit in Harheim besorgt".*
*Um den Bürgersorgen entgegenzutreten und über das Tribunal zu informieren, hat das Sekretariat ein Flugblatt an die Harheimer Bevölkerung verteilt:*

Liebe Bürger von Harheim,
heute hat hier im Harheimer Bürgerhaus das 3. Russell Tribunal zu arbeiten begonnen. In den folgenden Tagen bis zum Sonntag wird eine aus internationalen Persönlichkeiten bestehende Jury — ihr gehören u.a. der Zukunftsforscher Robert Jungk, der Friedensforscher Johan Galtung und die Theologen Helmut Gollwitzer und Martin Niemöller an — untersuchen, ob Bürgern der Bundesrepublik aufgrund ihrer politischen Überzeugung das Recht genommen wird, ihren Beruf auszuüben. Das Russell-Tribunal ist eine unabhängige Institution, sein Ziel ist es, für die Aufrechterhaltung der Menschenrechte einzutreten.

Die Sitzungen des Tribunals werden öffentlich sein. Damit Sie sich ein eigenes Bild von der Arbeitsweise des Tribunals machen können, laden wir Sie sowohl dazu als auch zu der großen Kulturveranstaltung am Samstagabend herzlich ein.

Wir erwarten in dieser Woche, besonders am Samstag und Sonntag, eine große Anzahl von Besuchern aus dem In- und Ausland. Außerdem haben viele Journalisten und mehrere Fernsehteams ihr Kommen angekündigt. Bitte haben Sie Verständnis dafür, wenn es in Harheim ab heute etwas unruhiger zugehen wird. Bei einem Ereignis von der Größenordnung eines Russell-Tribunals, das im Mittelpunkt des Interesses der internationalen Öffentlichkeit steht, läßt sich das einfach nicht vermeiden. Unser Ordnungsdienst wird aber dafür sorgen, daß die Feiern am Weißen Sonntag nicht beeinträchtigt werden.

Mit freundlichen Grüßen
Thomas Dieckmann und Bernd Schneider
(für das Sekretariat des Russell-Tribunals)

Sekretariat des B. Russell-Tribunal, Kleine Hochstr. 5
Tel.: 0611/295713

## IHR SPEKTAKEL — UNSERE BETROFFENHEIT

FRANKFURT 28. März *Bemerkungen zur Veranstaltung "Ein deutscher Herbst", der Versuch einer politischen Show mit Szenen, Bilder, Filme, Texte, Geräusche, Musik und Diskussion, zusammengestellt von der Frankfurter Kooperatuve "Rosige Zukunft":*

Die Betroffenheit kündigte sich unerwartet an — gleich zu Beginn der ersten Veranstaltung zum Russell-Tribunal, "Ein deutscher Herbst" — verlas eine Angehörige der politischen

Gefangenen eine Erklärung, die wiederum deren Betroffenheit über das Ausklammern der Haftbedingungen aus dem Tribunal zum Ausdruck brachte, und uns zum Schweigen.

Eigentlich waren wir gekommen, eine politische Show über das Medienspektakel nach dem Herbst 1977 zu erleben.

Das "Rassel-TV" eröffnete das Vorprogramm mit einem Versuch, auf satirische Weise unsere "Fern"-sehgewohnheiten auf die Beine zu stellen, der allerdings im krassen Gegensatz zum Thema des Tribunals stand: der Eingang zum Bürgerhaus von Harheim, in dem das Tribunal stattfindet, die Küche, die fleißigen Mitarbeiter des ID und andere, die die Erwartungen der Zuschauer über Gebühr strapazierten.

Das führte bereits dazu, daß viele von uns ziemlich gereizt auf den ersten Teil der Show reagierten. Die Desinformationspolitik der Bundesregierung zur Schleyer-Entführung, bei der überwiegend die ständig an- und abfahrenden Krisrnstäbe gezeigt wurden, war uns noch in bester Erinnerung – die Show präsentierte uns nun wiederum einer dieser sattsam bekannten Tagesschauen, allerdings mit den linksradikalen Texten der "Rosigen Zukunft".

*Was früher bei der russsischen Revolution das Winterpalais war, ist heute die Tagesschau. "Von heute an gibt's mein Programm!"*

Das war schnell durchschaut und wirkte daher langgezogen. "Schalt' doch mal auf das Zweite um!" war die Reaktion darauf. Auch der Versuch, das internalisierte Zensurverhalten von Berufsjournalisten als gequälte Anpassung auf der Bühne darzustellen, wirkte vor der Perfektion, mit der die Nachrichtensperre durchgeführt wurde, eher naiv.

Zurück zur "Linksradikalen Tagesschau": Die typische Diktion von Meldungen, die trotz der radikalen Inhalte beibehalten wurde, verwischte die Unterscheidung zum "gewohnten" Fernsehen. So wird ihr Spektakel niemals das UNSERE! Richtig Spaß gemacht hat es, als die Fußballscene politisiert auf dem Bildschirm erschien.

Bis dahin konnten wir uns dem Fernsehspektakel dadurch entziehen, daß wir es konsumierten. Nun aber, das machte der zweite Teil der Show deutlich, wird es ernst. Die Filme über den "Kollegen Computer" bei der Fahndung und über die totale Verkehrs- und Demonstrationenüberwachung führten uns auch unsere eigene Faszination über die Optik und Elektronik vor, von der wir erfaßt werden. Damit die Bürger die "Sicherheit" des Staatsschutzes akzeptieren, der sie belauscht, beobachtet und erfaßt, braucht es den neuen, biedermeierlichen Nationalismus der Zeit nach Mogadischu: Heinos Heimat- und Vaterlandslieder, vom Niedersachsenroß bis zum Deutschlandlied, charakterisieren diesen Gemütszustand im Normalfall, die Kappler-Entführung nur im Extrem. Heinos Deutschlandlied, vom Maestro Frank Wolff (der dann plötzlich verschwindet und ein Winzfiedelchen erscheint statt seiner) auf dem Cello begleitet, war sicher einer der Höhepunkte der Show. Das neue Biedermeier endet auf zwei Friedhöfen: auf dem einen wird Kappler zu Grabe getragen, auf dem anderen die Stammheimer Gefangenen.

Die Show-Leute brachen an dieser Stelle ab und strichen den Horror–Teil, der noch hätte kommen sollen. Eine Diskussion über eine Amnestie für die politischen Gefangenen in der BRD in Gang zu bringen, gelang nicht; auch waren viele schon vorzeitig gegangen.

## HERBST IN DEUTSCHLAND

FRANKFURT Dienstag, Pupille *Es erreichte uns folgende Meldung von der Basis:*

"Das Russell-Tribunal" wird diese Veranstaltung (eine Polit-Show, die am Dienstagabend in dem Studenten-Kino Pupille lief, Anm. d. Red.) aufgreifen und untersuchen, ob eine Verletzung der Zuschauer-Rechte vorliegt. Eine Kunstproduktion darf alles, nur nicht langweilen. Zur Pause hatten über die Hälfte der Zuschauer den Saal verlassen. Vielleicht war diese Öderie die gerechte Strafe dafür, daß wir uns vor der Gewerkschaftsveranstaltung drücken wollten."

## CARVALHO WURDE DIE AUSREISE VERWEIGERT

Otelo Saraivo de Carvalho, wurde von portugiesischen Behörden die Ausreise verweigert. Sein Ausschluß aus der Armee wurde rechtzeitig vor seiner Teilnahme am Russell-Tribunal rückgängig gemacht. Als Militär wurde ihm nun die Teilnahme an politischen Veranstaltungen verboten.

Wolf-Dieter Narr vom deutschen Beirat hält diese Begründung für "hanebüchen". Die Jury wird sich zu diesen Vorgang äußern – und ein Telegramm an die portugiesische. Regierung schicken.

Nach Informationen aus Portugal hat Carvalho einen Stellvertreter benannt, Luis Moita, der Vorsitzende der MUP (Volksbewegung). Beirat und Sekretariat des Tribunals wissen jedoch davon nichts. Narr meinte, sie hätten in keinem Fall Stellvertreter benennen lassen. Im übrigen sei das jetzt Angelegenheit der Jury.

Der Verdacht, daß an der Sache gedreht worden ist, scheint sich nach ersten Informationen aus "gewöhnlich gut unterrichteten Quellen" aus Portugal zu bestätigen.

**Im Bundesgebiet finden zum Russell-Tribunal folgende Veranstaltungen statt:**

| | |
|---|---|
| Bonn: | 30.3., Beethovenhalle, 19.30 Uhr – mit Lombardo-Radice, Gollwitzer, Kunert, Pannach, Zwerenz, Mobiles Rhein-Main-Theater, MEK Bilk, u.a. |
| Frankfurt: | 1.4., Harheim Zelt, 20.00 Uhr – mit Biermann, Astel, Pannach, Troisch (TAT), Miranda, Jurymitglieder, lateinamerikanische Musikgruppe, u.a. |
| Stuttgart: | 2.4., Moltke-Kaserne, 15.00 Uhr, Kunstaktion ab 10.00 Uhr – mit Galtung, Drewitz, Kunert, Pannach, Astel, Bourdet, Casalis, MEK Bilk, u.a. |
| Nürnberg: | 4.4., Meistersingerhalle, 19.00 Uhr – mit Kunert, Zwerenz, Pannach, Astel, Mobiles Rhein-Main-Theater, MEK Bilk, Nauta, Lombardo-Radice (voraussichtlich), lateinamerikanische Musikgruppe, u.a. |
| Bremen: | 5.4., Stadthalle, 18.30 Uhr – mit Wesel, Lombardo-Radice, Schwendter, Rote Rübe, MEK Bilk, lateinamerikanische Musikgruppe, u.a. |

# EINLEITENDE ERKLÄRUNG ZUR ERÖFFNUNG DES DRITTEN INTERNATIONALEN RUSSELL–TRIBUNALS Frankfurt/Main 29.3. 1978

**– von Vladimir Dedijer –**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrte Mitglieder des Beirates und der Jury, lieber Herr Niemöller,

Ihr Worte haben mich sehr bewegt. Mein Vertrauen in die Menschlichkeit auch in diesem Lande ist durch Ihre Worte und das, was sie verkörpern, bestätigt und bestärkt worden. Wir, die Mitglieder der Jury, sind nicht hierhergekommen, um wie in Nürnberg über ein Land Gericht zu sitzen. Auch ist uns jede deutschlandfeindliche und chauvinistische Hetze gegen Deutsche fremd.

Als Vorsitzender der Sitzungen des ersten Russelltribunals und erster Vizepräsident des zweiten eröffne ich hiermit das dritte Tribunal. Beim ersten Tribunal hatten wir eine Menge Schwierigkeiten , einen Staat zu finden, in dem wir unsere Sitzungen abhalten konnten. Sowohl das Vereinigte Königreich als auch die französische Regierung verweigerten uns ihre Gastfreundschaft, obwoh wir damals nicht die Probleme der Menschenrechte in diesen Ländern diskutierten, sondern über den Bruch von Gesetzen der USA in Vietnam verhandelten. Es war allein dem Verständnis von Schweden und Dänemark zu verdanken, daß wir einen Tagungsort fanden. Das dritte Tribunal findet in der BRD statt und unterscheidet sich schon dadurch prinzipiell von seinen Vorgängern. Diese von der Russell Foundation gewählte Einheit des Ortes und des Themas widerlegt bis heute immer erneut die Behauptung, als gingen die Veranstalter davon aus,im Falle der BRD handle es sich um ein mit lateinamerikanischen Diktaturen oder faschistischen Staaten vergleichbares System. Das Gegenteil ist der Fall. Das III. Russell Tribunal hat zum Motiv die von ausländischen und inländischen Stimmen an die Russell Foundation herangetragene Sorge um die Entwicklung der Verwirklichung der rechtsstaatlichen Demokratie in der BRD. Nicht ein Unrechtsregime soll verurteilt werden. Vielmehr gilt es, Gefahren erneut und verstärkt kundzutun, die die unverkürzte Geltung der Menschenrechte bedrohen. Die Grund– und Menschenrechte sind in der Verfassung der BRD selbst verankert. Aus diesem Grunde verhandelt und verurteilt das Tribunal prinzipiell im Legalitäts– und Legitimitätsrahmen der BRD Deutschland selber. Die Bundesrepublik wird am Anspruch der eigenen Verfassung gemessen.

Das III. Russell Tribunal wurde von der Russell Foundation, die das Erbe von Bertrand Russell hegt, in Jury, Beirat und Sekretariat konstituiert, aus Sorge um die innere, die liberal–rechtstaatliche Entwicklung der Bundesrepublik. Auf diese Gefahren für den liberalen Rechtsstaat haben gerade auch liberale bundesdeutsche Stimmen hingewiesen. Wir unterstellen nicht, daß es gegenwärtig in anderen Staaten nicht Menschenrechtsverletzungen und Gefahren für die Menschenrechte gäbe, die weit gravierender und bedrohlicher sind. Chile, Argentinien, Brasilien, Iran, Nordirland, die Tschechoslowakei und auch die Sowjetunion, die Kette von Regimen, in denen Menschenrechtsverletzungen in systematischer Weise zu beobachten sind, ist erschreckend lang. Dem III. Russell Tribunal geht es aber demgegenüber gerade darum, Gefährdungen einer rechtstaatlich verfaßten Demokratie zu untersuchen, um Bürger und Institutionen dieser Demokratie selbst dazu aufzurufen, den Gefahren zu wehren. Wir wissen um die tragischen Folgen, die uns alle treffen, wenn das liberale rechtstaatliche System zerbricht.

Daß die BRD als ein Beispiel für die Gefährdungen einer Demokratie liberalen Anspruchs ausgewählt wurde, erklärt sich zum zweiten daraus, daß diese Gefährdungen in der BRD gegenwärtig besonders deutlich erscheinen. Mit dieser Auswahl der BRD sollte aber keine Einzigartigkeit derselben im Hinblick auf die Gefahren, die den Menschenrechten drohen, unterstellt werden. Menschenrechte sind überall in der der zivilisierten Welt bedroht. Die BRD wird deshalb von der aus internationalen Mitgliedern zusammengesetzten Jury nicht nur deshalb untersucht,

- weil Fälle von Menschenrechtsverletzungen bekannt geworden sind, die darauf hindeuten, daß es sich nicht nur um Zu– und Einzelfälle handelt;
- weil die BRD infolge der deutschen Geschichte verständlicherweise auch vor allem im angrenzenden Ausland besonders aufmerksam beobachtet wird und
- weil die BRD im Rahmen Westeuropas eine führende ökonomisch–politische Rolle spielt, die alle inneren Entwicklungen unter dem Blickwinkel der äußeren Folen von brennendem europäischen Interesse macht.

Die Legitimation des Russell Tribunals, sich in die „inneren Angelegenheiten" anderer Länder einzumischen, ergibt sich aus vier Gründen:

- Menschenrechte fordern internationale Solidarität.
- Allgemeine Charakteristika auch der „westlichen Demokratien", auf die im III. Russell Tribunal Bezug genommen wird, deuten auf eine systematische Gefährdung der Menschenrechte hin. Die Bürokratisierung und die Verselbständigung der Geheimdienste und Polizeien sind dafür nur die offenkundigsten Symptome.
- Die Bundesrepublik Deutschland, ökonomisch und politisch ein gewichtiger Faktor in Europa und der Welt erscheint im Kontext der beobachteten und allgemeinen Gefährdung der Menschenrechte besonders bedroht.
- Wenn aber Menschenrechte in führenden Industriestaaten bedroht sind, dann wirkt sich diese Bedrohung der Freiheit auch auf die Staaten der Dritten Welt aus, denn die innere Entwicklung der ökonomisch und politisch führenden Staaten der Welt bedingt die Entwicklungsmög lichkeiten und Freiheiten der unterentwickelten Länder.

Der Hinweis auf nationale und internationale Gerichtshöfe, die anstelle eines von einer privaten Stiftung der Russell Foundation eingerichteten Tribunals zuständig wären, überzeugt nicht. Was immer die Verdienste solcher Gerichtshöfe sein mögen, so unterliegen sie zum einen in der Regel viel stärker dem jeweils herrschenden politischen Druck und vermögen sie zum anderen den Menschenrechtsverletzungen in ihrer Gesamtgefährdung und Gesamtbedeutung nicht in gleicher Weise systematisch nachzugehen. Unabhängig davon, wieweit nationale oder internationale Gerichtshöfe politischem Druck ausgesetzt sind und gegebenenfals auch nachgeben, sind diese Gerichte von ihrer Konstitution her nicht zureichend in der Lage, über den rechtlichen Sachverhalt hinaus im engeren Sinne, die gesellschaftliche und individuelle Gesamtbedeutung und Wirkung eines behandelten Problems etwa des Berufsverbots angemessen einzuschätzen und zu qaulifizieren.

Das Interesse an der inneren Entwicklung in der BRD besteht also nicht in irgendeiner Verurteilung von Institutionen, Personen oder gar der BRD insgesamt. Eine solche Verurteilung wird nicht erfolgen. Das Interesse des III. Russell Tribunals ist es vielmehr, die bundesdeutsche und die internationale Öffentlichkeit aufzurufen, aktiv in den Kampf um die unverkürzte Verwirklichung der Menschenrechte einzutreten. Die Menschenrechte und ihre Geltung sind verloren, wenn diejenigen, deren Integrität sie schaffen und schützen wollen und sollen, ablassen, um die Verwirklichung der Menschenrechte zu ringen.

Bevor ich die Mitglieder der Jury vorstelle und danach Johan Galtung das Wort erteile, um das Verfahren, das die Jury einschlagen wird, zu skizzieren, möchte ich ein Sonder problem ansprechen. Das III. Russell Tribunal über mutmass-

liche Menschnerechtsverletzungen der BRD mag notwendig sein, so wurde eingeräumt. Jedoch könne dieses Tribunal nur dann gerecht verfahren, wenn Menschnerechtsverletzungen auch in der DDR behandelt würden. Zur DDR oder anderen Ländern, die J.P. Sartre Länder mit einer sozialistischen Verfassung nennt, kann hier nicht Stellung genommen werden. Ich nenne nur kurz die wichtigsten Gründe:

- so eng die BRD und die DDR historisch verbunden sind und sosehr es verständlich ist, daß sich die Bürger beider Länder um das Schicksal des jeweils anderen Landes kümmern, so wenig kann es Sache des Russell Tribunals sein, einen die unterschiedlichen Staaten überwölbenden stellvertretenden gesamtdeutschen Anspruch verkörpern zu wollen;
- die beiden deutschen Staaten, die als Folge des deutschen Faschismus entstanden sind, gehören heute verschiedenen politisch–ökonomischen Systemen an. Das Russell Tribunal würde in der Prüfung der Fälle und ihrer Ursachen fahrlässig sein, wenn es die Entwicklungen beider deutscher Staaten in einen Topf werfen und unvermittelt miteinander vergleichen würde. Im Prinzip ist das möglich, ein Russell Tribunal über die DDR zu einem späteren Zeitpunkt zu veranstalten; dann aber unabhängig von dem jetzigen.

Das Russell Tribunal hat immer versucht, daß Menschenrechtsverletzungen nicht einseitig untersucht werden. Ich will nur einige Beispiele nennen:

- Das erste Russell Tribunal hat im September 1968 mit 16 Stimmen bei einer Enthaltung die Aggression der Sowjetunion, der DDR und anderer gegen die Tschechoslowakei verurteilt.
- Das Präsidium des Russell Tribunals hat im Oktober 1968 in der 'Times' und in 'Le Monde' Briefe veröffentlicht gegen die bulgarische Bedrohung der Unabhängigkeit der S.R. Mazedonien und der S.R. Albanien.
- Ich habe einen großen Stapel Briefe gesehen, den mir Bertrand Russell zeigte, einen Schriftwechsel zwischen ihm und Walter Ulbricht über die Verletzung der Menschenrechte in der DDR.
- Im Oktober 1977 hat der Direktor der Russell Foundation einen Brief an Willy Stoph wegen Rudolf Bahro geschrieben.
- Das erste Russell Tribunal über den Krieg der USA in Vietnam ist zu dem Schluß gekommen, daß die USA in Indochina das Verbrechen des Völkermordes begangen haben. In der Bergründung des Urteils haben wir jedoch hervorgehoben, daß in der Geschichte kein Staat und kein soziales System von solch einem Verbrechen frei gewesen ist.
- Auf Initiative von J.P. Sartre wurde 1974 in Venedig eine Untersuchungskommission über die Unterdrückung in Irland vom 12. Jahrhundert bis heute eingesetzt.
- Noam Chomsky und ich initiierten 1972 mit Einverständnis von J.P. Sartre eine Kommission zur Untersuchung der Übergriffe der Polizei, der Gerichte und der Armee in Frankreich. Der große deutsche Humanist Ernst Bloch war Mitglied.
- Ein viertes Russell Tribunal ist seit Oktober 1976 in Vorbereitung, das den Gefahren der Geheimdiplomatie und der Abgrenzung der Einflußsphären der Supermächte seit dem 2. Weltkrieg nachgehen soll.

Lassen sie mich schließen mit Sartres Beschreibung der Aufgabe des ersten Russell Tribunals; er antwortete auf Angriffe einer Pariser Zeitung, die gefragt hatte: „Was für ein merkwürdiges Tribunal. Es gibt Juroren, aber keine Richter." Sartre antwortete: „ Das ist richtig. Wir sind nur Juroren. Wir haben weder die Macht zu verurteilen noch irgendjemanden freizusprechen. Wir sind keine offizielle Institution. Wir sind keine Anklagebehörde....... Am Ende unserer Verhandlungen wird nur festgestellt, ob Menschenrechte verletzt worden sind oder nicht. Um das zu beurteilen, sind alle Menschen Richter. Es sind die Völker die ......... Für sie arbeiten wir."



In dieser Weise wird das Tribunal hier wieder arbeiten, nämlich als nicht institutionalisiertes Organ der Weltmeinung. Die Zukunft und das Überleben der Menschheit hängt von der vollen Verwirlichung aller wirtschaftlichen und politischen Menschenrechte ab. Das System, welches sich am ernsthaftesten um die Verwirklichung dieser Prinzipien bemüht, sollte das stabilste sein. Deshalb akzeptiert die Jury des Russell Tribunals zur Untersuchung der Situation der Menschenrechte in der BRD keine Bedingungen, die unsere Untersuchung und Ergenisse einschränken.

## BILDERDIENST:

**Alle Bilder, die im ID abgedruckt sind, und noch viele mehr, sind jeden Tag zu den üblichen Versandbedingungen auch telefonisch beim ID bestellbar.**

## VERMISSTENLISTE

**Folgende Jurymitglieder haben ihre Teilnahme an der ersten Sitzungsperiode des Tribunals abgesagt:**

**Eric Bentley, USA**
es wird in den USA ein Theaterstück von ihm inszeniert, dabei ist er unabkömmlich.

**Otelo Saraivo de Carvalho, Potugal**
Er ist wieder vermilitarisiert worden

**Georges Casalis, Frankreich**
Hatte am vorletzten Wochenende einen Herzinfarkt. Gute Besserung.

**Ricardo Lombardi, Italien**
Kann wegen eines Parteikongresses der PSI nicht kommen.

**Otto Nathan, USA**
Ist wegen seines Alters nicht mehr reisefähig.

**Umberto Terracini, Italien**
Kommt höchstwahrscheinlich nicht wegen der politischen Lage in Italien (das wird den Spiegel freuen, s. Spiegel dieser Woche).

**David Rousset, Frankreich**
kommt nicht, Grund unbekannt.

**André Jeanson, Frankreich**
war bei Redaktionsschluß noch unklar. Auch er war krank.

**Agnes Heller, Ungarn**
Sie hat gerade einen Lehrauftrag in Australien bekommen.

**Maria Velho da Costa, Portugal**
Da gleichzeitig eine Sitzung des portugiesischen Schriftstellerverbandes stattfindet, hält sie das für wichtiger. Daß sich hier der Einfluß der DKP auf die portugiesischen Kommunisten bemerkbar macht, ist eine durch nichts zu beweisende Unterstellung.

**Übrigens:**
wir haben Nachricht erhalten mit der letzten Seeschwalbe, der es gelang, um den Ölfleck im Ärmelkanal herumzukommen. Danach treibt Oscar Niemeyer nicht, wie zunächst vermutet, in einem Segelboot auf dem Atlantik, wobei er die europäischen Gestade erst zur zweiten Sitzungsperiode erreicht hätte. Er ist noch in Rio und krank. Auch ihm gute Besserung.

## DREI MITGLIEDER DER JURY

**Johan Galtung**

*Geboren 1930 in Oslo. Er studierte Mathe und Soziologie. Gastprofessuren hatte er rund um die Welt. Zwischen 1969 und 1977 war Johan Galtung Professor für Konflikt- und Friedensforschung an der Universität Oslo. 1959 gründete er das "International Peace Research Insitute" in Oslo und war bis 69 dessen Direktor. Er ist Mitarbeiter und Berater für Fragen der Friedensforschung, der Hochschulausbildung und der europäischen Zusammenarbeit bei acht UNO-Organisationen, der OECD und dem Europarat. 1973 war er der erste Carl von Ossietzky-Professor in der Bundesrepublik.*

*Am 24. Januar erschien in der liberalen Tageszeitung "Dagbladet" in Norwegen ein Interview mit Johan Galtung. Wir zitieren daraus.*

"Das Tribunal wird in einem anderen Land durchgeführt werden, wenn die Deutschen uns den Zugang verwehren" sagte Galtung in diesem Interview. Zum Papier des Innenministeriums erklärte er: „ Das Dokument ist in sich selbst ein interessantes Beispiel für die menschenrechtliche Situation in Westdeutschland. Es behandelt jedoch nur Vorschläge und wir hoffen, daß die westdeutsche Bürokratie hinreichend Sinn für Menschenrechte hat, daß nichts von dem in Wirklichkeit ausgeführt wird.

Die Behörden in Westdeutschland meinen, daß es kränkend und demütigend sei, behandelt zu werden durch eine Organisation, die früher Sachen behandelt hat wie den Vietnam-Krieg. Das baut auf einem Mißverständnis auf und unrichtigem Verständnis dessen, was die Aufgabe des Russell-Tribunals ist. Es ist nicht gebunden an frühere Themen auf irgendeine Weise. Das Tribunal muß man sehen als eine Organisation, welche mobilisiert, wenn Menschenrechte so angesehen werden können, als seien sie in Gefahr auf dieselbe Weise wie z.B. Amnesty International. Das ist noch nicht gesagt, daß wir zu einer negativen Konklusion kommen im Hinblick auf die menschenrechtliche Situation in Westdeutschland.

Das ist vielleicht nicht so selten, daß Behörden glauben, es sei wohl zu viel verlangt, daß eine Gruppe Menschen, auch Ausländer, zusammensitzen und die internen Verhältnisse eines Landes einschätzen. Ich persönlich glaube, daß einige Regierungen in den verschiedenen Ländern sich darüber freuen. Ich hoffe, daß

**Claude Bourdet**

*Claude Bourdet wurde 1909 in Paris geboren. Ingenieur. Arbeitete vor dem Krieg als Berater des Wirtschaftsministeriums. Schloß sich der Resistance an und wurde zu einem ihrer führenden Mitglieder. Herausgeber des illegalen "Combat". Wurde 1944 von der Gestapo verhaftet. KZs Oranienburg und Buchenwald. Nach dem Krieg Generaldirektor des französischen Rundfunks. Später weiter als Journalist: "Combat", Mitherausgeber des "l'Observateur", des späteren "Nouvel Observateur". Mitglied der Parti sozialiste unifiè (PSU). Offizier der Ehrenlegion und Präsident der Bewegung für Abrüstung, Frieden und Freiheit.*

mehr avancierte Regierungen als die westdeutsche, in der Zukunft nicht nur Russell-Tribunale nicht nur zulassen und ihnen gestatten, zu untersuchen, sondern sie willkommen heißen.

Jetzt wird das Tribunal Verdächtigungen ausgesetzt. Ich wünschte, Willi Brandt würde uns sagen: Bitte schön, kommt! Aber jetzt handelt die Regierung im Sinne einer sich selbst erfüllenden Weissagung.

Meiner Meinung nach ist das wichtigste Thema des Tribunals der Mangel an freier Berufswahl. Westdeutschland war immer eine Quelle intellektueller Schaffenskraft gewesen. Ohne freie Berufswahl besteht die Gefahr, daß diese Quelle austrocknet, weil die Intellektuellen, Wissenschaftler und andere mehr oder minder gezwungen sind, Selbstzensur zu üben. Diese Verhältnisse, scheint mir, sind besonders wichtig, beleuchtet zu werden.

## BIOGRAPHISCHES STENOGRAMM

Lucio Lombardo-Radice wurde am 10. Juli in Cantania (Sizilien) geboren. Er ist Bekannter und intellektueller Schüler von Benedetto Croce und setzte sich schon frühzeitig gegen jede Form von nationalem Chauvinismus zur Wehr. Er verbringt die Zeit zwischen 1934-1938 zusammen mit verfolgten und emigrierten deutschen Juden und Oppositionellen, die in Italien provisorisches Asyl gefunden hatten. In dieser Zeit vertieft er auch seine Kenntnisse der deutschen Literatur, Lyrik und politischen Kultur. Seit 1938 ist er Mitglied der kommunistischen Partei Italiens (PCI), wird als Kämpfer der Resistenza 1940 für zwei Jahre eingekerkert und 1943 bis zum Sturz Mussolinis noch einmal inhaftiert. Er wird Professor der Mathematik, zunächst in Palermo, seit 1960 an der Universität Rom. Lombardo-Radice hat zahlreiche wissenschaftliche Aufsätze und Fachbücher veröffentlicht. 1969 wird er in das Zentralkomitee der PCI gewählt, in dem er heute als außenpolitischer Experte gilt. Als einer der Begründer des "Dialoges zwischen Christen und Marxisten" und zugleich als profilierter Vertreter einer eurokommunistischen Politik, bezieht er zugleich mit einigen Wenigen im ZK der PCI Stellung gegen den Ausschluß der Manifestogruppe (1970). Er ist heute Mitglied des "Komitees für Verteidigung der Demokratie und Freiheit in der Bundesrepublik", bezieht zugleich öffentlich Stellung gegen die Ausbürgerung Biermanns, die Einschüchterung Havemanns und die Inhaftierung Bahros.

Zur Charakterisierung seiner politischen Einschätzung der politischen Lage der BRD:
"Gewiß, es hat bedeutende und wichtige Ereignisse gegeben, die das italienische Deutschlandbild korrigiert haben: Willy Brandt, der sich als Bundeskanzler vor dem Denkmal des Ghettoaufstandes in Warschau niederkniet; der sein Land, seine Partei vor neonazistischen Gefahren warnt. Und dennoch: die herrschende politische Klasse in der Bundesrepublik hat die der Demokratie von rechts drohenden Gefahren niemals ernsthaft in Betracht gezogen; sie hat Verantwortungsträger aus dem Nazidschungel in Führungspositionen in der Justiz, im Heer, in der öffentlichen Verwaltung entweder belassen oder wieder eingesetzt; sie hat ein autoritäres staatliches System unter der Parole einer "formierten Gesellschaft" errichtet, dessen demokratische Legitimation immer fraglicher erscheint und dessen illiberale Züge sich ständig verschärfen.
Radice konstatiert einen "Transformationsprozeß des deutschen Rechtsstaates zu einer illiberalen Konsensdemokratie und eine Krise "der politischen Freiheitsrechte in der Bundesrepublik", in der "die politische Reaktion droht, Grundwerte des Rechtsstaates unter Berufung auf die Fortdauer der terroristischen Bedrohung aufzuheben."
Aus der Einsicht in die Notwendigkeit der Vermittlung internationaler Kampferfahrung sowie gemeinsamer Verantwortlichkeit formuliert er die vorrangige Aufgabe des Russell-Tribunals "eine konkrete Hilfestellung zu sein für die Kräfte der Demokratie in Deutschland". (Zitiert nach „Die Italiener sehen nicht die namenlosen Schatten", Frankfurter Rundschau vom 26.11.77).

Lucio Lombardo-Radice kämpft gegen die Entwicklung eines „autoritären Liberalismus", zugleich sieht er jedoch die Gefahren der simplifizierenden Gleichsetzung von "nazistisch" und "deutsch", die sich aus "dem vagen und unbestimmbaren Ressentiment ergeben, das sich rassistischen Untertönen nähert!" Was kann seinen Kampf gegen bestimmte nationalistische und chauvinistische Vorurteile von Teilen der italienischen Öffentlichekti besser illustrieren als der Titel seines neuen Buches über Deutschland "Das Deutschland, das wir lieben."

**HERAUSGEBER:**

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

**Verantwortlicher Redakteur:**
Frieder Kern

## "GEWERKSCHAFTSAUSSCHLÜSSE VOR DAS RUSSEL–TRIBUNAL?"

### VERANSTALTUNG DER RUSSELL-INITIATIVEN FRANKFURT, KÖLN, GEWERKSCHAFTSOPPOSITIONELLE GRUPPEN

R. Holl von der Kölner Initiativgruppe eröffnete den Abend mit der These, daß sich die Kontroverse, ob nun gewerkschaftsausschlüsse eine innergewerkschaftliche Angelegenheit seien oder als Menschenrechtsverletzungen vor das Russell-Tribunal gehörten, durch die Entwicklung der letzten Monate selbst beantwortet habe.

– Vetter begründete seine Ablehnung des Tribunals in seinem Rundbrief an den DGB mit 'Verunglimpfung der BRD', diffamiert Jurymitglieder als kommunistisch, wobei er sich direkt auf das Innenministeriumspapier stützt und droht versteckt mit Unvereinbarkeitsbeschlüssen für Unterstützer des Tribunals

– Die Frankfurter Rundschau weigert sich den Aufruf "Gewerkschaftsausschlüsse vor das Russell-Tribunals" zu drucken, wegen Diffamierung des Staates und des DGB.

Spätestens nach dem Vetter-Brief scheint die These von den innergewerkschaftlichen Problemen absurd, es zeigt sich daß der Arm des DGB weit über die Gewerkschaften hinausreicht. Das wurde auch deutlich in der Dia-Tonbildschau, in der das Ausmaß der Gewerkschaftsausschlüsse gezeigt wurde.
Es gab zwei Wellen von massierten Gewerkschaftsausschlüssen, einmal im Zusammenhang mit dem KPD-Verbot, es gelang die Gewerkschaften von Kommunisten zu säubern und damit auf die sozialdemokratische Einheitsgewerkschaft hin festzulegen.

Zum andern in der Folge der spontanen Streiks von 1969 und 1973. Seit 1969 gab es über 2000 Einzelausschlüße aus den Gewerkschaften und der Ausschluß des Landesverbandes der GEW Berlin mit 13.000 Mitgliedern.

– Deutlich wurde auch, daß der Gewerkschaftsausschluß sehr oft die Entlassung bzw. ein Berufsverbot zur Folge hat.

– In drei Fällen konnte die Zusammenarbeit von Gewerkschaft und Schulbehörde belegt werden; in den Anhörungsverfahren berief sich die Schulbehörde auf Korrespondenz zwischen dem Betroffenen und seiner Gewerkschaft über das laufende Ausschlußverfahren.

– auch die Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz konnte im Fall Warnbeck belegt werden.
Die Kölner Initiativgruppe hat dieses Material in einer Dokumentation ... dem Russell Tribunal vorgelegt.

Die Besonderheit der deutschen Entwicklung wurde im Beitrag von B. Ravnet, Frankreich, Partie Socialiste Unifie betont. Dadurch daß es in Frankreich vier konkurrierende Gewerkschaften gibt, bedeutet ein Ausschluß aus einer Gewerkschaft, der – wenn auch selten vorkommt - noch lange kein Berufsverbot.

Abgesehen von einigen wenigen neuen Informationen wiederholten die Beiträge im wesentlichen die Diskussion des vergangenen Jahres und wurden von einem ohnehin enttäuschend kleinen Publikum ( ca.500 Leute) recht gelangweilt zur Kenntnis. genommen.
Weder die phantasievoll zusammengestellte Dia-Tonbildschau noch die Lieder der Kölner Pflastersteine konnten diese Stimmung bremsen.

H. Brandt – selbst vom Gewerkschaftsausschluß betroffen – verbreitete als einziger ein wenig Schwung und Optimismus.

*Auszüge aus der Rede von Heinz Brandt auf der Veranstaltung "Gewerkschaftsausschlüsse vor das Russell-Tribunal":*

### ES IST BESSER, DAS WINZIGSTE LÄMPCHEN ZU ENTZÜNDEN ALS SICH ÜBER DIE DUNKELHEIT ZU BEKLAGEN.

Es zeigt sich hier ein neuer Zug in der Geschichte, der hat begonnen mit der Hösch-Aktion, mit jenen spontanen Streiks, die als wild abgetan wurden und in diesen spontanen Streiks merkten die Unternehmer auf einmal, daß es für ihre Profite chaotisch wurde, das mußten wohl Chaoten sein, die ihre Profite in Frage stellten. Zum ersten Mal tauchte eine neue wirksame Kampfform auf: Der spontane Streik, der zum einen nicht nach Streikunterstützungsgeld fragte und zweitens qualitativ neue Forderungen, "30 Pfennig für jeden in der Stunde". Die Antwort darauf waren die Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Zuerst kam eine neue Arbeiteraktion und dann erst kamen die bürokratischen Reaktionen. Ihr habt vielleicht heute in der Frankfurter Rundschau gelesen, daß sie auf einmal nicht mehr von Arbeitswilligen spricht, in der Reichsverschönerungssprache, sondern offen spricht von Streikbrechern und zugeben muß, daß die Streikbrecher sich nur noch auf den Knien zu den Aussperrern begeben können, die so gern die Arbeiter nicht nur aussperren Ich denke, daß es wichtig ist, daß der Kompromiss weggef[illegible] worden ist von den streikenden Druckern und Setzern, der schon von der Bürokratie ausgehandelt worden war. Von unten Druck und von oben Papier, aber ein schlechtes bei der IG Druck.

Auf dieser Grundlage, daß nicht nur allein, die Sockelarbeitslosigkeit Angst verbreitet und daß das eintritt, was für alle herbeigesagt und nun auch den Anfang herbeigeführt hat, daß nämlich eine Situation kommt, wo die Angst umschlägt in Widerstand, das sehen wir jetzt auf breitester Grundlage mit den ersten Anfängen in Betrieben, in wiederum neuen Kampfformen und in neuen Kampfzielen, die werden bald noch sehr viel breiter werden. Und auf der Grundlage des erfolgreichen Kampfes und in dem Masse, wie die arbeitenden, streikenden Menschen selbst, die Streikenden im Streik erstarkenden, ihre von der Basis her gegebene Organisation durchsetzen, als Kampforganisation durchsetzen, in dem Masse schwindet auch der Raum für erfolgreiche Gewerkschaftsauschlüße und erfolgreiche Unvereinbarkeitsbeschlüße. Auf der Grundlage des neuen Kraftgefühls können wir, müßen wir kämpfen gegen dieses System der Unvereinbarkeitsbeschlüße...............

Der Kampf in den Betrieben erfolgt in einer Grauzone v[illegible] ökonomischer und politischer Gewalt, von der Konzerngewalt und staatlicher Gewalt, die versuchen, die Gewerkschaftsbürokratie in dieser Grauzone einzubeziehen.

Wir sehen also ein großes Spektrum des Problems der Grauzone. Denkt daran, was jetzt 6 Frauen im Betrieb Storno ges geschehen ist. Sie haben kandidiert auf einer Liste, die vor allem, im Interesse der ausgeplünderten Frauen gegen die mörderischen Verhältnisse am Fließband, zu Leichtlohn, stand. Ihr wisst, daß die Frauen am laufenden Band im Leichtlohn verschlissen werden. Was war die Antwort? Die Antwort war, daß 6 dieser Frauen rausgeschmißen wurden mit Zustimmung der Gewerkschaftsführung. Rausgeschmissen mit der dreckigen Lüge, und diese Lüge ist so bezeichnend, vom Kantinenessen etwas für ihre FAmilien als Nachschlag ungerechtfertigterweise mit nach Hause genommen zu haben. Das ist eine Lüge, aber die Lüge ist so bezeichnend, es wirkt glaubhaft, daß es diesen Frauen, ihren Familien, auf Grund ihres Hungerlohnes so dreckig geht, daß sie das dreckige Kantinenfressen noch mit nach Hause schleppen müßen. Es hat sich dabei um ein Heringsgericht gehandelt, und wir haben diesen Frauen geraten, sie sollten doch die faulen Heringsköpfe diesem Unternehmer packetweise ins Haus schicken. Ich spreche dabei weniger davon, was das Russellforum tun kann, und es wird einiges tun, um die Weltöffentlichkeit auf diese Grauzone im Betrieb aufmerksam zu machen, und das ökonomische Berufsverbot auf

# Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ID

Erscheint täglich — Nr. 4 — 30. März 1978 — Einzelverkaufspreis DM 0,50


WIE?? WAS FÜR DINGE WERDEN ANGEBLICH VON UNSEREN STAATSTREUEN MEDIEN KRIMINALISIERT?

PRAKTISCH JEDER, DEN DER VERFASSUNGSSCHUTZ FÜR KRIMINELL ERACHTET: DIE ALTERNATIVPRESSE, DER ID, ID-BEIRÄTE, MESCALERO, DAS HEIDELBERGER SCHLOSS...

MEDIEN ZENSUR

29.3.

BEKANNTLICH PFLEGEN BÜRGERLICHE MEDIEN HIERZULANDE NUR DAS LEICHTEN HERZENS ZU VERBREITEN, WAS IHNEN (VERFASSUNGS-) AMTLICH EINGETRICHTERT WIRD.



**SPENDEN SPENDEN SPENDEN SPENDEN SPENDEN SPENDEN SPENDEN SPENDEN SPENDE**

**Täglicher ID braucht tägliches Geld! Tägliche Leser können täglich Spenden**

**Sonderkonto** Frankfurter Informationsdienst, Postscheckkonto Nr. 447 47 - 608

## BRIEF VON MAJOR CARVALHO ZUM AUSREISEVERBOT: „DIES IST NATÜRLICH SCHÖNFÄRBEREI"

FRANKFURT
30. März

„Lissabon, d.20.3.1978

Lieber Herr Dieckmann,

Was die formelle Einladung betrifft, die ich, von Ihnen persönlich unterzeichnet, erhalten habe, in meiner Eigenschaft als Mitglied des dritten Russell-Tribunals für die erste öffentliche Sitzung, die am 28. des laufenden Monats in Frankfurt beginnt, muß ich Ihnen mitteilen, und ebenso allen anderen Mitgliedern des Tribunals, daß ich endgültig von aktiver Teilnahme an der Arbeit des Tribunals abgehalten bin, da der Generalstabschef des Heeres, General VASCO ROCHA VIEIRA, mir nicht erlaubt hat, das Land zu diesem Zweck zu verlassen, feststellt, daß „diese Aktivitäten sich nicht vereinbaren lassen mit der Stellung eines im Dienst befindlichen Offiziers".

Dies ist natürlich Schönfärberei, denn ich bin seit mehr als zwei Jahren von meinen Funktionen als Offizier vollständig suspendiert. Aber, was solls! Wer befiehlt, hat Angst. Aber ich kann das Land nicht verlassen ohne einen Militärpaß, der vom Generalstabschef unterzeichnet und beglaubigt worden ist.

Unter diesen Bedingungen kann ich zu meinem großen Bedauern nicht an den Sitzungen des Tribunals teilnehmen, in das ich zu meinem Stolz gewählt worden bin.

Den Mitgliedern des Dritten Russell-Tribunals sende ich meine besten Wünsche für die Erfüllung ihrer gerechten und notwendigen Mission.

An Sie, meine lieben Freunde, sende ich die herzlichsten Grüsse.

OTELO SARAIVA DE CARVALHO
MAJOR

*Der Stuhl hinter dem Schild „Otelo Saraivo de Carvalho" blieb leer. (ID-Bilderdienst)*

## DREITAUSEND BEI DER BERLINER RUSSELL-VERANSTALTUNG

WESTBERLIN
30. März

*In der Nacht auf Donnerstag haben drei Leute von der Tageszeitungsinitiative aus Berlin folgenden Text zur dortigen Russell-Veranstaltung durchgegeben:*

„In Berlin war die Halle viel zu klein für fast 3.000 Leute, die zur Russell-Info-Veranstaltung gekommen waren. Den Veranstaltern war es aus „unerfindlichen" Gründen nicht gelungen, die größere Eissporthalle zu mieten.
Nach kurzen Statements von W.D. Narr vom Beirat, Lord Gifford (England) und Lolle Wibe Nauta (Holland) von der Jury des Tribunals gab es Lieder von Pannach, Kunert und Biermann, einer chilenischen Gruppe und dem Katalanen Louis Llach (? ), der seinen Auftritt einer spanischen Theatergruppe widmete, die derzeit vor einem Militärgericht abgeurteilt werden soll.

W.D. Narr betonte die Eigenverantwortlichkeit der Bürger in Bezug auf Wahrung der Menschenrechte, das Russell-Tribunal dürfe nicht stellvertretend dafür angesehen werden. Es solle dazu beitragen, die Erosion des liberalen Rechtsstaates und der bürgerlichen Freiheiten aufzuhalten.
Lord Gifford aus England bedankte sich für den Empfang, der ihm nicht durch die Regierung, die Behörden oder die Gewerkschaften bereitet war, sondern durch „tausende demokratisch gesinnter Menschen". Er sagte: „Im Geiste internationaler Bruderschaft sind wir zusammengekommen, um Rechte des Einzelnen gegen die Repression der Machthaber durchzusetzen."

Nauta erklärte, daß die Teilnahme von Ausländern an einem solchen Tribunal keine „Einmischung in innere Angelegenheiten betrifft, sondern durch die mächtige Position der Bundesrepublik in Europa gerechtfertigt ist". Während der Veranstaltung kam eine Gruppe auf die Bühne und berichtete, daß in Harheim eine Kirche besetzt worden sei, um der Forderung „Stammheim vor die Jury" Nachdruck zu verleihen."

## PRESSEKONFERENZ VOM ERSTEN TAG DES TRIBUNALS

### Einige Splitter

FRANKFURT
29. März

Narr auf die Frage, ob man sich denn nicht bemüht habe, in Frankfurt selbst Räume zur Durchführung des Russell-Tribunals zu finden .... Nein, wir haben uns da nicht bemüht ... auch aus der Vermutung heraus nicht, daß wir aus politischen Gründen wahrscheinlich keine bekommen hätten.
*Seltsam, seltsam, da müssen wir nochmal nachfragen...*

Ein Mitglied des Parteivorstndes der holländischen Partei der Arbeit tritt auf und erklärt, daß sich die PdA entgegen der in der deutschen Presse veröffentlichten Meldungen von einer Distanzierung der PdA keine Rede sein könne: viel-

mehr unterstütz die PdA die Durchführung des Russell-Tribunals und hat einen offiziellen Beobachter entsandt.

Über die Politik der DKP gibt Narr folgende Meldungen durch-

1. Die DKP beteiligt sich nicht am Russell-Tribunal.
2. Die DKP hat es ebenfalls abgelehnt, ihren Mitgliedern die Teilnahme am Tribunal freizustellen.
3. Die DKP hat einigen Mitgliedern, mit denen das Sekretariat in Kontakt stand, bei Teilnahme mit Ausschluß gedroht.
4. Trotzdem gelingt es, ein DKP-Berufsverbot vors Tribunal zu bringen

Die vermuteten Gründe:

1. die DKP hat Angst vor Konkurrenz
2. eine mögliche Behandlung von Gewerkschaftsausschlüssen unterminiert die Bündnispolitik der DKP gegenüber den Gewerkschaften
3. Die DKP befürchtet ein mögliches (bereits angedeutetes) weiteres Russell-Tribunal zu Menschenrechtsverletzungen in der DDR
4. Der 'Affront' der Foundation in einem Brief an SED-Chef Honnecker, Rolf Bahro als Mitglied der Jury vorzuschlagen.

## AKTUELLER SITUATIONSBERICHT VOM TRIBUNAL – DONNERSTAG, 12U HR

Telefonischer Situationsbericht vom zweiten Tag in Harheim Lahm, Lahm. Zwar klappt es nun mit dem Herfinden besser, aber was sich hier abspielt, scheint ohne nun (1) dem Bonus des absolut Neuseins abzulaufen. Bei Beginn dieses zweiten Sitzungstages ist der Saal nur zu einem Drittel gefüllt. Die Jurymitglieder sollen es heute wohl besser haben: Obst steht auf den Tischen und die Scheinwerfer brennen nicht mehr so erbarmungslos wie gestern. Nachdem gestern der Stuhl von Carvalho frei blieb, hat man heute von dieser demonstrativen Geste abgesehen. Griffiths hat seinen Platz in der ersten Reihe eingenommen. Frau Richardson eröffnet die Sitzung. Dedijer ist nicht da (es wird auch nicht gesagt wo er wäre, vermutlich wohl noch irgendwo in der Bundesrepublik). Tom Gifford erzählt kurz, daß er gestern mit Narr in Berlin gewesen sei, [illegible] daß dort vor 3000 Leuten eine ganz tolle Stimmung geherrscht habe.

Cornelia Stoll aus Tübingen, die heute vor dem Tribunal aussagt, kommt auf die Bühne. Mehrmals wird ihr zugerufen, bis sie schüchtern ihren Platz auf der Bühne einnimmt. Rechtsanwalt Sterzel trägt ihren Fall vor. Na ja. Ist auch nicht einfach, den Fall gespickt mit Daten, Namen und Zitaten vorzutragen, ohne ermüdend zu wirken. Als ein Ordner kurz unterbricht und Sterzel bittet mitzuteilen, daß ein Frankfurter Wagen vor dem Gebäude gleich abgeschleppt werde, empfinde ich das als vollkommene Ablenkung. Die Fragen, die jetzt die Jury stellt, sind solche Fragen, die man gemeinhin Informationsfragen bezeichnet. Nichts umwerfendes Neues. Der Saal ist inzwischen fast voll. Cornelia Stoll wirkt auch selbstbewußter.
Insgesamt wirkt der heutige Vormittag weniger verkrampft als gestern. Ich fühle mich nicht mehr in einer heiligen Halle, na ja auf einem Kongreß.

## KOMMENTARE DER ITALIENISCHEN PRESSE VOR DEM RUSSELL-TRIBUNAL

ROM
29.3.78

Die Kommentare und Berichte der italienischen Zeitungen zur Ankündigung des Russell-Tribunals waren unterschiedlich. Im Corriere della Sera kam eine kurze Ankündigung, die die Eröffnung der ersten Sitzungsperiode bekanntgab; ohne weiteren Kommentar. In der KPI-Zeitung Unita war das Russell-Tribunal nicht erwähnt, geschweige denn ein Kommentar gegeben.

In der Paese Sera, die sonst Kp-nahe Positionen vertritt, kam ein sehr ausführlicher und informativer Bericht über das Tribunal. Die Notwendigkeit dieses Tribunals wird besonders nach den Ereignissen im Herbst hervorgehoben, Paese Sera bezieht sich dabei ausdrücklich auf den Fall Schleyer; näher wird auch auf die Stellung der SPD und das "Innenminister-Papier" eingegangen. Auch hier wird erwähnt, daß der Komplex "Stammheim" aus dem Russell-Tribunal ausgeklammert ist.

In der Repubblica stand ein ausführlicher Bericht. Darin wird von der unklaren Ideologie und Zielsetzung und dem unklaren Adressaten des Tribunals gesprochen: "In wessen Namen wird hier angeklagt und gerichtet, im Namen der parlamentarischen Demokratie oder der Revolution, der Reform oder des Bruchs mit dem System?"

"Wird ein tendenziell faschistischer Staat oder ein demokratisches Experiment angeklagt?"

"Nur aufgrund der ideologischen Konfusion und der verzweifelten Ohnmacht der neuen Linken konnte ein Vergleich mit Ländern wie Chile und Vietnam zustandekommen."

Die tatsächlich vorhandenen autoritären Tendenzen in der Bundesrepublik zu stoppen, dazu sei das Urteil einer ausländischen Jury "falsch, unangebracht und unverantwortlich".

Das ganze Tribunal wecke in den Deutschen die Assoziation zum Nürnberger Prozeß, was eine ungerechtfertigte Analogie sei und nur reaktionäre und nationalistische Käfte stärken könne. Die demokratischen Kräfte in Deutschland würden das Tribunal zurecht verurteilen, sie dürften aber nicht die Motivation für das Tribunal leugnen, nämlich die tatsächliche Einschüchterung der Linken in der Bundesrepublik.

Es liege hauptsächlich an der SPD, die die Brücke zu den Gruppen links von ihr abgebrochen habe, daß diese sich heute in ihrer Isolation an ein ausländisches Tribunal wende, "um Deutschland zu kriminalisieren". -Diese Entwicklung diene nur "dem verzweifelten Ordnungs- und Erpressungsbedürfnis der Rechten".

Inzwischen ist klar, daß Umberto Terracini vom ZK der KPI nicht zum Russell-Tribunal kommt. Er hat in diesen Tagen in einem Interview die neuen Polizeigesetze befürwortet und jede Maßnahme zur Verteidigung des Staates gerechtfertigt. Es wäre auch ein bißchen merkwürdig, in Italien Sicherheit und Ordnung zu propagieren und in der BRD die Einschränkung der Freiheitsrechte anzuklagen.

## NACHTRAG ZUM VERANSTALTUNGSKALENDER

FRANKFURT
29. März 78

*Im Moltke-Areal, Bebelstraße, Stuttgart-W im Großzelt findet folgendes statt:*

Freitag, 31.3.78:
15.00 Uhr Circus Bonanza (Trapezmeister Alfredi, Georgia und Rita, Kautschukakrobatik, Rita u. Freddy, Andreas, Drahtseil, A. Sperlich, Trampolin;
19.00 Uhr: "Die BRD, größte Demokratie der Welt" – Podiumsdiskussion, Berichte vom Tribunal

Samstag, 1.4.78:
14.30 Uhr Kinderfest (Kasperletheater, Spielstraße)

19.00 Uhr Zupfgeigenhansel, Triangel (Demokratische Lieder) Irina und Gise, Free music zum Mitmachen

## INTERVIEW MIT JOHAN GALTUNG

**Mitglied der Jury des dritten Russell-Tribunals**

*Interview mit Johan Galtung, Professor für Konflikt- und Friedensforschung an der Universität Oslo, Gründer des International Peace Research Institutes in Oslo.*
*Das Interview ist nur geringfügig gekürzt. Im Wesentlichen wurde versucht, den Sprachduktus des Gespräches beizubehalten.*

Frage: *Bei der Darstellung der Beschränkung, warum sich das Tribunal nur auf bestimmte nachprüfbare Verletzungen der Menschenrechte in der BRD einläßt, ist mir aufgefallen, daß das im Grunde der normalen Rechtssprechung entspricht, das heißt, daß man sich relativ positivistisch beschränkt auf Fälle, wo man glaubt, daß die nachprüfbar seien, wo z.B. Stammheim rausgefallen ist, was Sie auch erwähnt haben. Ich wollte von Ihnen wissen, ob Sie hinter der Darstellung so stehen, wie sie sie vorgetragen haben, ob Sie die Begründung, warum man sich zu beschränken habe, richtig finden.*

Galtung: *Ja, ich bin ganz einverstanden, und ich möchte so sagen, das Russell-Tribunal hat eine Methode, eine Methodik und sie könnten es positivistisch nennen, das, glaube ich aber, ist nicht richtig, weil: im Positivismus hat man keine Bewertung, keine Beurteilung, aber über die Faktizität, über die Fakten gibt es hier eine Methode, und wir möchten die nachprüfbaren Fakten haben, nicht Meinungen. Es gibt andere Gremien, die sich über die Stammheimer Fälle ausdrücken könnten und die andere Methoden haben. Ich habe selber meine Meinung, aber das ist eine andere Sache, so, ich glaube daß die Trennung hier zwischen Methoden und Gremien usw. eine wertvolle Trennung ist. Das schließt überhaupt nich aus, daß in einem halben Jahr oder, wa s weiß ich, vielleicht die Fakten über Stammheim mehr klar sind, dann ist die Situation eine andere, dann könnte man vielleicht etwas damit tun.*

Frage: *Zusätzlich, aber das betrifft mehr die Auswahl der Fälle, die hier zur Verhandlung kommen, ist es so, daß die Fälle, dei hier vorgetragen werden, schon relativ bekannt sind in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit, daß das gerade Fälle sind, die in verschiedenen Zeitungen, sagen wir in der Frankfurter Rundschau, schon berichtet worden sind, also das ist wieder ein Teil von der Kritik, die ich an der Beschränkung auf diese Fälle habe, daß man sich, jenseits der Nachprüfbarkeit, auch auf bestimmte schon relativ bekannte Fälle konzentriert.*

Galtung: *Ja, das ist ja sehr schwierig zu bewerten, als Sozialwissenschaftler müßte ich sagen, daß, man hat hier bestimmt ein Auswahlproblem, es gibt ein Universum, und es gibt ein "sample" (Einzelheit), und wie repräsentativ es ist, ist schwer zu beurteilen. Man war bestrebt, das Folgende zu tun: verschiedene Kategorien von Berufsverbotsfällen, ein Repräsentant oder zwei Repräsentanten zu haben, so daß z.B. nicht alle im Lehrgebiet sind, und wir haben ja auch Fälle, wo man eine Entlassung vorgenommen hat, so daß man nicht sagen kann: alle sind die negativsten oder schwersten Fälle. Aber ich glaube, daß unser Problem dasselbe wie für die Journalisten gewesen ist, nämlich, daß die Fälle, die hier sind die klaren Fälle sind, die Fälle, die verstehbar sind, und obwohl diese Fälle hier in der Bundesrepublik bekannt sind, sind sie nicht im Ausland so bekannt, und das ist ein Argument. Für euch in der Bundesrepublik ist das vielleicht zu bekannt, aber nicht im Ausland. Wir möchten das gerne kennenlernen.*

Frage: *Sie sprachen von der Verwandschaft, die besteht zwischen Norwegen und Deutschland, von der Familie, aber ich habe ein bißchen den sozio-ökonomischen Zusammenhang vermißt, der gleichsam besteht, die Kapitalverflechtung aufgrund derer die BRD, z.B. in der EG, eine Vormachtstellung hat...*

Galtung: *Damit bin ich ganz einverstanden.*

Einwurf: *Der EG gehört Norwegen nach einer Volksabstimmung ja nicht mehr an.*

Galtung: *Ja, das ist ein Teilargument. Es gibt eine größere Argumentation. Also ich habe persönlich zwei Argumente, wenn ich gefragt werde, warum ich hier bin, dann ist das nicht die deutsche Vorgeschichte,es ist nicht der Nazismus, es ist nicht eine allgemeine Gefahr oder, könnte man sagen, anti-deutsche Panik oder so etwas, sondern: Nummer eins, genau weil es eine parlamentarische Demokratie ist, betrifft es uns, weil es ein Lehrmodell sein könnte für diesselben Kräfte in unserem Lande. Ich glaube, das ist ein gutes Argument. Nummer zwei: was Sie angedeutet haben, es gibt sozial-ökonomische Verflechtungen, und die Lokomotivrolle der Bundesrepublik ist ja bekannt, so daß, was hier passiert sich einfach so verpflanzt, weil es alle die Kontakte, alle die Kanäle usw. gibt – deshalb ist es wichtig.*
*Nehmen wir ein Beispiel. Die Arbeitslosigkeit wird jetzt als ein Hauptargumentation benutzt, um ganz viele Sachen zu legitimieren. Heute kann man z.B. lesen, daß Brandt gesagt hat, daß man vielleicht ein wenig mehr Waffen exportieren könnte. Ja, da ist es schwer Nein zu sagen.*
*Diesselbe Problemtatik betrifft Norwegen, und es gibt hier eine enge, selbstverständliche Verbindung und Verknüpfung, und es gibt auch ökonomische Zusammenarbeit. Also wird, was hier vorsichgeht, um so wichtiger sein.*

Frage: *Ich möchte zurückkommen auf die Frage der sozial-ökonomischen Vormachtstellung der Bundesrepublik in Europa.*

*Dazu läßt sich ja möglicherweise ein konkreter Bezug herstellen zum Russell-Tribunal. Die Begründung z.B. dafür, warum Otelo de Carvalho nicht gekommen ist. Es gibt Gerüchte der Art, daß von der Bundesrepublik aus politisch Einfluß genommen wurde, daß er ins Militär zurückversetzt wurde und er deshalb nicht am Russell-Tribunal teilnehmen kann.*

*Wenn das stimmen sollte, ist das nicht schon ein konkretes Beispiel dafür, wie sich eine sozial-ökonomische Vormachtstellung der Bundesrepublik gegenüber dem, was Sie die Peripherie Europas genannt haben,ausdrückt. Es wird weitergesagt, daß gedroht worden ist mit restriktiver Kreditpolitik vonseiten der Bundesrepublik.*

Galtung: *Mag sein, dazu hat man ja Erfahrungen aus anderen Gebieten der Welt. Ich nehme an, daß das ganz möglich wäre, und ich denke genau in diese Richtung. Wenn ich also über die Lokomotivrolle Deutschlands rede, dann genau in diese Richtung, und deshalb habe ich den Portugal-Fall ganz interessant gefunden, weil dort besonders die SPD eine gewisse Rolle, also nicht nur die Bundesrepublik als solche, sondern die SPD, eine gewisse Rolle gespielt hat.*

Frage: *Da zeigt sich aber schon etwas, das Herr Kuby gesagt hat, mit seiner sozialpsychologischen Charakterisierung der Deutschen. Wenn das der Fall wäre, dann müßte man sich ja nicht überlegen, welche irrationalen Ausschläge das sind, sondern ganz im Gegenteil, welche rationalen Überlegungen dahinter stecken.*

Galtung: *Ich würde sagen, daß das sehr deutsch ist, zu sagen: entweder das Eine oder das Andere. Ich möchte unmittelbar sagen: Das ist die Verschiedenheit zwischen dem deutschen Denken und dem nicht-deutschen Denken. In Deutschland wird immer, immer, immer in e i n e r Kategorie gedacht. Deshalb ist der Kuby überhaupt gar nicht so falsch, er hat Recht in etwas, es gibt eine deutsche Denkweise.*
*Unter uns in Norwegen sind die Plattitüden nicht so verbreitet, und deshalb haben wir eine Nase dafür, wir spüren es gleich.*

Frage: *Würden Sie es auch so sehen wie, ich glaube es war die italienische Zeitung Corriere della Sera, die ein Zitat von Andreotti gebracht hat, der nun weiß Gott kein linker Politiker ist, der gemeint hat, der Unterschied zwischen deutscher und italienischer Politik, auch institutioneller Politik, wäre derjenige,*

*daß selbst bei gleicher ideologischer Ausrichtung der Politiker der große Unterschied noch darin besteht, daß in Deutschland die Politiker meinen, alles unter Kontrolle haben zu müssen, auf jeden Fall, was in Italien selbst ein konservativer Politiker überhaupt nicht als Anspruch formulieren würde.*

Galtung: *Ich glaube, das ist ganz gut gesagt. Ich glaube, das ist der berühmte deutsche Perfektionismus, und wenn es also etwas gibt was falsch geht, z.B. sagen wir: ein Ofen oder etwas ist explodiert, dann macht man unmittelbar ein Gesetz für 200 000 Öfen, und alles wird kontrolliert, und man hat Ofeninspekteure usw., ja. Und das wäre also Berufsverbotspraxis kontra Öfen. Also das finde ich deutsch, das finde ich deutsch. Also diese Charakterisierung mit dem Volkscharakter usw. ist überhaupt nicht irrelevant. Die Italiener haben nicht diesselbe Energie. Ich glaube z.B. daß eigentlich diese ungeheuere Energie der italienischen Terroristen für die meisten Italiener etwas sehr unitalienisches ist. Aber, und deshalb haben sie selbstverständlich die Hilfshypothese, daß es einige Deutsche gibt die mitwirken.*

Frage: *Reicht der deutsche Arm bis nach Norwegen? Konkret haben Sie selbst, nachdem Sie sich dazu entschlossen haben, hier teilzunehmen, Repressionen oder Ansätze von Einschränkung ihrer Tätigkeit dem Russell-Tribunal gegenüber verspürt?*

Galtung: *Nein, das kann ich überhaupt nicht sagen, es ist aber so. Ich fahre so viel herum, daß ich nicht immer erreichbar bin, und deshalb habe ich überhaupt nichts gespürt. Aber ich war selber indirekt Opfer vom Berufsverbot hier in Deutschland. Das war der Fall in Kiel am Institut für Meereskunde an der Universität in Kiel. Ein Assistent hatte dort Materialien für eine Schülerin zur Verfügung gestellt, und dort gab es auch einen Artikel von mir über die blaue Revolutionsentwicklung von oben, also etwas über Investitionen in Fischerdörfern in Indien, technische Hilfe sozusagen, und was sich mit der Industrialisierung der Fischereien entwickelt hat. Abhängigkeiten, Illegalität, was ich Sozialimperialismus genannt habe. Nur, der Vater der Schülerin war ein Großindustrieller hier in Frankfurt und hat den Artikel entdeckt, und er hat gesagt: wer ist dieser Kommunist oder so etwas ähnliches. Und dann war es also hervorgehoben, Ausdrücke wie Abhängigkeit, Illegalität, Imperialismus usw, sind nicht erwünscht. Das war in Schleswig-Holstein. Der war weggeschoben, der Assistent, er hat seine Stellung verloren. Er hat seine Stellung verloren unter anderem, weil er meinen Artikel verbreitet hat. Ich persönlich bin überhaupt nicht Marxist, ich glaube, ich bin eigentlich teilweise Anti-Marxist, weil ich finde Marxismus so deutsch. Daß es einen Hauptpunkt gibt: "Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital", und davon kann man alles ableiten, also das ist nicht mein Menschenbild und nicht mein Gesellschaftsbild. Freudianismus ist ein wenig dasselbe, und ich möchte sagen, Nazismus ist ein wenig dasselbe.*

*Und da liegt ein Hauptpunkt, der Widerspruch zwischen Juden und Ariern, und ich weiß, wovor ich stehe. Ich kenne meine Begründungen und meine Thesen, und was ich vom Arbeitsgerichtshof Schleswig-Holstein gelesen habe, daß der Galtung wahrscheinlich ein Kommunist ist, der sich mit wissenschaftlichem Jargon tarnt, ist so lächerlich, so lächerlich.*

*Wir haben es selbstverständlich in Norwegen publiziert, und ganz Norwegen hat darüber gelacht.*

Einwand: *In Ihrer Position können Sie das natürlich lächerlich finden, aber was das hier auslöst, daß solche Urteile so begründet werden, was das bei unbetroffenen Leuten an Ängsten auslöst, ich weiß nicht, ob sich das im Ausland so einfach nachvollziehen läßt.*

Galtung: *Das ist bekannt, und deshalb bin ich hier, genau deshalb.*

Frage: *Inwieweit hat Sie die Apostrophierung durch den DGB — ich weiß nicht genau wie sie dargestellt worden sind betroffen gemacht. Das auf der einen Seite und auf der anderen: ist nicht in Ihrer Eröffnungserklärung des Aspekt der Gewerkschaftsausschlüsse relativ moralisch gehalten? Steckt da nicht ein gewisses Vertrauen an die Gewerkschaften dahinter?*

Galtung: *Ja, dort gibt es vielleicht, ich möchte nicht sagen, Auseinandersetzungen, sondern es gibt diejenigen, die die Gewerkschaften als die heiligen Kühe betrachten. So könnte ich sagen, aber man ist zu einem Konsens gekommen, und der Konsens ist genau dieser, daß wir überhaupt keine Beschränkunegn in unserer Wirksamkeit anerkennen werden, mit der wichtigen Ausnahme: über die Methode.*
*Und es gibt eine andere Sache, wie ich es gesagt habe. Das sind die staatlichen Initiativen und die Initiativen, die davon ausgehen. Aber das ist fast alles. Also ein Beispiel: wir werden nicht über die Unterdrückung der Frauen in Deutschland im allgemeinen reden. Es gibt diese Unterdrückung wie in meinem Land, aber das hat nicht viel mit Berufsverbot zu tun, daß die Gewerkschaften und das Kapital die staatlichen Initiativen nachahmen. Das ist das wichtigste, daß der Staat sozusagen als sein Modell innerhalb des Landes funktioniert, das ist das wichtigste.*

Frage: *Wenn Sie andeuten, daß zum Thema Gewerkschaften sich gezeigt hat, daß es innerhalb der Jury divergierende Meinungen gibt, will ich das mal verallgemeinern. Ist es so, daß die Erklärung ...*

Einwurf Galtung: *... divergierende Haltungen, dazu möchte ich sagen: wir sind ganz einverstanden mit diesen Aussagen. Wir hatten gestern eine lange Diskussion darüber.*

Frage: *... weil wir gehört haben, daß sie zunächst für eine andere Erklärung oder für Elemente innerhalb der Erklärung votiert haben, die dann so nicht mehr in der hier vorgetragenen vorgekommen sind.*

Galtung: *Also, man hat ein Konzept. Und man hat das Konzept in einer Gruppe von zwanzig Mitgliedern diskutiert und selbstverständlich einige kleine Änderungen gemacht. Aber sie möchten gern die Originalfassung sehen und dann einen Vergleich machen, hä, hä (streckt uns die Zunge raus).*

Frage: *Ich war, bevor wir hierhergekommen sind, drüben in der besetzten Kirche, und mir fällt ihr Wort ein, es sei ein typisch deutscher Zug, einzuteilen und zu kategorisieren. Mir erschien diese Distanzierungserklärung des Sekretariats, die hier am Schluß vorgeleseb wurde, unter diesem Aspekt auch als typisch deutsch.*

Galtung: *Ja, diese Erklärung war ja nicht von der ganzen Gruppe diskutiert, das war ja eine improvisierte. Ich z.B. hätte es vielleicht ein wenig anders ausgedrückt, aber unsere deutschen Freunde sind auch deutsch, und ich kann meine Ironie und meinen Sarkasmus über das allgemein Deutsche behalten. Ich glaube aber, und das ist wichtig zu sagen, daß das keine Tribunal-Initiative war. Über die Sachverhältnisse werden wir später Stellung nehmen, wenn wir die Sachlage etwas besser kennen.*

Frage: *Sie werden darauf zurückkommen?*

Galtung: *Wir kommen darauf zurück.*
*Ich habe auch meine Erfahrungen mit den K-Gruppen, mit KPD mit KSV z.B. in Berlin. Ich gab eine Vorlesung und es gab einen Flüsterchor, wie sagt man ... Sprechchor ... ja, Sprechchor und es war fast unmöglich, eine Vorlesung zu geben. Das, was sie gegen mich hatten, war, daß ich nicht marxistisch genug sei und ich habe etwas gesagt, das ganz einfach ist: nämlich, daß diese Leute an Äußerungsfreiheit glauben - ich auch - und Demonstrationen machen. Also, solche Demonstrationen machen Äußerungsfreiheit unmöglich, und deshalb waren die zehn Minuten, die wir heute gehabt haben (für die Demonstration der Angehörigen der politischen Gefangenen im Saal - die Red.) ein wenig in diese Richtung. Man konnte die schweigende Kooperation zwischen sogenannten Linkskräften und Rechtskräften sehen. Mit demselben Ziel: daß wir nicht frei arbeiten können. Aber sie haben sich zurückgezogen und es ist gutgegangen.*

## „DAS TYPISCH DEUTSCHE: DIE SUCHE NACH EINER ENDLÖSUNG"

HARHEIM
30. März

*Erster Gutachter Erich Kuby: Zur Gefährdung der Menschenrechte in der Gegenwart. Die Bundesrepublik als ein Beispiel der Transformation des liberalen Rechtsstaats. Vorgetragen am Eröffnungstag.*

STERN-Journalist Erich Kuby hatte sich schon während des Anti-Atomkampfes in der 50-er Jahren politisch exponiert. Er wendet sich zunächst dagegen, den Begriff 'Faschismus' unmittelbar auf die BRD zu übertragen, oberflächliche Parallelitäten zwischen der BRD und dem Nazi-Regime herzustellen.

Es habe zwar keine wirkliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus gegeben, auch sei „unsere junge Demokratie" eine „von oben verordnete und importierte", gleichwohl sei es nicht angebracht, generell von alten und neuen Nazis zu sprechen.
Als das „typisch Deutsche", als „deutsche Erfindung" bezeichnete er die „Suche nach einer Endlösung". Die Tendenz, demokratische Freiheiten einzuschränken, sei zwar nicht eine nur deutsche Angelegenheit, der "bürokratische Verwaltungsstaat" wachse allerdings mit zunehmendem Wohlstand, und die Ohnmacht des kapitalistischen Systems zeige sich darin, daß in immer umfassenderem Maße ökonomische Krisen auf den politischen Bereich durchschlügen.
(Zitat Thomas Mann: "Antikommunismus ist die Grundtorheit unserer Zeit").
Kuby kritisierte in diesem Zusammenhang die Berichterstattung des SPIEGEL vom 27.3.78, in dem "klischeehaft das schwachsinnige Freund-Feind-Schema Kommunist/Nicht-Kommunist" zur Grundlage eines Vorberichts über das Russell-Tribunal gemacht werde.

Den STERN, bei dem Kuby sein Geld verdient, qualifizierte er als ein "Blatt, das die Analphabeten in diesem Land mit Bildern versorgt."
Der Grundtenor seines Beitrages bestand darin, als das typisch Deutsche den "Ordnungsfetischismus aus Angst, aus Weltangst" aufzuzeigen.

Nun läge es nach Kubys Auffassung nahe, die sozialliberale Koalition zu verdächtigen, sie habe ein affirmatives Verhältnis zum Machtstaat, demgegenüber die Adenauer-Ära geradezu eine liberale Spielwiese gewesen sei. Indessen hätten sich die ökonomischen Bedingungen und mit ihnen die Angst vor Veränderungen in der Bevölkerung anders entwickelt.

Zum Problem des Terrorismus: der Staat sei " in keiner Minute in Gefahr" gewesen, viel eher habe er den Terrorismus zum Anlass genommen, den Kontroll- und Überwachungsapparat zu perfektionieren. Die neue Qualität zeige sich darin, daß linke Verlage nicht von der Polizei, sondern per Gerichtsbeschluß geschlossen würden.

Auf die Frage eines englischen Jury-Mitgliedes, ob er eine Bedrohung des westdeutschen Staates durch faschistisch-neozazistische Gruppen sehe, meinte Kuby, diesen Gruppen messe er keine große Bedeutung zu, die herrschenden Parteien seien durchaus in der Lage, diese zu kontrollieren; er sehe die Bedrohung vielmehr in der Tendenz dieser Parteien, nach rechts zu gehen.

Auf die Frage des norwegischen Jury-Mitgliedes Johan Galtung, ob denn in der BRD nicht etwas mehr Humor möglich sei, sagte Kuby: "Das ist ja geistig unmöglich". Das Fixativ-Gebot (Haarfestiger) in den Haaren der TV-Moderatoren sei zwar gelockert, aber schon ein Papierrascheln während der Sendung hätte den Tagesschausprecher Koepcke neulich fast seinen Job gekostet.

## VORSTELLUNG DER DEM TRIBUNAL VORGELEGTEN FÄLLE VON BERUFSVERBOTEN

HARHEIM
30. März

*Wir stellen im folgenden kurz die Fälle vor, die der Jury vorgelegt werden. Dazu zitieren wir aus den Berichten, mit denen der jeweilige Berichterstatter der Jury den Fall vorstellt.*

**Fall Nr. 1, Maria Leiterer, Augsburg**

„Wenn Sie sich gegen Berufsverbote wehren, dann bekommen Sie eins - verstehe ich das richtig? " (Frage eines Jury-Mitgliedes). „In meinem Fall war's so."
Maria Leiterer, Lehrerin in Schwaben/Freistaat Bayern, arbeitete in der Augsburger Initiative gegen Berufsverbote mit (z[illegible] ihrer Freundinnen waren von Berufsverboten bedroht). Außerdem zeichnete sie 1975 als Geschäftsführerin der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) mit verantwortlich für eine Erklärung gegen Berufsverbote", die von mehreren hundert Personen (u.a. einem SPD-Bundesabgeordneten und zwei SPD-Landtagsabgeordneten) unterschrieben worden war.
Im Juni 1977, als nach zweijährigem Schuldienst und Absolvierung des 2. Staatsexamens mit der Note 2,83 die Ernennung in den Schuldienst bevorstand, teilte die Regierung von Schwaben Maria Leiterer mit, daß zunächst noch die die Erfüllung ihrer politischen Treuepflicht zu überprüfen sei. Das Anhörungsgespräch fand am 11. Juli 1977 statt.
In der über 3-stündigen Anhörung wurden ihr die eingangs erwähnten Aktivitäten gegen die Berufsverbote vorgehalten. Außerdem hielt man ihr vor, daß sie noch während ihrer Studienzeit an der Universität Regensburg 1972/73 für einen Zusammenschluß verschiedener hochschulpolitischer Gruppen die „Demokratische Front", kandidiert habe.

Da es sich ihrer Meinung dabei nicht um eine verfassungsfeindliche Organisation gehandelt habe, war sie nicht zu einer Distanzierung bereit. Ebensowenig war sie bereit, die „Augsburger Erklärung" sowie eine Berufsverbotsbroschüre der Initiative inhaltlich zurückzunehmen, in der erklärt wurde, daß sich die Berufsverbote hauptsächlich gegen die Linke richteten, während frühere Nazis und Neonazis weiter im Staatsdienst tätig sein könnten. Dies sei ihrer Auffassung nach mit dem antifaschistischen Auftrag des Grundgesetzes nicht vereinbar.

Am 19. Juli wurde ihr mit einem Schreiben des Schulamts im Auftrag der Regierung von Schwaben ein Arbeitsvertrag zugesagt. Die Einstellung wurde dann jedoch abgelehnt, da die Überprüfung der Verfassungstreue noch nicht abgeschlossen sei.

Der Antrag beim Arbeitsgericht, die Einstellung zu verfügen, wurde in der ersten Instanz abgelehnt; die Beschwerde wies das Landesarbeitsgericht im Dezember 77 ab, u.a. mit der Begründung, daß die Betroffene sich nicht hinreichend von kommunistischen Gruppen distanziert habe, so daß die bestehenden Zweifel noch nicht ausgeräumt seien. Auch die Güteverhandlung im Rahmen des Klageverfahrens im Februar 78 blieb erfolglos, so daß das Berufsverbot bis heute gültig ist.

Die Regierung von Schwaben hat den Zweifel an der Verfassungstreue der Lehrerin bisher nicht ausräumen können. Im Zusammenhang mit ihren Ausführungen zu den Berufsverboten

### BILDERDIENST:

**Alle Bilder, die im ID abgedruckt sind, und noch viele mehr, sind jeden Tag zu den üblichen Versandbedingungen auch telefonisch beim ID bestellbar.**

hat es sich nach Auffassung der Behörden vielmehr gezeigt, daß auch die charakterliche Eignung der Betroffenen für den öffentlichen Schuldienst nicht gegeben ist.

Im Aufruf wird behauptet, daß „entgegen allen Beteuerungen sie (die Berufsverbote) richteten sich auch gegen faschistische und neofaschistische Tendenzen, die tatsächliche Praxis das Gegenteil beweise". Dies stelle eine *Ehrverletzung des DIENSTHERRN* in Form einer üblen Nachrede oder Verleumdung dar, welche zu einer fristlosen Kündigung des Arbeitsverhältnisses berechtige, so daß es dem DIENSTHERRN auch nicht zugemutet werden könne, eine solche Person einzustellen. (Auf Wunsch der ausländischen Juroren folgte hier ein längerer Exkurs über den DIENSTHERRN im deutschen Beamtenrecht.)

Rechtshilfe und Unterstützung (keine finanzielle) bekommt Maria L. von der GEW sowie dem Augsburger DGB. Die Jury interessierte sich dafür, wovon die nicht eingestellte Lehrerin inzwischen lebt. „Ich lebe davon, daß ich für eine Lehrerkollegin ihr Kind betreue und den Haushalt mache."

**Fall Nr. 5, Jutta Kolkenbrock - Netz, Bochum,**
**Problematik: Ausdehnung staatlicher Berufsverbote auf Privatschulen**
**Berichterstatter: Prof. Dr. Peter Derleder, Bremen**

Jutta Kolkenbrock-Netz war nebenamtliche Lehrkraft an einem kirchlichen Studienkolleg, an dem Ausländer, die in Deutschland studieren wollen, Deutsch lernen können bzw. müssen. Der Staat behält sich bei diesen privaten Einrichtungen Kontrollrechte vor.

"Im Sommersemester 1976 hat (Jutta K.) am Bochumer Studienkolleg acht Stunden Deutsch pro Woche unterrichtet. Sie hat die deutsche Grammatik erklärt, die weder kapitalistischer noch sozialistischer Logik gehorcht. Sie hat auch landeskundlichen Unterricht gegeben, der Themen zum Zusammenhang von Naturwissenschaften, Technik und Gesellschaft zum Gegenstand hatte. Sie hat sich an vorhandene Unterrichtsmaterialien und Kursplanung gehalten.... Sie hat sich auch für die Lösung außerschulischer Probleme der Ausländer interessiert und eingesetzt. Niemand hat sich jemals über sie beschwert...

Jutta K. war der Kirche als nebenamtliche Lehrkraft auch für künftige Semester recht. Sie wollte hier nicht Beamtin werden... Trotz alledem wurde ihr die im Juli 1976 beantragte befristete Verlängerung der Lehrerlaubnis von den staatlichen Behörden nicht erteilt...

Es kommt ... zu einem sogenannten Einstellungsgespräch bei der Schulbehörde in Münster...

Jutta K. wurde daraus (aus 'Erkenntnissen' des Verfassungsschutzes) vorgehalten, daß sie zumindest in der Vergangenheit Mitglied der DKP und des MSB Spartakus gewesen sei und in der Marxistischen Arbeiterbildung Bochum mitgearbeitet habe...

All dies wurde von Jutta K. nicht in Abrede gestellt. ...Der Bewerberin nützte es nichts, daß sie sich zu den parlamentarisch-demokratischen Grundprinzipien ... bekannte, ohne einen Widerspruch zu ihrer Parteimitgliedschaft zu sehen oder nachgewiesen zu bekommen...

In dem bürokratisch dürftigen Ablehnungsbescheid mutet es wie eine sprachliche Verwirrung an, daß darin auch auf Artikel 7 der Landesverfassung verwiesen wird, also darauf, daß 'Die Jugend auch im Geiste der Menschlichkeit, der Demokratie und der Freiheit, zur Duldsamkeit und zur Achtung vor der Überzeugung des anderen, in Liebe zu Volk und Heimat, zur Völkergemeinschaft und Friedensgesinnung zu erziehen' sei."



**Fall Nr. 6, Hans Wedel, Frankfurt**
**Problematik: Nichternennung zum Beamten auf Lebenszeit**
**Berichterstatter: Rechtsanwalt Dr. Jürgen Fischer, Frankfurt**

"Hans Wedel unterrichtet seit April 1975 als Beamter auf Probe an einem Frankfurter Gymnasium die Fächer Deutsch und Sport. Er ist Vertreter der GEW-Schulgruppe... Da es während seiner Probezeit zu keinerlei Beanstandungen, seien sie fachlicher oder disziplinarischer Art, gekommen war, stellte der Schulleiter ... nach Ablauf von zwei Jahren den Antrag, Hans Wedel in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zu übernehmen. ...das Regierungspräsidium (antwortete) ..., daß 'Erkenntnisse' vorlägen...

So habe Hans Wedel am 26.9.76 seinen Wagen in der Nähe des Volkshauses in Ludwigshafen-Gartenstadt geparkt, in dem zur gleichen Zeit eine Veranstaltung der KPD/ML stattfand. Darüberhinaus sei er am 5.2.77 bei der 'Bundestagung' der KPD/ML 'in Erscheinung getreten'. ...

Zur Frage der Teilnahme an den Veranstaltungen erklärte Wedel, es sei sein demokratisches Recht, öffentliche Veranstaltungen ... zu besuchen. Im übrigen sei er weder Funktionär noch Mitglied der KPD/ML...

Nach fünf Monaten teilte das Kultusministerium mit, Wedel habe trotz seiner Auskünfte Zweifel an seiner Verfassungstreue nicht ausräumen können. ... Dabei könne ihm zwar nicht widerlegt werden, daß er weder Mitglied noch Funktionär der KPD/ML sei, doch müsse....

Über die äußerliche Lächerlichkeit der Vorwürfe hinaus geht es uns darum, auf die erwünschten Fernwirkungen der Maßnahme gegen Hans Wedel hinzuweisen. Sie führt letztlich dazu, daß vor Teilnahme an Informationsveranstaltungen oder aber auch Veranstaltungen wie dem Russell-Tribunal die Frage zu stellen ist, welche Diskriminierungen auf Kontakte dieser Art zu erwarten sind. ...Maßnahmen der beschriebenen Art (bezeichnen) unseres Erachtens den Übergang von einer Politik mit pluralistischem Anspruch zur Organisation einer korporativen, geschlossenen Gesellschaft, zusammengesetzt aus akkreditierten Meinungsmonopolen, für die die politische Apathie Normalzustand wird..."

**Fall Nr. 2: Hans Roth, Kassel.**
**Problematik: Nichteinstellung in den staatlichen Schuldienst, Verwertung und Vernichtung von Verfassungsschutzunterlagen.**
**Berichterstatter: Rechtsanwalt Jens Brückner, Berlin**

Hans Roth hat von 1970 bis 1974 Erziehungswissenschaften an der Uni Gießen studiert und während des Studiums für die Liste des 'Bundes Unabhängiger Marxisten' kandidiert. Nach der ersten Staatsprüfung im Mai 1974 wurde ihm bei seiner Bewerbung um Einstellung in den Schuldienst in einem Anhörungsverfahren mitgeteilt, daß aufgrund von Erkenntnissen des hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz Zweifel an seiner Verfassungstreue bestünden. Im August 1974 wurde er jedoch als Beamter auf Widerruf zum Lehramtsreferendar ernannt.

Die Veranstaltung „Die BRD auf dem Weg zum Polizeistaat" der Russell-Gruppe Frankfurt findet an folgendem Ort statt:

**Montag, 3. April 1978 um 20 Uhr im Frankfurter Volksbildungsheim (Nähe Eschersheimer Turm im Theater am Turm).**
Es sprechen u.a.: Bernd Koch, Alexander Schubarth, Jürgen Roth sowie Vertreter der „Bürgerinitiative gegen Kernkraftwerke Frankfurt" und Vertreter der „Initiative gegen das einheitliche Polizeigesetz" aus Westberlin.

**DIE JURY:**
Von links nach rechts; hintere Reihe: David Rousset (F); Sven Möller Kristensen (DN); Lolle Wibe Nauta (NL); Howard Brenton (GB); Trevor Griffiths (GB); Steven Lukes (GB); Elliot Taikeff (USA); Lord Anthony Maurice Gifford (GB); Jean Pierre Faye (F); Ingeborg Drewitz (Beirat)

Vordere Reihe: Lombardo-Radice (I); Johan Galtung (N); Günther Anders (A); Claude Bourdet (F); Josephine Richardson (GB); Vladimir Dedijer (YU).

Im Juni 1975 teilte der Regierungspräsident in Kassel Hans Roth mit, daß die Zweifel an der Verfassungstreue nicht begründet und als nicht vorliegend behandelt worden seien.

Nach der zweiten Staatsprüfung im Januar 1976 bewarb er sich um die endgültige Einstellung in den Schuldienst des Landes Hessen. Sein Antrag wurde mit der Begründung abgelehnt, daß keine Planstellen vorhanden seien. Nach einer neuerlichen Bewerbung lehnte der Regierungspräsident am 27. Dezember 1977 Hans Roths Einstellung in den Schuldienst ab, weil er nicht die für eine Lehrkraft erforderliche Eignung im Sinne des beamtenrechtlichen Dienst- und Treueverhältnisses besitze, da ein Mindestmaß an positiver Grundhaltung gegenüber dem künftigen Dienstherrn vorausgesetzt werden müsse. Ausdrücklich wurde betont, daß die Überprüfung seiner Verfassungstreue und sein Verwaltungsstreitverfahren auf Vernichtung von Verfassungsschutzunterlagen bei dieser Entscheidung keine Rolle gespielt hätten.
Hans Roth hatte nämlich nach seiner Anhörung im Juli 1974 beim Landesamt für Verfassungsschutz beantragt, die über ihn gesammelten Unterlagen über seine politische Betätigung zu vernichten, was jedoch mit der Begründung abgelehnt wurde, daß es "im Hinblick auf die besonderen Aufgaben des Verfassungsschutzes keinen individuellen Anspruch auf Vernichtung von Unterlagen geben" könne. Nach erfolglosem Widerspruch gegen diesen Bescheid klagte Hans Roth beim Verwaltungsgericht Kassel auf Vernichtung der Unterlagen. Dabei kam heraus, daß Gegenstand der Anhörung nur ein Teil der Verfassungsschutzunterlagen über Hans Roth waren, das Innenministerium bestritt jedoch das Vorliegen weiterer "Erkenntnisse". Durch eidesstattliche Erklärung des Staatssekretärs im Innenministerium, Heinrich Kohl, wurde die Offenlegung der gesamten Akte abgelehnt, da die Inhalte Rückschlüsse auf die Arbeitsmethoden des Verfassungsschutzes zuließen und ihre Offenlegung die Erfüllung des gesetzlichen Auftrages des Verfassungschutzes gefährden würde.
Das Verwaltungsgericht Kassel verpflichtete das Land Hessen dennoch im September 1976 die Hans Roth betreffenden Vorgänge vorzulegen. Dieser Beschluß wurde allerdings vom Verwaltungsgerichtshof wieder aufgehoben, da Verfassungsschutzunterlagen "ihrem Wesen nach geheimhaltungsbedürftig" seien. Über die von Hans Roth gegen diesen Beschluß erhobene Verfassungsbeschwerde ist noch nicht entschieden.
Im Verfahren um die Vernichtung der bereits vorgelegten Unterlagen des Verfassungschutzes gab das Verwaltungsgericht Kassel Hans Roth im Januar 1977 recht. Das Gericht hielt die Mitwirkung des Verfassungsschutzes bei der Überprüfung der politischen Treuepflicht für schlechthin unzulässig.
Diese Entscheidung ist jedoch noch nicht rechtskräftig. Andere Gerichte haben keine Bedenken gegen routinemäßige Anfragen bei Behörden des Verfassungsschutzes.

**Cornelia Stoll, Lehrerin, Tübingen**

Cornelia Stoll ist Fachlehrerin für Englisch an Volksschulen. Seit 1976 versucht, in den Schuldienst zu kommen. Bisher vergeblich. Da ihr Examen nur in Bayern gilt, kann sie sich auch nur in diesem Land um eine Stelle bewerben. Frau Stoll ist Gewerkschaftlerin (GEW) und arbeitete in der Deutschen Friedensgesellschaft — Vereinigte Kriegsdienstgegner mit. Das reichte den bayerischen Behörden, um Frau Stoll einem vierstündigen Anhörungsverfahren auszusetzen. Die Anhörung brachte nichts auch nur andeutungsweise Verfassungsfeindliches in der Gesinnung von Cornelia Stoll zutage. Dennoch wartete sie seit nunmehr knapp einem Jahr auf ihre Anstellung. Sie arbeitet zur Zeit in einer Tübinger Buchhandlung.

**Fritz Güde, Lehrer Karlsruhe**

Fritz Güde ist seit 1966 Studienrat. 1973 war er für ein Jahr Mitglied im KBW. 1974 wurde er vom Kultusministerium vorläufig suspendiert. Zwölf Punkte werden ihm zur Last gelegt, unter anderem, daß er in einem Komitee gegen Berufsverbote war, die Kommunistische Volkszeitung verkauft hat. Sein gesamtes Verhalten entspreche nicht dem eines Beamten, denn

er müsse so auftreten, daß erkennbar sei, daß er sich für die freiheitlich demokratische Grundordnung einsetze.
Fritz Güde, der auch an einer Privatschule keine Stelle bekommt, ist kein KBW-Mitglied mehr. Seine Verfassungsbeschwerde wurde vom Bundesverfassungsgericht zurückgewiesen.

**Fall Nr. 7, Wolfgang Lefevre, Berlin**
**Problematik: Freiheit der Wissenschaften**
**Berichterstatter: Alec Adamietz, Bremen**

"1972 verbot das Land Berlin im Wege der Staatsaufsicht die Anstellung von Wolfgang Lefevre als wissenschaftlicher Assistent. Die Klage der Freien Universität Berlin gegen dieses Verbot wurde in zwei Instanzen abgewiesen, die Revision nicht zugelassen.

Das rechtskräftige Berufungsurteil des Oberverwaltungsgerichts Berlin rechtfertigt den Eingriff des Senators in die Selbstverwaltung der Hochschule.

Ungewöhnlich an dem Urteil ist (ungewöhnlicher als in anderen Fällen von Berufsverbot), die Art und Weise, wie das Gericht sich die Frage stellt, ob die Beschränkungen des Dienstrechtes hinsichtlich der politischen Freiheitsrechte ... in gleicher Weise für den Beruf des Wissenschaftlers gelten.

Das Gericht legitimiert di e Verantwortungslosigkeit des Wissenschaftlers: den Wissenschaftler als solchen soll die Umsetzung seiner Erkenntnisse nichts angehen.

Das Gericht sieht auch in dem "Kulturauftrag" des Staates eine "innere Berechtigung", das Beamtenrecht in seiner Substanz auf den Wissenschaftler anzuwenden, ja an den Hochschullehrer seien wegen seiner Einwirkungsmöglichkeit auf die Jugend eher noch höhere Anforderungen zu stellen. Die Tradition eines Sokrates bis hin zu Bertrand Russell wäre — in der Beschränkung auf die "Wi ssenschaft als solche" — eine Tradition des Schweigens gewesen."

**Fälle Nr. 8 und 9, Michael Empell und Dr. Heinz Düx, Freitag, 31.3.78.**
**Problematik: Nichteinstellung in den juristischen Vorbereitungsdienst bzw. Nichtzulassung zur Rechtsanwaltschaft**
**Berichterstatter: Rechtsanwalt Rupert v. Plottnitz, Frankfurt**

"Michael Empell bemühte sich bie heute regelmäßig erfolglos um seine Aufnahme in den juristischen Vorbereitungsdienst. Gründe seiner Ablehnung:

Sympathisant des SPK; E. habe einen offenen Brief für ein "Komitee gegen Folter an politischen Gefangenen in der Bundesrepublik" verfaßt; er habe Äußerungen des Vorsitzenden des Volksgerichtshofes, Freisler, Äußerungen heutiger deutscher Politiker gegenübergestellt; ein (eingestelltes) Verfahren wegen Verdachts einer Unterstützung einer "kriminellen Vereinigung".

Die gerichtlichen Entscheidungen, die die Ablehnung bestätigten, offenbaren die Tendenz, aus der Verfassung der Bundesrepublik "Grund"rechte völlig neuer Art, nämlich solche, deren Träger und Subjekte nicht mehr die einzelnen Staatsbürger, sondern die Staatsorgane sind, herauszufiltern und als staatliche Angriffsrechte gegen den einzelnen Staatsbürger zum Einsatz zu bringen. Der Fall Empell zeigt die Tendenz, politische Treuepflichten zum allgemeinen Zulassungskriterium für die Ausübung jedweden juristischen Berufes überhaupt, also nicht nur der beamteten, zu machen."

"1975 lehnte die Rechtsanwaltkammer in Frankfurt die Zulassung von Heinz Düx als Rechtsanwalt ab. Die Entscheidung wurde vom Oberlandesgericht in Frankfurt und vom Bundesgerichtshof bestätigt. Düx ist während seines Referendariats als Vertreter des Verteidigers in einer Reihe von Strafsachen, darunter auch im Stammheimer Verfahren gegen Andreas Baader und andere, tätig gewesen. Das gegen ihn verhängte Berufsverbot stützt sich ausschließlich auf Aussagen, die er in dieser Eigenschaft gemacht hat.

## GESPRÄCH ZWISCHEN ZWEI MITGLIEDERN DES ID UND LUCIO LOMBARDO RADICE (Mitglied im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Italiens und Mitglied der Jury des Russell-Tribunals)

ID: Wir wollten mit dir über zwei Komplexe sprechen. Zum einen über das Thema Russell-Tribunal, die Gründe für deine Beteiligung, deine Beurteilung von Notwendigkeit und Funktion des Tribunals, sowie deine Beurteilung der Rolle der BRD-Entwicklung; zum anderen wollten wir etwas eingehen auf die neuere Situation in Italien, auch die Rolle der KPI in der augenblicklichen Entwicklung. Ja zuerst, warum beteiligst du dich als Italiener und gerade als KPI-Mitglied an diesem Tribunal zur BRD-Situation?

L.-R.: Ich glaube, daß die Frage der Demokratie und der Freiheit in Westeuropa unteilbar ist. Was in der Bundesrepublik geschieht, interessiert auch in Frankreich oder Italien und anderen Ländern und umgekehrt. Ich glaube, daß das keine Einmischung in die inneren Verhältnisse der BRD darstellt (siehe die Rede von Dedijer), dieses Tribunal zu unterstützen und an ihm teilzunehmen. Die Zeitungen hier sagen, daß auf diese Weise die BRD mit Brasilien oder dem Vietnam-Massaker verglichen werden soll. Das stimmt doch nicht; wir wollen keineswegs die BRD mit faschistischen Diktaturen vergleichen. Das muß man klar machen und wir werden das auch wieder feierlich bei der Eröffnung unserer Sitzung machen. Wir glauben vielmehr, daß die BRD vergleichbar ist mit den Vereinigten Staaten während des sogenannten McCarthyismus.

D.h., es gibt Wahlen, Parteien, Pressefreiheit in gewissem Rahmen usw. Aber es gibt sozusagen keine 'vollen' bürgerlichen Rechte — in diesem Sinne ist es sehr wichtig, für eine Vervollständigung dieser bürgerlichen Rechte zu kämpfen.

Es gibt in Westeuropa zwei Möglichkeiten: Eine Möglichkeit der Entwicklung von Demokratie in dem Sinn, daß die breiteren Massen an dem demokratischen Leben teilnehmen; es gibt auch eine andere Möglichkeit, nämlich, daß eine Involution stattfindet, und daß man Schritt für Schritt den Weg zu einem autoritäen Liberalismus geht. Es gibt nicht nur Schattierungen, sondern auch Unterschiede zwischen verschiedenen Typen von Rechtsstaaten: z.B. war de Gaulle etwas anderes als Mr. Wilson usw. Ich wiederhole es: die Gefahr ist nicht der Faschismus sondern eher ein sehr autoritärer Liberalismus mit Pressefreiheit, mit gewissen Freiheiten, jedoch ein sehr autoritärer, mit "begrenzten Bürgerrechten". In diesem Sinne glaube ich, daß wir Italiener sehr wichtige Erfahrungen durchleben. Die Deutschen verstehen nicht immer so klar, daß kein Vergleich zwischen beiden Situationen möglich ist, weil in unserem Lande die Massen, eine Massenbewegung, an der demokratischen Entwicklung teilnehmen und aus diesem Grunde existiert in Italien eine ganz andere Lage als in der Bundesrepublik.

ID: *Würdest du sagen, daß in Westdeutschland im Moment dieser autoritäre Liberalismus herrscht?*

L.-R.: Ja, ich glaube, die augenblickliche Lage ist etwas instabil. In gewissem Sinn war die schlimmste Offensive der Rechten nach der Hamburger Tagung der SPD etwas angehalten, aber wir haben hier immer das Regime einer "hinkenden" Demokratie. Und es stimmt nicht, wenn die sozialliberale Regierung immer wieder behauptet: Wir sind ein Rechtsstaat, die Durchführung des Tribunals wäre eine Beleidigung der BRD (auch Willy Brandt sagte es). Nein, daß Tribunal richtet sich nicht gegen die BRD und es ist auch kein Tribunal im engen Sinn. Es ist eher eine Untersuchungskommission: wir werden weder verurteilen noch freisprechen. Wir werden nur die Resultate einer Analyse vorlegen. In diesem Sinne glaube ich, daß in der BRD eine Kehrtwendung notwendig ist: Nicht nur ein Anhalten, sondern auch ein Zurückgehen, um alle die illeberalen Maßnahmen und Methoden abzubauen. Was das Wichtigste ist, ist das ganze System der Berufsverbote abzubauen: das ist ein System, es sind nicht nlur einzelne Fälle: ein ganzes System der Erpressung der Einschüchterung. Auch der Verfassungsschutzapparat, die Archive, die Datenspeicherungen schaffen eine Atmosphäre von Furcht, die es abzubauen gilt. Das ist eine Frage nicht nur der deutschen Linken, sondern der ganzen Demokratie, und es sollte eine einheitliche Aufgabe sein, sie zu lösen. Ich glaube, wie ich auch in meinem letzten Büchlein über Deutschland geschrieben (La Germania che amiamo, Rom 1978), daß die Schwäche der westdeutschen Demokratie die Zersplitterung der Linken und und ihre relative Unfähigkeit, eine Hegemonie der Arbeiterklasse und der Linken über andere Schichten herzustellen, um demokratische und Freiheitsziele zu erreichen.

Wir haben in Italien in dieser Hinsicht keine große Erfahrung, die KPI ist deshalb die größte kommunistische Partei der kapitalistischen Länder, weil sie die Fragen der Demokratie und Freiheit immer repräsentiert hat und immer die Avantgarde einer breiten Bewegung für Freiheit und Demokratie war, mindestens 40 Jahre (Volksfront) Widerstand, Republik, Verfassung usw.

ID: *Warum glaubst du, daß die Arbeiterklasse in Deutschland nie die Hegemonie erlangte?*

Da gibt es historische Gründe, die vom Bauernkrieg bis heute reichen. Man kann diese Problematik in diesem kurzen Interview nicht abhandeln, aber man muß eines sagen: man sieht nicht die namenlosen Schatten, man sieht nicht, daß die ersten Massenmorde Hitlers an den Kommunisten und Sozialdemokraten und der Arbeiterklasse verübt wurden. Gerade aus diesem Grund, so glaube ich, war es nicht möglich, einen Widerstandskampf wie in Frankreich oder Italien zu organisieren. Ich muß jetzt verkürzen, aber denken wir einen Moment daran, was die Geschichte Italiens gewesen wäre, wenn der Faschismus Togliatti, Longo, Teracini und mit ihnen Hunderte von Kadern umgebracht hätte. Ich bin gar kein "Sponti", und damals kam es darauf an, den Widerstandskampf zu organisieren, der Widerstandskampf war gar nicht spontan. Die Frage von Spontaneität ist anders zu stellen: z.B. in Italien nach dem Fall Mussolinis gab es einen breiten populären Antifaschismus und die Leute hatten genug, sie wollten vom Faschismus nichts mehr wissen, aber es war auch notwendig, diese Stimmung zu organisieren und in eine Tätigkeit umzuwandeln. Ohne die alten Kader aus den Kerkern, aus dem Spanischen Bürgerkrieg, den Widerstandskampf oder Krieg wäre es fast unmöglich gewesen. Wenn ich als auf Deutschland zurückkomme, ich glaube, daß eine der nächsten Ursachen der Schwäche der Linken und der Demokratie war, daß es einen Widerstandskampf der Massen in Deutschlang nicht gab. Dazu muß man erwähnen, daß es durch die deutsche Spaltung, die sowjetische Besatzung, eine große Nationalfrage enstand. Das ist eine lange Geschichte. Ich glaube allerdings auch, daß eine politische Schwäche bedeutsam ist. Ich habe große Hoffnungen, daß die politische Welle der Jahre 67/68 sich noch entwickelt. Die politische Bewegung, vor 10 Jahren, war in der BRD was ganz anderes als in Frankreich oder Italien, weil es in der BRD nicht darum ging, eine neue Linke zu schaffen, sondern eine Linke überhaupt. Es gab keine Linke vorher. Meine Hoffnung ist, daß die Mehrzahl der jungen Leute von damals sich demokratisch entwickeln. Es gab eine Spaltung auch Andreas Baader und Ulrike Meinhof kommen aus dieser Bewegung. Aber die Mehrheit hat eine demokratische Entwicklung genommen und es ist nicht zufällig, daß der Radikalenerlaß von 72, also 4/5 Jahre nach der Studentenbewegung zustande gekommen ist. Er richtet sich, glaube ich, gegen die Entwicklung neuer demokratischer Kräfte innerhalb der Institutionen, um einen "langen Marsch durch die Institutionen" zu verhindern.

Das ist auch die Meinung von Peter Schminck, Peter Schneider, oder auch Rudi Dutschke. Ich glaube, daß das eine große Hoffnung ist. Was jedoch fehlt, ist das Prinzip einer demokratischen Einheit, das ist meine Empfindung. Ich bin Ausländer, auch mein Buch hat den Titel "Das Deutschland, das wir lieben", und obwohl ich Deutschland geliebt habe und liebe, bin ich kein Deutscher. Es sind nur Empfindungen. Ich glaube, daß es einerseits eine radikale Linke gibt, die nicht mehr über die Arbeiterklasse, bzw. über die Vorhut der Arbeiterklasse hinausblickt. Also einen verengten Blickwinkel hat. Das gibt es auch in Italien. Auch da gibt es eine Linke, die nur den Klassenkampf sieht, oder die augenblickliche Avantgarde. Sie redet immer vom Proletariat, von Avangarde etc., ist aber unfähig, die Arbeiterklasse in eine führende Klasse zu transformieren. Das ist die Frage der Hegemonie. Die Arbeiterklasse kann nicht, und zwar erst recht nicht unter spätkapitalistischen europäischen Um Umständen alleine siegen. Sie braucht Alliierte. Dieser Minderheitsgeist ist auch bei uns gefährlich, z.B. Lotta Continua oder andere linksradikale Gruppierungen sind nicht fähig, die Begriffe von Hegemonie zu verstehen.

*ID: Besteht nicht die Gefahr in der Konzeption der Entwicklung der Hegemonie der Arbeiterklasse, daß die proletarischen Sektoren in ihrem Kampf in gewisser Weise durch eine sie kontrollierende Partei diszipliniert werden müssen, um Klassenallianz mit Teilen des Kleinbürgertums, der Mittelklassen realisieren zu können?*

Aber mit welchen Mitteln sollte der kontrolliert werden? Z.B. gab es vor zwei Monaten eine Wende in der Gewerkschaftspolitik, die sich gegen korporative Positionen richtete, um eine größere Verantwortlichkeit gegenüber der Entwicklung im ganzen Land, durch Opfer beiderseits, neue Maßnahmen usw. zu übernehmen. Es gab Diskussionen, auch sehr starke Angriffe seitens der radikalen Linken. Aber was geschah? Es gab eine Menge Arbeiterversammlungen, in allen Werkstätten, Fabriken etc. mit ganz offenen Diskussionen und diese Wende wurde von einer sehr großen Mehrheit der Arbeiterklasse akzeptiert, sie stimmte zu; da gibt es keine autoritäte Partei, sondern eine demokratische Entwicklung. Es ist ganz unnütz, darüber zu weinen, daß man Minderheit ist. Wenn diese Gruppierungen in Italien minoritär sind, heißt das, daß sie nicht in der Lage sind, Hegemonie auszuüben. Aber die Lage ist ganz offen, es gibt keine autoriären Mittel, auch die Gewerkschaften sind sehr demokratisch, sie haben eine demokratische Führung.

*ID: Ist es nicht so, daß die Überbetonung Hegemonie produzierender Politik, die Überbetonung der Volkseinheit, die objektiv vorhandenen Klassengegensätzlichkeiten verdeckt und dabei die autonomen Interessen bestimmter Sektoren etwa des Proletariats oder Arbeitslosen oder der Arbeiter auf den Opfertisch legt.*

Seht ihr, es gibt eine potentiellen und auch einen faktischen Widerspruch zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen. Mein Genosse Alberto Asor-Rosa hat geschrieben, daß es in Italien zwei Gesellschaften gibt: eine Gesellschaft von arbeitenden Massen und eine Gesellschaft von Arbeitslosen. Aber unsere Gewerkschaften, die föderativ einheitlich sind und in denen Kommunisten, Sozialisten, Christdemokraten, alle zusammgen organisiert sind, betreiben diese neue Politik gerade, um an erster Stelle neue Arbeit zu schaffen. Das ist keine kooperative Politik etwa nach dem Motto: "Wir haben Arbeit, jetzt verteidigen wir sie, und was mit den anderen geschieht, das interessiert uns nicht." Im Gegenteil, es ist eine Form für eine neue Einheit von Arbeitenden und Arbeitslosen. Zwei Punkte sind die wesentlichen der Gewerkschaftspolitik und auch der KPI-Politik: Arbeitslosigkeit und Süditalien. Das ist Hegemonie: die wichtigsten Fragen zu verstehen, um für die entstehenden Sachen zu kämpfen.

*ID: Gerade diese Wende von der CGIL kann ich so einfach gar nicht verstehen, das, was dort unter Opfer zugunsten von Investitionen, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verstanden wird, genau das ist, was man hier von der "Konzertierten Aktion" her auch kennt, nämlich einer gemeinsamen Politik von der Sozialdemokratischen Partei und den Unternehmerverbänden, nämlich, daß man eine gemeinsame Verantwortlichkeit für diese Gesellschaft proklamiert, jedoch unter Akzeptierung der kapitalistischen Entwicklungslogik. Die neue Politik der CGIL scheint dieser doch sehr ähnlich zu sein.*

Nein! Die Politik ist nicht dasselbe. Die Tatsache allein, daß die Arbeiterklasse mit kapitalistischen Sektoren, etwa kleinen Industriellen, Mittelschichten etc. zusammenarbeitet, ist für sich nicht entscheidend. Entscheidend ist, wer führt den Kampf. Die Gewerkschaften in Westdeutschland sind dieser historischen Situation untergeordnet. Die Bourgeoisie, der Kapitalismus hat die Führung, in unserem Falle ist das anders.

*ID: Für mich ist die Frage nicht, wer den Kampf führt, sondern was für ein Kampf geführt wird. Der Kampf der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie nützt lediglich den Unternehmern. Und etwas Ähnliches sehe ich in Italien nach der Wende zu "Politik der Opfer".*

Nein, so ist es absolut nicht. Es geht nur darum, eine grundsätzliche Wende in der ganzen Produktion herbeizuführen. Aber diese Wende kann keine abrupte sozialistische Wende sein. Das ist der Punkt. Was heißt "Revolution" in spätkapitalistischen Ländern? Wir haben unsere Antwort gegeben. Möglicherweise werden wir nicht siegen, das ist immer zweifelhaft. Aber unsere Ideen sind klar; was dagegen die Linksradikalen sagen,ist irreal, imaginär, unhistorisch.

*ID: Worin besteht denn der Bruch einer solchen Politik gegenüber der kapitalistischen Entwicklungslogik?*

Wir akzeptieren diese Logik nicht. Wir sagen, daß man mittels des Staates und der Staatsmonopole — wir haben eine Menge verstaatlicheter Betriebe, die bis zu diesem Moment den privaten Kapitalisten untergeordnet waren, den Finanzgruppen etc. — einer stärkeren Planung und Programmierung durch Parlament, Regierung usw. und eine dadurch ermöglichte Wende durchsetzen soll, ohne weitergehende Verstaatlichungen oder Vergesellschaftungen von Betrieben. Aber so ein Programm liegt zwangsläufig im Interesse des Landes und das ist etwas anderes als die Herrschaft von Privateigentum. Das ist eine andere Idee und es gibt keinen anderen Weg. absolut nicht.

**HERAUSGEBER:**

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

**Verantwortlicher Redakteur:**
Frieder Kern

ID: Gut, aber es bleibt die Frage, inwieweit sich unter den herrschenden Entwicklungsbedingungen - nämlich denen kapitalistischen Weltmarktzusammenhangs, den internationalen Konkurrenzzusammenhängen der hochentwickelten kapitalistischen Ökonomien - überhaupt eine Entwicklungsdynamik realisierbar ist, die nicht bloß Reaktion auf diese Bedingungen bleibt.

L.-R.: Du denkst an die Krise, in die die Welt seit 73 geraten ist. Für Italien ist diese Krise eine tiefere Krise; nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine gesellschaftliche und eine Staatskrise. Alle Institutionen sind veraltet, die Schule, Justiz, Polizei, alles ist in Krise geraten. Es gibt für Italien nur zwei Auswege. Es ist völlig unmöglich, die guten 6o-iger Jahre' wieder zu haben, also eine spontane Entwicklung des Kapitalismus wird sich so nicht wiederholen. Die zwei Auswege: Entweder eine strenge und blutige Diktatur, wie z.B. in Chile, doch in Italien gibt es nicht die Kräfte, die Generäle, unsere Christdemokraten sind nicht die E. Frei's und es gibt eine breite demokratische Allianz. Der arme Aldo Moro wurde ja gerade entführt, weil er mit den Kommunisten zusammenarbeiten wollte, das war der Grund der Entführung. Dieser (diktatoriale) Weg ist wohl versperrt. Der einzige andere mögliche Ausweg ist, daß die Kapitalisten, auch die USA, auch Herrn Bundeskanzler Schmidt einige Opfer bringen. D.h. die Teilnahme der Kommunisten an der Regierung zu akzeptieren und gewisse Veränderungen anzuerkennen. Das ist allerdings nicht Sozialismus; wir sprechen nur von 'Elementen von Sozialismus'.

ID: Das ist doch problematisch, wenn man an Schmidts verbale Interventionen denkt, Santkionsdrohungen. Ohne Gegenleistungen wird Schmidt z.B. keine Opfer bringen.

L.-R.: Aber, was können sie machen in diesem Moment, wo die Kommunisten bereits in der Mehrheit sind? Sie können gar nichts gründlich ändern, nur Hindernisse stellen. Italien mit einer Armee besetzen, das ist nicht drin. Welche Mittel haben sie sonst. Mit ökonomischen Maßnahmen? Aber: eine tiefere italienische Krise ist auch eine allgemeinere Krise. Es ist richtig, zu sagen, daß die Ökonomie heutzutage nicht mehr eine italienische oder deutsche 'Nationalökonomie' ist, es ist eine europäische, gesamtkapitalistische Wirtschaft. In dieser Lage, in der es eine 'galoppierende' Inflation in Italien gibt, oder unheilbare Zersetzungsprozesse - gibt es auch keine Vorteile für die deutschen Kapitalisten oder andere, es ist auch für sie nicht gut. Man muß eine Rechnung aufstellen? Man muß auch mit den Realitäten der anderen rechnen. Auch die klügsten Kapitalisten müssen Rechnungen machen, ob es um Rationalisierungen geht, technologische Entwicklung, Mobilitätsfragen der Arbeiter. Um alles wird im Kampf entschieden, und es setzt sich nicht einfach eine kapitalistische Logik durch. Z.B. Agnelli, Fiat, die "Großmächte", sie denken ganz ernsthaf an eine Planung, sie greifen nicht zu stark ein in die Perspektive einer Notstandsregierung.

ID: Meinst du, das so, daß da ökonomische Rationalität und politische Gefahren gegeneinander aufgewogen werden?

L.-R.: Was heißt ökonomische Rationalität? Im Falle einer tieferen Krise Italiens geht auch Fiat kaputt. Es gibt objektive Gründe zur Mitarbeit. Aber, was wichtiger ist, ist die Kleinindustrie; die Kleinindustriellen sind mit der KP in diesem Moment massenhaft verbunden, weil es keinen anderen Ausweg gibt als eine gewisse Planung und Kontrolle und Opfer von beiden Seiten. Es ist nicht leicht, aber es ist der einzige Weg.

ID: Laß uns nochmal aufs Russell–Tribunal zurückkommen; eine Frage - neben der generellen Problematik der demokratiefeindlichen Tendenzen in der BRD - in diesem Zusammenhang ergibt sich vielleicht aus der besonderen politisch-ökonomischen Rolle der BRD in Europa, auf internationalem Parkett. Worin liegen deiner Meinung nach die Gefahren der BRD-Entwicklung für die anderen europäischen Länder und ihrer demokratischen Bewegungen dort. Welche Interventionsgefahren siehst du? Und noch eine Ergänzung dazu, gibt es so etwas wie ein 'Gemanisazzione' und wenn ja, was ist das genau?

L.-R.: Zuerst zu letzterem. Ja, es gibt in Italien eine Diskussion über die Frage der sog. Germanisierung und es gibt linksradikale Gruppierungen, die sagen: Ja, das ist die neue Linie des Imperialismus, das ist keine deutsche Erscheinung, das ist eine westeuropäische Erscheinung, diese Rückschritte zu einem autoritären Staat. Dem stimme ich nicht zu. Es gibt zwei, verschiedene und vollständig entgegengesetzte Bewegungen; und es gibt Widersprüche. Was in Westdeutschland geschieht, geschieht nicht in Frankreich oder Italien, auch nicht in England oder Spanien; die westdeutsche Lage hat spezifische Züge. Sicher gibt es Versuche und auch Gefahren, Schritte hin zu autoritären Entwicklungen zu nehmen. Und diese Versuche werden unterstützt durch Terroristen. Der Terrorismus kann nicht als solche siegen, er kann keine Revolution vollbringen, aber: sie können involutive Entwicklungen doch beschleunigen. Das ist eine grosse Gefahr, besonders in Italien. Auch das Schwarzsehen kann aber gefährlich werden, wenn man nicht mehr in der Lage ist, klar Unterschiede herauszuarbeiten, darauf kommt es an. Man sollte nicht einige kleine autoritäre Schritte mit einer ganzen autoritären Atmosphäre verwechseln. Z.B. gab es in Italien vor der Moro-Entführung eine heftige Auseinandersetzung um das 'confino di polizia', d.h. eine Art von Verbannung, und diese Verbannung wurde seit etlichen Jahren der Mafia auferlegt, aber dann auch den politischen Terrorismusverdächtigen usw. Es gab eine Auseinandersetzung und das Gesetz wurde verändert. Für politische Straftaten gilt es nicht mehr.

Wo es echte Diskussionen gibt, wo die Leute, wie in Italien, so empfindlich sind für alle Freiheitsverletzungen usw. ergibt sich eine ganz andere Lage. Es gilt, Unterschiede etwa zwischen der so offen italienischen Presse und der so rückständigen Presse der BRD zu erkennen. Man sollte nicht alles vermischen. Und wir glauben, daß die demokratischen Kräfte aller europäischen Länder zusammen eine demokratische Entwicklung überall beeinflussen und bestimmen können und müssen. Wenn nicht überall, so bedeutet das eine große Gefahr. Heutzutage ist die BRD nicht nur ein schlechtes 'Modell' für eine Demokratie, sondern stellt auch eine derartige kapitalistische Macht dar, so daß sie andere Staaten einschüchtern kann. Die Grundfrage ist die einer stärkeren demokratischen und linksorientierten Entwicklung der deutschen Arbeiterklasse damit dem deutschen Kapitalismus ein wirkliches Gegengewicht gegenübersteht.

ID: Welche Haltung hast du zur Frage der Gewerkschaftsausschlüsse, zählst du das zu Menschenrechtsverletzungen oder nicht?

Sollte das auf dem Tribunal verhandelt werden?

*Die Beantwortung dieser Frage durch Lombardo Radice muß aus technischen Gründen auf die Ausgabe vom 31. März verschoben werden. Die Redaktion*

## MEDIENZENSUR: VERANSTALTUNG IN OFFENBACH

Am Mittwoch fand in der Stadthalle Offenbach eine Veranstaltung zum Thema Medienzensur statt. Den Schwerpunkt dieser Veranstaltung bildete der Bereich der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten.
Was auf dieser Veranstaltung geschah, kann man nicht hoch genug werten: es ist ein Durchbruch. Es haben sich Betroffene an die Öffentlichkeit gerichtet, über deren Bereich immer der Schleier des Schweigens lag, aus einer Maschine, die schon viele Menschen gefressen hat: dem Rundfunk und dem Fernsehen.
Über manches hatte man schon Andeutungen gehört, nur weniges hat eine solche Publizität erreicht wie die Absetzung des Interviews mit Heinrich Böll durch den Bayerischen Rundfunk im Dezember letzten Jahres, deren Hintergrund ausführlich geschildert wurde. Aber die Geschlossenheit des Bildes, die sich durch die Fülle der dargestellten Fälle und Materialien darbot, ließ oft ein Raunen durch den Saal gehen.
Nachdem das linksradikale Blasorchester die Veranstaltung eröffnet hatte, traten die rund 15 Initiatoren der Veranstaltung einzeln vors Mikrophon und verlasen lapidare Zeitungsmeldungen über "Programmänderungen", "personelle Änderungen" und auch CDU-Aktionen zur Eroberung der Massenmedien. Alles Indizien über erschreckende Transformationen im öffentlich-rechtlichen Medienbereich.
Danach wurden einzelne Fälle umfassend dokumentiert. Ludwig Brundiers, gefeuerter Moderator der Sendung "Glashaus" im WDR, 'führt' durch diesen Teil des Programms. Den Charakter, den dieser Part der Veranstaltung trägt, macht einiges deutlich über die Situation der Betroffenen, die sich hier darstellen: er trägt stark die Züge einer Fernsehsendung. Wie sie früher in totaler Vereinzelung produziert haben, sprechen sie auch hier vor einer Kamera, die ihr Bild an eine anonyme Öffentlichkeit überträgt, zu der keine Rückkoppelung besteht. Ludwig Brundiers beendet anscheinend ziemlich erschöpft diesen Teil der Veranstaltung mit den Worten: "Meine Damen und Herren, ich darf mich verabschieden, guten Abend."
Das Dargestellte ist erschreckend, aber es gibt auch Beispiele von Ignoranz, bei denen man fast lachen muß: Zwei Journalisten verlasen einen Rundfunktext über die Situation in den Grundschulen, in den der leitende Redakteur mit Randkorrekturen Relativierungen von definitiven Aussagen eingefügt hatte. Die Einfügungen sind banal, fast lächerlich, aber sie dirigieren in ihrer Geringfügigkeit am unauffälligsten in die Umgangssprache.
Walter Moßmann wußte ein paar Beispiele über Zensur gegen Liedermacher zu berichten. Lieder aus Wyhl zum Beispiel konnten eine zeitlang weitgehend ungehindert in norddeutschen Sendern gespielt werden, bis dort die Auseinandersetzungen in Brokdorf begannen. Als nun in einem Lied das Wort "Rhein" an dem das Wyhler Atomkraftwerk gebaut werden sollte, durch "Elbe", wo Brokdorf liegt, ersetzt wurde, strich man das Lied aus dem Programm. Begründung: Es würde die sachliche Auseinandersetzung gefährden.
Nächstes Thema der Veranstaltung: Zensur im literarischen Bereich. Hermann Treusch und ein anderes Mitglied vom TAT Ensemble verlesen das Märchen der Gebrüder Grimm, daß von einem jungen Mann erzählt, der sich in verschiedenen schaurige Situationen begibt, um die Kunst des Fürchtens zu lernen. Kurz vor der ersten Episode wird das Märchen abgebrochen. Der junge Mann, der sich mit der Kunst des Gruseln so schwer tut, wird durch gelehrigere ersetzt; der erste ist der Saarbrücker Schriftsteller Arnfried Astel, sein Lehrmeister ist der Verlag 2001, der demnächst ein Buch von ihm veröffentlichen wird. Was er zu berichten weiß, ist in der Tat ein schauriges Zeugnis dafür, wie die Zensurschere vielen schon im Hirn eingewachsen ist: Der Verlag hat das zentrale Kapitel dieses Buches gestrichen, nicht etwa, weil bestimmte Sätze einen juristischen Tatbestand darstellen, sondern "weil insgesamt ein Eindruck des Sympathisantentums entstehen könnte". Wie sagte Ludwig Brundiers einen Stunde vorher? "Das wichtigste an der Zensur ist, daß die Leute wissen, daß es sie gibt." Danach P.O. Chotjewitz und Klaus Staeck. Zensur. Prozesse. Einschüchterung.
Zuletzt gibt Erich Fried ein Protokoll seiner Grusel-Lektionen. Er beschreibt die Suspendierung einer Lehrerin aus Niedersachsen, die eines seiner Gedichte im Unterricht verwandt hat. (Ein Landtagsabgeordneter möchte es am liebsten verbrennen) Eine kleine niedersächsische, unabhängige ( Der Chefredakteur ist Leiter der örtlichen CDU–Pressestelle) Tageszeitungspricht von einer monatelangen Schockwirkung. Eine Schülerin meinte sogar zuhause, daß die Greueltaten der Nazis wohl schlimmer gewesen seien, als die der Kommunisten und Terroristen. Welche geistige Verwirrung!

Grimms Märchenfigur hätte heute sein Lernziel sicher schneller erreicht. Zensur in Deutschland: Ein einziges Ensemble obrigkeitsstaatlicher Administration, Ignoranz von Mächtigen, Pogromstimmung und Untertanendenken, Angst und Einschüchterung ist die Folge. Die Rundfunk- und Fernsehleute haben mit ihrem ersten Ansatz, sich zu organisieren und an die Öffentlichkeit zu treten, den heutzutage riesigen Schritt getan, ihre Angst zu überwinden. Bernd Schulz, den die Bedingungen beim Saarländischen Rundfunk zur Kündigung getrieben haben, hat dies am präzisesten beschrieben: Die Journalisten in den öffentlich-rechtlichen Anstalten, sagt er, sind Opfer einer strukturellen Gewalt, die auf den Schultern vieler ruht. Dieser sind sie völlig vereinzelt ausgeliefert. Hätte er die Solidarität, die man ihm nach seiner Kündigung zeigte, schon früher erfahren, wäre er geblieben.

### ZENSUR IN DEN MEDIEN

*Von unserem nach offenbach entsandten sportreporter VfL dieter bottrop :*

als hannes in der 27. minute das erste tor für mönchengladbach halbhoch vom elfmeterpunkt aus einschoß, war auf der bühne in der offenbacher stadthalle immer noch ein mäßiges hin und her- geschiebe im mittelfeld zugange. der rausgestellte moderator vom selbstkritischen fernsehmagazin glashaus moderiert, den ersten teil der veranstaltung wie eben ein moderator seine moderation moderiert. es fehlen nur noch chips und salzstangen zu diesem trüben fernsehabend.
auf den mäßig besetzten rängen andächtiges und pflichtbewußtes desinteresse. dann wird das zensierte rundfunkinterview mit heinrich böll eingewechselt.
UNS LANGTS ALLMÄHLICH, sagt böll, UNS LANGTS GANZ DICKE. mir auch, denke ich und geh bier holen. immer noch 1 : 0 für mönchengladbach.
endlich ein angriff über den linken flügel, das blasorchester in aktion und walter moßmann. kaum waren sie richtig eingespielt, wurden sie auch schon wieder vom feld genommen. zwei schauspieler vom TAT ziehen sich die narrenkappe auf und erzählen das märchen von einem, der auszog das fürchten zu lernen. gemeint war arnfried astel, der alles dransetzt, uns das gähnen beizubringen. zur strafe bekam er beifall für ein brecht-zitat. ich hab noch 30 epigramme, sagt er, als er diskret daraufhingewiesen wird, daß seine zeit gekommen ist.
staeck, der grafiker, bringt wieder leben in das verschlafene haus und chotjewitz ist der erste, der auf eine schön gezielte frage aus dem publikum antworten muß. in den schlußminuten wird jehova eingesetzt, erich fried macht sich mit erzernem humor über hans maier her, der die schulbücher säubert. mönchengladbach gewinnt 2 : 1, aber es ist schwer die frage, ob es für das rückspiel reicht. es bleibt die hoffnung für die zeltveranstaltung am samstag, daß es dort halb so langweilig wird wie in offenbach, denn es ist immerhin doppelt so teuer.

## EINE HALBE STUNDE "WILD GESTREIKT"

Offenbach 23. März

Im Werk II der Offenbacher Roland-Offset (Firma Faber & Schleicher, Herstellung von Offset-Druckmaschinen) legte am 13. März ein großer Teil der Belegschaft vorübergehend die Arbeit nieder. Nach der Frühstückspause traten, laut IG - Metall, 200 bis 300 Arbeiter in einen auf eine halbe Stunde befristeteten Warnstreik. Der Unternehmer reagierte prompt, indem er der streikenden Belegschaft einen Brief schrieb und von der Gewerkschaft Schadensersatz forderte. Sein Brief hier als Beispiel der täglichen Angstmache im Betrieb:

**"An unsere Mitarbeiter**

*Sie haben die Arbeit niedergelegt. Um Ihnen und uns Unannehmlichkeiten zu ersparen und Sie vor Nachteilen zu bewahren, wollen wir Sie über die rechtlichen Auswirkungen einer Arbeitsniederlegung unterrichten.*

*Ihre Arbeitsniederlegung ist ein Wilder Streik, der gegen die geltenden Rechtsvorschriften verstößt. Sie verletzen damit Ihre Pflichten aus dem Arbeitsverhältnis. Die ausfallende Arbeitszeit wird daher wie bei jedem Streik nicht bezahlt.*

*Gewaltanwendungen oder Drohungen gegen Personen, Beschädigungen von Maschinen und Anlagen oder Eingriffe in den Arbeitsablauf sind unzulässig. Ebenso ist es nach der Arbeitsordnung verboten, andere Werkstätten oder Abteilungen ohne entsprechenden dienstlichen Auftrag zu betreten. Verstöße gegen die vorgenannten Bestimmungen können fristlose Entlassung, Schadensersatzansprüche sowie strafrechtliche Verfolgung nach sich ziehen.*

*Wir fordern Sie auch im eigenen Interesse auf, die Arbeit unverzüglich wieder aufzunehmen.*

*Vergessen Sie bitte nicht, daß wir auch in Zukunft zusammenarbeiten müssen."*

*Kontakt: über ID, Stichwort BETRIEB.*

Die Nachrichten aus der Provinz reißen nicht ab:

## 8. APRIL: DEMO GEGEN DIE JUZE — SCHLIESSUNG

Bad Schussenried 26. März

*Vom selbstverwalteten Jugendzentrum:*

Es bleibt dabei: Am Samstag, 8. April, 10.30 Uhr treffen sich Jugendliche aus Bad Schussenried (siehe auch ID 215, 218, 220, 221) und ganz Oberschwaben zu einer DEMO gegen die zum 30. April vom Gemeinderat beschlossenen Schließung unseres selbstverwalteten Jugendzentrums. Wir erwarten zwischen 300 und 500 DEMO-Teilnehmer - eine ganze Menge für ein kleines 7000-Einwohner-Städtchen.

Im Anschluß an die DEMO - Samstag/Sonntag - soll ein grosses Solidaritätsfest stattfinden. Für die vielen Leute ist unser Jugendzentrum aber viel zu klein (faßt allerhöchstens 200 Leute!). Die Stadthalle hat uns BM Kohler aber bekanntlich verboten (s. ID 221), weil er "Sachbeschädigungen durch emotionalisierte DEMO-Teilnehmer" befürchtet.

Dann wollten wir ein 700-Personen-Zelt mieten. Das hätte auch geklappt, nur: die Stadtverwaltung konnte bzw. wollte uns keinen Zeltplatz zur Verfügung stellen. Privatleute, die passende Grundstücke eventuell zur Verfügung gestellt hätten, winkten wegen erwarteter Repressalien von seiten der Stadtverwaltung ab. Die große Reithalle, in der bisher die gigantischen Jahresfeste des Jungendzentrums stattfanden, erhalten wir ebenfalls nicht. Der Vorsitzende des Reitvereins ist CDU-Gemeinderat und will es mit BM Kohler nicht verderben.

Wir haben jetzt nur noch eine Möglichkeit: die Stadthalle in einem 6 km entfernten Nachbarort zu mieten. Wenn das auch nicht klappt, dann muß das Wetter ganz einfach hervorragend sein. Denn dann gibt's ein großes Happening an allen Ecken und Enden unserer Kleinstadt.

Was uns hier in Bad Schussenried Mut macht, sind die vielen Solidaritätsbekundungen, die vor allem aus Südwürttemberg, aber auch aus dem ganzen Bundesgebiet bei uns eingehen (dank des ID!). Stellvertretend für viele möchten wir uns bei den Bewohnern des Georg-von-Rauch-Hauses in Berlin bedanken, die geschlossen eine Unterschriftenliste gegen unsere JUZ-Schließung unterschrieben (Sie haben übrigens derzeit unser aller Unterstützung in ihrer Mietvertragsauseinandersetzung mit dem Senat bitter nötig!).

Mut machen uns auch die vielen Liedermacher, Rock- und Jazzmusiker, etc., die zu kostenlosen Auftritten zu uns ins JUZE kommen. Die Stimmung ist immer verdammt gut im total aus den Nähten platzenden Jugendzentrum.

Wir haben im übrigen bereits mehr als 2.500 Unterschriften gegen die JUZE-Schließung zusammen und es werden ständig noch mehr. Zur Zeit sammeln wir verstärkt unter der erwachsenen Bevölkerung Bad Schussenrieds.

Wenn zur DEMO tatsächlich all die vielen Leute und JUZE-Delegationen kommen, die sich (zum Teil mit Bus) bei uns angemeldet haben, dann gibt's am 8. April hier in Bad Schussenried die größte Jugendzentrums-demo, die es jemals in dieser Region gab.

Das wird uns noch mehr Mut machen, auch eine vielleicht ab 1. Mai notwendige JUZE-Besetzung erfolgreich durchzustehen.

Wer Straßenmusik oder -theater macht, wer sonst was beisteuern kann und will - wir wären begeistert, wenn ihr am 8./9. April zu uns in die Provinz kommen könntet. Übernachtungsmöglichkeiten bestehen genügend (Schlafsäcke mitbringen!)

DAS JUZE BLEIBT — BASTA !

Kontakt:
Selbstverwaltetes Jugendzentrum
7953 Bad Schussenried
Schulstr. 15 - 17

## EINE NACHRICHT AUS NEUSS

NEUSS 27. 3.78

Die NJI — Neusser Jugend Initiative wurde an einem sonnigen Märztag wieder ins Leben gerufen. Es gab sie schon einmal. Vor 4 Jahren, aber die Stadtväter und die Parteibonzen verwickelten uns in lange, langweilige, objektive, nichtsnutzende Diskussionen. Die Bewegung, der Widerstand, schlief ein.

Nun ist es wieder so weit, die NJI erhebt sich wieder und fordert immer noch ein SELBSTVERWALTETES JUGENDZENTRUM!

Wir bitten alle Menschen, die Erfahrungen haben im Kampf für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum uns zu helfen.

**Kontakt: F. Burri, 4040 Neuss 1, Oberstr. 109**

## KULTURELLE VERANSTALTUNG GEGEN AKWs

DARMSTADT, 27. März 78 *In einem Aufruf zu einer Veranstaltung gegen Kernkraftwerke heißt es:*

In den letzten Monaten häufen sich die Unfälle in Atomkraftwerken und anderen atomaren Anlagen. Trotzdem versuchen die Betreiber des Atomprogramms ohne Rücksicht auf Verluste ihre wahnsinnigen Pläne durchzusetzen. In diesem Zusammenhang ist die Ausrichtung der staatstragenden Parteien zu sehen. Verhängnisvoll ist die Rolle des DGB, der sich durch seine Führung, die teilweise sehr eng mit der Atomindustrie verfilzt ist, auf die Seite der AKW-Betreiber gestellt hat. So wird das Problem der Arbeitslosigkeit dazu benutzt, Probleme des Umweltschutzes und der atomaren Gefahr unter den Tisch zu kehren. Beide Probleme aber entstehen erst durch die Profitinteressen der Konzerne.

Der Teil der Bevölkerung, der aktiv gegen AKWs und unmenschliche Profitinteressen auftritt, wird kriminalisiert. Das zeigen die Grohnde-Prozesse, in denen die Angeklagten mit unhaltbaren Beschuldigungen stellvertretend für die Bewegung abgeurteilt werden sollen.

...wie der Druck gegen die fortschrittliche Bewegung wächst, wächst er auch gegen die fortschrittliche Kultur, die eine bedeutende Rolle im Widerstand spielt.

Trotz alledem und gerade deswegen rufen wir alle kulturschaffenden des Rhein-Main–Neckar-Raumes auf, eine Anti-AKW-Veranstaltung in Darmstadt zu gestalten. Unser Vorschlag: Wir planen eine Veranstaltung mit Liedermachern, Musikgruppen, Theatergruppen, Plakat- und Photoausstellung, Filmen etc. für den 15. April 1978.

**Kontaktadresse: Armin Wicht, Am Eichbaumeck 52, 6100 Darmstadt**

## INFORMATIONSABEND ZUM AKW PHILIPPSBURG

PHILIPPSBURG ?.3.78 Die Bürgerinitiative Umweltschutz Philippsburg e.V. veranstaltet am Freitag, 7.4.78 um 20.00 Uhr im Gasthaus „Löwen" in Rheinsheim einen Informations- und Diskussionsabend zum Thema:

ATOMSTAAT – MODELLFALL PHILIPPSBURG

Mit zwei aktuellen Filmen sowie einem Kurzreferat will sie die Probleme und Perspektiven darstellen, die sich aus dem Bau von Atomkraftwerken in unserer unmittelbaren Umgebung ergeben. Anschließend soll die ganze Problematik ausführlich mit den Anwesenden diskutiert werden.

– Der erste Film ("Atomstaat - Modellfall Philippsburg") schildert die Chronologie des Widerstandes gegen den Bau von Atomkraftwerken in Philippsburg in den Jahren 1976/77.

– Der zweite Film ("Badische Heimat - unbewohnbar wie der Mond") zeigt eine erschreckende Zukunftsvision: ein Dorf in der Nähe des Atomkraftwerkes Philippsburg - ein "Störfall" beim Nachbar Atomkraftwerk ereignet sich -die atomare Katastrophe ist da! Wie wird unsere "Heimat" aussehen, zehn,zwanzig, fünfzig Jahre danach?

**Kontakt: Bürgerschutzinitiative Umweltschutz Philippsburg e.V. Treffpunkt jeden Dienstag, ab 20.00 Uhr im Nebenraum des Gasthauses "Löwen" in Rheinsheim.**



KIRCHENBESETZUNG IN HARHEIM:

## "SO SCHLIMM IST DAS JA AUCH NICHT"

HARHEIM 30. März "Ich war auch da drin, so schlimm ist das ja auch nicht, die haben ja alles mit Tesa an den Wänden befestigt, nichts besprüht. Ob die aber noch bis Sonntag drin bleiben werden? Der Gottesdienst kann dann ja nicht stattfinden. Ein bißchen haben wir ja gehofft, daß Pastor Niemöller, der hier ja auch sein soll, am Sonntag in unserer Kirche predigen würde. Daraus wird wohl nichts." Ob sie mit dieser Prognose recht haben wird, das wird für diese Frau des Kirchenvorstandes Harheim zum Teil von ihr selbst abhängen. Der zwölfköpfige Vorstand ist Entscheidungsgremium, ob nun die Polizei geholt wird oder ob die Kirchenbesetzer in der Kirche bleiben, und so der Erfüllung ihrer Forderungen näher kommen können.

Ablauf der Ereignisse:

9.45: Während der Pause des Tribunals sprechen Angehörige der politischen Gefangenen (unter anderem Frau Sybille Haag und Frau Pohl) mit Mitgliedern der Jury. Sie bitten, eine Delegation des Tribunals zu bestimmen, die die Gefangenen im Hungerstreik besucht und die Prozesse beobachtet, um sich von den Menschenrechtsverletzungen an den Gefangenen zu überzeugen.

10.30: Direkt vor dem Podium wird ein Spruchband mit den Forderungen der Delegation enthüllt. Kameras, Presse und Zuschauer sind von der Jury durch diese Sichtbarriere getrennt. Nach einer etwas betulich wirkenden Anfangsphase ein gefundenes Fressen für die Presse: Kameras surren und die Jurymitglieder sind nicht mehr im Mittelpunkt der ewigen Filmerei.

Nach einer knappen viertel Stunde ziehen sich die Teilnehmer dieser Aktion zurück. Zur gleichen Zeit dringen etwa zwei Dutzend Mitglieder der Komitees gegen die Folter - die sich Russell-Initiativen nennen - zusammen mit anderen Angehörigen von Gefangenen in eine Kirche hundert Meter vom Bürgerhaus entfernt ein. Auf der Straße, am Turm, an der Tür, an der Kirchenwand werden Spruchbänder angebracht. Im Inneren wird eine Dokumentation (KZ's, Vietnam, BRD-Knäste) aufgebaut.

In der Folgezeit erscheinen der Pfarrer, der Vikar, Mitglieder des Kirchenvorstandes, andere Gemeindemitglieder, zivile Beamte, Pressevertreter, uniformierte Polizisten und Tribunalbesucher, um mit den Besetzern zu sprechen, zu fotografieren oder einfach, um mal zu sehen, "was da so los sei".

Dabei wird folgendes klar. Der Großteil der Harheimer Bevölkerung ist katholisch, normaler Weise kommen zwei dutzend evangelische Kirchgänger. Zwei Mitglieder des Kirchenvorstandes befürchten, daß bei einer Polizeiräumung die halbe Kirche zu Bruch geht. Pfarrer Jörg Reich, seit sieben Jahren in der Gemeinde, scheint grundsätzlich konzessionsbereit zu sein. Die im Kirchengebäude wohnende Küsterin hat ebenfalls nur Angst vor der Polizei. Die Besetzer argumentieren im Gespräch sehr sachlich, aber dennoch emotional betroffen. Etliche Gemeindemitglieder fühlen sich in der eigenen freien Religionsausübung eingeschränkt. Die Stimmung der besuchenden Harheimer ist weder ängstlich noch aggressiv, nur neugierig.

Am Mittwoch, um 20 Uhr begann der Kirchenvorstand mit seiner Sitzung. Ergebnis: Keine Räumung in der nächsten Nacht. Grundsätzlich wurde darauf bestanden, daß die Kirche verlassen werden muß. 50 Besetzer schliefen in der ersten Nacht in der Kirche; zu einer Diskussion am Donnerstagabend in der Kirche haben auch Jurymitglieder ihre Teilnahme zugesagt.

leben, ihrer Bedeutung in wirtschaftlicher Hinsicht und ihrem Wissen auf dem Gebiet des Arbeitskampfrechtes die Gewähr dafür bieten, daß nur in wirklich begründeten Fällen gestreikt wird, und daß im Falle des Streiks die im Allgemeininteresse erforderlichen Kampfregeln eingehalten werden. Als solche Stellen kommen auf der Arbeitnehmerseite bei ihrer gesellschaftlichen Stellung nur die Gewerkschaften infrage ... Das Mittel des Streiks ist eine scharfe Waffe. Das verbietet, das Streikrecht Personen oder Gruppen anzuvertrauen, bei denen nicht die Gewähr dafür besteht, daß sie nur in vertretbarem Umfang davon Gebrauch machen."

Der nächste Schritt: Die Rechtsprechung entschied, daß die Gewerkschaften fast unbehelligt die Opposition ausschalten dürfen. Dabei kamen Spitzenleistungen zustande, die man zweimal lesen muß, wie diese Entscheidugn des Frankfurter Oberlandesgerichts von 1975: "Indem die Kläger mit der Aufsstellung des Wahlvorschlages durch ein repräsentatives Organ der Mitglieder nicht einverstanden waren, vielmehr hierfür eine Mitgliederversammlung aller Gewerkschafter des Betriebes verlangten, haben sie sich bewußt gegen die Regeln und die Organisation ihrer Verbandsdemokratie gestellt und sich dadurch gewerkschaftsfeindlich verhalten ... Der Ausschluß eines solchen Mitglieds ist eine sozialadäquate Reaktion der beklagten Gewerkschaft." ("Der Gewerkschafter", Dezember 1975)

Das Gutachten stellt dagegen fest: Die Gewerkschaften sind über die sogenannte "Drittwirkung" an die Menschenrechte gebunden, weil die Gewerkschaften an der Verwirklichung von Wirtschafts- und Sozialpolitik teilhaben. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse kamen durch Vorstands- und Beiratsbeschlüsse zustande. Sie waren in keinem Fall das Ergebnis innergewerkschaftlicher Willensbildung von "unten" nach oben. Bei den Unvereinbarkeitsbeschlüssen ist nicht einmal, wie bei den Berufsverboten im Öffentlichen Dienst, eine Einzelfallprüfung erforderlich. Allein mit dem Vorwurf der Mitgliedschaft in/, Tätigkeit für/, Unterstützung der aufgeführten Parteien oder Gruppen kannst du ausgeschlossen werden. Die gerichtliche Überprüfung bezieht sich, anders als beim Staat, nicht auf die inhaltliche Seite, sondern nur auf's Verfahren.

Ausschlüsse wegen Unvereinbarkeit waren und sind in zahllosen Fällen mit Berufsverboten und politischen Entlassungen verknüpft. (Das wird dokumentiert an den Kölner Gewerkschaftsausschlüssen 1974-77).

Resultat: Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse verletzen die Menschenrechte der Koalitionsfreiheit, der Meinungsfreiheit, des Verbots politischer Diskriminierung, des Minderheitenschutzes und des Demokratiegebots.

DER KLÄGER IST AUCH RICHTER, DIE GEWERKSCHAFT IST NICHT SO PINGELIG

Aufgrund der Unvereinbarkeitsbeschlüsse kann der Hauptvorstand der Gewerkschaft kurzen Prozeß machen. Ein Untersuchungsverfahren braucht es nicht zu geben. Das angeschuldigte Mitglied kann keine Zeugen und sonstige Beweismittel ins Verfahren einbringen. Nicht der "Ankläger" muß beweisen, daß das angeschuldigte Mitglied etwas bestimmtes getan hat oder Mitgied einer bestimmten Organisation ist, sondern das angeschuldigte Mitgied muß beweisen, daß dies alles nicht der Fall ist. (Wenn dich die Bullen beschuldigen, du wärst bei Rot über die Ampel gefahren, ist die Beweislast genau umgekehrt. "Im Zweifel für den Angeklagten" gibt's hier nicht.) Wird doch ein Untersuchungsverfahren durchgeführt, so sind alle Beteiligten zum Schweigen verpflichtet; das Verfahren ist nicht öffentlich; der Angeklagte darf keinen Rechtsbeistand nehmen. Die Instanz, die das Verfahren einleitet (also der "Ankläger") kann gleichzeitig diejenige sein, die das "Ruhen der Rechte und Pflichten des angeschuldigten Mitglieds" anordnet (also der "Rcihter"). Und dieser doppelköpfige Staatsanwalt/Richter ist zudem auch gleich die letzte Instanz.

Resultat: Die Karten sind gegen das verdächtigte Mitlgied gezinkt, von Anfang bis Schluß – stärker noch als in der Strafprozeßordnung.

AUSGESCHLOSSEN WERDEN KOSTET AUCH NOCH GELD

Nimm ein Mitglied der IG Metall mit 20 Mark Monatsbeitrag (2.000 Mark brutto Monatslohn). Wird gestreikt oder ausgesperrt, so bekommt der Ausgeschlossene keine Unterstützung: pro Woche 264 Mark Verlust (Verheiratete 276 Mark). Als Rentner bekäme er einen Teil der Beiträge zurückerstattet, bei 20 Jahren Mitlgiedschaftsdauer sind das 960 Mark – der Ausgeschlossene geht leer aus. Die kleinen Bonbons der Gewerkschaftsmitgliedschaft wie Freizeit-Unfallversicherung, gewerkschaftlicher Automobilclub, billigerer Kredit bei der Bank für Gemeinwirtschaft – alles fällt weg.

Nicht mal sterben kannst du unbesorgt. An den trauernden Hinterbliebenen eines ausgeschlossenen Mitglieds spart die Gewerkschaftskasse noch mal zwischen 300 und 4.000 Mark.

*Die Dokumentation, in der auch exemplarische Fälle dargestellt sind und die Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Verfassungsschutz belegt wird, gibt es während des Russell-Tribunals zu kaufen; sonst von*
**Kölner Russell-Initiative, c/o Kurt Holl, Werderstr. 21, 5 K**
**Tel. 0221/52 38 42.**

## EINE CHRONOLOGIE MISSGLÜCKTER VERSUCHE, DAS TRIBUNAL ZU VERHINDERN

FRANKFURT
28. März 78

*Im ersten Tages-ID haben wir mit einer Chronologie über die Entstehungsgeschichte des Tribunals begonnen. Wir setzen die Geschichte der Versuche amtlicher und halbamtlicher Stellen, das Tribunal zu verhindern, mit einer herausragenden Dokumentation fort:*

**Februar 78: Der DGB verschickt ein Rundschreiben an alle Landesbezirke und Kreise:**

Das hier abgedruckte Rundschreiben wu[rde] vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DG[B]), Abteilung "Vorsitzender", mit Unterschrift von Heinz Oskar Vetter herausgegeben und richtet sich an die DGB-Landesbezirke und DGB-Kreise; diese werden um "Beachtung und Bekanntgabe dieses Beschlusses" gebeten.

Inhaltlich spricht dieser Beschluß wohl für sich selbst, doch ist darauf hinzuweisen, daß dadurch die Existenz mindestens eines zweiten Papiers des Verfassungsschutzes sicher ist, in dem die Mitglieder der Jury daraufhin untersucht werden, on sie auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen.
Wenn also die erste Verschlußsache der Bundesregierung selbst Gegenstand des Tribunals werden wird, (s. ID 213) dürfen die Mitglieder der Jury jetzt auch zur Kenntnis nehmen, daß gegen etliche von ihnen ein Berufsverbot ausgesprochen worden ist.

Deutscher Gewerkschaftsbund – Bundesvorstand –
– Abt. Vorsitzender –
4 Düsseldorf 1
Postfach 2601 18. Januar 1978

3. Internationales Russell-Tribunal

"Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

In seiner Dezember-Sitzung beschäftigte sich der BUNDESVORSTAND eingehend mit dem von der privaten "Bertrand Russell Peace Foundation Ltd.," geplanten 3. sogenannten "Russell-Tribunal" über Verletzung von Menschenrechten in der Bundesrepublik Deutschland.

Das erste dieser Tribunale wurde 1966/67 - nach Verbot seiner Durchführung in Frankreich - in Stockholm, das zweite 1973/74 in Brüssel und Rom durchgeführt. Die dort behandelten Themen waren: Kriegsverbrechen in Vietnam und Unterdrückung in Brasilien, Chile und Lateinamerika.

Zu dem nun vorgesehenen 3. Tribunal, das sich mit der angeblichen politischen Unterdrückung und Verletzung von Menschenrechten in der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere mit den sogenannten Berufsverboten befassen soll, sind uns folgende Fakten bekannt:

Auf dem "Anti-Repressions-Kongreß" des "Sozialistischen Büros" (SB) im Juni 1976 in Frankfurt/Main wurde von der französischen "Partie Socialiste Unifie" (PSU) dem "Sozialistischen Büro" (SB) und dem Kommunistischen Bund (KB) der Vorschlag gemacht, beim Aufbau eines "Internationalen Komitees gegen Berufsverbote" mitzuwirken.

Im Oktober/November 1976 fanden dann zwei weitere internationale Treffen in Paris mit Vertretern der Russell-Stiftung statt. An ihnen beteiligten sich von deutscher Seite das SB, der KB, die Trotzkistische Gruppe Internationaler Marxisten" (GIM) und Mitarbeiter des "Informationsdienstes zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten" (ID). Hier wurde nun beschlossen, ein Tribunal gegen die Repressionen in der Bundesrepublik Deutschland durchzuführen.

Im Februar 1977 rief dann die Russell-Stiftung auf, dieses Tribunal vorzubereiten und warb um "weltweite Unterstützung" durch Bildung "nationaler Unterstützungskomitees" und Bereitstellung der erforderlichen finanziellen Mittel.

In der Bundesrepublik Deutschland wurden bislang einige vorbereitende Konferenzen durchgeführt. Hierbei und in den Unterstützungskomitees kam es zwischen den Gruppen der "Neuen Linken" zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten über das durchzuführende Programm und die erforderliche taktische Marschroute.

Dem SB kam es auf eine breite Unterstützung des Tribunals durch "radikale, demokratische Kräfte" aus Gewerkschaften, Kirchen, Kultur und auch demokratischen Parteien an.

Die GIM forderte, neben Gruppen der "Neuen Linken" auch "demokratische" Kräfte aber auch die DKP für das Tribunal zu gewinnen. Im übrigen verlangte sie, das Tribunal auf "Berufsverbote" zu beschränken.

KB und ID verlangten demgegenüber ein auf Gruppen der "Neuen Linken" beschränktes Tribunal. Der KB forderte außerdem, das Tribunal müsse die seiner Meinung nach zunehmende faschistische Tendenz in der Bundesrepublik Deutschland behandeln.

Zwischenzeitlich wurde ein "vorläufiges Sekretariat" eingerichtet und der Öffentlichkeit im Oktober 1977 von diesem die "Jurymitglieder" für das bevorstehende Tribunal vorgestellt. Dieser "unabhängigen" Jury, die während des Tribunals dann über die Bundesrepublik Deutschland zu Gericht sitzen soll, gehören folgende Personen an:

Dr. Günther ANDERS , Österreich
Schriftsteller

Prof. Eric BENDLEY, USA
Historiker und Brecht-Übersetzer

Claude BOURDET, Frankreich
Journalist, Mitglied Parti Socialiste Unifie, Vizepräsident der "Internationalen Konförderation für Abrüstung und Frieden (IKAF)". *Sprach auf dem berüchtigten Vietnam-Kongreß des SDS am 22.5.66 in Frankfurt/M. (Kursiv-Hervorhebung durch Red. ID)*

Howart BRENTON, England
Schriftsteller

Dr. Noel BROWNE, Irland
Mitglied der Labour-Party, früherer Gesundheitsminister von Irland

Othelo de CARVALHO, Portugal
*Exponent ultralinker Offiziere in Gremien der Militärjunta nach dem Staatsstreich in Portugal.*

Prof. Georg CASALIS, Frankreich
Theologe, Vizepräsident der Christlichen Friedenskonferenz (CFK), Mitglied der Jury im II. Russel-Tribunal gegen Repressionen in Lateinamerika, *Mitglied der Untersuchungskommission über den Tod Ulrike Meinhofs.*

Prof. Vladimir DEDIJER, Jugoslawien
Historiker, Prof. in USA Mitglied der Jury im II. Russell Tribunal, Verfasser der bekannten Tito-Biographie

Jean Pierre FAYE, Frankreich
Schriftsteller

Prof. Johan Galtung, Norwegen
Friedensforscher, Mitglied *des wissenschaftlichen Beirats des orthodox-kommunistisch-beeinflußten "Internationalen Insituts für den Frieden Wien"*

Lord T. GIFFORD, England
Rechtsanwalt, *Mitglied der kommunistisch- beeinflußten HALDANE- Rechtsanwaltsgewerkschaft. Diese Gewerkschaft setzte sich sehr für den deutschen RA Groenwold ein.*

Porf. Dr. Ruth GLASS, England
Soziologin an der Uni London, beschäftigt sich mit Problemen des Städtebaus, *gilt als kommunistische Sympathisantin, soll* Präsidentin der 1. Sitzungsperiode des III. Tribunals werden.

Trevor GRIFFITHS, England
Schriftsteller, *gilt als trotzkistischer Sympathisant*

Andre JEANSON, Frankreich
ehemaliger Vorsitzender der "Confederation Francaise Democratique du Travail (CFDT)". *Die CFDT gilt als linksextremistisch*

Dr. Robert JUNGK, Österreich
Publizist und Futurologe, *Mitglied des Pressedienst Demokratische Initiative (PDI) tritt bei vielen Protestaktionen der AKW-Gegner als Redner auf.*

Prof. Sven KRISTENSEN, Dänemark
Schriftsteller

Ricardo LOMBARDI, Italien
Mitglied der PSI (Italienische sozialistische Partei)

Luigo LOMBARDO-RADICE, Italien
Mitglied des ZK der KPI

Prof. Steven LUKES, England
Wissenschaftler

Prof. Lolle NAUTA, Holland
Philosoph und Mitglied der Partei der Arbeit

Prof. Otto NATHAN, USA
Finanzberater

Josephine RICHARDSON, England
Labour-Abgeordnete im Wahlkreis Barking

David ROUSSET, Frankreich
ehemaliger gaullistischer Abgeordneter

Prof. Albert FOUGUL, Frankreich
Historiker

Elliot A. TAIKEFF, USA
Jurist

Umberto TERRACINI, Italien
Mitglied der Leitung des ZK der KPI

Zu dieser Jury wurde ein deutscher "Beirat" gewählt, der die Jury in allen anstehenden Fragen beraten soll und auch an deren Sitzungen teilnimmt, bei der abschließenden Beurteilung aber kein Stimmrecht besitzt. Dem Beirat gehören an:

1.) Dr. Ingeborg DREWITZ
Schriftstellerin, *seit Anfang 1973 Mitglied des "Presse-dienst Demokratische Initiative", Unterzeichnerin von Aufrufen kommunistisch-beeinflußter Organisationen,* seit Januar 1976 stellvertretende Vorsitzende des "Verband Deutscher Schriftsteller", Präsidiumsmitglied des PEN der Bundesrepublik Deutschland.

2.) Prof. Helmut GOLLWITZER
Theologe, *Mitarbeiter der prokommunistischen "Christlichen Friedenskonferenz", Unterstützer in Wort und Schrift der kommunistisch-gesteuerten Kampagnen gegen atomare Bewaffnung, Notstandsgesetze, Vietnamkrieg und „Berufsverbote"*

3.) Prof. Wolf-Dieter NARR
Politologe an der FU Berlin, Mitglied der SPD, Mitglied des "Arbeitsausschusses" des "Sozialistischen Büros" (SB) in Offenbach.

4.) Martin NIEMÖLLER
Theologe, *Ehrenpräsident des prokommunistischen "Weltfriedensrates", u.a. Träger des Leninpreises (1967). Büromitglied der DKP-beeinflußten "Konferenz für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ).*

5.) Prof. Uwe WESEL
Politologe FU Berlin, zeitweilig Vizepräsident der FU Berlin.

Selbstverständlich bemühen sich die Initiatoren und nun auch die bereits gebildeten Gremien des Tribunals um eine Zusammenarbeit mit demokratischen Kräften in der Bundesrepublik Deutschland, um eine möglichst breite Öffentlichkeit zu erreichen und um die herrschende Isolierung linksextremistischer Gruppen in unserer Gesellschaft aufzubrechen. Auch der DGB ist Anfang dieses Jahres durch einen Beschluß des Beirats zu Gesprächen über das Russell-Tribunal aufgefordert werden.

Angesichts der politischen Zielsetzungen, der Zusammensetzung der Initiativgruppen sowie der "berufenen Gremien" dieses Tribunals sieht sich der DGB nicht in der Lage, diese "Veranstaltung" zu unterstützen.
*Da es sich bei den Initiatoren und Mitwirkenden dieses Tribunals z.T. zweifelsfrei um Vertreter DGB-feindlicher Gruppen handelt, die das Ziel verfolgen, die Bundesrepublik Deutschland als einen faschistischen oder zumindest präfaschistischen Staat darzustellen, Ziele also, die sich auch gegen den DGB wenden, fordert der Bundesvorstand die Mitgliedschaft auf, sich in keiner Weise an den Vorbereitungen oder Durchführungen dieses Tribunals zu beteiligen. Eine Teilnahme von Gewerkschaftsgruppierungen oder einzelner Gewerkschaftsmitglieder würde sich strikt gegen die Interessen des DGB auswirken.*

Die DGB-Landesbezirke und die DGB-Kreise werden um Beachtung und entsprechende Bekanntgabe dieses Beschlusses gebeten".

11 Mit freundlichen Grüßen.
Heinz O. Vetter

## GEWERKSCHAFTSAUSSCHLUSSVERFAHREN FÜR UNTERSTÜTZER DES RUSSELL–TRIBUNALS

FRANKFURT
29. März

Gegen Brigitte Schultek und vier weitere ÖTV-Mitglieder aus Lübeck soll ein Gewerkschaftsausschlußverfahren eingeleitet werden, weil sie einen Aufruf zu einer Lübecker Veranstaltung "Demokratische Grundrechte in Gefahr – wir wehren uns" unterzeichnet haben.
Grundlage für das Gewerkschaftsausschlußverfahren ist ein Brief des ÖTV-Vorsitzenden Bezirk Nordwest, Schwalbach, vom 22.2.78, gekennzeichnet als 'vertraulich'. Dieses Schreiben bezieht sich auf den Beschluß des Hauptvorstandes der ÖTV vom 15./16.2.78: "... fordert der Hauptvorstand die Mitglieder der Gewerkschaft ÖTV auf, sich in keiner Weise an der Vorbereitung und Durchführung des Dritten Internationalen Russell-Tribunals zu beteiligen ... Wir bitten Euch, in geeigneter Weise dafür zu sorgen, daß in Eurem Bereich der Beschluß des Hauptvorstandes vom 15./16.2.78 eingehalten wird."

Brigitte Schultek wird am 17.3.78 vom ÖTV-Kreisvorsitzenden Harald Winckelmann aufgefordert, sich vom Aufruf und dessen Unterzeichnern zu distanzieren, da dann von einem Gewerkschaftsausschluß abgesehen werden könne. Winckelmann netwirft eigenhändig eine Distanzierungserklärung für Brigitte Schultek: "Der Personenkreis dieser Unterzeichner und die politischen Strömungen in diesem Zusammenhang waren mir nicht bekannt ... Aus diesem Grunde distanziere ich mich ..."

Am 23.3.78 führt sie ein Gespräch mit ÖTV-Sekretär Schwalbach, der von ihr auch eine schriftliche Erklärung fordert. Schwalbach: "Ja, also wer im Zusammenhang mit Russell-Tribunal unterschreibt, der verhält sich gewerkschaftsschädigend. Also das schreiben sie mal auch."

Brigitte: "Ja, das begründet dann schon ein Gewerkschaftsausschlußverfahren?"

Schwalbach: "Ja, das kann ich ... so ... so ... so ... so schnell schießen die Preußen nicht ..." ... "Ja, also Russell-Tribunal ist gewerkschafts... das Russell-Tribunal selber ist gewerkschaftsfeindlich. Das ist ja gegen die Gewerkschaft gerichtet." ... "Nein, eine Zusammenarbeit mit dem Russell-Tribunal ist gewerkschaftsschädigend!"

Brigitte Schultek hat sich nicht distanziert.

## BEMERKUNGEN ZUR VORGANGSWEISE UND DEN KRITERIEN DES TRIBUNALS (AUSZÜGE)

***Gekürzter Beitrag von Johan Galtung bei der Eröffnung des Tribunals am 29.3.78 in Harheim***

Das 3. Russell-Tribunal unterscheidet sich von seinen Vorgängern nicht in den prinzipiell angewandten Kriterien. Darauf hat Vladimir Dedijer schon hingewiesen. Wohl unterscheidet sich dieses 3. Russell-Tribunal in der Art und Weise, wie es die Kriterien anwendet, wie es dabei vorgeht.

Die qualitative Differenz wird schon an dem deutlich, was unter "Tribunal" im Zusammenhang des 3. Russell-Tribunals zu verstehen ist. Die Jury des 3. Russell-Tribunals versteht sich nicht als ein von außen eingesetztes Gericht, das über die Bundesrepublik als solche im Guten oder im Bösen zu befinden hat. Insofern wird die bundesrepublikanische Szene nicht zum gerichtsförmigen Tribunal, vor dem die "Bösewichter" einvernommen werden, gestehen und schließlich abgeurteilt werden. Vielmehr versteht sich die Jury als ein von der Russell Foundation eingesetztes Gremium, das mit dem Maßstab der Menschenrechte ausgestattet die Situation in der Bundesrepublik erkunden und das Ausgekundschaftete der Öffentlichkeit kundtun soll.

Das Verfahren des 3. Russell-Tribunals ist demgemäß nicht mit einem Gerichtsverfahren zu verwechseln.

Dieses Urteil (das die Jury fällt, d. Red.) wird nicht im Sinne eines Gerichtsurteils erfolgen, sondern im Sinne einer differenzierten, fallbezogenen, klärenden und gegebenenfalls warnenden Stellungnahme...

Nun einige spezielle Anmerkungen zu Kriterien und Verfahren: Die Jury bezieht sich, wie es sich auch aus dem Auftrag der Russell Foundation ergibt, auf die in internationalen Vereinbarungen formulierten Menschenrechte. Diese Menschenrechte sind ausweislich der betreffenden einschlägigen Artikel des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und angesichts der ausdrücklichen Übernahme der international vereinbarten Menschenrechte durch die Verfassung der Bundesrepublik unmittelbar geltendes Recht in dieser Republik. Der von der Jury angewandte Maßstab ist demgemäß keiner, der von außen herangetragen würde' Dieser Maßstab wurde von der Bundesrepublik als der ihre formuliert...

Die Jury besitzt auch nicht Kompetenzen und Möglichkeiten einer offiziell eingesetzten oder einer doch monatelang tätigen Untersuchungskommission. Zusammen mit den unabdingbaren Geboten der Genauigkeit und der Differenzierung, welche in Bezug auf die Menschenrechte die Legitimation des Tribunals begründen, bedeutet diese institutionelle und verfahrensmäßige Begrenzung des Tribunals, daß Fälle, die nicht genügend recherchiert worden sind und nicht genügend recherchiert werden können, daß Fälle, deren Zwei- und Mehrdeutigkeit nicht zu beheben ist, vor dem Tribunal von der Jury nicht behandelt werden. Diese Aussage gilt beispielsweise für die Stammheimer Todesfälle. Ohne Frage bleibt im Zusammenhang dieser Todesfälle manches Ungereimte. Ohne Zweifel haben sich auch die beteiligten Behörden nicht so verhalten, daß sie über jeden Verdacht, und sei es auch nur nicht rechtfertigbarer Fahrlässigkeit erhaben wären. Doch ein Urteil vermöchte sich die Jury angesichts des unklaren und unklar gelassenen Sachverhalts nicht zureichend bilden, bevor nicht eine eigene unabhängige, mit allen nötigen Kompetenzen ausgestattete internationale Untersuchungskommission die Sachlage restlos aufgeklärt hat. Aus diesen Gründen wird sich die Jury mit den Stammheimer Todesfällen und ähnlich gelagerten Problemen auch während der zweiten Sitzungsperiode nicht befassen können. Jedes Eintreten für die unverkürzte Geltung der Menschenrechte wird erst und insoweit unglaubhaft, wenn und insofern Urteile gefällt werden, die auf bloßer Vermutung, auf Vorurteilen oder unzureichenden Indizien beruhen. Dies kann und will dsich die Jury des III. Russell-Tribunals nicht leisten. Sie würde damit genau dem Vorhaben, in dessen Namen sie angetreten ist: Menschenrechtsverletzungen entgegenzutreten schaden.

Mit dem Komplex Terrorismus und staatliche Reaktionen wird sich das III. Russell-Tribunal im Hinblick auf die Frage nach Einschränkung von Meinungsfreiheit und Beschränkung der Verteidigungsrechte während seiner zweiten Sitzungsperiode beschäftigen. An dieser Stelle kann ohne nähere Begründung soviel gesagt werden, daß man zum einen des Terrorismus nicht Herr wird, daß der Staat Grund- und Menschenrechte einschränkt. Diese Aussage ist weniger eine normative denn eine auf einer Fülle vergleichbaren Materials beruhende analytische. Zum zweiten läßt sich mit guten Gründen behaupten, so schwer es auch den bestehenden Institutionen fallen wird, dies einzusehen, daß private Gewalt in Form terroristischer Aktivitäten nicht begriffen und auch nicht zurückgedrängt und bewältigt werden kann, wenn man nicht in Form und Vorgangsweise der öffentlichen Gewalt und ihrer Gesetze, wenn man nicht den Staat in die Analyse und in die Strategie der Bewältigung zentral mit einbezieht. Jedenfalls gilt diese Feststellung, wenn es nicht nur um mehr oder minder spektakuläre Verfolgungen akuter Terrorfälle zu tun ist, sondern um den Abbau der Bedingungen der Möglichkeit von Terrorismus.

Die Art, wie Terrorismus bekämpft wird, spielt eine entscheidende Rolle dabei, ob es gelingt, die Gründe für die terroristischen Aktionen abzubauen oder zu verstärken...

Im Zentrum der Verhandlungen steht das s t a a t l i c h e Berufsverbot, stehen vom Staat ausgehende Verletzungen; zum anderen werden Gewerkschaftsausschlüsse aus diesem Grunde nur dort und nur insoweit behandelt, als sie mit einem staatlichen Berufsverbot direkt gekoppelt sind.

Um so mehr hat es Foundation, Jury, Beirat und Sekretariat befremdet, daß der Bundesvorstand des DGB in seinen Empfehlungen vom 18.1.1978 offenbar aufgrund einseitiger Informationen aus der Quelle des Verfassungsschutzes sowohl einzelne Mitglieder von Jury und Beirat beleidigend diffamierte, als auch das Vorhaben des Tribunals pauschal ablehnte. In einer revidierten Stellungnahme vom 31.1.1978 nahm der DGB-Bundesvorstand zwar, ohne sich zu entschuldigen, einen Teil der diffamierenden Charakteristiken von Jury- und Beiratsmitgliedern zurück; er beließ es jedoch bei seinem pauschalen Vor-Urteil gegenüber dem Tribunal insgesamt, über das er sich nach wie vor nicht besser informiert hatte. Der Bundesvorstand lehnte sogar jedes Gespräch mit dem Beirat des Tribunals von vornherein ab. Jury und Beirat weisen die schlecht beratene und schlecht informierte Stellungnahme des Bundesvorstandes des DGB zurück. Gleichzeitig gehen sie aber davon aus, daß auch der Bundesvorstand des DGB nicht nur erkennt und kundgibt, daß er sich im vorherigen Aburteilen des Tribunals geirrt hat. Vielmehr sollte auch der Bundesvorstand des DGB erkennen - will er sich nicht für andere Zwecke gebrauchen lassen -, gerade weil die Grundrechte im gewerkschaftlichen Kampf essentiell sind, daß er die Sache des Tribunals nicht behindern, sondern fördern muß....

## KIRCHENBESETZUNG IN HARHEIM

Harheim
29. März

Während das Russell-Tribunal-Mitglied Johan Galtung die Einschränkungen des Russell-Tribunals lang und breit erklärte und rechtfertigte und auch andere Tribunal-Mitglieder erklärten, daß man der Einwohnerschaft Harheims ihre Ängste mittels einer Flugblattaktion besänftigen sollte (CDU ruft zu Gegenveranstaltungen auf), besetzten Kommitees gegen die Folter, die sich Russell-Initiativen nennen, die evangelische Kirche in Harheim, keine hundert Meter vom Bürgerhaus entfernt.

Pfarrer Jörg Reich steht jugendlich und entspannt in der Mitte der Besetzer. Alles verläuft friedlich. Seine Frau später: „Keine gewaltsame Entfernung der Kirchenbesetzer." Aber der Kirchenvorstand trifft sich erst am Mittwochabend, um die Lage zu besprechen." Schon um 12.15 Uhr kam Polizeibeamter Adler vom 15. Revier in die Kirche, aber gegenüber dem lächelnden Pfarrer zog er sich mit "Wenn Sie nichts dagegen haben, ich auch nicht!" friedlich zurück. Zwischenruf:"Endlich ein deutscher Adler."

Pfarrer Reich:„Leider haben meine Harheimer Kirchgänger sehr Angst vor dem Russell-Tribunal. Der Bürgerverein hat schon das Polizeipräsidium gebeten, das Eigentum der Bevölkerung zu schützen."

Der deutsche Beirat des Russell-Tribunals hat sich spontan und scharf von der Besetzung distanziert.

## RUSSELL-INITIATIVE FRANKFURT LÄDT EIN ZUM "INTERNATIONALEN FRÜHSCHOPPEN"

FRANKFURT, 28.3.1978

Die Russell-Initiative Frankfurt möchte bei einem "Internationalen Frühschoppen" am 1.4.78, 10 Uhr, im Volksbildungsheim, am Eschersheimer Turm mit ausländischen Gruppen die Erfahrungen beim Kampf gegen die Repression in der BRD diskutieren. Themen u.a. Wie äußert sich die internationale Zusammenarbeit der Herrschenden? Was heißt hier "Modell Deutschland"? Welche Gründe seht Ihr für die verschärfte Repression in der BRD?

## INTERNATIONALES SOLIDARITÄTSFEST

OFFENBACH 17. März 78

Ein "Fest der internationalen Solidarität und Völkerfreundschaft" findet in der Offenbacher Stadthalle am 1. April ab 11 Uhr statt. Unter anderem werden Filme über Afrika, Lateinamerika (Argentinien, Panama, Uruguay, und Kolumbien) und Palästina ("Tel al Zaatar – ein Jahr danach" 1977) gezeigt, Außerdem treten verschiedene Folklore- und Gesangsgruppen auf.

**Veranstalter:**
**Liga gegen den Imperialismus, Zentralvorstand, Zugweg 10, 5000 Köln 1, Tel.: 0221/32 71 60**

## BEGINN DER BONNER THIEU–PROZESSE

Köln 27. März

Am 10. April 1973 protestierten Tausende in Bonn gegen den Besuch des damaligen vietnamesischen Staatspräsidenten Thieu bei seinen Bonner Geldgebern. Dabei wurde auch zeitweilig das Rathaus von Demonstranten besetzt.

Diese ungehobelten diplomatischen Aktivitäten führten dazu, daß 19 angeblichen Besetzern jetzt der Prozeß gemacht wird, wegen „ besonders schwerem Landfriedensbruch", was eine Gefängnisstrafe von 1–10 Jahren möglich macht. Der erste Prozeß gegen 7 Angeklagte soll am 6. April in Bonn beginnen. Die Angeklagten geben zusammen mit dem Unterstützungskomitee am Do., 30.3. um 11 h in Bonn, Restaurant "Am Tulpenfeld", eine Pressekonferenz. Am 8. April findet eine Solidaritätsveranstaltung statt.

**Kontakt: "Komitee zur Unterstützung der Angeklagten der Bonner Thieu-Prozesse", c/o Hansjörg Hilke, 5000 Köln 1, Postfach 210 402. Weitere Auskünfte gibt ebendieser Mo – Fr, 17.30 - 19.30 am Telefon 0221/13 12 38.**

## EINFÜHRUNG VON KONTAKTBEREICHS-BEAMTEN

MANNHEIM 28.3.

In drei Städten Baden–Würtembergs solllen Kontaktbereichsbeamte eingesetzt werden. Auch für Mannheim ist ein solcher Versuch „Mensch in Uniform" geplant und zwar schon für die Mitte dieses Jahres. Folgende Bitte an alle Gruppen , die sich bereits in anderen Städten gegen den Einsatz von Kobs gewehrt haben. Wir möchten uns mit euch zwecks Erfahrungsaustausch in Verbindung setzen.

**Kontakt: Hannelore Müller**
**Am Schelmenbuckel 11, 68 Mannheim 51**

## HAUSBESETZUNG IN HANNOVER

HANNOVER, 21. März

Aus einer Presseerklärung der Hausbesetzer:

In der Nacht zum 17.3. haben wir das Haus Heisenstr. 31 in der Nordstadt besetzt: und schon jetzt zeigt sich: Die meisten Nordstadtbewohner, insbesondere ausländische Arbeiter und deren Familien bringen unserer Aktion zunehmend Interesse entgegen. Und die Sympathie uns gegenüber wächst!

Wir sehen darin die Bestätigung, daß eine solche Aktion richtig und auch notwendig ist. Denn eine am gleichen Tag, so eine Information des Hausbesitzers O. Richter (Gerüstbau firma), sollte dies leerstehengelassene Haus, eins von wenigen noch gut erhaltenen Fachwerkhäusern in der Nordstadt, abgerissen und damit weiter billiger Wohnraum abgerissen und damit zerstört werden. Schon seit Wochen wird über die geplante „Sanierung" der gesamten Nordstadt geschrieben, die weitere Bewohner an den Stadtrand in teure Neubausilos („Sozialwohnungen") abdrängen soll.

### WAS IST VOR UNSERER AKTION FÜR DAS HAUS GETAN WORDEN ?

Wie auch schon in der hannoverschen Presse vom 18. – 19. 3. im Zusammenhang mit der Besetzung berichtet wurde, hatte der Eigentümer den Strom abstellen und die Hauptwasserleitung zerstören lassen unmittelbar, nachdem die Altmieter vertrieben oder fristlos gekündigt waren. Auch im Hinterhaus – das nach dem Willen des Besitzers auch abgerissen werden sollte – sind den noch wenigen verbliebenen Bewohnern (ausländische Arbeiter) schon vor Tagen Strom und Wasser abgestellt worden. Mit diesen rechtswidrigen Schikanen will der Eigentümer offenbar den Abriss beschleunigen und alle Menschen aus dem Komplex vertreiben. Zynischerweise unterstützt der Stadtrat solche Maßnahmen auch noch immer, indem er , laut Presse, die Beseitigung des Hauses begrüßt. Obwohl andererseits von ihm beklagt wird: aus der Nordstadt wandern die Bewohner ab.
Wir meinen, durch diese Vorgänge sind alle Betroffen. Diese Willkür können wir nicht hinnehmen. Wir nehmen die Renovierung jetzt in die eigene Hand. Deshalb haben wir besetzt. In einer solchen Aktion sehen wir das letzte uns verbliebene Mittel, billige Wohnungen zu erhalten.Ein altes Fachwerkhaus zu retten und auf die drohende gesamte Sanierung der Nordsadt aufmerksam zu machen.

### WAS HABEN WIR BISHER GEMACHT?

Gleich am ersten Tag ließen wir den Architekten Gerd Meinhof kommen der das Haus für bewohnbar hielt. Darüber wird ein Gutachten erstellt werden. Zugleich begannen wir mit Verschönerungs– und Reparatur arbeiten außen und innen. Wir richteten 3 Räume provisorisch ein, zum Teil mit gespendeten Möbeln. Außen haben wir mit dem Anstreichen des Hauses begonnen. Eine Passantin meinte:„Warum habt ihr das nicht eher gemacht. Holt doch Farbe und Pinsel!" Und eine Nachbarin:„In der Innenstadt werden die Fachwerkhäuser renoviert, da allerdings für teure Pinten!" Da wir meinen Information und Mitarbeit der Bevölkerung ist ein entscheidender Schutz für uns und wir das Ziel haben, viele Menschen durch unseren Widerstand zu aktivieren für ihre Interessen, haben wir Kontakte in der Umgebung aufgenommen, z.B. durch persönliche Gespräche, Hausbesuche, Flugblätter und Unterschriftenaktionen . Eine große öffentliche Hausversammlung haben etwa 100 Menschen besucht. Bei der Diskussion stellte sich heraus, daß fast alle unsere Aktion unterstützen und die Unterschriftenliste unterzeichnet haben, in der die Besetzung begrüßt wird. Aber besonders haben wir uns gefreut über materielle Unterstützung in Form von Material– und Geldspenden welche wir auch weiterhin dringend benötigen. Auch praktische Mithilfe bei der Renovierung ist immer willkommen.

Wir suchen keine Konfrontation mit der Polizei, sondern es

ist unser Ziel, mit allen betroffenen Menschen gemeinsam unsere Lebensinteressen, billigen Wohnraum zu erhalten und zu bewohnen gegen den Eigennutz von Hausbesitzern und Stadtverwaltung zu schützen und zu verteidigen.
Wir wenden uns zugleich an Herrn Richter und die Stadtverwaltung mit unserem Vorschlag eine private und öffentliche Diskussion mit uns über die Erhaltung des Hauses Heisenstr. 31 und des Viertels zu führen.

Mit unsrer Aktion und unseren Arbeiten am und im Haus geben wir unseren Forderungen praktischen Ausdruck. Diese Forderungen sind:

1. Daß Wohnräume erhalten bleiben,
2. Daß Menschen, die dringend Wohnräume benötigen, dort einziehen können,
3. Daß die Bewohner der Nachbarhäuser unterstützt werden,
4. Daß das Fachwerkhaus unter Denkmalschutz gestellt wird.

Wir haben vor, wöchentliche öffentliche Hausversammlungen , jeweils Samstags um 16.00 Uhr abzuhalten, um unser weiteres Vorgehen mit allen Betroffenen und Nordstadtbewohnern abstimmen zu können. Wir freuen uns über jeden weiteren Besuch in dem schönen Fachwerkhaus.

KOMMT UND UNTERSTÜTZT UNS!!!!
**Hannover, Nordstadt, den 21.3. 78**

**V.i.S.d.P.: Initiative rettet die Nordstadt**
**Die Besetzer**

## "SPANISCHES ZENTRUM" GESCHLOSSEN

ESSEN
27. März 78

Seit dem 1. des Jahres gibt es kein spanisches Zentrum mehr in Essen. Nach 7-jährigem Bestehen wurde nach nochmaliger Kündigung und erneutem Schuldenberg das Haus leise und widerstandslos, d.h. auch bewußt geräumt.

Über die Auseinandersetzungen wird es demnächst wahrscheinlich eine Darstellung geben, an der zur Zeit noch gearbeitet wird. Wer mehr darüber wissen willkann sich an den **Politischen Buchladen, Tiegelstr. 39, 4300 Essen**, wenden.

Für diejenigen, die Jahre im Zentrum mitgearbeitet haben, ist es ein Stück von Emigrantenselbstorganisation, ein Stück von multinationaler Zusammenarbeit, ein Stück undogmatischer Politik, ein Stück Selbstorganisation deutscher Genossen, ein Stück offener Auseinandersetzung im deutschen Parteien- und Gruppenwald, ein Stück von dem Versuch neuer Kollektivität.

Für alle Gruppen, Genossen, Zentren, die glauben, mit unseren Erfahrungen für sich selbst etwas anfangen zu können, gibt es - bisher noch ungeordnetes - Material, Papiere, Filme, Fotos über unsere Arbeit. Die Gruppen, die sich bis zuletzt im Zentrum getroffen haben, haben sich im wesentlichen in drei neuen Läden aufgeteilt. Die ausländischen Arbeiter und Genossen sind unterschiedlich in allen möglichen Projekten verstreut oder haben sich, nun als politische Gruppierung, außerhalb der deutschen Genossen organisiert.

Die neuen Treffpunkte bzw. Anlaufstellen sind:
– in allererster Linie der Buchladen mit der neuen Anschrift Tiegelstr. 39, Tel. 32 43 81,
– dann der Klartext-Laden für die Stadtzeitung
– und zuletzt ein Beratungsladen, der erst am 1.4. beginnen wird, in dem ein Ausländerrechtshilfefonds, die juristische und medizinische Beratung , ein AKW-Nein-Büro, Gesundheitsgruppe, usw. sich treffen und arbeiten. In allen drei Läden sind Leute aus dem ehemaligen Zentrum vertreten. Falls jemand übers ehemalige Zentrum was wissen will, dann schreibt unter dem Stichwort "Zentrum" an den Buchladen.

Noch etwas:
Wir haben, wie ihr wahrscheinlich wißt, von dem Gruga-Fest "Leben-Kämpfen-Solidarisieren" im November 76 eine Doppel-LP gemacht, die noch in großen Mengen bei uns liegt, die wir nicht nur loswerden wollen, sondern auch so gut finden, daß wir sie als Dokument des ersten Initiativen-Treffens im Ruhrgebiet auch für sehr wichtig halten.
Als zweites gibt es ein kleines Buch (für inzwischen DM 2.-), das den Inhalt einer jährlich stattgefundenen "Spanischen Woche" im Znetrum aufzeichnet. Es erzählt also weniger über das Zentrum selbst, sondern hat nach der Programmfolge Artikel über Spanien, über die Lage und Arbeit der Emigranten, enthält Lieder, Gedichte, Theaterstücke, Filmbesprechungen usw., eigentlich alles in schriftlicher Form, was so während dieser Woche an Musik, Text und Vorträgen abgelaufen ist. Das Buch hat bisher wenig Verbreitung gefunden, warum, weiß der Henker; wir findens gut. Auch das Buch könnt ihr beim Buchladen bestellen.

## OPPOSITIONELLE LISTE ZUR HESSISCHEN LANDTAGSWAHL?

LANGEN
13. März

Am 8. Oktober finden in Hessen Landtagswahlen statt. Aus diesem Grund fand am 11. März in Mühlheim bei Offenbach ein erstes Treffen statt, um über eine mögliche oppositionelle Wahlbeteiligung zu diskutieren. Anwesend waren 20 Umweltschutz- und Anti-AKW-BI's, die BUU Hamburg (die ja ebenfalls mit anderen Initiativen zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen kandidiert), die AUD, der Bund für Umwelt- und Naturschutz sowie linke Organisationen (KB, SAG, GAD).

Die Diskussion behandelte im wesentlichen die Fragen nach Sinn und Zweck sowie nach der Form einer oppositionellen Liste. In der Diskussion sind bisher 2 Modelle: Eine auf den Umweltschutz bezogene Liste ("Grüne Liste") oder eine "Bunte Liste" (mit weiteren Initiativen wie Frauengruppen, Schüler-, Lehrlings- oder anderen Jugendinitiativen, Mieterinitiativen, u. a. ). Es wurde beschlossen, die Frage einer möglichen Wahlbeteiligung, vor der endgültigen Entscheidung, für alle fortschrittlichen Initiativen, Gruppen und Interessierte zur Diskussion zu stellen. Wir fordern deshalb alle Bürger- und Basisinitiativen auf, sich an der Diskussion zu beteiligen.

Schreibt Eure Vorstellungen über eine Wahlbeteiligung wenn möglich bis zum 5.4. an die "Initiativgruppe Grüne Liste". Sollten sich die Diskussionen bei Euch etwas länger hinziehen, so schickt Eure Vorschläge später. Wir wollen dann die gesamten Vorschläge veröffentlichen und zur Diskussion stellen.. Es wäre auch ganz gut, wenn sich örtlich oder regional interessierte Initiativen treffen würden um die Frage der Wahlbeteiligung zu diskutieren.
Das nächste hessenweite Treffen findet aller Voraussicht nach Ende April statt. Der Termin wird auf alle Fälle vorher veröffentlicht.
I.A. des Vorbereitungsausschuß – BI gegen Atomanlagen Langen.

**Kontakt: "Initiativgruppe Grüne Liste", c/o J. Günther, Starkenburgring 19, 6050 Offenbach.**

## FORDERUNGEN DER ANGEHÖRIGEN POLITISCHER GEFANGENER

Harheim 29. März — Sybille Haag fomuliert, was die Angehörigen wollen. Im Saal des Russell-Tribunals in Harheim, während Erich Kuby redet, entrollen die Angehörigen der Gefangenen ein Transparent:

Sie fordern von der Jury des 3. Russell-Tribunals

- eine Delegation zu bestimmen, die die Gefangenen im Hungerstreik besucht und Prozesse beobachtet, um sich von den Menschrechtsverletzungen bei diesen Prozessen zu überzeugen und ihre Forderungen zu unterstützen.

An das Russell-Tribunal in Harheim geht die Aufforderung, verbindlich zuzusagen, daß die Haftbedingungen untersucht werden, die Bildung einer unabhängigen internationalen Untersuchungskommission mit zu unterstützen, die die Tode in Stammheim und Stadelheim untersucht, und jetzt die Gefangenen zu besuchen, die im Hungerstreik sind, und ihre Forderung nach Zusammenlegung zu unterstützen. (Forderungen, die seit mehreren Jahren von fachärztlichen Gutachtern aufgestellt werden und die teilweise zugesagt und alle wieder zurückgenommen wurden.)

Jetzt ist der Hungerstreik wohl an dem Punkt, daß man sagen kann:"Wenn die jetzt nicht etwas unternehmen, wird es Tote geben." Das sagte Richter Fischer vom Oberlandesgericht Stuttgart.

Sybille Haag:"Die ser Hungerstreik wird der härteste Hungerstreik sein, und wir müssen damit rechnen, daß es Tote gibt, und dagegen wenden wir uns, daß wir es nicht vor unseren Augen geschehen lassen, daß es neue Tote in den Gefängnissen gibt."

Frage:"Im wievielten Tag ist der Hungerstreik?"

Sybille Haag:"Die Gefangenen haben zu verschiedenen Zeiten angefangen. Angefangen hat es vor ungefähr drei Wochen. Inzwischen sind 24 Gefangene im Hungerstreik aus Hamburg, Berlin, Lübeck, Stammheim und in den Gefängnissen, in die Gefangene vereinzelt transportiert worden sind (siegfried Haag, ehemaliger Rechtsanwalt aus Heidelbaerg ist seit kurzem in Stammheim).

## VERANSTALTUNG ZUR ZENSUR

MÜNCHEN 29.3. — Am Donnerstag, 30.3. findet in München eine Veranstaltung der Vereinigung Bayerischer Strafverteidiger zum Thema „Zensur in Deutschland" statt, Schwabinger Bräu, um 19.00 Uhr.

Es sprechen: Erich Fried und die Rechtsanwälte Jürgen und Arnold und Jerzy Montag. Anschließend Podiumsdiskussion mit Journalisten und Schriftstellern.

## BONMOTS, HARHEIM, 1. TAG

„Ich lebe in einem Land am Rande des großdeutschen Raumes".
*(Norwegisches Jury–Mitglied Galtung)*

„Es ist geistig unmöglich."
*(Sternredakteur Kuby auf die Frage des norwegischen Jury–Mitgliedes Galtung, ob in der deutschen Politik nicht etwas mehr Humor möglich wäre)*

„Ich komme hierher nicht als Moralist"
*(Norwegisches Jury–Mitglied Galtung)*

„Scheiße".
*(Kommentar des Deutsch–Dolmetschers in Harheim, als die Lautsprecheranlage nicht funktionierte. Was er nicht wußte war, daß dieses Wort während der andächtigen Schweigeminute für Lady Russell durch den Saal dröhnte).*

---

## DER GENAUE ABLAUF DES TRIBUNALS

FRANKFURT,
29. März 1978

**MITTWOCH, 29.3.**

Vormittags:
9.30 – 10.15 Eröffnung. Vorstellung der Mitglieder/ 10.15 – 10.30 Referat: Arbeitsweise und Kriterien des Tribunals/ 10.40 – 11.00 Vorstellung der auf dem Tribunal zu behandelnden Fälle/ 11.00 – 12.30 Gutachten: Zur Gefährdung der Menschenrechte in der Gegenwart. Die Bundesrepublik als ein Beispiel der Transformation des liberalen Rechtsstaates. Erich Kuby.

Nachmittags:
15.00 – 16.30 Fall 1 (Schulbereich): Maria Leiterer/ 16.45 – 18.00 Fall 2 (Schulbereich): Hans Roth.

**DONNERSTAG, 30.3.**

Vormittags:
9.30 – 10.45 Fall 3 (Schulbereich): Cornelia Stoll/ 11.00 – 12.30 Fall 4 (Schulbereich): Fritz Güde.

Nachmittags:
15.00 – 16.30 Gutachten: Geschichte und Ausmaß der Berufsverbote Jürgen Seifert/ 16.30 – 17.10 Fall 5 (Schulbereich): Jutta Kolkenbrock–Netz/ 17.20 – 18.00 Fall 6 (Schulbereich): Hans Wedel.

**FREITAG, 31.3.**

Vormittags:
9.30 – 11.00 Gutachten: Juristische Aspekte der Berufsverbote Ulrich K. Preuß/ 11.15 – 12.30 Fall 7 (Hochschulbereich): Wolfgang Lefevre.

Nachmittags:
15.00 – 16.30 Fall 8 (Justizbereich): Hans Michael Empell/ 16.45 – 18.00 Fall 9 (Justizbereich): Heinz Düx.

**SAMSTAG, 1.4.**

Vormittags:
9.30 – 11.00 Fall 10 (Gesundheitsbereich): Norbert Bräutigam/ 11.15 – 12.30 Gutachten: Zur Praxis der Anhörungen Peter Schneider, Matthias Zieger.

Nachmittags:
15.00 – 15.30 Fortsetzung der Gutachten vom Vormittag/ 15.30 – 16.45 Fall 11 (Gesundheitsbereich): Martina Wikowski.

Abends:
19.30 – 23.00 Großveranstaltung mit Vertretern der internationalen Jury und des deutschen Beirats und namhaften Künstlern (Biermann, Kuhnert, Pannach u.a.)

**SONNTAG, 2.4.**

Vormittags:
9.30 – 11.30 Referat über Präzedensfälle Thomas Blanke/ 12.30 – 14.00 Referat über die Argumente der Befürworter von Berufsverboten Uwe Wesel/ 14.00 – 16.00 Gutachten: Psychologie des Berufsverbots Bernhard Floßdorf, Winfried Gottschalch/ 16.00 – 16.30 Schlußbeitrag zur 1. Sitzungsperiode des III. RUSSELL-TRIBUNALS.

**DIENSTAG, 4.4.**

11.00 – 13.00 Pressekonferenz zum Spruch des Tribunals

- Art. 20 (Volkssouveränität; Gewaltenteilung; Rechtsstaatsprinzip; Sozialstaatspostulat; Widerstandsrecht)
- Art. 21 (Parteiverbot nur durch das Bundesverfassungsgericht)
- Art. 33 (Zugang zu allen öffentlichen Ämtern für jedermann)
- Art. 97 (Unabhängigkeit der Richter)
- Art.101 (Verbot von Ausnahmegerichten; Gebot des gesetzlichen Richters)
- Art.102 (Verbot der Todesstrafe)
- Art.103 (Garantie des rechtlichen Gehörs; Bestimmtheitsgrundsatz; Verbot der Mehrfachbestrafung)
- Art.104 (Rechtsgarantien bei Freiheitsentzug; Folterverbot)
- Art. 79 (Kernbestandsgarantie)

## INTERNATIONALE VEREINBARUNGEN

Diese Grundgesetzgarantien, die nach ständiger Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts allererst Abwehrrechte des Bürgers gegen den Staat darstellen, sind gleichsam die nationale Konkretisierung der allgemeinen Grund- und Menschenrechte der UN-Charta und der europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte, sowie der oben genannten Pakte. In diesen Vereinbarungen finden sich darüberhinaus weitergehende Garantien für Beschuldigte und Angeklagte im Strafverfahren (freie Verteidigerwahl etc.), das Verbot der Benachteiligung und Diskriminierung ausländischer Minderheiten und das Verbot, die Menschenrechte unter Berufung auf einen „Notstand" außer Kraft zu setzen oder zur Disposition zu stellen.

## DIE BESONDERHEIT DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

1. Zweifellos zeigt sich eine Zunahme politischer Unterdrückung nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in vielen anderen Ländern.
   Das Tribunal will gleichwohl die Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik untersuchen, will prüfen, ob und in welchen Formen politische Disziplinierungen in der Bundesrepublik festzustellen sind, die sich von denen in anderen Ländern unterscheiden, welche Tradition und welche Geschichte hier erkennbar werden und in welche Richtung diese Entwicklung läuft. (. . .)

2. Eine solche befürchtete, direkte oder indirekte Einflußnahme auf das politische „Geschick" anderer Staaten, würde mit dem garantierten Selbstbestimmungsrecht der Völker kollidieren, wie es im Grundgesetz und in zahlreichen internationalen Vereinbarungen normiert ist. Immerhin stellt Art. 26 GG ein Bekenntnis zum friedlichen Zusammenleben der Völker dar. Die Bestimmung ist das außenpolitische Gegenstück zur Volkssouveränitätsgarantie des Art. 20 GG. Das Friedensgebot des Art. 26 GG verbietet der Bundesregierung jede Handlung, die geeignet ist, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören. Der hier explizit genannte Angriffskrieg ist lediglich ein besonders krasses Beispiel; grundsätzlich gilt die Norm als Verpflichtung für jede außenpolitische Maßnahme. Sie hat im übrigen ihre Entsprechung in mehreren internationalen, von der Bundesrepublik unterzeichneten Vereinbarungen. So heißt es im Art. 1 des internationalen Pakts über wirtschaftliche , soziale und kulturelle Rechte: „Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung."

3. Zu den bundesdeutschen Besonderheiten einige Stichpunkte
   - es sind in erster Linie nicht Maßnahmen offener Repression, die das Besondere ausmachen, sondern Maßnahmen subtiler Unterdrückung und Einschüchterung, z.B. durch die Ausweitung eines polizeilichen Überwachungsapparates und die Vorverlagerung der politischen Verfolgung in den Bereich der Gesinnung;
   - sämtliche gesellschaftlichen Bereiche drohen von solchen Maßnahmen erfaßt zu werden; wobei polizeiliche Interessen, Denkformen und Normen zunehmend die politischen Entscheidungen bestimmen.
   - Es zeichnet sich eine zunehmende „Verrechtlichung der Entrechtung" ab: die Rechtsstaatgarantie wird verkehrt von immer umfangreichere und unkontrollierbare Eingriffsermächtigung des Staates gegen die Bürger. Dies geschieht auf mehrfache Weise: durch die Gesetzgebung (der Bruch von Gesetzen wird selbst zum Gesetz); durch die Rechtsprechung (der Bruch von Gesetzen wird als deren Vollzug erklärt). Die Gerichte sind dadurch zu einem Institut der Recht-Fertigung im doppelten Wortsinn geworden. Schließlich eine Entrechtung der Bürger über den Versuch, rechtswidriges staatliches Handeln nachträglich unter Hinweis auf einen „übergesetzlichen Notstand" zu rechtfertigen(§ 34 StGB).
   - dieser Prozeß läuft relativ reibungslos ab: die Berufung auf ein derartiges Recht oder die zur „Superlegalität" erklärte „freiheitliche demokratische Grundordnung" lassen die ohnehin nur schwach entwickelte öffentliche Kritik verstummen oder in Zustimmung übergehen. Der verbleibende Rest an öffentlicher Kritik läuft zunehmend Gefahr, kriminalisiert und strafrechtlich verfolgt zu werden.
   - Dieser Mangel an liberaler Öffentlichkeit und Rechtsprechung resultiert aus einem Mangel an bürgerlich-demokratischer Tradition (die Grund- und Menschenrechte sind in diesem Land, wie skizziert, nicht erkämpft, sondern „gestiftet" worden), aus einer bagatellisierten und unverarbeiteten Vergangenheit, aus einem nie ganz vollzogenen Bruch mit der Zeit vor 1945. (. . .)

4. Die Entscheidung, die Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik zu untersuchen, trägt der Bedeutung dieses Staates in Europa Rechnung und damit den Gefahren, die eine undemokratische Entwicklung hierzulande für die Entwicklung ganz Westeuropas heraufbeschwört.

*Aus: Internationales Russell-Tribunal, Bericht 1. Herausgegeben vom Sekretariat des Tribunals, Berlin 1977*

**HERAUSGEBER:**
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

**Verantwortlicher Redakteur:**
Frieder Kern

**BEIRAT DES ID:**
**Johannes Beck**/Hochschullehrer - **Horst Bingel**/Schriftsteller - **Heiner Boehncke**/Hochschullehrer - **Dr. Hans Christoph Buch**/Schriftsteller - **Peter O. Chotjewitz**/Schriftsteller - **Dr. Robert A. Dickler**/Hochschullehrer - **Christian Geissler**/Schriftsteller - **Prof. D. Helmut Gollwitzer**/Theologe - **Holger Heide**/Hochschullehrer - **Otto Jägersberg**/Schriftsteller - **Yaak Karsunke**/Schriftsteller - **Dr. Heinar Kipphardt**/Schriftsteller - **Gisbert Lepper**/Hochschullehrer - **Helga M. Novak**/Schriftstellerin - **Jürgen Roth**/Schriftsteller - **Volker Schlöndorf**/Regisseur - **Erwin Sylvanus**/Schriftsteller - **Dr. Klaus Wagenbach**/Verleger - **Gerhard Zwerenz**/Schriftsteller

## EINE CHRONOLOGIE MISSGLÜCKTER VERSUCHE, DAS TRIBUNAL ZU VERHINDERN

FRANKFURT
28. März 78

*Im ersten Tages-ID haben wir mit einer Chronologie über die Entstehungsgeschichte des Tribunals begonnen. Wir setzen die Geschichte der Versuche amtlicher und halbamtlicher Stellen, das Tribunal zu verhindern, mit einer herausragenden Dokumentation fort:*

**Januar 78: Ein Geheimpapier des Bundesinnenministeriums zum Russell-Tribunal gelangt an die Öffentlichkeit:**

### BONNER GEHEIMPAPIER ZUM RUSSELL–TRIBUNAL

Der Bertrand Russell Peace Foundation ist ein als Verschlußsache – Nur für den Dienstgebrauch" qualifiziertes Papier des Referats "Öffentliche Sicherheit 2" im Bundesinnenministerium zugespielt worden, das einen Katalog von Maßnahmen zur Behinderung bzw. zur Verhinderung des für Ostern 1978 geplanten internationalen Russell Tribunals über die Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik enthält.

Entscheidend sind die Ausführungen auf den Seiten 6ff des Papiers; der relativ belanglose und auch fehlerhafte Text auf den Seiten 1 bis 5 wurde bereits im vergangenen Herbst vom Innenministerium in dessen Bulletin veröffentlicht.

Die Seiten 6 bis 10 der Verschlußsache im Wortlaut:

### BEWERTUNG

Die Einstellung der maßgeblichen das Tribunal betreibenden Gruppen und die Erfahrungen mit ähnlichen Kampagnen im In- und Ausland lassen erkennen, daß mit dem Tribunal die rechtsstaatliche demokratische Ordnung der Bundesrepublik verleumdet werden wird. Erfahrungsgemäß verfangen derartige die politische Wirklichkeit der Bundesrepublik entstellende Darstellungen nicht nur bei kritisch eingestellten Gruppen, sondern auch bei wohlgesinnten, aber schlecht und lückenhaft Informierten. Es ist nicht auszuschließen, daß auch längst bekannte, häufig widerlegte aber dennoch immer wieder erhobene Vorwürfe gegen unsere demokratisch rechtsstaatliche Ordnung durch ein Verdikt bekannter Persönlichkeiten in den Augen vieler erneut Gewicht erhalten. An die innenpolitischen Rückwirkungen des ersten Russell-Tribunals in den USA wird erinnert.

Darüberhinaus besteht die Gefahr, daß eine solche Veranstaltung sowohl neues Protestpotential hat, vorhandenes sammelt und intensiviert als auch den gewalttätigen Extremismus ebenso wie Sympathien für die gegen den Staat kämpfenden Terroristen erneut stärkt.

Den hieraus erwachsenden Gefahren muß begegnet werden.

### MÖGLICHE GEGENMASSNAHMEN

Die im folgenden nur kurz erörterten Schritte sind als mögliche Gegenmaßnahmen auf ihre Durchführbarkeit und Wirksamkeit hin im einzelnen zu prüfen.

Steuerung durch Beitritt und Mitwirkung demokratischer Kräfte mit dem Ziel, einen der politischen Wirklichkeit in der BRD gerecht werdenden "Freispruch" zu erzielen.

Ein solches Vorgehen erscheint schon wegen der Zugangsschwierigkeit und der großen Erfahrung mit konspirativen Arbeitsweisen der das Tribunal betreibenden Kräfte ausgeschlossen. Ein wirklich moderierender oder gar steuernder Einfluß demokratischer Persönlichkeiten ist auf derartige Vorhaben erfahrungsgemäß kaum zu erzielen. Die Werbewirksamkeit der Teilnahme demokratischer Kräfte dagegen würde erheblich gesteigert.



Einwirken auf Persönlichkeiten und Gruppen des demokratischen Spektrums, sich nicht an dem Vorhaben zu beteiligen und es nicht zu unterstützen.

Eine solche Aufforderung erscheint erforderlich, auch wenn sie nach bisherigen Erfahrungen nur teilweise befolgt werden dürfte. Einer solchen Bitte könnte zusätzliches Gewicht dadurch verliehen werden, daß sie aufgrund eines Kabinettsbeschlusses

- der Bundeskanzler an die Ministerpräsidenten der Länder sowie an die Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien und
- die Bundesminister an die jeweils in ihrem Zuständigkeitsbereich in Frage kommenden Spitzenverbände und Landeskollegen

mit der Bitte richten würden, ihren Einfluß jeweils in der gleichen Richtung geltend zu machen.

Dabei bleibt zu bedenken, daß eine solche Aktion (schon wegen ihrer Seltenheit) dem Tribunal nicht zu unangemessener Publizität verhelfen darf.

In diesem Appell, das Tribunal nicht zu unterstützen, sollte eingeschlossen werden die Aufforderung, keine öffentliche Räume (in Berlin) für die Durchführung oder (im gesamten Bundesgebiet) für vorbereitende Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen.

### VERBOTE

- nach dem Versammlungsgesetz

Die Möglichkeit, das Tribunal oder es vorbereitende Versammlungen zu verbieten, ist von den jeweils zuständigen Ordnungsbehörden zu prüfen.
Erwogen werden könnte ein Verbot nach § 5 Ziff. 4 VersammlG, falls sich hinreichende Anhaltspunkte dafür ergeben, daß die Veranstalter Äußerungen etwa von sogenannten Zeugen, Jurymitgliedern und anderen dulden werden, die ein Verbrechen oder ein von Amts wegen zu verfolgendes Vergehen zum Gegenstand haben. In Betracht komme z.B. Straftatbestände nach §§ 89, 90 a, 111, 126, 130, 140 StGB. Nach bisher vorliegenden Erkenntnissen über die Haltung und Äußerungen der das Tribunal vorbereitenden oder unterstützenden Gruppen kann sowohl mit derartigen Erklärungen als auch damit gerechnet werden, daß die Veranstalter des Tribunals solche Erklärungen als Teil der von ihnen benötigten die staatlichen Organe der BRD "belastenden" Zeugenaussagen dulden werden. Hierbei sollte bedacht werden, ob aus Gründen eindeutiger Beweissicherung u aus Wirksamkeitsüberlegungen eine polizeiliche Auflösung der Tribunal-Veranstaltung nach § 13 Abs. 1 Ziff. 4 VersammlG dem Verbot der Veranstaltung nicht vorzuziehen ist.

- nach dem Vereinsgesetz

Da sowohl das Vorbereitungssekretariat als auch die Unterstützungsinitiativen Vereine im Sinne von § 2 VerinsG sind, kommen Vereinsverbote gem. § 3 VereinsG in Betracht, falls festgestellt werden kann, daß ihre Zwecke oder ihre Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder daß sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten. Derartige Verbote könnten wegen der Möglichkeit, ihren sofortigen Vollzug anzuordnen und die Vereinsvermögen zu beschlagnahmen und einzuziehen, nachhaltige Wirkungen haben. Die o.g. für eine Verbotsverfügung erforderlichen Nachweise dürften jedoch kaum zu führen sein.

- nach dem Ausländergesetz
  (§§ 6, 10 i.V.m. § 18 AuslG und ggf. § 12 Aufenth.G /EWG)

In der BRD lebenden Ausländern könnte die Beteiligung am Russell-Tribunal durch ein Verbot politischer Betätigung gem. § 6 AuslG untersagt werden. Zum Tribunal oder zu seiner Vorbereitung einreisenden Ausländern könnte die Einreise verwehrt werden, da angenommen werden muß, daß ihre Anwesenheit erhebliche Belange der BRD aus anderen als in § 10 Abs. 1 Ziffern 1 - 10 genannten Gründe beeinträchtigen würde.

FÖRDERUNGSENTZUG

Sollte festgestellt werden, daß von der öffentlichen Hand finanziell geförderte Gruppen das Tribunal unterstützen, sollte ihnen diese Förderung entzogen werden, falls sie ihre Unterstützung nach Aufklärung über Ziele und Zusammenhänge der Diffamierungskampagnen nicht einstellen. Förderung solcher Gruppen könnte u.U. durch BMJFG und BMBW erfolgen.

VERWIRKUNG VON GRUNDRECHTEN NACH ART. 18 GG

Falls festgestellt werden könnte, daß Personen mit Vorbereitung oder Durchführung des Tribunals die in Art. 18 genannten Grundrechte z.B. der Freiheit zur Meinungsäußerung (Art.5), der Pressefreiheit (Art. 5 Abs. 1), der Versammlungsfreiheit (Art. 8) oder der Vereinigungsfreiheit (Art. 9) zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbrauchen, könnte der Bundestag, die Bundesregierung oder eine Landesregierung beim Bundesverfassungsgericht Antrag auf Entscheidung über eine Verwirkung dieser Grundrechte stellen.

Dieses Verfahren erscheint jedoch insbesondere angesichts der in ihrer Dauer begrenzten Aktion des Tribunals zu aufwendig und unangemessen. Auch dürfte es im Hinblick auf die hohen vom Verfassungsgericht gestellten Anforderungen (den beiden bisher gestellten Anträgen wurde nicht entsprochen!) schwerfallen, die für Erfolg versprechenden Anträge notwendigen Sachverhalte nachzuweisen.

AUFKLÄRUNG UND INFORMATION DER ÖFFENTLICHKEIT

Durch intensive Aufklärung und Information muß die Öffentlichkeit im In- und Ausland über

- Hintergründe und die wahren Ziele der das Tribunal tragenden Gruppen,
- die das Tribunal in Wirklichkeit betreibenden Kräfte,
- eine klare (möglichst einhellige) Beurteilung des Vorhabens durch die Bundes- und Landesregierungen, die im Bundestag vertretenen Parteien sowie wesentliche gesellschaftliche Gruppen, z.B. Gewerkschaften, Richter- und Anwaltsvereine und
- die wirklichen Umstände der von dem Tribunal verzerrt dargestellten Sachverhalte (z.B. Behandlung von Häftlingen, Eignungsprüfung für den öffentlichen Dienst) und die Gründe für ihre rechtsstaatliche demokratisch legitimierte Regelung

unterrichtet werden.

Diese Aufklärungs- und Informationskampagne könnte getragen und koordiniert werden von BPA, den Referaten für Öffentlichkeitsarbeit der betroffenen Ressorts, insbesondere vom BMJ, AA und BMI, den Akademien für politische Bildung, den für Verfassungsschutz durch Aufklärung bei Bund und Ländern Zuständigen, der von Bund und Ländern gebildeten Gruppen für Öffentlichkeitsarbeit gegen Terrorismus sowie der von BPA, AA, BMJ und BMI gebildeten Interministeriellen Arbeitsgruppen, die sich mit ungerechtfertigter ausländischer Kritik an der Rechtsstaatlichkeit in der BRD befaßt."

## WAS DAS AUSLAND ZUM PAPIER DES INNEN–MINISTERIUMS UND ZUR KAMPAGNE GEGEN DAS TRIBUNAL SCHRIEB

*Das Papier des Innenministeriums wurde erstmals (außer im ID) am 11.1.78 in der englischen Zeitung "The Guardian" veröffentlicht. Auszüge aus diesem Artikel bringen wir unten.*

*Das Aufsehen, das die Geheimstudie im Ausland erregte, findet sich kaum wieder in der journalistisch wohlformulierten Neutralität der objektiven Berichterstattung. Außer zaghaften Formulierungen wie "Furcht vor Rückfall der deutschen Demokratie in Autoritarismus" deutet schon eher auf eine Bewertung dieser Studie hin, daß der Guardian-Artikel von der Presse ganz Westeuropas aufgegriffen wurde. Wir bringen Auszüge aus einigen ausländischen Zeitungen.*

## BONN PLANT, HEARING ÜBER MENSCHENRECHTE ZU VERHINDERN

*aus: The Guardian*
*Guardian ist eine liberale englische Tageszeitung.*

Die westdeutsche Regierung ist tief beunruhigt über die Auswirkungen, die das bevorstehende internationale Russell-Tribunal für Westdeutschlands Ruf im Ausland haben könnte.
Die Regierung betrachtet das beabsichtigte Tribunal als einen Versuch von Gruppen der "Neuen Linken", eine internationale Beschmutzungskampagne gegen Westdeutschland in Gang zu setzen.

Ein vertrauliches Papier des Innenministeriums, das den "Guardian" erreichte, schließt, daß den Gefahren, die aus dem Tribunal entstehen, "begegnet werden muß".
Unter den "Gegenmaßnahmen", die in dem Papier erörtert werden, sind Anweisungen an öffentliche Institutionen, keine Versammlungsräume für die Veranstaltungen, die mit dem Tribunal zusammenhängen, zugänglich zu machen, ein Verbot solcher Veranstaltungen, die Schließung des Tribunals durch die Polizei und ein Einreiseverbot für Ausländer, die nach Westdeutschland einreisen wollen, um am Tribunal teilzunehmen. ...

Einige der Gegenmaßnahmen, die in dem Papier diskutiert werden, müssen die Furcht von Beobachtern über einen Rückfall der deutschen Demokratie in Autoritarismus verstärken.
Bei der Abwägung der Vorteile, das Tribunal zu verbieten oder aufzulösen, kommen die Autoren (des Innenministeriums, d. Redaktion) zu dem Ergebnis, daß es vorteilhafter sein könnte, (das Tribunal) polizeilich aufzulösen "aus Gründen eindeutiger Beweissicherung".
Die Autoren glauben, daß die Organisatoren des Tribunals "Äußerungen von sogenannten Zeugen, Jurymitgliedern und anderen dulden werden, die ein Verbrechen oder ein von Amts wegen zu verfolgendes Vergehen zum Gegenstand haben". Der Verdacht, daß solche Äußerungen gemacht werden könnten, wird offensichtlich schon für ausreichend erachtet, die Polizei eingreifen zu lassen...

## BONN PLANT SCHMUTZIGE TRICKS

*aus Time Out vom 27. Januar 78, Time Out, zusammen mit What'son, die verbreiteste Londoner "Stadtillustrierte", also mit Veranstaltungen und so*

Ein vertrauliches Papier – letzte Woche durchgesickert – zeigt, wie weit Westdeutschland bereit ist, CIA-Taktiken zu übernehmen, um das anstehende Russell-Tribunal über politische Pe-Repression in der Bundesrepublik zu diskreditieren. Das Dokument, erstellt vom Innenministerium, diskutiert verschiedene "Gegenmaßnahmen" gegen das, was die Regierung als Angriff auf die "liberale und demokratische Grundordnung" in Deutschland ansieht. Diese Maßnahmen schließen Infiltration, Verbot und die Verweigerung von Grundrechten ein für jene, die an der Untersuchung teilnehmen.

Das Tribunal ist für später dieses Jahr in Deutschland geplant, aber die Russell Peace Foundation ist bereits wegen ihrer Beteiligung von der deutschen Regierung schwer angegriffen worden. Die Entscheidung, das Hearing selbst in der Bundesrepublik abzuhalten, ist schon offiziell beschrieben worden als eine Beleidigung, aber das vertrauliche Dokument deutet an, daß Deutschland jetzt plant, eine aggressive Haltung einzunehmen.

Die Paranoia, mit der die Bundesrepublik das Tribunal behandelt, drückt sich aus in dem Dokument, in dem die ganze Unter suchung im Wesentlichen als eine internationale Beschmutzungskampagne durch die so bezeichnete "Neue Linke" abgewiesen wird. "Die Einstellung der maßgeblichen das Tribunal betreibenden Gruppen läßt erkennen, daß die Bürgerrechte und die demokratische Ordnung der Bundesrepublik verleumdet werden sollen", verkündet das Dokument. (der Übersetzer fand offenbar für die rechtsstaatliche demokratische Ordnung keinen englischen Ausdruck)

"Es ist nicht auszuschließen, daß viele längst bekannte Vorwürfe gegen unsere Bürgerrechte und die demokratische Ordnung durch ein Verdikt bekannter Persönlichkeiten in den Augen vieler erneut Gewicht erhalten. Darüberhinaus besteht die Gefahr, daß eine solche Veranstaltung ein neues Protestpotential hat und einen gewalttätigen Extremismus als auch Sympathien für die gegen den Staat kämpfenden Terroristen erneut stärkt." Das Papier schließt: "Den hieraus erwachsenden Gefahren muß begegnet werden".

Die Veröffentlichung des Dokuments fällt zusammen mit Schritten, eine britische Kampagne gegen "Berufsverbote" in Gang zu bringen. Auf einem Treffen des House of Commons letzte Woche sprachen 2 Opfer des Verbots von ihren Erfahrungen in Deutschland. Jürgen Brammer, ein Postangestellter und Betriebsratsvorsitzender, erklärte, daß er, als Ergebnis seiner politischen Ansichten, einer Serie von langen Kreuzverhören unterworfen wurde, nach denen ihm gesagt wurde, er könne nicht "verbeamtet" werden – eine Maßnahme, die ihm tatsächlich alle Sicherheit des Arbeitsplatzes nahm und seine Beförderungspläne einfror.
Für den Berliner Lehrer Klaus Hengster bedeutete das "Berufsverbot", überhaupt keine Arbeit zu bekommen. Wieder bedeutete der Prozeß eine Serie von langen Kreuzverhören durch Beamte der Schulbehörde. Auf der persönlichen Ebene hieß das, zwei Wohngenossen zu verlieren. Sie zogen aus, nachdem seine Verbindung zur (legalen) Kommunistischen Partei in der Diskussion aufkam. "Nicht, daß sie nicht mit mir sympathisierten," sagte Hengster. "Sie haben nur Angst davor, wie das ganze sie berühren könnte."

## VERFASSUNGSSCHUTZ GEGEN DAS DRITTE RUSSELL-TRIBUNAL

*Auszüge aus einem Artikel in der liberalen Zeitung De nieuwe Gazet aus Brüssel*

"...Man geht davon aus, daß das Tribunal einen Schuldspruch fällen wird, daran besteht kein Zweifel, denn dieses Russell-Tribunal wird die Mißstände in Deutschland anklagen. Man spricht in Deutschland von einer Beleidigung der demokratischen Ordnung und des Rechtsstaates. Ironischerweise eine Terminologie, die man auch anwendet, um die Berufsverbote zu handhaben, die durch dieses Russell-Tribunal untersucht werden. Das dritte Russell-Tribunal hat natürlich mehr Effekt, weil es innerhalb der deutschen Landesgrenzen abgehalten wird, im Gegensatz zu den beiden vorherigen Tribunalen. Deshalb sollte es von einem demokratischen Geist zeugen, wenn Bonn das Verfassungsschutzpapier zur Seite legt und das Tribunal in Frankfurt duldet."

*(aus "Jour", unabhängige belgische Tageszeitung vom 7. Februar 78)*

## WOLLEN DIE WESTDEUTSCHEN GEHEIMDIENSTE DAS 3.RUSSELL–TRIBUNAL VERHINDERN?

Bestimmte Presseorgane haben letztlich Erklärungen aus einem recht erstaunlichen Dokument wiedergegeben, das von den bundesrepublikanischen Geheimdiensten stammt. Dieses Dokument, dessen Veröffentlichung eigentlich dem Geheimdienst vorbehalten war, ist aufgrund von Indiskretionen an die belgische Presse gelangt.
RTB und Jour haben die Grundlinien dieses Dokuments verfolgt, welches die Existenz von Angriffen auf die Menschenrechte in der BRD negiert und gleichzeitig einen Aktionsplan zur Verhinderung des 3. Russell-Tribunals enthält, das dieses Jahr in der BRD stattfinden soll.

Seit der Baader-Affäre, seit der Inhaftierung der Anwälte verschiedener deutscher Terroristen, seit den berüchtigten Berufsverboten, beschäftigt sich die internationale Öffentlichkeit in den demokratischen Medien mit der Situation der Menschenrechte in der BRD. Man muß nämlich wissen, daß Lehrer und Hochschullehrer nur aufgrund der Tatsache, daß sie der deutschen KP angehören, entlassen worden sind. Man hat gegen sie das rechtliche Mittel des Berufsverbots eingesetzt. Welches Regime oder welche Partei gerade an der Macht ist – ist es ein Verbrechen, der Opposition anzugehören und seine Meinung entsprechend zu äußern und darzustellen? In der BRD scheint schon die einfache Tatsache der Zugehörigkeit zu einer oppositionellen Fraktion auszureichen, um Zweifel hinsichtlich der Ausübung eines Berufes durch eine Person, die ihre Rechte wahrnimmt, aufkommen zu lassen.

Trotzdem wird es nicht einfach sein zu bestimmen, in welchem Maße die Behörden der BRD die Menschenrechte verletzen, sowohl was die deutschen Bürger als auch die dort lebenden Ausländer betrifft. Deshalb will das 3. Russell-Tribunal aufgrund zahlreicher Zeugenaussagen über in der BRD vorgekommene Fälle von Menschenrechtsverletzungen darüber befinden.

## "DIE SPD MUSS SICH UMSTELLEN"

*Artikel in der holländischen überregionalen, unabhängigen Tageszeitung Het Parool vom 11. Feb. 1978:*

"Auf einem außerordentlichen Parteikongreß in Den Haag stellte die PvdA, Partei von der Arbeit, (eine Schwesterpartei der SPD) einen Mißtrauensantrag gegen die SPD. Dieser Mißtrauensantrag beinhaltet die Aufforderung an die SPD, das 3. Russell-Tribunal über die Berufsverbote in Deutschland stattfinden zu lassen. Außerdem damit aufzuhören, das Russell-Tribunal in ein schlechtes Licht zu stellen, z.B. durch Behauptungen, daß es von verdächtigen Personen unterstützt wird, zu denen auch europäische Sozialdemokraten gehören wie der holländische Prof. Lolle Wibe Nauta. Prof. Nauta ist Mitglied der PvdA und als Jurymitglied zum Russell-Tribunal eingeladen.

Der Mißtrauensantrag, der gegen den Willen des Parteivorstandes angenommen wurde, ging hauptsächlich von jüngeren Gruppen innerhalb der PvdA sowie dem ehemaligen EG-Kommissar Dr. Sicco Mansholt aus. Der PvdA-Kongreß sieht in dem Russell-Tribunal eine normale politische Aktivität, die in einem Rechtsstaat möglich sein muß. Maßnahmen, die die deutsche Regierung gegen das Russell-Tribunal unternimmt, stehen nicht im Einklag mit der demokratischen Rechtsordnung, so der Mißtrauensantrag.

Daß es dazu gekommen war, hat auch seinen Grund in der Politik des Parteivorstandes. Am Anfang hatte der Vorstand eine Haltung von wohlwollender Distanz dem Tribunal gegenüber. Als nun kürzlich ein Beschluß des Vorstandes kam, daß Mitglieder des täglichen Vorstandes nicht am Tribunal mitwirken sollen, setzten die Verfechter für das Russell-Tribunal diesen Mißtrauensantrag durch."

## BERUFSVERBOT: GESPRÄCH MIT BETROFFENEN

**Tonbandprotokoll (2.)**

FRANKFURT, 27.MÄRZ 1978 *Dies ist die Fortsetzung eines Gespräches zwischen zwei Mitarbeiterinnen des ID und den Anwälten Henry Düx und Mike Knöss sowie dem Lehrer Klaus Katarski. Alle drei sind vom Berufsverbot betroffen. Materialien über die Fälle Düx und Knöss werden dem Russell–Tribunal vorgelegt. Der erste Teil des Gespräches ist im ersten Tages–ID zu finden. Das Tonbandprotokoll ist gekürzt:*

Henry: Ich glaube, daß mit der Betroffenheit (*dies bezieht sich auf das vorangegangene Stück Gespräch, in dem gefragt wurde, warum es eine allgemeine Gleichgültigkeit gegenüber Berufsverboten gibt, die Red.*) ist eine Sackgasse. Es gibt nämlich auch Leute, die gar nicht betroffen sein können. Ich wohne zum Beispiel mit einem ehemaligen Schlosserlehrling zusammen. Der hat eine ganz andere Lebensgeschichte als ich... Vermitteln kann ich das höchstens darüber, daß wir zusammen wohnen... Lehrer–Berufsverbot, Anwaltsberufsverbot, mangelnde Betroffenheit darüber, daß die Agit–Drucker im Knast sitzen, es ist einfach ein Problem oder eine politische Aufgabe, wie du die verschiedenen politischen Bereiche zusammen kriegst.

Heidi: Ich möchte das Gespräch hier noch mal unterbrechen, und den Klaus bitten, zu erzählen, wie es ihm vor fünf Jahren gegangen ist (*Klaus Katarski ist vor fünf Jahren aus einer Dietzenbacher Schule geflogen, die Red.*)

Klaus: Ich merke, wenn Mike und Henry reden, daß ich so aktuell den Druck nicht mehr drauf hab' und eigentlich auch Schwierigkeiten hab, über die Geschichte von damals zu erzählen. Da ist auch Verbitterung mit drin, das hat der Henry eigentlich ganz gut beschrieben.

Daß wir damals ein unsolidarisches Verhalten erlebt haben, und ich da einfach jetzt fünf Jahre mit hab umgehen gelernt.

Unsolidarisch heißt, wir haben die Leute damals informiert, was wir vorhaben, daß da ein bundesweiter Versuch gemacht wird, sozialdemokratische Politik zu kippen.

Er hat sich über ein halbes Jahr hingezogen, der Konflikt. Nach einem halben Jahr haben die Leute immer noch gesagt, sie wüßten eigentlich gar nicht worum es geht. Sie wollten wissen, was die einzelnen von uns im Unterricht gemacht haben.

Ich hab erst mal so gedacht, na ja, anders als bei Mike und Henry, es erwischt halt die Leute, die in der Studentenbewegung gekämpft haben. Das habe ich erst mal für mich akzeptiert.

Die Schwierigkeit, damit umzugehen, fing nach einem halben Jahr an. Wir hatten kein Geld mehr, wir mußten die Wohnung aufgeben, das zweite Kind war grad gekommen. Also, wenn die Frau nicht Arbeit gefunden hätte, hätten wir gar nicht gewußt, wovon leben.

Nach einer Zeit fing das bei mir an, daß ich dachte, na ja, du machst halt irgend was anderes. Ich war da relativ unvorbereitet, ich hab mir einfach nie konkret überlegt, was denn anderes machen.

Heidi: Ihr hattet eure Aktion vorher mit anderen Leuten politisch diskutiert und beschlossen?

Klaus: Wir hatten vorher mit mehreren Leuten politisch diskutiert , wie wir uns wehren und was wir machen.

Gewußt haben wir nicht, worauf das dann hinauslief, daß die Polizei die Schulen besetzt, die Kinder nach Hause geschickt werden, daß die Bildzeitung ein Plakat hat drucken lassen und im Ort aufgehängt hat:,,Bürgerkrieg in Dietzenbach.''

Da hab ich halt 'nen Punkt gemacht , da haben wir uns beide angeboten zum Kultusministerium zu kommen. Dort haben sie uns eröffnet: Drei Monate Suspendierung bei vollen Bezügen– Privat, auf dem Flur wurde uns das eröffnet. Wenn wir uns jeglichen Kommentars zu den Vorfällen enthalten.

Wir haben gesagt, das machen wir nicht. Wir sind nach Frankfurt gefahren und haben eine Pressekonferenz in einem besetzten Haus gemacht.

Und haben gesagt, das was beim Häuserkampf läuft, das gleiche läuft bei uns an der Schule auch. Da haben die anderen Lehrer unheimlich Schwierigkeiten gehabt und gesagt:,,Was hat denn der Häuserkampf mit Schule zu tun? ''

Ich hab nicht so direkt Lust, den Konflikt nochmal zu erzählen, dazu habe ich die letzten fünf Jahre keine Lust gehabt.

Was mich beschäftigt, ich hab einfach nachfolgend Berufsverbot gekriegt. Über Sozialarbeiter bis zum Weinkistenausfahrer.

Bis dahin, daß wir eine Wohnung in Frankfurt angemietet haben und hatten alles schon eingerichtet. Als wir dann hinkamen , hat die Vermieterin uns den Schlüssel nicht gegeben und gesagt:.. Ich hab inzwischen jemand aus der Firma genommen.'' Die muß in der Zeitung oder im Fernsehen irgentwas mitgekriegt haben.

Da haben wir erstmal keine Wohnung gehabt. Das hat ich mir vorher nicht so vorgestellt. Wohngeld hab ich nie gekriegt, mit der Begründung , so Schildbürgerhaft: wenn einer nichts verdient , kann man auch nicht berechnen , wieviel er kriegen soll. Und wenn ich dagegen protestiert habe hieß es, ich sei unflätig.

Es hat also eine ganze Kette auf der Ämterebene, auf der Hochschulebene gegeben.

Da haben sich irgendwelche Linken noch verhalten wollen und gesagt ich soll ein akademisches Tutorium kriegen. Einen Tag später stands in der FAZ, einen Tag später hat das Kultusministerium einen Brief geschrieben:'' ...ist an der Schule nicht tragbar, daher auch an der Hochschule nicht tragbar''. – Hochschule mit der Hand unterstrichen. Damals hab ich noch gelacht darüber..... das heißt, daß ich auch an einer Baumschule nicht arbeiten kann.

Heute lach ich nicht mehr darüber......

Wenn sich nicht manchmal links–evangelische Leute oder Jugendliche, die auch eine Kampfgeschichte haben, so trickreich zu mir persönlich verhalten, weil ich noch ein bekannter Fall bin, so daß ich manchmal irgendwo reinrutsche, heimlich oder unter anderem Namen, oder sonstwie, manchmal unter meinem Namen Geld verdienen kann, dann kann ich 5 Jahre rückschauend sagen: 29.50 DM Arbeitslosenhilfe im Monat.

Das ist ein Punkt – das hab ich auch bei euch gehört – dieses sich selbst – durchschlagen müßen – dieses nicht – darauf vorbereitet sein–das werf ich mir auch selbst vor.

Das ist heute anders. Da gibt es Genossen, die freiwillig aus der Schule rausgehen, oder gar nicht erst reingehen.

Ich habe keine Lust da eine auschließliche Position zu beziehen und zu sagen ,, Geht raus''. Ich muß sagen, ich bewundere die Leute, die erstmal gar nicht reingehen und ziemlich klar anfangen, entweder freie Kinderprojekte aufzubauen, oder eine Autowerkstatt. Die zumindest, wenn sie rausfliegen, eine Alternative haben, was sie arbeiten.

( wird fortgesetzt.)

AUSSCHLUSSVERFAHREN GEGEN GEWERKSCHAFTS-SEKRETÄR

## AUFRUF ZUR SOLIDARITÄT MIT M. SCHWANBECK

Was ist geschehen?

Am 1.12.1977 wurde Manfred Schwanbeck als hauptamtlicher Gewerkschaftssekretäär von der ÖTV-Kreisverwaltung Kiel eingestellt. Am 9.2.1978 bekam er seine Kündigung, verbunden mit sofortigem Arbeitsverbot. Am 16.3.1978 wurde ihm schriftlich mitgeteilt, daß der Kreisvorstand ein Ausschlußverfahren gegen ihn eingeleitet habe.

Wie kam es zu dieser Entlassung?

Nicht etwa, weil seine Arbeit der ÖTV-Führung mißliebig war, oder er sonst unliebsam aufgefallen wäre, wurde der Kollege entlassen. Einzig und allein eine Denunziation von dritter Seite, Manfred sei Mitglied im Spartacusbund, wurde zum Anlass genommen, ihn zu entlassen. Ohne den Kollegen von der Denunziation zu informieren oder mit ihm zu sprechen, schaltete ÖTV-Bezirksleiter Hans Schwalbach den Verfassungsschutz ein, der auf sein Betreiben hin Manfred Schwanbecks Wohnung in dessen Abwesenheit durchsuchte. Dabei mitgenommene "Indizien" wurden auf einer Pressekonferenz vorgezeigt. Als sich aufgrund dieser Vorgänge ein Unterstützerkreis aus Kieler Gewerkschaftern zusammenfand, wurde das erste Flugblatt, in dem ein Brief von M. Schwanbeck an die von ihm betreuten Kollegen abgedruckt war war, zum Vorwand genommen, gegen ihn ein Ausschlußverfahren wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens einzuleiten.

Wer ist Manfred Schwanbeck?

Manfred Schwanbeck kam zu seinem Posten als Gewerkschaftssekretär nicht zufällig. Bei seiner Anstellung hatte er eine mehrjährige ehrenamtliche Tätigkeit in der ÖTV-Kiel hinter sich.
So baute er eine Betriebsgruppe im Rathaus mit auf und war drei Jahre lang Vorsitzender des Kreisjugendausschusses. Fast alle Jugendbetriebsgruppen, die heute in Kiel existieren, wurden von ihm initiiert. Aufgrund seines Einsatzes für die Gewerkschaft und des Vertrauens, das er sich an der Gewerkschaftsbasis erworben hatte, bekam er am 1.12.1977 den Posten als Sekretär, zuständig für die Bereiche Jugendarbeit, Sozialarbeit, Gesundheitswesen, Wissenschaft und Forschung sowie die privatwirtschaftlichen Bereiche.

Dort betrieb er eine konsequente gewerkschaftliche Politik für die Interessen der Kollegen:
*So ist es u.a. ihm zu verdanken, daß im Hafenarbeiterstreik im nicht bestreikten Kieler Hafen Schiffe aus bestreikten Häfen nicht entladen werden konnten.
*So setzte er im Bereich Gesundheitswesen einen besonderen Schwerpunkt auf die Arbeit gegen die zunehmenden Rationalisierungs- und Sparmaßnahmen und trat u.a. für Arbeitsverkürzung ein.
*Im Bereich Sozialarbeit unterstützte er die Bestrebungen der Kollegen, die Abteilung Sozialarbeit neu einzurichten.
*Im Jugendbereich setzte sich Manfred Schwanbeck für überbetriebliche Ausbildung und Erhöhung und Vereinheitlichung der Ausbildungsvergütung ein.

All dies zeigt, daß Manfred Schwanbeck Gewerkschaftsarbeit im Interesse der Kollegen leistete und ihr Vertrauen besaß. Seine Entlassung und der drohende Ausschluß sind nicht zu rechtfertigen! Manfred Schwanbeck muß weiterarbeiten!

Rücknahme der Kündigung! — Rücknahme des Ausschlußverfahrens!

Bisherige Unterzeichner:
Heinz Brandt (IGM); G. Boshold, Kiel (HBV); N. Cobabus, Frankfurt, Personalratsvorsitzender (ÖTV); H. Gripp, Kiel, Betriebsrat (HBV); R. Gutzeit, Kiel (GEW); A. Günther, Kiel (CPK); W. Hülsberg, Vertrauensmann, Mitglied des Bundesvorstands SJD — Die Falken (ÖTV); J. Schulz, Kiel (HBV); J. Szafranski, Kiel (GEW)

Spendenkonto: Kieler Spar- und Leihkasse, Kto. Nr. 25110016

Kontakt: Unterstützungsbüro für Manfred Schwanbeck, c/o Klaus Engert, Fleethorn 64, 2300 Kiel 1

## JUGENDLICHE SETZEN SICH ZUR WEHR

WETZLAR, 27. März 78 *In einem Rundschreiben informiert das Wetzlarer Jug endzentrum über seine Situation:*

"Anlaß für dieses dringende Rundschreiben ist der Besuch einer 'Kommission' von mehreren Herren im Wetzlarer Haus der Jugend, unter anderem: Dezernent Thomas und der persönliche Referent des Oberbürgermeisters, Colley. Dieser Besuch fand nicht etwa, wie man erwarten könnte, während der normalen Öffnungszeiten statt, sondern als kein Mensch im Hause war. Nach diesem 'Besuch' fehlte im Haus der Jugend eine Wandzeitung!
Das war das berühmte I-Tüpfelchen beim Versuch einigerCDU-Mitglieder, die Arbeit der Jugendzentren zu kontrollieren u[illegible]n der Önffentlichkeit zu verunglimpfen.
Wir erinnern in diesem Zusammenhang an ein ähnliches Vorgehen von CDU-Mitgliedern im Giessener Jugendzentrum Kanzleiberg. Der Versuch, Alkohol in den Jugendzentren zu verbieten, zielt in die gleiche Richtung.
Vorangegangen sind folgende Ereignisse:
Am 28.2.78 ein Artikel des CDU-Geschäftsführers Irmer in der Wetzlarer Neuen Zeitung mit der Überschrift "SCHÜLERZEITUNG MIT AUFRUF ZUR GEWALT LIEGT AUCH IM WETZLARER HAUS DER JUGEND AUS". Aufhänger war die 'angebliche' Auslage einer Zeitschrift der Schülergruppe 'Rohr'. Der Angriff gegen die Schülergruppe wurde gleichzeitig benutzt, die JZ's zu diffamieren, um in Zukunft stärkere Kontrolle ausüben zu können!
In Artikeln in der WNZ, der Gießener Allgemeinen und dem Gießener Anzeiger forderten CDU-Mitglieder weiterhin verstärkte Kontrollen der Jugendzentren. Selbst eine Schließung des Hauses wurde in Erwägung gezogen, falls sich ähnliche Vorkommnisse, wie die angebliche Auslage der Zeitung wiederholen sollten.
Der Inhalt einer beanstandeten Wandzeitung, die von vielen Jugendlichen des Hauses der Jugend verfaßt wurde,war lediglich

- Aufruf zum Besuch der Stadtverordnetenversammlung am 14.3.78, in der über ein Alkoholverbot entschieden werden sollte

- die Forderung nach dem Grundrecht der Meinungsfreiheit in JZ's und die Empörung über den Versuch der Einmischung in die Selbstverwaltungsrechte der Jugendzentren.

Wir vermuten, daß dies nicht der letzte Angriff auf die Jugendzentren und ihre Selbstverwaltungsrechte war. Deshalb hoffen wir bei eventuellen Aktionen, über die wir Euch informieren werden, im Interesse aller Jugendlichen auf Eure Unterstützung. Wir bitten Euch, Vertreter Eures JZ.S oder Eurer Institution zu dem Treffen des Arbeitskreises Jugendpolitik/Lahn zu schicken, wo über diese Vorkommnisse diskutiert wird. Das Treffen findet am Dienstag, den 28. März 78 um 20 Uhr im Jugendzentrum Girmeser Villa, Blasbacher Weg 3, Wetzlar-Niedergirmes statt.

Außerdem bitten wir Euch, uns mit Leserbriefen, Stellungnahmen in den Zeitungen und Briefen an den Magistrat und die Jugendämter zu unterstützen (Wenns geht mit Durchschriften an uns). Die hoffentlich vollen Unterschriftenlisten schickt bitte an folgende Kontaktadresse:

**Bernhard Rotsch, Hausergasse 24, 6330 Lahn-Wetzlar 2**

## FRÜHLINGSANFANG HANNOVER

## GENSCHER IST TOT – ES LEBE GENSCHER

HANNOVER
27. März

Großen Wirbel um ein lebendiges Schwein, das auf den Namen Genscher hörte und im Sommer des letzten Jahres Bürgermeister im Anti-Atom-Dorf Grohnde war, gab es schon immer. Anfang dieses Jahres wurde Genscher aus menschlicher Freßsucht hinterrücks und meuchlings ermordet, doch jetzt geht der Wirbel erst richtig los.

In einem Video-Film über die Demo am 19.3.77 am AKW Grohnde und über das Anti-Atom-Dorf ist ein Interview mit dem Namensvetter des ehemaligen Innenministers enthalten und das eingeblendete Konterfei des letzteren wurde zum Stein des Anstosses für einige CDU-Honoratioren der Stadt Laatzen und mittlerweile dehnt sich der Konflikt sogar auf Landesebene Niedersachsens aus.

Um auf die Grohnde-Prozesse hinzuweisen, haben AKW-Gegner aus den hannoverschen Bürgerinitiativen ihren Video-Film u.a. in Schulen vorgeführt. Im Rahmen einer Unterrichtseinheit über Kernenergie und Bürgerinitiativen wurde der Film auch an der KGS-Laatzen in allen neunten Klassen vorgeführt. CDU-orientierte Eltern erfuhren über ihre Kinder von der Genscher-Szene. Flugs wurde über die CDU-Fraktion des Stadtparlaments der Rat der Stadt Laatzen eingeschaltet. Mitglieder des Verwaltungsausschusses der Stadt ersuchten um eine Vorführung des beanstandeten Films. Obwohl durch das für sie bindende niedersächsische Schulgesetz in keiner Weise verpflichtet stimmten die Lehrer ohne Argwohn einer solchen Vorführung zu. Hatten die Lehrer geplant, ihre Unterrichtseinheit dem Ausschuß in ganzer Breite vorzustellen, so wurden sie durch die Kommunalbeamten eines besseren belehrt. Mit lauten Unmutaäußerungen erzwangen die Politiker einen Abbruch der Darstellung. Sie bestanden auf ausschließlicher Vorführung jener Passage des Video-Films, in der der vierbeinige Würdenträger mit seinem zweibeinigen Namensvetter über den Bildschirm flackert. Trotz der Aufforderung zur Diskussion verließ der Ausschuß (wie wahr!) den Saal. Die verdutzte Lehrerschaft sich selbst überlassend.

Noch mal zur rechtlichen Seite: Daß im Unterricht die Rechts- und Verwaltungsvorschriften beachtet werden, dafür hat in Niedersachsen der Schulleiter zu sorgen. Bisher ist noch kein Fall bekannt, daß ein Gemeinderat versucht hätte, auf den Schulunterricht Einfluß zu nehmen.

Hier scheint sich im Zuge der Hatz auf die AKW-Gegner neben der staatlichen noch eine gesetzlose kommunale Schulaufsicht breitmachen zu wollen.

Der Schulträger hat über den Unterrichtsinhalt nicht zu bestimmen. Was im Unterricht passiert, entscheidet in erster Linie der Lehrer, in zweiter Linie hat dann die Gesamtkonferenz zu befinden. Wenn Rahmenrichtlinien und Gesetze beachtet werden, greift noch nicht einmal der Kultusminister ein. In diesem Falle wurde er aber dadurch eingeschaltet, daß ein CDU-Abgeordneter eine parlamentarische Anfrage, ob dieses Borstenviehs einbrachte. Um diese Anfrage beantwortet zu können, nahmen Vertreter der Kultusbürokratie am 21.3., trotz Frühlingsanfang und Urlaub den Film in Augenschein und verhörten den verantwortlichen Lehrer. Obwohl ein Verfahren wegen Verunglimpfung staatstragender Persönlichkeiten und disziplinarrechtliche Schritte gegen den Lehrer nicht auszuschließen sind, wird der Film weiter gezeigt, auch an Schulen, denn zum Glück geht's dem Sommer entgegen!

Der Film ist auf 1/2 Zoll-Video-Band av und kann ausgeliehen werden.

**Kontakt:**
**Videogruppe, c/o Internationalismus Buchladen, Königswortherstraße 12, 3000 Hannover 1**

## ZWEITES SCHWULES TREFFEN AUF DEM LANDE

BIELEFELD
27. März

Das bereits im ID 220 angekündigte zweite schwule Treffen auf dem Lande soll in der Zeit vom 11. bis 16. August 78 im Freizeit- und Bildungshaus Altenmelle stattfinden. Die Teilnehmerzahl ist auf 80 Schwule begrenzt; pro Person wird es 100,-- DM kosten (95,-- für Unterkunft und Verpflegung; 5,-- für Organisationskosten).

Wir haben festgestellt, daß es uns beim ersten Treffen noch nicht so gut gelungen ist, Freizeit mit einer offenen Art von "Tagesordnung" zu verbinden. Deshalb wurde angeregt, die Diskussionsvorschläge diesmal konkreter zu machen und organisatorisch bessere Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu gestalten, ohne daß Freizeit und Spaß zu kurz kommen. Darum soll das zweite schwule Treffen auch ein paar Tage länger dauern.

Auch diesmal versteht sich die IHB als Organisator und MIttler; zum Gelingen des Treffens müssen alle beitragen. Wer Interesse hat, schreibt an die

**Initiativgruppe Homosexualität Bielefeld (IHB)**
**c/o Asta Universität Bielefeld, Postfach 8640**
**4800 Bielefeld 1**

## BUNTE LISTE ZUR BÜRGERSCHAFTSWAHL

HAMBURG
28. März

Liebe Freunde,
das alternative Basisbündnis zur Hamburger Bürgerschaftwahl am 4.6.78 steht! Es nennt sich: BUNTE LISTE/WEHRT EUCH – Initiative für Demokratie und Umweltschutz. Unser Symbol ist ein Schmetterling, der zu Frühlingsanfang aufgebrochen ist und dem Sommer entgegenflattert.

Am 18.3. hatten wir unseren Kongreß mit rund 500 Delegierten aus verschiedenen Anti-AKW-Initiativen, Frauengruppen, Umweltschutzgruppen, Jugendinitiativen, Kinderinitiativen, Homosexueller Aktion, Gefangenenselbstinitiative und und und. In neunstündiger Diskussion wurde die zuvor reichlich in den Initiativen beratene, abgeänderte, ergänzte und kompromißfähig gemachte Plattform verabschiedet (die liegt in den nächsten Tagen gedruckt vor), dazu eine Art Selbstdarstellungspapier beschlossen und die Kandidatenliste abgestimmt. Und anschließend natürlich gefeiert.

Jetzt hoffen wir, daß ihr das auch bei euch ein bißchen bekannt macht – zu unserem gemeinsamen Nutzen, denn nicht nur in Hamburg bereiten sich Basisinitiativen darauf vor, den etablierten Parteien auch bei Wahlen contra zu bieten. Wer über den weiteren Gang der Dinge von uns laufend informiert werden möchte, der überweist zunächst mal pauschal einen 20-DM-Schein auf folgendes Konto:

**Dresdner Bank, Hamburg BLZ 20080000**
**Kto.-Nr. 4812761/01**
**Dieter Siewertsen**

Das ist also sozusagen ein Informations- und Solidaritäts-Abo für die BUNTE LISTE/ WEHRT EUCH. Wir liefern solange Informationen, bis diese 20 DM etwa aufgebraucht sind und bitten euch dann um einen weiteren Schein, wenn ihr weitere Informationen wollt. Wer unseren Wahlkampf zusätzlich unterstützen will, kann das selbstverständlich auch mit mehreren Märkern machen ... Vergeßt aber bitte nicht, bei Überweisung Name und Adresse und Vermerk "Info-Abo" anzugeben!

**Kontakt:**
**BUNTE LISTE/WEHRT EUCH, c/o R. Trampert, Fruchtallee 9, 2000 Hamburg 19, Tel. 040/432171, tgl. 14 - 22 Uhr**

# VERANSTALTUNGEN IM ZEITRAUM DES RUSSELL–TRIBUNALS

**Dienstag, 28.3.**

Offizielles Programm: –,
*Rahmenprogramm: Veranstaltung der Russell-Initiativen Frankfurt, Köln, GOG Bochum: "Gewerkschaftsausschlüsse vor's Russell-Tribunal?", Bürgerhaus Nordweststadt, 20.00 Uhr.*
*KINO: „Ein Deutscher Herbst", - eine politische Show - Pupille (Unikino), 20.00 Uhr.*
*THEATER: „Mamas Marihuana ist das Beste", Mobiles Theater Wiesbaden (Staatstheater) von Dario Fo, Haus Dornbusch, 20.00 Uhr.*

**Mittwoch, 29.3.**

Offizielles Programm: Russell-Tribunal, Bürgerhaus Harheim, 9.30 - 18.00 Uhr. Life-Übertragung der Jurytagung in das Zelt neben dem Bürgerhaus.
*Rahmenprogramm: KINO - „ Tuto a posto e niente in ordine", von Lina Wertmüller, Italien 1975, Pupille, 21.00 Uhr.*
*„Tagesschau"; Videokooperative, 19.30 und 19.45 meist im Kommunikationszentrum; Ort wird täglich bekanntgegeben. Galluszentrum: Afro-Russell-Reggae-Disco, 21.00 - 4.00 Uhr, Krifteler Str. 51. – „Medienzensur". Berichte, Kritik, Gegenwehr, Theater, Musik, Diskussion; Stadthalle Offenbach, 19.00 Uhr.*

**Donnerstag, 30.3.**

Offizielles Programm: Russell-Tribunal, Bürgerhaus Harheim, 9.30 - 18.00 Uhr, Life-Übertragung in das Zelt neben dem Bürgerhaus.
*Rahmenprogramm: THEATER - Theater Collage: Deutsche Tradition; „Die Verfolgung Andersdenkender", Club Voltaire, Kl. Hochstraße, 20.00 Uhr. KINO: „Gelegenheitsarbeit einer Sklavin", von Alexander Kluge, BRD 1973, Pupille 20.00 Uhr.– „Tagesschau", 19.30 und 19.45 meist im Kommunikationszentrum; Ort wir täglich bekanntgegeben.– Kabarett K, Satirische Szenen – „X-Y ungelöst", Batschkapp, Maybachstr. 24, 21.00 Uhr.– Tradition und Verfolgung: Jiddische Volkslieder und Sagen von Bezimet und Musikanten; Pupille, 19.00 Uhr.*

**Freitag, 31.3.**

Offizielles Programm: Russell-Tribunal, Bürgerhaus Harheim, 9.30 - 18.00 Uhr, Life-Übertragung in das Zelt neben dem Bürgerhaus.
*Rahmenprogramm: „Tagesschau", 19.30 und 19.45 meist im Kommunikationszentrum; Ort wird täglich bekanntgegeben.– Veranstaltung des Komitees gegen die politische Unterdrückung in beiden Teilen Deutschlands: „Solidarität mit der Opposition in der DDR", mit H. Brand, R. Dutschke, u.a.- Volksbildungsheim, 19.30 Uhr. – Veranstaltung von ASTA, PUPILLE und der Initiative für die Freiheit der Theaterarbeit: Theater, Musik, Montagen; mit Karl Napp's Chaos Theater, sog. linksradikales Blasorchester, Theaterwerkstatt Hannover, Mobiles Rhein-Main Theater, und ... Pupille, Uni Frankfurt, 15.00 und 20.00 Uhr.– Berufsverbote-Theater, Lehrergruppe. in der B-Ebene, 12.00 und 16.00 Uhr. – Galluszentrum: Polit-Disco, 21.00 Uhr.*

**Samstag, 1.4.**

Offizielles Programm: Russell-Tribunal, Bürgerhaus Harheim, 9.30 - 18.00 Uhr, Life-Übertragung in das Zelt neben dem Bürgerhaus. – Veranstaltung des Deutschen Beirats des Russell-Tribunals, Zelt Harheim, mit Jurymitgliedern, Biermann, Pannach, u.a., 19.30 Uhr.
*Rahmenprogramm: „Tagesschau", 19.30 und 19.45 meist im Kommunikationszentrum; Ort wird täglich bekanntgegeben.– Veranstaltung der Russell-Initiative Ffm.: „INTERNATIONALER FRÜHSCHOPPEN", (Treffen mit ausländischen Komitees), Volksbildungsheim, 10.00 - 13.00 Uhr. KINO: „Der Große Diktator" v. Charlie Chaplin, USA 1938, Pupille, 21.00 Uhr.– Theatre Fontaine (Paris); „1915" v. J.J. Naroujean, Club Voltaire, 22.00 Uhr. – "3 Jahre Galluszentrum"; großes Fest, 21.00 Uhr.*

**Sonntag, 2.4.**

Offizielles Programm: Russell-Tribunal, Zelt Harheim, 9.30 - 18.00 Uhr.
*Rahmenprogramm: „Tagesschau", 19.30 und 19.45 meist im Kommunikationszentrum; Ort wird täglich bekanntgegeben.– THEATER: Veranstaltung Schauspiel Ffm., "Die Tage der Commune", v. B. Brecht, Schauspielhaus, 18.45 Uhr.– KINO: „Der starke Ferdinand", v. Alexander Kluge, Pupille, 21.00 Uhr.– Veranstaltung ASTA Uni Ffm: MODELL DEUTSCHLAND-INTERNATIONALISMUS, Uni H VI, 20.00 Uhr.– "Reißzwecke", Theater Dortmund -„Vorsicht, bissiger Bildschirm", Batschkapp, 21.00 Uhr. – Theater Collage: Deutsche Tradition, wie Donnerstag, Pupille.*

**Montag, 3.4.**

Offizielles Programm: Russell-Tribunal, (Jury intern), Bürgerhaus Harheim,
*Rahmenprogramm: Veranstaltung der Russell-Initiative Ffm., "Die Polizeigesetze", m. Jürgen Roth, Falko Werkentin, u.a., Bürgerhaus Nordweststadt, 20.00 Uhr.– KINO: „Die verlorene Ehre der Katharina Blum", v. Volker Schlöndorff, Pupille, 21.00 Uhr – Theaterwerkstatt Hannover, „Kein schöner Land", Batschkapp, 21.00 Uhr.*

**Dienstag, 4.4.**

Rahmenprogramm: Russell-Tribunal, Bürgerhaus Harheim, PRESSEKONFERENZ 11.00 Uhr, Life-Übertragung in das Zelt neben dem Bürgerhaus.
*Rahmenprogramm: Veranstaltung des ASTA - „Linke und Russell-Tribunal", Uni Ffm., H VI, 19.00 Uhr. – KINO: „Mourir a Madrid", Dokumentarfilm über den Bürgerkrieg in Spanien, Frankreich 1962, v. F. Rossif, Pupille, 21.00 Uhr.*

**Berlin:**

29.3. Neue Welt, Hasenheide, 19.00 Uhr – mit Biermann, Karsunke, Kunert, Pannach, Narr, Gifford,; spanische und lateinamerikanische Musikgruppen, u.a.

## VERANSTALTUNG ZUR ZENSUR IN DEN MEDIEN

OFFENBACH
25. März

In der Offenbacher Stadthalle findet am Mittwoch, dem 29. März, um 19 Uhr eine Veranstaltung zur Zensur in den Medien statt. Die Veranstalter schreiben in einer Vorankündigung:

"Der Druck auf alle Medien wächst. Es wird immer schwieriger, kritische Informationen und unabhängige Meinungen zu verbreiten. Für die Unterdrückung sorgen Sprachregelungen, Ausgewogenheits-Appelle und beharrliche interessenpolitische Beeinflussung in den Rundfunkanstalten; immer weitere Bereiche der Realität werden ausgeblendet. Erst gab es Unzufriedenheit und Protest, dann Berufsverbote und heute darf in den Sendungen vieler Rundfunkanstalten das Wort "Berufsverbot" nicht mehr verwendet werden. Berufsverbot ist verboten. Berufsverbot gibt es nicht. Individualistischer Widerstand der Programm-Macher verkümmert unter dem immer selbstverständlicher werdenden Druck alltäglicher Repression zu unbestimmten Unlustgefühlen. Zensur wird zu einer lästigen Begleiterscheinung täglicher Arbeit unter vielen anderen. Zensur findet nicht statt.......
Hier helfen keine verbalen Proteste mehr, weil sie sowieso immer seltener veröffentlicht werden. Wenn wir nicht mehr zu Wort kommen, wenn die Realität immer eindimensionaler, einfarbiger und eintöniger wird, müssen wir eine Gegenöffentlich- eit keit schaffen, die zeigt, wie es in Wirklichkeit ist."

An der Veranstaltung nehmen teil:

Arnfried Astel, Peter O. Chotjewitz, Sebastian Cobler, Erich Fried, Walter Mossmann, Klaus Staeck, Hermann Treusch (Theater am Turm, Frankfurt), Theater Collage, und zensierten Theaterleuten, Journalisten, Verlagen, Druckern und Buchhandlungen.

## FRANKFURTER RUNDSCHAU LEHNT ANZEIGE ZU UNVEREINBARKEITSBESCHLÜSSEN AB

KÖLN/FRANKFURT
25. März

Auf Initiative der Arbeitskonferenz über die Unvereinbarkeitsbeschlüsse, die am 25./26. Februar in Köln getagt hatte, wurde der Frankfurter Rundschau eine Anzeige zur Veröffentlichung zugeschickt, in der über die Unvereinbarkeitsbeschlüsse informiert wurde und der deutsche Beirat sowie die Jury aufgefordert wurden, sich für die Behandlung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse einzusetzen.

Für diese Anzeige wurden über 600 Unterschriften von Gewerkschaftsmitgliedern und ausgeschlossenen Gewerkschaftern gesammelt, die auch 3000 DM zur Verfügung stellten, um diese Anzeige zu veröffentlichen.

Die Frankfurter Rundschau hat diese Anzeige zurückgewiesen. Die vorerst mündliche Begründung lautet: In dieser Anzeige werde der DGB und die Bundesregierung verunglimpft, gegen eine Veröffentlichung gäbe es juristische Bedenken.

„In der ersten Woche nach Ostern findet die erste Sitzungsperiode des III. Russell-Tribunals über Verletzung der Menschenrechte in der Bundesrepublik und Westberlin statt. Mitglieder der Bundesregierung sowie Repräsentanten der im Bundestag vertretenen Parteien diffamieren die Jury und den deutschen Beirat des Russell-Tribunals, indem sie die Unterstützerbewegung in den Dunstkreis des Terrorismus rücken. Am 18.1.78 schaltete sich der DGB-Vorstand mit einem Brief an alle Landesbezirke und DGB-Kreise in die Diffamierungskampagne ein. In diesem Brief versuchte der DGB-Vorsitzende die Mitglieder der DGB-Gewerkschaften von der aktiven Unterstützung des Russell-Tribunals abzuhalten.

Der Abbau demokratischer Rechte in unserer Gesellschaft geht Hand in Hand mit dem Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie. Während die Bundesregierung und die Landesregierungen Meinungsfreiheit und andere demokratische Rechte der im öffentlichen Dienst Beschäftigten mit Disziplinarmaßnahmen bzw. Berufsverboten einschränken, versucht der DGB-Vorstand seine Mitglieder über die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu disziplinieren und hat somit Teil an der politischen Unterdrückung in unserem Land. Bisher sind mehrere tausend Gewerkschaftler aufgrund von Unvereinbarkeitsbeschlüssen ausgeschlossen worden. Damit wird innerhalb der Gewerkschaft durch die Gewerkschaftsführung das Grundrecht der Koalitionsfreiheit infrage gestellt. Als bisheriger Höhepunkt von Beschneidung der Mitgliederrechte ist der Ausschluß des gesamten Landesverbandes der GEW-Westberlin mit mehr als 10000 Mitgliedern zu sehen, der erfolgte, weil die GEW-Westberlin sich weigerte die Bundessatzung vorbehaltlos zu übernehmen, und weil sie die Unvereinbarkeitsbeschlüsse ablehnte. Da Gewerkschaftsausschlüsse und Berufsverbote oftmals in einer Wechselbeziehung stehen, fordern die Anwesenden das Sekretariat, den deutschen Beirat, die Jury des Russell-Tribunals auf, sich dafür einzusetzen, das die Unvereinbarkeitsbeschlüsse im Zusammenhang mit den Berufsverboten behandelt und zum Untersuchungsgegenstand gemacht werden."

Alle, die für diese Anzeige Geld gespendet haben, werden von der Kölner Russell-Initiative informiert werden und über die weitere Verwendung der Spenden befragt.

*DIENSTAG, 28. MÄRZ, "GEWERKSCHAFTSAUSSCHLÜSSE VOR'S RUSSELL–TRIBUNAL!?"*
*VERANSTALTUNG im Bürgerhaus Nordweststadt, 20 Uhr.*
*Programmübersicht:*

1. Teil: eine ca. 30 minütige Tonbildschau:

- Bestandsaufnahme, Ausmaß – Zahlenbelege, Einzelgewerkschafts–DGB–Beschlüsse, Entwicklung der Gründe, die von den Gewerkschaften angegeben werden, Übernahme der FDGO, Anti–AKW, § 218, Betriebsratswahlen, 'klassische UVB's', Nichtübernahme der Satzung (GEW Berlin).
- Fallsammlungen: 1. Gründe, 2. Methoden, Vorschläge für Fälle, 14 Fälle, Schwarze Listen (Veröffentlichung der Namen der ausgeschlossenen Kollegen in der IGM–Zeitung), Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz, Zusammenarbeit mit der Polizei, (Z.Bsp. Druckerstreik 1976 Reutlingen).

2. Teil

- Einschätzung zur politischen Funktion der Ausschlüsse
  Referat: Heinz Brandt
- Behinderung im Betrieb – Zusammenarbeit rechter Betriebsrat Unternehmensleitung, Krisensituation
  GEW Berlin, GOG Opel, Bochum
- Kritik aus den Gewerkschaften zum Radikalenerlaß/Berufsverboten UVB's
- Juristische Definition der Menschenrechtsproblematik
  Referat: Armin Golzem
  GFDT – Genevieve Peutiot

Musik: Pflastersteine Köln, evtl. Mossmann

## DAS IST KEIN WITZ SONDERN ERNST ERNST, ERNST ...

FRANKFURT
25. März

*Argumente bundesdeutscher Behörden in Berufsverbotsverfahren. Die Materialien sind aus: Dokumente IV – Aktionskomitee gegen Berufsverbote und aus Peter Brückner: "1984 schon heute".*

EIN BILD UND EINE VORLADUNG ZUM ANHÖRUNGS–VERFAHREN

"... Im Restaurant 'Merhaba' in Berlin 15, Ecke Badensche Straße fand im Februar 1974 eine Chile-Bilderausstellung der "Vereinigung Demokratischer und Sozialistischer Künstler (VDSK)" statt. Lt. SEW-Zeitung 'Die Wahrheit' Nr. 46 vom 23.24.2.1974 schufen Sie für diese Ausstellung eine Radierung "Wir demonstrieren für Chile". Die VDSK wird nach unserer Information von der SEW gesteuert ..."

SIPPENHAFT GIBT ES NICHT! (AUS "DER TAGESSPIEGEL", 10.6.76

„Es gibt ein Dossier des Verfassungsschutzes über Frau Ströbele-Gregor, in dem es heißt: 'Abschließend wird darauf hingewiesen, daß ihr Ehemann, der Rechtsanwalt H.Chr. Ströbele ... Mitglieder der Baader-Meinhof-Bande vertritt".

AUS EINEM URTEIL (LANDESARBEITSGERICHT BERLIN, 5.2.76): ZENSORENDUMMHEIT

... Das in Form einer kleinen Broschüre gedruckte Statut zeigt auf der Vorderseite des Umschlages eine von der Hand gehaltene rote Fahne, hinter der eine rote Sonne zu sehen ist; im Vordergrund wird von einer weiteren Hand eine Maschinenpistole mit einem aufgepflanzten Bajonett gezeigt. Dieses bildliche Symbol läßt klar erkennen, daß die 'Liga gegen den Imperialismus' nicht nur einen harmlosen Kampf auf politischer Ebene propagiert, sondern u.U. auch zur Erreichung ihrer Ziele den bewaffneten Kampf führen will, was die Agressivität dieser Organisation klar erkennen läßt."

EINE VERWALTUNGSSTREITSACHE – WIR HABEN KEIN MONOPOL!

"... Es gibt grundsätzlich die Möglichkeit mit einer privaten Schule einen Anstellungsvertrag zu schließen und daneben ein Schulpraktisches Seminar zu besuchen.
Weshalb strebt der Kläger diese Möglichkeit nicht an?"

EINSTELLUNG ABGELEHNT – LESER SIND SELBER SCHULD

(Beschluß der Fachhochschule für Sozialarbeit u. Sozialpädagogik Berlin)

"... Sie sind nach unseren Informationen im Januar 1973 der Liga gegen den Imperialismaus beigetreten und waren zumindest 1973 Bezieherin des KPD-Zentralorgans 'Rote Fahne'. Dieses Verhalten läßt den Schluß zu, daß Sie nicht jederzeit bereit sind, für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzutreten."

EIN BEZIRKSAMT FÜHLT SICH GETROFFEN

„Sehr geehrter Herr ...
die GEW Reinickendorf legt sogenannte Tatsachen, Dokumente und Stellungnahmen über Berufsverbote und politische Verhöre in Reinickendorf vor. Titel und Aufmachung des Heftes wie auch der Inhalt verlassen unserer Ansicht nach die Basis der sachlichen Auseinandersetzung. Die GEW Reinickendorf scheut nicht davor zurück, dem Bezirksamt Reinickendorf verfassungswidrige Praktiken vorzuwerfen und hält es durchaus für angemessen, zumindest emotional eine Verbindung zum Nationalsozialismus herzustellen. Da weiter dazu aufgefordert wird mit dafür zu sorgen, daß das Bezirksamt Reinickendorf nicht weiter Verfassungsbruch praktiziert, müssen wir annehmen, daß Sie jetzt davon ausgehen, daß wir Verfassungsbruch praktizieren.
Sie werden Verständnis dafür haben, daß wir solche Aussagen als ungeheuerlich empfinden und nicht bereit sind, diese etwa nur zur Kenntnis zu nehmen ..."

(Auszüge aus "1984 schon heute")

FAMILIE

"Einer Lehrerin, SPD-Mitglied, wurde vorgeworfen, ihr Vater sei Mitlgied mehrerer kommunisitischer Vereinigungen gewesen ... Ein Hochschullehrer wurde nicht berufen, weil er in der Schweiz in einer kommunistischen Stammkneipe verkehre."
(FR 14.11.75)

... UND WOHNUNG,

"Uns ist bekannt, daß Sie seit Anfang 1972 in Berlin 30, ... in einer Wohngemeinschaft mit Anhängern der Neuen Linken zusammenleben. Bei Anhängern der Neuen Linken bestehen erhebliche Zweifel, ob sie die vom Bundesverwaltungsgericht geforderten Voraussetzungen erfüllen. Wir bitten Sie deshalb, uns detailliert darzustellen, wie Sie Ihre politische Überzeugung und Zielsetzung mit den vom Bundesverwaltungsgericht geforderten Pflichten vereinbaren wollen."

PARTEIEN, ...

"Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt, im Nachgang zu KMS vom 2.9.74 Nr. ... werden Sie gebeten, eine beglaubigte Abschrift der Austrittserklärung Ihres Mandanten aus dem MSB Spartakus im März 1974 vorzulegen. Von Vorteil für Ihren Mandanten wäre es auch, wenn ein Nachweis über die Erhebung der Scheidungsklage und – falls die DKP-Mitgliedschaft der Ehefrau zur Mitbegründung des Scheidungsbegehrens herangezogen wurde – eine entsprechende Bestätigung beigebracht werden könnte." (FR 2.2.1976)

... ORGANISATIONEN UND ...

"In staatsabträglicher Weise trat die ... bereits am 5. April und am 6. Sept. 1975 als Anmelderin für Aktionen der Organisation "Amnesty International" in Erscheinung ..." (FR 9./10./11./12.2.1976)

...VORTRÄGE

"Sie haben in einem Vortrag am ... von 'Systemen organisierter Friedlosigkeit' gesprochen, in denen wir angeblich leben ..., wie verträgt sich das mit der Friedfertigkeit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, für die Sie als Beamter ja doch einzutreten haben?"

## RUSSELL–GEBISS IM BILLARDLOCH

OSWESTRY
*21. März*

*Eine Reutermeldung aus der Frankfurter Rundschau:*

Stuart Russell wollte in seiner Stammkneipe Pool-Billard im mittelenglischen Oswestry spielen. Doch als er sich über den Tisch beugte, packte ihn ein Hustenanfall, der ihm das Gebiß aus dem Mund trieb – in ein Eckloch. Beim Bergungsversuch blieb er mit der Hand stecken. Weder Bier half, noch Seifenwasser. Zwei herbeigerufene Polizisten wußten ebenso wenig Rat wie die 50 Kneipengäste. Sechs Feuerwehrmänner schließlich montierten die Tischplatte ab. Russells Hand war frei, und sein Gebiß hatte er auch wieder.

## OFFENER BRIEF DER PFADFINDER AN DIE FAMILIENMINISTERIN

FRANKFURT
März 1978

*Der BDP (Bund Deutscher Pfadfinder) unterstützt das Russell-Tribunal. Er gehört damit zu den Organisationen, denen nach dem Entwurf des Innenministeriums die Förderung durch staatliche Stellen entzogen werden soll.*
*Wir zitieren einen Auszug aus dem Offenen Brief, den der BDP an die Bundesministerin für Familie, Jugend und Gesundheit geschickt hat:*

"Mit Empörung haben wir die Veröffentlichung eines internen Papiers des Innenministeriums (FR v. 28.1.78) zur Kenntnis genommen: ein Planspiel über die Möglichkeiten, das Russell-Tribunal zu verhindern, zu kriminalisieren, auszuschalten. U.a. führt es auch einen Punkt an (3.4.), der uns als geförderten Jugendverband direkt betrifft, nämlich die Möglichkeit der Aberkennung der Förderungswürdigkeit von Verbänden, die das Russell-Tribunal unterstützen.

Diese Überlegung schon ist ungeheuerlich:
– sie muß als weiterer Angriff auf die im Grundgesetz festgelegte Meinungsfreiheit angesehen werden;
– sie bedeutet: wer sich mit den hiesigen Verhältnissen kritisch auseinandersetzt, dessen Arbeit soll verhindert bzw. unmöglich gemacht werden.

Wir stellen fest, daß solche Überlegungen nicht nur den allgemein deklarierten Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland aufs schärfste widersprechen, sondern auch als ein weiteres Indiz dafür angesehen werden müssen, wie notwendig, dringend und unterstützenswert die Durchführung des Russell–Tribunals ist.

Wir fordern Sie, Frau Ministerin, daher auf, deutlich zu machen, daß Sie sich von der Überlegung distanzieren, Jugendverbänden, die das Russell-Tribunal unterstützen, die Förderung zu entziehen, und uns dies bitte auch mitzuteilen!"

**Kontaktadresse:**
**Bund Deutscher Pfadfinder, Hamburger Allee 49-53, 6 Frankfurt 90**

## SPENDENAUFRUF FÜR DEN PROZESS GEGEN DEN SCHNELLEN BRÜTER IN KALKAR

MOERS
27. März

*In einem Spendenaufruf der Bürgerinitiative gegen Atomanlagen, Augsburg, heißt es unter anderem:*

"Konkret geht es um die für die weitere Prozeßführung notwendige Summe von 40.000 DM. Dies erscheint auf den ersten Blick Blick erschreckend viel, würde jedoch jeder der 50.000 Atomkraftwerks-Gegner, die in Kalkar dabei waren, 1,-- DM spenden, so wäre die Summe schon erbracht. Wenn wir heute zu Spenden aufrufen, um Prozeßkosten zu bestreiten, ja um überhaupt den Prozeß weiterführen zu können, so nicht deshalb, weil wir Vertrauen in die 'Objektivität' der verschiedenen Gerichtsinstanzen hätten, sondern weil dies eine Seite unseres Kampfes gegen das Atomprogramm darstellt."

**Spenden an:**
**Interessengemeinschaft 4192 Kalkar-Hönnepel, Nr. 5104633, Kreissparkasse Kalkar**

## WIDERSTAND GEGEN ORDNUNGSMASS–NAHMEN WÄCHST

FREIBURG
21. März 78

Mit einer symbolischen Hexenverbrennung demonstrierten am vergangenen Sonnabend etwa 50 Studenten der Katholischen Fachhochschule gegen die Ordnungsmaßnahmen und die Kündigung der 10 Lehrbeauftragten (siehe ID 217). Obwohl die Polizeibehörde jegliches Feuer und Rauchentwicklung verbot, demonstrierte eine lebensgroße Hexe auf einem Scheiterhaufen doch eine gewisse Echtheit, und so mancher Passant blieb neugierig und interessiert am Rathausplatz stehen, um dem Spektakel zuzusehen. Eine Songgruppe hatte einige Lieder einstudiert, die auf die Probleme der KFH-Studenten hinwiesen und die Notwendigkeit des organisierten Widerstands zum Ausdruck brachten. Mit einem Blutgericht wiesen sie auf die inquisitorischen Maßnahmen ihrer Schulleitung hin.

Ein Sprecher des AStA erläuterte dann Sinn und Zweck der Aktion. Dank der Erkämpfung bürgerlicher Freiheitsrechte und der Arbeiterbewegung gebe es heute keine wirklichen Hexenverbrennungen mehr, doch erinnerten die Maßnahmen des Rektors, der selbst Priester ist, an Inquisition und Hexenverfolgungen im Mittelalter. Er erinnerte an Galilei, dem von der Kirche seine fortschrittliche Erkenntnis über unser Sonnensystem unter Strafe gestellt wurde. Mittels Ordnungsrecht wendet die Schulleitung der Katholischen Fachhochschule heute gegen Andersdenkende bereits vielfach praktizierte Strafen an. Die kürzlich ausgesprochene Exmatrikultaion stellt darin einen Höhepunkt dar. Der Sprecher verglich das Verhalten des Rektors mit der "Selbstherrlichkeit mittelalterlicher Kirchenfürsten", doch wies er darauf hin, daß die geschichtliche Entwicklung bewiesen habe, daß Freiheiten nur doch offensives Auftreten der Unterdrückten erkämpft wurden. Der Artikel 5 des Grundgesetzes, der das Recht auf freie Meinungsäußerung garantiert, sei eine dieser Freiheiten, die aber durch Rektor Krautter für ungültig erklärt werden soll.

Erste Erfolge konnten die Studenten bereits verzeichnen. So konnte unter dem Druck der mehr als 3500 Unterschriften und 400 Persönlichkeiten erreicht werden, daß die fristlose Kündigung der Lehrbeauftragten für nichtig erklärt wurden. Unter dem Eindruck dieses Erfolges kündigte der Sprecher weitere Maßnahmen der Studenten an, die so lange anhalten sollen, bis die Ordnungsmaßnahmen zurückgenommen sind.

**Kontaktadresse:**
**Allgemeiner Studentenausschuß KHF, Wölflinstraße 4, 7800 Freiburg, Tel.: 0761/ 200 438**


**HERAUSGEBER:**
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

**Verantwortlicher Redakteur:**
Frieder Kern

## TONBANDPROTOKOLL

FRANKFURT
25. März

*Am Samstag, 25. März, trafen sich in einer Frankfurter Wohnung die beiden verhinderten, berufsverbotenen Rechtsanwälte Mike Knöss und Henry Düx sowie der vor fünf Jahren aus dem Schuldienst entlassene.. Lehrer Klaus Katarsky mit zwei ID-Mitarbeiterinnen zu einer Gesprächsrunde über Berufsverbote, Russell-Tribunal und anderes. Die Fälle von Knöss und Düx werden dem Tribunal am Freitag, 31. März, vorgelegt. Wir hatten beabsichtigt, mit Leuten zu reden, die vom Berufsverbot betroffen sind und zu erfahren, wie es von ihnen verkraftet wird, ihrer beabsichtigten Berufsperspektive beraubt zu sein, was sie mit ihren Mitmenschen erleben, wie sie ihre eigenen Fälle beurteilen, wie sie sie politisch einschätzen. Das Gespräch, bei dem etliche Flaschen Bier, Wein und Zigaretten verkonsumiert wurden, war sehr lang. Es füllt 90 Minuten Tonband. Im nachfolgenden Text steht vieles, was auf dem ersten Drittel des Bandes gesprochen wurde. Die Auszüge sind leicht gekürzt. Die Füllworte, die zähen Anfangssätze, die Schwierigkeiten von Mike Knöss zu reden, wenn das Tonband läuft und einige komplette Sätze sind gestrichen oder leserlich gemacht worden:*

Mike: Find ich recht dufte, daß ihr uns mal fragt. Das Berufsverbot hat mich ziemlich betroffen gemacht. Ich war enttäuscht und gleichzeitig hatte ich aber auch ein irres Gefühl von Widerstand - wobei meine Betroffenheit und meine Bestürztheit allerdings überwogen, zumindest etwas größer waren als meine Wut und Empörung.
Henry: Sehr merkwürdig!
Heidi: Mike, was machst du jetzt, nach deinem Berufsverbot?
Mike: Nichts!
Heidi: Das ist doch nicht alles?
Mike: Nichts, ich lieg auf der Matte.
Heidi: Und wo kriegst du deine Brötchen her?
Mike: Hier mal 'ne Schieberei.... So wird das nie was, das ist absurd.
Henry: Komm, stell doch mal das Tonband ab. Also, die Frage, was es für mich heißt, von der Anwaltstätigkeit abgeschnitten....
Mike: Das ist überhaupt nicht das Problem. Mein Problem ist hauptsächlich das Gefühl, daß ich ziemlich vereinzelt bin. Wenn du selbst betroffen bist, merkst du viel klarer, wie kaputt diese Nation im Moment ist.
Schwierig ist für mich nicht, daß ich jetzt einen Beruf nicht mehr machen kann - wo mir eigentlich sowieso nicht klar war, ob ich das durchhalt' - subjektiv und objektiv. Im Grunde hälst du sowas eh nicht lang durch. Entweder fliegst du raus oder du gehst kaputt. Mich machen zwei Punkte kaputt. In der Rückschau siehst du zwar, daß die Verteidigung nicht verhindern konnte, was mit den Gefangenen gemacht wurde. Aber sie hat es wenigstens öffentlich gemacht und die Verantwortlichen genannt, die sich dann legitimieren mußten. Der Widerstand auf dieser Ebene ist liquidiert. Das zweite ist, wenn ich merke,wie sich meine Umwelt dazu verhält. Und da ist gegenwärtig der Tenor, daß Berufsverbote zum Alltag gehören. Daß sowas keinen groß vom Sessel reißt. Daß die Leute den Kopf in den Sand stecken und Tunix veranstalten und im Sommer halt dann schon wieder so eine Lustbarkeit. Und sich der realen Situation gegenüber verweigern.
Heidi: Was willst du auf dem Russell-Tribunal?
Mike: Ich geh da hin, weil man da vielleicht öffentlich machen kann, wieviel Leute in den Knästen umgebracht worden sind. Ich versprech mir eigentlich ganz wenig, hab mir aber gedacht, warum nicht. Das ist wie mit den Zeitungen, wenn da jemand kommt und sagt:„Erzähl mal was über dein Berufsverbot", denkst du "Im Grunde fürn Arsch", aber vielleicht tut's ja doch jemanden interessieren.
Heidi: Fühlst du dich als Opfer von Repression?
Mike: Eigentlich nicht, denn ich wußte, daß es für mich Konsequenzen hat, wenn man in einer bestimmten Weise als Anwalt auftritt. Aber im anderen Sinn doch, weil die Berufsverbote die Ohnmacht der Linken deutlich machen.
Henry: Wenn du Berufsverbot hast, fragen dich die Leute immer Wie geht es dir eigentlich? Wie wirst du denn damit fertig? Was ist denn da bei dir los? Hast du Schwierigkeiten? Hast du keine Schwierigkeiten? Soll ich dich zum Essen einladen? Wie werd' ich mit dem Berufsverbot subjektiv fertig? Gut, das ist bei uns ja so eine Geschichte, daß du nicht auf einmal erfährst: Berufsverbot!
Das bahnt sich an, über zwei, drei Jahre hin. Du hast mit anderen ein Konzept politischer Verteidigung entwickelt und diskutiert. Und da hab, ich in der letzten Zeit eine wichtige Erfahrung gemacht: Ich hab mein Berufsverbot mal hier im Büro, wo ich arbeite, diskutiert. Und da hat jemand gesagt:" Ich fühl mich jetzt unter Druck gesetzt, durch das, was du sagst. Ich kann mich dazu nicht politisch verhalten, ich fühl mich unter Druck gesetzt!"
Das hab ich vor fünf Jahren, als der Klaus aus der Schule flog, schon mal miterlebt. Da ging's darum, ob andere Lehrer sich dazu verhalten und streiken. Da wurde auch gesagt:„Ich fühl mich unter Druck gesetzt.... Ich bin zwar auch Lehrer, aber vielleicht ist das ja auch ein bißchen übers Ziel rausgeschossen, was der Klaus gemacht hat..."
Heidi: Und das trifft in beiden Fällen für Leute zu, mit denen i ihr eure Arbeit vorher gemeinsam entwickelt habt?
Henry: Ja! Und das erzeugt Angst. Ich find mich berechtigt, eine Erwartung zu haben. Das macht mich unheimlich fertig, wenn jemand jetzt sagt:„Das setzt mich unter Druck!" Was setzt ihn unter Druck? Das kann ihn nur unter Druck setzen, wenn etwas aufgesetzt ist, was Fremdes ist. Ich bin also mit dem, was ich gemacht hab, obwohl man das zusammen gemacht hat, etwas Fremdes. Das ist für mich ein riesiges Problem...
Im Sommer hab' ich auch so eine Erfahrung gemacht, mit einer Lehrerin, die Lehrerin gewesen ist. Die sagt: Mit deinem Berufsverbot, das betrifft mich gar nicht so. Ich hab denselben Mist und denselben Scheißdreck in der Schule gehabt. Und ich hab's nicht mehr ausgehalten und bin rausgegangen aus der Schule. Ich stell mir's bei dir eigentlich ähnlich vor, deshalb betrifft's mich nicht so.
Gut, ist das dasselbe, wenn einer freiwillig aus der Schule rausgeht, wie ein verordnetes Berufsverbot? Ich bin erstmal geneigt, zu sagen, das ist ein Unterschied, wenn einer freiwillig rausgeht oder ob man's auch noch verordnet kriegt.
Ich hab mir dann überlegt, ob bei Berufsverboten nicht auch eine Hierarchisierung eintritt. Ich glaub jetzt, daß beides eigentlich das gleiche ist. Schwierigkeiten hab ich, wenn die Lehrerin sagt, ihr sei's genauso gegangen mit der Wohngemeinschaft, in ihrem Zusammenhängen, deshalb sei's eigentlich gar nicht so schlimm. Das find ich dann eine blöde Ebene, die ich absolut nicht akzeptiere. Das politische Problem, sich dazu irgendwie zu verhalten, wird einfach verdrängt.
Barbara: Da wird Erfahrung überhaupt nicht verarbeitet. Sonst könnte man damit umgehen und sich damit auseinandersetzen. Das ist das Problem, daß Berufsverbot eben auch nur individuell erfahren, erlebt wird. Also nicht mehr die Notwendigkeit gesehen wird, sich dagegen politisch zu wehren.
Mike: Das wär gar nicht das Schlimme. Das Schlimme entsteht doch erst dadurch.... Also zum Beispiel: Der Croissant, der hat also als Anwalt konsequent Gefangene verteidigt, und der sitzt jetzt im Knast. Und da ist kein einziger von den Anwälten, die jahrelang mit ihm zusammen gearbeitet haben, bei dem ersten Verhandlungstag in Stuttgart gewesen.
Da waren 40 ausländische Anwälte da, aber von den deutschen Anwälten war niemand zu sehen. Das ist nicht nur peinlich, das ist auch bedrohlich.
Das Problem beim Berufsverbot ist nicht einfach nur die Situation, daß du arme Sau diesen ganzen Dreck nicht mehr machen kannst, sondern daß du täglich weißt und siehst, daß da staatlicher Terror abläuft, ohne daß was passiert.
Zumal bei der Kohle, das ist wirklich allein dein Problem, ganz allein. Und das macht dich fertig. Es gibt Leute mit zwei- und dreitausend Mark, die nicht mal bereit sind, mal einen Hunderter auf ein Konto für politische Gefangene zu überweisen.
Diese Verlogenheit mit ihren Urlaubsreisen, die sie ja meinetwegen auch machen können, dem Tunix und dem dauernden Propagieren von Ausgeflipptheit. Das ist ungeheuer verlogen, die leben nämlich unheimlich korrekt, die haben jeden Monat korrekt ihre Kohle auf dem Konto, die brauchen auch die ganze Sicherheit, die Klamotten, die Reisen und das alles.
Und wehren auch jeden ab, der wirklich verrückt ist. Und das

macht dich fertig. Daß du siehst, daß der Druck stärker wird, daß du erfaßt wirst, wenn du politische Gefangene besuchst. Also besuchen sie keine Gefangenen mehr.
Wenn sich jetzt 20 oder 30 Anwälte in Gerichtsverhandlungen gleich verhalten würden, dann wär es viel schwerer, über bestimmte Leute zu sagen, die haben einfach über die Stränge geschlagen.
Es gibt ja auch ein rechtes und ein linkes Berufsverbot. Das "rechte" ist halt: "Die sind unwürdig". Das "linke" heißt: "Die sind ja auch ein bißchen ausgeflippt".
So ein Berufsverbot wär für mich echt nicht schlimm, wenn da so eine politische Bewegung wäre, wo es wirklich für keinen mehr wichtig wäre, was einer ist und was er darstellt. Aber die Linken wollen ihren tollen Anwalt. Und je cleaner und berühmter der ist, umso besser.
Das Ganze hat sich seit der Studentenbewegung unglaublich verändert. Und das macht mich krank im Kopf. Daß es früher mal ein Ziel war, anders zu sein und anders zu leben. Also nicht, sich um seine Existenz zu kümmern und in der Freizeit ein bißchen ausgeflippt zu sein, mal nach Berlin zu fahren und mal nach Italien und auf irgendwelchen Kongressen rumzufallen.
Heidi: Damals wurde von Solidarität geredet, heut' mehr von Lebenqualität.
Henry: Welche Lebensqualität
Heidi: Daß die Leute meinen, sie haben auch ein Recht auf ihr Gut-Leben, ihre Alternativen, ihre Stereo-Anlage.
Mike: Du, ich fang nicht an, neidisch zu schielen, wenn da jemand ein bißchen mehr Geld hat. Ich denke, das Problem liegt darin, daß eine Absetzungsbewegung stattfindet.
Daß die Leute halt zwar noch Linke sind und auch wissen, was abläuft, aber daß sie sich selber nicht verantwortlich fühlen.
Da gibt's ganz arme Säue, die essen nur kaltgepreßtes Öl und beobachten ihren Körper und wo die Energieströme hinfließen. Da hab ich wirklich Hochachtung vor Jemand, der wirklich nach Asien fährt und irgendwelche neuen Sachen ausprobiert, und der subjektiv für sich einfach sagt "Ich halt's hier nicht mehr aus". Also die mein ich nicht mal.
Ich meine wirklich einen bestimmten Zusammenhang von Leuten, die auch eine gemeinsame Geschichte haben, die auch Vorstellungen von Widerstand haben.
Ich hab auch eine Wut, daß ich beim Bericht zum Russell-Tribunal völlig unter den Tisch falle. Da sind jetzt mit Düx und Empell zwei Leute rausgegriffen, wo sich möglichst gut darstellen läßt, daß die Leute bloß wegen dem, was sie gesagt oder geschrieben haben, Berufsverbot gekriegt haben.
Heidi: Du bist also für den Bericht zu 'unseriös'?
Mike: Ja, da fängt's bei mir schon an. Das ist eine unglaublich unsolidarische Verhaltensweise.
Es geht gar nicht darum, in diesem Russell-Tribunal die Repression anzugreifen. Das läßt sich auch damit belegen, daß die Haftbedingungen von Gefangenen jetzt überhaupt nicht thematisiert werden sollen.
Heidi: Nochmal zur Hierarchie der Berufsverbote. Könnte es sein, daß wir gegen Berufsverbote der Lehrer schon wesentlich abgestumpfter sind als bei Anwälten, Lok-Führern und Journalisten?
Henry: Ja, abgestumpfter. Wie ich das schon vor fünf Jahren bei Klaus erlebt habe. Natürlich gibt's den Radikalenerlaß an der Schule, das weiß jeder, jeder liest das in jeder Zeitung.

Jeder weiß eigentlich auch abstrakt, daß es seit 100 Jahren für Linke immer Berufsverbote gegeben hat. Es gab nie Leute, die zur gleichen Zeit in einer revolutionären Bewegung und im Staatsapparat waren. Das weiß jeder abstrakt. Das kann aber nicht heißen, jeder muß das mit sich selbst ausmachen. Das zu der Solidarität. Momentan ist das total partikular. Aber daraus ein politisches Problem, ein Handlungsvermögen zu machen....
Heidi: Ihr konstatiert das. Läßt diese Unfähigkeit sich für euch auch erklären?
Henry: Der Versuch, das zu erklären, ist ja eigentlich, daß du weißt, daß du das emotional erst kapierst, wenn du selbst betroffen bist. Solange du nicht betroffen bist, sagst du: „Das tut mir leid. Das ist auch irre schlimm."
Aber dann politisch damit umzugehen, das setzt eben nicht nur eine rationale Erkenntnis voraus, sondern auch eine emotionale.

Barbara: Aber was heißt denn das in der Konsequenz? Dann kann ich mich auch nicht zu KZs und zu Faschismus verhalten, weil ich das noch nicht erfahren hab.
Henry: Ich kann auch nicht versuchen, zu analysieren, warum das so ist. Daß es ein schlechter Zustand ist, der katastrophale Folgen haben kann, ist klar. Auch das mit dem Prinzip der Gewohnheit. Daß du sagst, der hat Berufsverbot, das ist doch nichts gegen den Tod eines Gefangenen im Knast.
Auch zum Tod eines Gefangenen im Knast gibt es kein politisches Handlungsvermögen. Da tauscht du die Sachen gegeneinander aus.
Meine These ist, daß die Politik des Staates im wesentlichen aufbaut an so einem Prinzip von Gewohnheit. Daß durch die Repression immer mehr Leute rausgeschoben werden, daß du dich daran gewöhnst und eigentlich gar nicht mehr weißt, bist du davon betroffen, kannst du dich zur Wehr setzen, kannst du überhaupt noch handeln.
Nehmen wir bei der Verteidigung die Trennscheibe als Beispiel. Der Staat sagt: „Gut, jetzt wollen wir doch mal testen - Plexiglasscheibe - machen die Leute das noch mit? Gewöhnen sie sich dran, oder gewöhnen sie sich nicht daran? Da liegt immer auch die Spekulation drin, daß sie sich dran gewöhnen und die Repression zum Normalzustand wird.
Barbara: Warum wehren sich die einzelnen erst dann, wenn sie wirklich betroffen sind?
Henry: Da ist Berufsverbot ersetzbar durch tausend andere Geschichten. Ich war zum Beispiel bei einem Treffen von linken Druckereien. Es ging darum, daß in Berlin die drei Agit-Drucker im Knast sitzen. Und da hab ich gemerkt, daß da überhaupt kein Interesse bestand, sich damit zu befassen, Weil die restlichen Drucker nicht direkt betroffen waren.
Mike: Das siehst du auch bei den Zeitungen.
Also zum Beispiel beim 'Pflasterstrand'. Ich nenn das "Der Gegangene des Monats", da gibt's so Lieblingsgefangene, zum Beispiel Schlegel oder Peter Paul Zahl. Die haben noch eine Chance.
Aber da gibt es so viele Sachen, die keine Chance mehr haben. Das ist Selektion. Mit dem ID ist das auch so eine Sache. Wenn es im ID gestanden hat, ist es abgehandelt, ist die Sache auch gelaufen. Aber das dringt gar nicht mehr in die Köpfe von den Leuten ein.
Barbara: Aber wie bricht man das auf, diese fatale Entwicklung?
Heidi: Mir fällt dazu eine Diskussion von gestern ein. Da war von einer Wechselwirkung die Rede: Die Leute sind erstmal nicht betroffen, die Linken benutzen immer stärkere Worte, um Betroffenheit zu erzeugen. Und dann wird jeder Text, der alles mit dem Faschismus oder dem Terror in Südafrika gleichsetzt, abstrakt und unglaubwürdig und macht erst recht nicht betroffen. Das glaubt dann kein Mensch mehr, nicht mal die Linke selbst.

(wird fortgesetzt)

## DAS SCHIKANE-PROGRAMM IM PROZESS GEGEN IRMGARD MÖLLER

STUTTGART
27. März 78

*Im inzwischen geplatzen Prozeß gegen Irmgard Möller hatte der Gerichtsvorsitzende Bähr eine sitzungspolizeillche Verfügung erlassen, die in erster Linie der Behinderung von Verteidigung und Öffentlichkeit dienen sollte. Gegen diese Verfügung richtete sich der Protest der Anwälte, die nun ganz von der Verteidigung ausgeschlossen sind. Hier der Wortldut der Verfügung:*

SITZUNGSPOLIZEILICHE VERFÜGUNG VOM 23.2.78

In der Strafsache gegen Irmgard Möller und Bernhard Braun wegen Mordes u.a. wird zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung in der im Mehrzweckgebäude Stuttgart-Stammheim stattfindenden Hauptverhandlung folgendes angeordnet:

1. Der Sitzungssaal umfaßt 201 Sitzplätze. Hiervon werden 60 Plätze der Presse und nach Bedarf bis zu 6 Plätzen Besuchern, die aus dienstlichem Anlaß erschienen, vorbehalten. Die übrigen Plätze sind für Zuhörer bestimmt.

   Werden vorbehaltene Plätze nicht besetzt, können sie für Zuhörer freigegeben werden. Dies gilt insbesondere von Presseplätzen, die 30 Minuten nach Beginn der Vormittags- oder Nachmittagssitzung nicht besetzt sind, jedoch werden mindestens 10 Plätze für später ankommende Inhaber von Presseausweisen mit Tageskarte zur Verfügung gehalten.
2. Zuhörern ist nach Maßgabe des Abschnittes II vorstehender Verfügung Zugang zum Verhandlungssaal und dessen Vorraum zu gewähren. Haben so viele Zuhörer Zugang erhalten, wie der Saal faßt, soll weiteren Personen kein Zutritt in den Vorraum mehr gestattet werden; jedoch ist sicherzustellen, daß freiwerdende Zuhörerplätze bei Bedarf alsbald wieder besetzt werden können.
3. Für den Ordnungsdienst im Sitzungssaal sind besondere Sitze an den Saalseiten aufgestellt. Sie dürfen von anderen Personen nicht besetzt werden.
4. Der Sitzungssaal ist jeweils eine halbe Stunde vor Sitzungsbeginn zu öffnen.

II.

1. Als Zuhörer wird nur zugelassen, wer
   a) sich am Eingang für Zuhörer mit einem gültigen Personalausweis oder Paß ausweist; die Identität ist durch geeignete Maßnahmen zu überprüfen,
   b) sich einer Durchsuchung unterzieht,
   c) keine unzulässigen Gegenstände bei sich trägt,
   d) am Saaleingang eine Einlaßkarte vorweist,
   e) nicht aus sitzungspolizeilichen Gründen von der Verhandlung ausgeschlossen ist.
2. a) Die Durchsuchung erstreckt sich auf alle Gegenstände, die zur Störung der Hauptverhandlung geeignet sind; insbesondere auf Waffen im technischen und nichttechnischen Sinne sowie auf Wurfgegenstände.
   b) Die Durchsuchung erfolgt insbesondere durch Abtasten der Kleidung; Absuchen mit einem Metallsuchgerät; Überprüfung des auf Aufforderung vorzulegenden Inhalts der zur Kleidung gehörenden oder sonst mitgeführten Taschen und Behältnisse. Mäntel sind stets abzulegen. Auf Verlangen sind Jacken auszuziehen.
   c) Frauen sind von weiblichen Kontrollpersonen zu durchsuchen.
   d) Verbleibt nach der Durchsuchung der begründete Verdacht, daß verbotene Gegenstände mitgeführt werden, dürfen Durchsuchungen auch am Körper vorgenommen werden. Wird eine Untersuchung notwendig, ist ein Arzt hinzuzuziehen.
   e) Gegenstände im Sinne von Buchstabe a) sind zu beanstanden und längstens bis zum Ende der Hauptverhandlung an dem betreffenden Tag in Schließfächern zu verwahren.
   f) Akten- und andere Taschen sowie ähnliche Behältnisse, Funkgeräte, Foto- und Filmapparate sowie alle sonstigen Geräte, die der Ton- und Bildaufnahme bzw. -wiedergabe dienen, sind gleichfalls zu hinterlegen. Davon können kleine Damenhandtaschen ausgenommen werden.
3. Es können die Personalien der Zuhörer schriftlich festgehalten, auch die Ausweise abgelichtet werden. Die gefertigten Unterlagen dürfen zur Überprüfung der Personalien verwendet und nicht über den Sitzungstag hinaus festgehalten oder gespeichert werden.
   Sie sind täglich dem Gericht abzuliefern und anschließend zu vernichten.
4. a) Die Zuhörer erhalten nach ihrer Durchsuchung die Einlaßkarten in der Reihenfolge des Erscheinens.
   Es dürfen nicht mehr Karten ausgegeben werden, als Sitzplätze zur Verfügung stehen. Zuhörer müssen Sitzplätze einnehmen.
   b) Wer die Sitzung — außer zu kurzen Pausen — verläßt, hat die Einlaßkarte abzugeben, um die Übersicht über freiwerdende Plätze zu erleichtern.
5. Nr. 1 bis 3 gelten auch für Hilfskräfte der Verteidigung.

III.

1. Mitglieder des Gerichts, der Staatsanwaltschaft, Verteidiger sowie dem Gericht und der Staatsanwaltschaft zugeordnete Justizbeamte erhalten Sonderausweise, die zum Betreten Gerichtsgebäudes durch den für Prozeßbeteiligte vorgesehenen Eingang berechtigen.

   Im Einzelfall kann der Vorsitzende auch weiteren Personen die Benutzung des Eingangs für Prozeßbeteiligte gestatten.
2. Dieser Eingang wird auch von Zeugen, Sachverständigen und den aus dienstlichem Anlaß erscheinden (nicht am Prozeß beteiligten) Personen benutzt.

   Die Kontrolle der Zeugen und Sachverständigen sowie der zugeordneten Justizbediensteten und aus dienstlichem Anlaß erscheinenden Personen wird in einer der Zuhörerkontrolle entsprechenden Weise durchgeführt.
   Das Mitführen eigener Aktentaschen oder Aktenkoffer ist nicht gestattet. Im Bedarfsfalle werden den betreffenden Personen auf Verlangen Austauschtaschen zur Verfügung gestellt.
3. Verteidiger und die von ihnen mitgeführten Sachen und Akten sind beim Betreten des Gerichtsgebäudes zu durchsuchen. U.a. können die Verteidiger durch Abtasten der Kleider und Durchsicht der Behältnisse, auch unter Zuhilfenahme eines Metalldetektors, auf Gegenstände im Sinne von Abschnitt II Nr. 2 a durchsucht werden.

   Auf Verlangen des Kontrollpersonals sind bei der Durchsuchung Mäntel, Jacken und Schuhe auszuziehen. Spricht der Metalldetektor an, so können die Verteidiger u.a. aufgefordert werden, diejenigen Kleidungsstücke abzulegen oder zu öffnen, von denen die Reaktion des Suchgerätes veranlaßt sein kann, damit die Kontrollpersonen die Ursache des Ansprechens des Suchgerätes feststellen können.
   Verbleibt nach der Durchsuchung der begründete Verdacht, daß verbotene Gegenstände mitgeführt werden, darf der Verteidiger nur eingelassen werden, falls er die weiter für erforderlich gehaltenen Dursuchungs- bzw. Untesuchungsmaßnahmen duldet. Auf VI wird verwiesen.

   Bei der Durchsuchung und Kontrolle von Akten ist darauf zu achten, daß sie nicht gelesen werden. Mitgeführte Akten und sonstige Gegenstände können in der Gepäckprüfanlage bzw. unter Zuhilfenahme der Metallsonden überprüft werden.

Den Verteidigern ist es nicht gestattet, eigene Aktentaschen, Leitz-Ordner, Mappen oder sonstige Hefter, bei denen wegen ihrer Metallbestandteile die Metallsonde anspricht, mitzunehmen. Im Bedarfsfalle sind ihnen Austauschtaschen zur Verfügung zu stellen. Die mitgeführten Akten sind, sofern sie nicht in die bei der Geschäftsstelle anzufordernden blauen Plastikordner eingeheftet sind, in solche Ordner oder jeweils in gerichtseigene Leitz-Ordner umzuheften.
Bei Zustimmung ist das Gerät der Polizei mindestens 2 Wochentage (Arbeitstage) vorher zur Überprüfung und Durchsuchung zu übergeben.

4. Bei ihrer Person nach bekannten zugeordneten Justizbediensteten und den aus dienstlichem Anlaß erscheinenden – nicht prozeßbeteiligten – Personen kann von einer Kontrolle abgesehen werden.

IV.

1. Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen werden unter den gleichen Voraussetzungen wie Zuhörer zur Sitzung zugelassen. Sie erhalten eine Tageseinlaßkarte. Schreibgeräte- und Materialien dürfen nach Überprüfung mitgeführt werwerden.
2. Ton- und Bildaufnahmen dürfen im Sitzungssaal nicht gemacht werden. Für Fotoapparate usw. gilt die Regelung unter Abschnitt II Nr. 2f.

V. V.

1. Zur Unterstützung der Gerichtsbediensteten beim Transport der Angeklagten, bei der Einlaßkontrolle sowie bei der Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung im Rahmen der Sitzungspolizei leistet die Polizei Amtshilfe.
2. Machen Störungen oder strafbare Handlungen im Verhandlungssaal einen Polizeieinsatz erforderlich und sollen dazu Bild- oder Tonaufnahmen hergestellt werden, so bedarf dies im Einzelfall der Einwilligung des Inhabers der Sitzungspolizei, es sei denn, die Einholung der Einwilligung ist wegen Gefahr im Verzuge nicht möglich.

VI.

Fühlt sich ein Verfahrensbeteiligter oder Zuhörer durch die in dieser Verfügung angeordneten Maßnahmen in seinen nach Strafprozeßordnung oder Gerichtsverfassungsgesetz ihm zustehenden Rechten beeinträchtigt, so ist die Entscheidung des Vorsitzenden einzuholen.

## WALPURGISNACHT IN FRANKFURT – EIN JAHR SPÄTER

**Ein Jahr nach der Demo "Frauen erobern sich die Nacht zurück" liegt eine Anklage wegen "Verstoß gegen das Versammlungsgesetz" vor.**

FRANKFURT
März 78

Ein Jahr nach der Nachtdemonstration "Frauen erobern sich die Nacht zurück" der Frankfurter Frauen gegen Vergewaltigung und Bedrohung durch männliche Gewalt findet gegen die Anmelderin der Demonstration ein Prozeß wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz statt.

Späte Rache des Rechtsstaats an einer fröhlichen selbstbewußten Demonstration von Widerstand? Schon damals war versucht worden, die Initiative der Frauen, sich auf den Strassen einer Großstadt wie Frankfurt wieder frei bewegen zu können, ohne zum Freiwild der Männer zu werden, durch Auflagen abzuwürgen: Lärm war verboten, Schminken, Masken usw. ebenfalls.

Die über 3000 Frauen, die an der Demonstration teilnahmen, waren nicht bereit, ihren Protest von vorneherein abwürgen zu lassen. Diese Demonstration war kein Trauermarsch, sondern eine Widerstandsaktion, auf der sich Wut und Betroffenheit aggressiv und deutlich äußerten. Die Demonstration erwies sich als eine nicht ohne weiteres reglementierbare Widerstandsform, die mit Gesang und Mehlbeuteln ihre Route selbst bestimmte, dabei auch durch den Hauptbahnhof und das Bahnhofsviertel zog, beides Orte, die, wie jede Frankfurterin weiß, entweder von vorneherein tabu sind oder nicht ohne üble Belästigungen und Herumpöbeleien betreten werden können.

Die Anmelderin der Demonstration ist stellvertretend für alle angeklagt wegen "Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, im einzelnen:
- die vorgeschriebene Route wurde nicht eingehalten, die Frauen zogen durch den Hauptbahnhof und durch das Bahnhofsviertel.
- Frauen waren "durch Masken unkenntlich gemacht", hatten sich bemalt
- "Lärmbelästigung", die Frauen hatten Trillerpfeifen dabei und sangen
- die Polizei konnte die eingesetzten Ordnerinnen nicht finden
- den Herren Sexshop-Besitzern entstand sogenannter Sachschaden in Höhe von DM 3.000 bis 5.000.

Da es der Staatsanwaltschaft vermutlich gelingen dürfte, die Verstöße teilweise nachzuweisen und auf den § 25 im Härtefall bis zu 6 Monaten Knast steht, sollten wir Frauen uns um diesen Prozeß kümmern! Wir lassen uns den Erfolg dieser Nacht Nachtdemo nicht im Nachhinein dadurch nehmen, daß eine einzelne Frau persönlich dafür verknackt wird, was von allen zusammen als Stärke der Frauenbewegung empfunden wurde.

Vorbereitung auf den Prozeß: 28.3.78 im KOZ, 20.00 Uhr

**Prozeßtermin: 4.4.78 Dienstag, 10.00 Uhr, Gerichtsgebäude B, Zi 260**

## SCHWIERIGKEITEN MIT DER BÜRGERLICHEN ÖFFENTLICHKEIT

*Zur Russell-Zeit ist es ganz nützlich (vielleicht), sich als Pressevertreter ausweisen zu können. Hier hat es jemand aus dem ID versucht:*

**Der Inhaber dieses Ausweises ist Mitarbeiter unserer Redaktion. Wir bitten ihn b**

**Der Inhab e**

**Der Inhaber dieses Ausweises ist Mitarbeiter bei der Redaktion des**

**Wir bitten, ihn bei seiner Arbeit zu unterstützen und ihm Einlaß zu den i**

**Der Inhaber dieses Ausweises ist Mitarbeiter des „Inha**

**Der Inhaber dieses Ausweises ist Mitarbeiter des Redaktionskollektivs des**

*Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.*

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

**D 1870 CX**

Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

Nummer des Abonnements | bezahlt bis ID–Nummer | Exemplare

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID–Konto überweisen–sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr
UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !